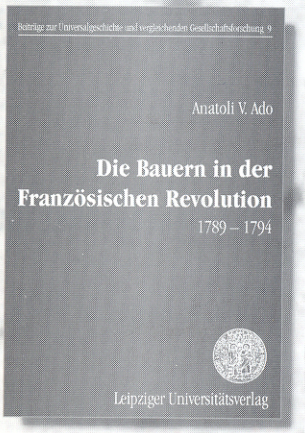
8. Jahrgang 1998 Heft 5

Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

DIE BAUERN IN DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION 1789 - 1794



Anatoli V. Ado

Die Monographie des Moskauer Historikers (1928-1995) hat sich zu einem Standardwerk der Forschung über die Agrarfrage in der Revolution von 1789 entwickelt. Bis heute ist es die einzige neuere Gesamtdarstellung der Bauernbewegungen während der Französischen Revolution geblieben.
Hier wird eine Übersetzung der vom Autor für die deutsche Ausgabe überarbeiteten und aktualisierten 2. russischen Auflage von 1987 vorgelegt, und damit das Werk einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
Gestützt auf eine akribische Auswertung der National-, Departemental- und Lokalarchive in Frankreich unternahm es Ado als erster, eine detaillierte Aufstellung der Bauernunruhen, die das Land in mehreren Wellen zwischen 1788/89 und 1794 überzogen, vorzulegen.

Die Hungerunruhen der vorrevolutionären Zeit und die Abfassung der Beschwerdehefte für die Generalstände werden ebenso gründlich untersucht wie die panikartige „Große Furcht" auf dem Lande, die dem Bastillesturm folgte, und der Sturm auf die Schlösser 1790/91 sowie der Aufruhr für gerechte Preise 1793. Ados Interpretation der Revolution, die er aus diesem reichen Material zieht, als Auseinandersetzung zwischen einem bürgerlich-liberalen und einem bäuerlich-egalitären Weg der Transformation zur modernen Gesellschaft hat eine umfangreiche wissenschaftliche Debatte ausgelöst, auf die der Verfasser in einem speziell für diese Ausgabe geschriebenen Vorwort eingeht.

402 Seiten
85,00 DM
ISBN 3-929031-16-7

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

Herausgegeben im Auftrag der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V.
von Matthias Middell

Wissenschaftlicher Beirat:
Lluis Roura Aulinas, Barcelona * Alberto Gil Novales, Madrid * Wolfgang Küttler, Berlin * Wojciech Kunicki, Wroclaw * Guy Lemarchand, Rouen * Hans-Jürgen Lüsebrink, Saarbrücken * Magnus Mörner, Göteborg * Horst Pietschmann, Hamburg * Ljudmila A. Pimenova, Moskau * Ernst Schulin, Freiburg i. Br. * Edoardo Tortarolo, Turin * Michel Vovelle, Paris

Redaktion:
Gerald Diesener, Hartmut Elsenhans, Wolfgang Fach, Christian Fenner, Eckhardt Fuchs, Frank Geißler, Katharina Middell, Matthias Middell, Hannes Siegrist, Georg Vobruba, Michael Zeuske

Redaktionssekretär:
Hans-Martin Moderow

Anschrift der Redaktion:
Zentrum für Höhere Studien
Universität Leipzig
Augustusplatz 10/11, 04109 Leipzig
Tel.: (0341) 9730230 Fax: (0341) 9605261
comparativ@rz.uni-leipzig.de

Heftproduktion:
Leipziger Universitätsverlag GmbH
Augustusplatz 10/11, 04109 Leipzig
Oststr. 41, 04317 Leipzig
Tel./Fax: (0341) 99 00 440 Fax: (0341) 973 00 99

Bezugsbedingungen:
Die Zeitschrift erscheint sechsmal jährlich mit einem Umfang von jeweils ca. 140 Seiten. Einzelheftpreis DM 12,80; Jahresabonnement DM 66,00; ermäßigtes Abonnement DM 32,50; Abonnement für Mitglieder der Karl-Lamprecht-Gesellschaft DM 45,00 (im Mitgliedsbeitrag enthalten).
Bestellungen richten Sie bitte an den Buchhandel oder an den Verlag.
Zuschriften und Manuskripte senden Sie bitte an die Redaktion.

Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht

Herausgegeben von
Frank Hadler

Leipziger Universitätsverlag 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Comparativ : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe. – Früher außerdem hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum zur Vergleichenden Erforschung Gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der Universität Leipzig.

ISSN 0940-3566

Jg. 8, H. 5. Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht. – 1998

Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht / hrsg. von Frank Hadler. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 1998

(Comparativ ; Jg. 8, H. 5)

ISBN 3-933240-31-X

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 1998

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 8 (1998) 5

ISSN 0940-3566

ISBN 3-933240-31-X

Inhalt

Frank Hadler	Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht. Einleitende Bemerkungen	7
Christian Lübke	Die Prägung im Mittelalter: frühe ostmitteleuropäische Gemeinsamkeiten	14
Karen Lambrecht	Zentrum und Kommunikation – Ostmitteleuropäische Metropolen im Vergleich (ca. 1450–1550)	25
Marina Dmitrieva	Die Metropolen Ostmitteleuropas Krakau und Prag im 16. Jahrhundert. Ein kunsthistorischer Vergleich	39
Joachim Bahlcke	Unionsstrukturen und Föderationsmodelle im Osten des ständischen Europa. Anmerkungen zu vergleichenden Ansätzen über das frühneuzeitliche Ostmitteleuropa	57
Arno Strohmeyer	Vergleichende Ständegeschichte und „intellectual history" als Forschungsstrategie in Ostmitteleuropa: Das politische Denken der österreichischen und ungarischen Stände (1550–1650)	74
Hans-Christian Maner	Unierte Kirchen und Nationsbildungsprozesse im ostmitteleuropäischen Vergleich	92
Hans-Christian Trepte/ Frank Hadler	„Gespaltene" Literaturen und „gespaltene" Geschichtsschreibungen in Ostmitteleuropa. Perspektiven einer vergleichenden Zusammenschau am Beispiel des polnischen Exils	106

Buchbesprechungen

Dizionario degli Istituti di perfezione, Diretto da *Guerrino Pellicia* (1962–1969) e da *Giancarlo Rocca* (1969), Vol. IX: Spiritualità-Vézelay, Roma 1997 (*Hubert Mohr*) 122

Reiner Pommerin und Michael Fröhlich (Hrsg.), Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1776–1917, Darmstadt 1996 (*Falk Höppner*) 125

Robert L. Benson und Johannes Fried (Hrsg.), Ernst Kantorowicz. Erträge der Doppeltagung Institute for Advanced Study Princeton, Johann Wolf-

gang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Stuttgart 1997 (*Thomas Vogtherr*) 127

Astrid Gehrig, Nationalsozialistische Rüstungspolitik und unternehmerischer Entscheidungsspielraum. Vergleichende Fallstudien zur württembergischen Maschinenbauindustrie, München 1996 (*Oliver Werner*) 130

Petra Bräutigam, Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs, München 1997 (*Oliver Werner*) 130

Avishai Margalit, Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung, Berlin 1997 (*Friedemann Scriba*) 133

Resümees/Abstracts 140

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 146

Frank Hadler

Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht. Einleitende Bemerkungen

Ostmitteleuropa ist eine historiographische Regionalbezeichnung. Sie dient weniger der Orientierung im geographischen Raum Europa, als der Strukturierung europäischer Geschichte. Mit dem historischen Strukturbegriff Ostmitteleuropa wird eine Geschichtsregion bezeichnet, die, geographisch nicht klar abgrenzbar, im Osten der kontinentalen Mitte zu lokalisieren ist.[1] Obgleich die geschichtsregionale Begrifflichkeit erst nach dem Ersten Weltkrieg entstand, hatte sich Ostmitteleuropa bereits seit dem Mittelalter als spezifische Kontakt-, Transfer- und Übergangszone zwischen europäischem Westen und Osten entwickelt.[2] Infolge des Umbruches der Jahre 1989/90 und der damit verbundenen Beendigung der kontinentalen Ost-West-Blockteilung ist Ostmitteleuropa verstärkt zum Gegenstand institutionalisierter Forschungen geworden[3]. Die moderne Ostmitteleuropaforschung beschäftigt sich mit der Geschichte und Kultur jener Länder, „die weder in der Mitte Europas liegen noch in irgendeinem Sinne 'östlich' sind", also vor allem mit der kulturhistorischen Vergangenheit der „sehr westlichen Osteuropäer" (Dahrendorf)[4] namentlich in Polen, in Ungarn und in den beiden Ländern, die bis Ende 1992 die Tschechoslowakei bildeten.

Geschichte und Kultur sind die Schlüsselbegriffe der gegenwärtigen Diskussionen um eine neue Kulturgeschichte.[5] Ihr Erscheinen im Titel die-

1 Vgl. K. Zernack, Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1977, S. 33-41.

2 W. Conze, Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. v. K. Zernack, München 1992; O. Halecki, Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957; J. Szücs, Die drei historischen Regionen Europas, Frankfurt a. M. 1990.

3 Seit 1996 gibt es in Leipzig das Geisteswissenschaftliche Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropa e.V. (GWZO), das aus dem 1992–1995 in Berlin existierenden Forschungsschwerpunkt gleichen Namens hervorging. Vom Marburger Herder Institut e.V wird seit 1995 die Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung herausgegeben. Ihr Vorläufer war die Zeitschrift für Ostforschung (seit 1952). Internationale Zentren der institutionalisierten Ostmitteleuropaforschung gibt es in den USA (Columbia und Yale), Italien (Milano), Polen (Lublin).

4 R. Dahrendorf, Europäisches Tagebuch, Göttingen 1995, S. 13.

5 Geschichte & Kultur. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, hrsg. v. Ch. Conrad/M. Kessel, Stuttgart 1998. Zu diesem Band gab es im Internet ein Review-Symposium, (H-

ses Heftes steht gleichwohl nicht für das Bemühen, einen Beitrag zur Kulturgeschichtsdebatte zu leisten. Geschichte und Kultur sind hier als allgemeine Bezeichnungen zweier ebenso aktueller wie traditioneller Gegenstandsbereiche der historischen Ostmitteleuropaforschung zu verstehen, die in der Forschungspraxis kombiniert werden sollen. Eine disziplinenübergreifende Klammer im Sinne der angestrebten Kombination wurde im Vergleich als Methode zur Analyse von Strukturphänomenen gefunden, die sowohl für die Geschichte als auch für die Kultur Ostmitteleuropas als prägend gelten können.

In dieser vergleichenden Absicht ist das vorliegende Themenheft konzipiert worden. Es faßt erste Ergebnisse eines Leipziger Diskussionsforums zusammen, in dem ein Mediävist, drei Frühneuzeit- und zwei Zeithistoriker gemeinsam mit einem Literaturhistoriker und einer Kunsthistorikerin seit Oktober 1997 über komparatistische und interdisziplinäre Annäherungsversuche an die ostmitteleuropäische Geschichtsregion nachdenken. Ausgangspunkt der vom Herausgeber initiierten Diskussionen über den Nutzen und die Probleme des Vergleichs bei der Beschäftigung mit Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas war eine ganz aktuelle Doppelbeobachtung. Einerseits spielen ostmitteleuropäische Themen in den forschungstheoretischen und -methodischen Diskussionen der gegenwärtig in Deutschland „boomenden" historischen Komparatistik kaum eine Rolle,[6] andererseits gibt es in der historischen Ostmitteleuropaforschung momentan so gut wie keine vergleichsmethodischen Debatten.[7]

Das Ziel des kollektiven Nachdenkens über den ostmitteleuropabezogenen Vergleich besteht nun darin, gemeinsam Beobachtungsfelder abzustecken, auf denen Phänomene untersucht werden können, die für die Entwicklung der Kultur- und Geschichtsregion konstitutiv waren. Unter Zu-

---

SOZ-U-KULT, 19.-22.5.1998). Vgl. auch T. Mergel/T. Welskopp (Hrsg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997; W. Hardtwig/H.-U. Wehler (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996.

6 Was von den Protagonisten der deutschen historischen Komparatistik zugegeben wird: „Ostmitteleruopa hat bisher kaum die Aufmerksamkeit des sozialhistorischen Vergleichs gefunden". H. Kaelble, Vergleichende Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts: Forschungen europäischer Historiker, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1993/1, S. 173-200, hier S. 180. „Die herkömmliche Westorientierung der komparativen Geschichtsforschung bedarf der Ergänzung. Vergleiche mit ost- und Südeuropa sind unter neuen Fragestellungen lohnend". J. Kocka, Historische Komparatistik in Deutschland, in: Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, hrsg. von H.-G. Haupt und J. Kocka, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 47-60, hier S. 57.

7 Eine Ausnahme stellt die Festschrift für Klaus Zernack dar. Wichtig ist die Einleitung. F. Adanir/C. Lübke/M. G. Müller/M. Schulze Wessel, Traditionen und Perspektiven vergleichender Forschung über die historischen Regionen Osteuropas, in: Osteuropäische Geschichte in vergleichender Sicht (Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1996/1), S. 11-43.

grundelegung eigener Forschungsstrategien war jeder Einzelne aufgefordert, seine Vorschläge in die Diskussion einzubringen. Schließlich haben sich jene fünf strukturbildenden Phänomene herauskristallisiert, die in den hier versammelten Beiträgen zum Gegenstand vergleichender Betrachtungen gemacht worden sind. Die meist synchron und symmetrisch angelegten Vergleiche zielen in der Regel auf eine generalisierende Erklärung der untersuchten Phänomene. In einigen Fällen wird dabei der regionale Vergleichsrahmen Ostmitteleuropa verlassen.

Das historisch früheste Phänomen, anhand dessen sich kulturelle und strukturelle Gemeinsamkeiten Ostmitteleuropas als Geschichtsregion herausarbeiten lassen, ist die *Entstehung von mittelalterlichen Nationes-Staaten* der Poloni, Bohemi und Hungari. Sie werden von *Christian Lübke* thematisiert, der seine Ausführungen über die um das Jahr 1000 in Polen, Böhmen und Ungarn erfolgten Herrschaftsbildungen durch vergleichende Seitenblicke auf die sich zeitgleich im Westen (Fränkisches Reich) und im Osten (Kiewer Rus) vollziehenden Entwicklungen erweitert. Die beiden folgenden Beiträge behandeln das *Phänomen des frühneuzeitlichen Kulturtransfers* und ergänzen sich in ihrer Fokussierung auf das Zeitalter der Renaissance. *Karen Lambrecht* vergleicht die Verdichtung öffentlicher Kommunikation in den Metropolen Ostmitteleuropas zwischen 1450 und 1550. Als Vergleichseinheiten hat sie mit Prag, Krakau und Wien Städte gewählt, die durch die Trias von Königshof, Universität und (Erz-)Bistum geprägt waren. Ihr zentraler Vergleichsgegenstand sind die nicht zuletzt durch den Buchdruck an Zahl und Bedeutung rasch zunehmenden Zeugnisse kommunikativer Schriftlichkeit. Den Versuch, die Rezeptionsvorgänge des Renaissancestils in der Architektur und den Lebenswelten der Metroplonen Prag und Krakau zu vergleichen, unternimmt *Marina Dmitrieva*. Dabei richtet sie ihr Hauptaugenmerk auf die durch eine spezifische ostmitteleuropäische Mischung italienischer und einheimischer Einflüsse entstandenen Formen repräsentativer Öffentlichkeit.

Auch die beiden anschließenden Beiträge stehen in einem inneren Zusammenhang. Sie konzentrieren sich auf das für die Geschichtsregion Ostmitteleuropa signifikante *Phänomen dauerhaft funktionsfähiger ständischer Konsenssysteme*. Auf der Basis historiographiegeschichtlicher Rückblicke kommt *Joachim Bahlcke* zu dem Schluß, daß die innere Absolutismusresistenz der ostmitteleuropäischen Ständegesellschaften in enger Verbindung zu sehen ist mit den Unionsstrukturen und Föderationsmodellen, die in den Länderkonglomeraten Polen, Böhmen und Ungarn während der Frühneuzeit entwickelt wurden. Als geschichtsregionales Spezifikum arbeitet er heraus, daß die Einheit gesellschaftlicher, sozialer und konfessioneller Interessen hier nicht auf Uniformität, sondern auf Integration basiert. Explizit vergleichend angelegt ist die Studie von *Arno Strohmeyer,* die das politische Denken der österreichischen und ungarischen Stände zwischen

1550 und 1650 behandelt. Er richtet sein Interesse auf die Frage der Modernität der von den Ständen geführten politischen Diskurse. Der Vergleich dient bei ihm einerseits der Explikation charakteristischer und strukturbildender Merkmale des ständischen Denkens, andererseits der Einordnung dieses Denkens in den Kontext der allgemeinen Geschichte.

Den Bogen ins 19. Jahrhundert spannt ein Beitrag über das in der Überlappungszone von West- und Ostkirche 1596 entstandene *Phänomen der unierten Kirchen*. *Hans-Christian Maner* untersucht darin, welchen Beitrag die einzelnen unierten Kirchen zur Nationsbildung in Galizien, Siebenbürgen, Kroatien-Slavonien und im nordöstlichen Ungarn geleistet haben. Im Zentrum steht dabei die vergleichende Beschreibung einzelner nationaler Fälle. *Hans-Christian Trepte* und *Frank Hadler* schließlich wählen das im 20. Jahrhundert in ganz Ostmitteleuropa zu beobachtende *Phänomen „gespaltener" Literaturen und „gespaltener" Historiographien* zum Gegenstand ihres interdisziplinären Vergleichs. Konzentriert auf das Beispiel Polen, stecken sie das zentrale Beobachtungsfeld im Bereich des Exils ab. Erprobt wird ein symmetrischer und generalisierender Vergleich von polnischer Exilliteratur und polnischer Exilhistoriographie, dessen Ziel im Herausarbeiten signifikanter Gemeinsamkeiten und Unterschiede besteht, die in künftige Vergleiche des polnischen mit dem tschechisch/slowakischen oder ungarischen Schriftsteller- und Historikerexils einzubringen sind.

Sowohl die Themenstellungen als auch die zentralen Strukturprinzipien der einzelnen Beiträge basieren auf einer kollektiv diskutierten Vergleichsabsicht, die sich durch die Kombination der Faktoren Interdisziplinarität und Regionalbezug auszeichnet. Der Vergleich wird darin nicht allein als methodisches Mittel angesehen, mit dem die postulierte Existenz der einzelnen Strukturphänomene belegt werden kann. Er wird vielmehr als Forschungsstrategie verstanden, mit der konkrete Strukturphänomene in mehreren verschiedenen (nationalen, politischen, künstlerischen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, literarischen) Milieus aufgesucht und darin rekonstruiert werden können.[8] Er dient somit eher der Hypothesenbildung als der Hypothesenkritik.[9]

Mit der Entscheidung, einen Beitrag für dieses Themenheft zu erarbeiten, haben sich die Autorinnen und Autoren der Herausforderung gestellt,

8 Vgl. T. Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Gesellschaftsvergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte, 35 (1995), S. 339-367, hier S. 343.

9 Der Meinung, daß der Vergleich „weniger als ein Mittel gesehen werden sollte, Hypothesen zu beweisen oder umzustoßen als vielmehr als ein Mittel, durch das Hypothesen aufgestellt werden können", ist auch W. Sewell, Sind Kulturgeschichte und vergleichende Methode vereinbar?, in: Kulturanalyse und vergleichende Forschung in Sozialgeschichte und historischer Soziologie, hrsg. von W. Spohn, Leipzig 1998 (Comparativ 8 [1998] 1), S. 90-94, hier S. 94.

ihre Spezialkenntnisse über die national-, politik-, kunst-, gesellschafts-, wissenschafts- und literaturgeschichtlichen Entwicklungen der ostmitteleuropäischen Kernländer unter Nutzung namentlich neuerer vergleichstheoretischer Forschungsergebnisse[10] vergleichspraktisch anzuwenden. Dabei stellte sich der konsequente Bezug auf die Geschichtsregion Ostmitteleuropa als Vorteil heraus, denn durch die Außenperspektive, den national unvorbelasteten „Blick von außen", konnte eines der gravierenden Probleme länderübergreifend vergleichender Forschungen schon im Ansatz umgangen werden: das *Nostrifizierungsproblem*. Unter diesen Begriff soll eine Tendenz gefaßt werden, die immer dann zu beobachten ist, wenn Vergleiche nach dem Muster „wir und die anderen" konstruiert sind. Oft werden dann die „eigenen" Fälle in begrifflich abstrahierter Form zum *tertium comparationis* gemacht, wodurch der eigentliche Vergleichsgegenstand *nostrifiziert*, also im Ursinne des Wortes, „zu einem der Unseren gemacht" wird.[11]

Eine andere gravierende Schwierigkeit des internationalen Vergleichs ist das *Übersetzungsproblem*. Es basiert nicht so sehr auf der „Demut fehlender Sprachkenntnisse"[12], – die Sprachkompetenz der Autoren steht außer Frage – als auf Bedeutungsverschiebungen von identischen Begriffen innerhalb der Fachliteratur. Was nach Jürgen Kocka „oft schwierige Übersetzungsübungen" erfordert,[13] hat Marc Bloch so formuliert: „Wir haben, zu Recht oder zu Unrecht und mehr oder weniger unbewußt, verschiedene Arbeitswortschätze entwickelt. Jede nationale Schule hat ihr eigenes Vokabular hervorgebracht, ohne sich um das benachbarte zu kümmern. Dabei

10 Neben den bereits genannten Arbeiten wären zu nennen: E. W. Müller, Plädoyer für die komparativen Geisteswissenschaften, in: Paideuma. Mitteilungen zur Kulturkunde, 39 (1993), S. S. 7-23; A. Triebel (Hrsg.), Gesellschaften vergleichen, Berlin 1994; E. Flaig, Verstehen und Vergleichen. Ein Plädoyer, in: O. G. Oexle/J. Rüsen (Hrsg.), Historismus in den Kulturwissenschaften. Geschichtskonzepte, historische Einschätzungen, Grundlagenprobleme, Köln Weimar Wien 1996, S. 263-287; A. Triebel (Hrsg.), Pragmatik des Gesellschaftsvergleichs, Leipzig 1997; H. Schnabel-Schüle (Hrsg.), Vergleichende Perspektiven, Perspektiven des Vergleichs. Studien zur europäischen Geschichte von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert, Mainz 1998.

11 Auf dieses Problem ist mehrfach hingewiesen worden. „Ohne ein erstes wechselseitiges 'Nostrifizieren' kommt das 'Vergleichen' nicht aus. Worauf es ankommt ist, zu verhindern, daß über die abstrahierende Projektion des 'Nostrifizierens' der *einen* Seite in die 'Gußform' einer Vergleichs*größe* das 'Nostrifizieren' der *anderen* Seite gar nicht erst zum Zuge kommt, sondern seinerseits in dieser 'Gußform' verschwindet." J. Matthes, The Operation Called „Vergleichen", in: Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs, hrsg. von dems., Göttingen 1992, S. 75-99, hier S. 96. Darauf aufbauend (und leichter verständlich) T. Welskopp, Stolpersteine (Anm. 8), S. 257f.

12 In bezug auf das Japanische J. Osterhammel, Transkulturell vergleichende Geschichtswissenschaft, in: Geschichte und Vergleich (Anm. 6), 271-313, hier S. 295.

13 J. Kocka, Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht, in: ders., Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S. 21-28, hier S. 25.

ist das Feld der europäischen Geschichte zu einem wahrhaftigen Babel geworden. Hier lauern die schlimmsten Gefahren für den ungeübten Forscher – und auf welchen Forscher, der sein nationales Gebiet verläßt, träfe dieses Attribut nicht zu?“[14] Das war der Stand von 1928, als das Englische noch nicht die historiographische *Lingua franca* war.

Selbst auf die Gefahr hin, daß es den Vorwurf einbringt, es ginge auch hier nicht „ohne beschwörende Rekurse auf (die) wenige(n) theoretische(n) Größen des Faches,“[15] soll der Altmeister des historischen Komparatistik noch einmal zu Wort kommen. Ohne den Begriff zu prägen, ging bereits er von der Notwendigkeit aus, europäische Geschichtsregionen zu konstruieren. „Für jeden Aspekt des gesellschaftlichen Lebens Europas zu verschiedenen Perioden muß man, um künstlichen Grenzziehungen endlich zu entgehen, einen eigenen geographischen Raum finden, der sich nicht von außen, sondern aus dem Inneren des untersuchten Phänomens herleitet. Ein schwieriges Unterfangen, das große Umsicht und unzählige Annäherungsversuche verlangt. Sich diesem Versuch zu verweigern, wäre ein Eingeständnis geistiger Trägheit.“[16]

Das vorliegende Themenheft enthält sieben solcher Annäherungsversuche, denen gemein ist, daß sie aus dem Inneren der jeweils vergleichend untersuchten Phänomene signifikante kulturhistorische Strukturmerkmale der ostmitteleuropäischen Geschichtsregion „herleiten“ wollen. Dabei deuten sich gewisse Ähnlichkeiten mit den Vorschlägen des Vergleichskritikers Michel Espagne an,[17] der den traditionellen Regionenbegriff von der Voraussetzung territorialer Gebundenheit getrennt und durch die Intensität von Kulturtransfer bestimmt sehen möchte.[18] Da Ostmitteleuropa als Geschichtsregion nicht nur eine Transfer-, sondern auch eine Kontaktzone war und teilweise noch ist, gibt es zudem Berührungspunkte mit den Überlegungen von Jürgen Osterhammel zum Vergleich interkultureller Prozesse, „die sich in breiten Zonen des Kontakts, an sich überlappenden Rändern von zwei (manchmal auch mehreren) relativ beharrungskräftigen Zivilisationen abspielen.“[19]

Allein diese wenigen Beispiele konzeptioneller Verknüpfungsmöglichkeiten machen deutlich, daß im Rahmen vergleichender Untersuchungen

14 M. Bloch, Für eine vergleichende Geschichtsschreibung der europäischen Gesellschaften, in: Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der *Annales* in ihren Texten 1929–1992, hrsg. von M. Middell und S. Sammler, Leipzig 1994, S. 121-167, hier S. 157.

15 T. Welskopp in seiner Rezension zu Geschichte und Vergleich (Anm. 6) in: Archiv für Sozialgeschichte, 37 (1997), S. 621-624, hier S. 622.

16 M. Bloch, Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung (Anm. 14), S. 154.

17 M. Espagne, Sur les limites du comparatisme en histoire culturelle, in: Génèses, 17 (1994), S. 112-121.

18 Vgl. M. Middell, „In Grenzen unbegrenzt“. Überlegungen zu Regionalisierung und Kulturtransfer, in: Cahiers d'études germanistiques, 28 (1995), S. 7-22, hier S. 18.

19 J. Osterhammel, Transkulturell vergleichende Geschichtswissenschaft (Anm. 12) S. 296f.

zu Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas Angebote für künftige Kooperationen entwickelt werden können. Die bei der Konzipierung und Realisierung des regionalbezogenen Vergleichs gesammelten Erfahrungen scheinen für die Binnenstrukturierung einer vergleichenden Geschichte Europas[20] ebenso nutzbar, wie für weitere Diskussionen über die von Wolfgang Schmale vorgeschlagene *Europäistik*.[21] In der historischen Ostmitteleuropaforschung ergibt sich aus der primär innerregional angelegten Vergleichsabsicht vielleicht die Möglichkeit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit mit und zwischen komparatistisch interessierten Fachleuten aus der Region selbst. Damit könnte u.a. an ein vergessenes Kapitel regionalbezogener historischer Komparatistik angeknüpft werden, das vor genau einem halben Jahrhundert mit der Einstellung der von 1943 bis 1948 in Budapest erschienenen *Revue d'histoire comparée* geschlossen wurde. Die Federführung dieses auf die Geschichte Ostmitteleuropas konzentrierten Unternehmens[22] oblag dem heute fünfundachtzigjährigen Doyen der ungarischen Historikerzunft, Domokos Kosáry. Ihm ist dieses Themenheft gewidmet.

Leipzig/Berlin im Juli 1998

20 In der von Jürgen Kocka, Hartmut Kaelble, Manfred Hildermeier und Holm Sundhaussen konzipierten Berliner Forschungsstelle für vergleichende Geschichte Europas ist beabsichtigt, „die traditionell vorherrschende Vergleichsperspektive nach Westen durch Vergleiche mit dem Osten verstärkt zu ergänzen". (Antrag, S. 4)

21 W. Schmale, Europäische Geschichte als historische Disziplin. Überlegungen zu einer „Europäistik", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), S. 389-405.

22 Es fußte auf der Aktivität einer von Domokos Kosáry initiierten „debating society", in der sich Historiker, Literaturhistoriker und Sprachwissenschaftler zusammenfanden, um über die „Idea of a Comparative History of East Central Europe" zu diskutieren. Vgl. D. Kosáry, The Idea of a Comparative History of East Central Europe: the Story of a Venture, in: Historians as Nation-Builders. Central and South-East Europe, hrsg. von D. Deletant und H. Hanak, London 1988, S. 124-138.

Christian Lübke

Die Prägung im Mittelalter: frühe ostmitteleuropäische Gemeinsamkeiten

Mehr als andere Kontinente der Erde, die sich in ihrer Begrenzung durch die Weltmeere definieren, ist das Verständnis Europas als Teil der eurasischen Landmasse auf die Faktoren *Geschichte* und *Kultur* angewiesen. Eben diese kulturgeschichtliche Grundbedingung der Definition gilt auch für die verschiedenen Geschichtsregionen des europäischen Kontinents, die nur vordergründig eine geographische Benennung haben. Deswegen auch vermag der Versuch einer festen Umgrenzung Ostmitteleuropas mittels geographischer oder gar aktuell-staatlicher Faktoren (etwa durch die Frage, welche Staaten zur Ostmitteleuropa gehören) einer kritischen Hinterfragung in historischer Perspektive nicht standzuhalten. Eine solche Retrospektive darf nicht der Versuchung erliegen, vorgegebene Grenzen *ostmitteleuropäisch* auszufüllen; vielmehr ist nach der Existenz spezifischer Strukturen zu fragen, die – mittels der Anwendung des Vergleichs als methodischem Vorgehen – in der Ausprägung von Gemeinsamkeiten wirksam werden und dadurch auch Unterschiede zu den benachbarten Regionen sichtbar werden lassen.

Die Suche nach den Gemeinsamkeiten beziehungsweise differenzierenden Merkmalen muß dort einsetzen, wo sich dem Betrachter eine kontinuierliche Entwicklung erschließt. Diese wird noch nicht oder nur in sehr begrenztem Umfang aus den Nachrichten antiker Autoren über die im Norden und Osten des Römischen Reiches siedelnden Germanen und andere Stämme erkennbar. Römer und Griechen sahen in ihren Nachbarn jenseits der Reichsgrenzen schlichtweg Barbaren[1], die an der damaligen mediterranen Kultur und damit auch an Europa keinen Anteil hatten. Eine erste Kennzeichnung Ostmitteleuropas wie des gesamten Barbaricum kann daher nur in der Nicht-Zugehörigkeit zur römischen Welt bestehen, und dieser Befund gilt auch für die Epoche nach dem Zerfall des Römischen Reiches, in der das Christentum die Rolle des prägenden kulturellen Faktors übernimmt[2].

Doch mag die bloß negative Definierung für diese Zeit auf den Mangel an zuverlässigen Quellen beruhen. Dies ändert sich zur Mitte des ersten christli-

1 K. E. Müller, Geschichte der antiken Ethnographie und ethnologischen Theoriebildung. Von den Anfängen bis auf die byzantinischen Historiographen, Bde. 1-2, Wiesbaden 1972-80.

2 T. C. Champion, Medieval archeology and the tyranny of the historical record, in: From the Baltic to the Black Sea. Studies in Medieval Archaeology, hrsg. von D. Austin und L. Alcock, London 1990, S. 78-95.

COMPARATIV, Heft 5 (1998), S. 14-24.

chen Jahrtausends. Zum einen beginnen damals schriftliche Quellen ausführlicher über die Bewohner des Barbaricum zu berichten, zum anderen wird sprachlich eine weitgehende, nämlich slavische, Homogenität sichtbar, und schließlich ist es der Archäologie gelungen, wesentliche Elemente einer flächenmäßig dominanten materiellen Kultur nachzuweisen – ein *Kulturmodell*, das auf den drei Säulen Grubenhaus, Keramik vom Prager Typ und Brandbestattung basiert; die mit diesen Elementen verbundenen Menschen betrieben hauptsächlich Landwirtschaft[3].

Die Gültigkeit dieses Kulturmodells darf zwar nicht uneingeschränkt verallgemeinert werden – zu bedenken ist vor allem das Fortleben und die Integration germanischer Gruppen und die Zuwanderung und politisch-militärische Dominanz turksprachig-nomadischer Völker im Süden –, dennoch aber sind Effizienz und Produktivität seiner Elemente unbestritten. Als besonders frappant erscheint die parallel verlaufende rasche Verbreitung slavisch sprechender Menschen aus einer offenbar räumlich eng begrenzten sogenannten „slavischen Urheimat", ein Phänomen, das die beteiligten Wissenschaftsdisziplinen seit langem vor Probleme stellt[4]. Die slavische Sprache verbindet auf jeden Fall bis heute die Mehrzahl der Bewohner des östlichen Europa, und ihre weiteste Verbreitung wird durch slavische Ortsnamen bis heute sogar dort bezeugt, wo bereits lange kein Slavisch mehr gesprochen wird.

Die von den Zeitgenossen als *slavisch* bezeichneten Gesellschaften wurden, folgt man der Beschreibung Prokops von Caesarea aus dem 6. Jahrhundert, „nicht von einem Mann regiert", sondern lebten „seit alters her in einer demokratischen Ordnung". Obwohl uns in den folgenden Jahrhunderten einige slavische Heerführer und Fürsten aus der Berichterstattung der byzantinischen oder fränkischen Nachbarn entgegentreten, hat diese Feststellung Prokops im großen und ganzen offenbar bis ins 9. Jahrhundert hinein ihre Geltung bewahrt. Selbst wenn wir die zeitweise, ja sogar lang anhaltende, Oberherrschaft der aus Asien zugewanderten Avaren über weite Teile slavischen Siedlungsgebietes in Rechnung stellen, bleiben in politisch-gesellschaftlicher Hinsicht doch erhebliche Unterschiede zu den westlichen und mediterranen

3 Zur Frage der Zuordnung solcher „Kulturen" zu den Slaven bereits seit der zweiten Hälfte des letzten vorchristlichen Jahrtausends V. V. Sedov, Slavjane v drevnosti, Moskva 1994. Kritisch zum Versuch des Nachweises von Slaven in der Zeit vor ihrer ersten sicheren Erwähnung in schriftlichen Quellen: A. Pleterski, Etnogneza slovanov. Obris trenutnega stanja arheoloskih raziskav, Ljubljana 1990; C. Goehrke, Frühzeit des Ostslaventums, Darmstadt 1992; Zusammenfassung der Diskussion bei K. W. Struve, Die Ethnogenese der Slawen aus der Sicht der Vor- und Frühgeschichte, in: Ethnogenese europäischer Völker, hrsg. von W. Bernhard und A. Kandler-Palsson, Stuttgart/New York 1986, S. 297-319.

4 J. Udolph, Zum Stand der Diskussion um die Heimat der Slawen, in: Beiträge zur Namenforschung, Neue Folge 14 (1979), S. 1-22; N. Kersken, „Slaven", in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 7, Sp. 2000-2003.

Teilen des Kontinents festzuhalten. Von den germanischen Herrschaftsbildungen, an deren Spitze Heerkönige standen, führte nämlich auf dem Boden des ehemaligen Römischen Reiches eine allmähliche Konzentration der Kräfte zum Dualismus der weströmisch-fränkischen und byzantinisch-griechischen Imperien. Zwischen beiden, von denen sich das westliche als Verband Galliens, Germaniens und Italiens verstand, während das andere „an Rande Europas" lag, lebten „Gesellschaften ohne Staat" bzw. „akephale Gesellschaften". Diese Begriffen sind aus der Sozialanthropologie entlehnt; sie bezeichnen politische und gesellschaftliche Strukturen, deren Erforschung ursprünglich Gegenstand von Feldstudien im afrikanisch-britischen Kolonialgebiet waren.

Als ein wesentliches Strukturmerkmal der „Gesellschaften ohne Staat", die vordergründig durch das Fehlen der zentralen Herrschaftsinstanz geprägt sind, hat die Sozialanthropologie das gleichrangige Nebeneinander von Verwandtschaftsgruppen angesehen, die vergleichbar den Segmenten einer Zitrusfrucht kompakte und homogen unterteilte gesellschaftliche Integrate bildeten. Dabei werden „segmentäre" Gesellschaften nicht als 'Urgesellschaften' aufgefaßt. Sie sind weder 'einfach', noch kann man sie als Gesellschaften begreifen, die sich am Anfang oder in einer Sackgasse der gesellschaftlichen Entwicklung befinden. Sowohl in ihrer strukturellen Reproduktion als auch in ihrer geographischen Expansion erweisen sie sich vielmehr als dynamisch: Sie sind 'Übergangsgesellschaften' in dem Sinn, daß sie Herrschaftsstrukturen hervorbringen und sich in zentralisierte Gesellschaften transformieren können[5].Vieles in der slavischen Frühgeschichte spricht dafür, daß die Anwendung dieses Modells auch für die Erhellung der vorstaatlichen Verhältnisse des östlichen Europa nützlich sein kann. Dies betrifft vor allem die Interpretation des sogenannten Bayerischen Geographen, einer Liste von Völkerschaften „am nördlichen Ufer der Donau" (*ad septentrionalem plagam Danubii*), die um die Mitte des 9. Jahrhunderts am ostfränkischen Königshof oder in dessen Umgebung entstand, und die bis tief ins östliche Europa hinein reicht, bis zu den Vesen im oberen Wolgagebiet und zu den Chazaren im Kaukasusvorland. Unter dem Vorbehalt regionaler und zeitlicher Varianten erlaubt die Terminologie des Bayerischen Geographen eine quasi idealtypische Rekonstruktion der politischen Organisationsformen in diesem Raum. Als „Segmente" treten dabei eine Vielzahl von *civitates* hervor, die vor allem mit Hilfe der archäologischen Forschung als Siedelgefilde erkannt wurden, zu denen eine Burg als wesentliches topographisches und strategisches Element zählte. Bausteine der dazu gehörenden Siedelgemeinschaften waren die Sippen (*rody*), in deren Zusammenwirken man die unterste Ebene politischen Handelns erkennen kann. An der Spitze der Siedelgemeinschaften standen die

5 C. Sigrist, Gesellschaften ohne Staat und die Entdeckungen der *social anthropology*, in: Gesellschaften ohne Staat. Gleichheit und Gegenseitigkeit, hrsg. von F. Kramer und C. Sigrist, Frankfurt a. M. 1978, S. 28-44.

Ältesten, wie der in der altrussischen Chronik, der Povest' vremennych let, beschriebene Kij, der legendäre Gründer Kievs. Aus den *civitas*-Segmenten setzte sich die *regio* eines Stammes zusammen, wobei die Anzahl der Segmente erheblich differieren konnte: Bei den mecklenburgischen Wilzen waren es 95 solcher *civitates*, bei den havelländischen Hevellern nur acht. In manchen Gebieten, wie bei den Wilzen, gliederten sich mehrere *regiones* zu einem noch größeren Verband zusammen. Zwar wird seit dem Ende des 8. Jahrhunderts in den fränkischen Annalen eine größere Zahl von Fürsten (*duces, reges, reguli* u.ä.) der slavischen Stämme erwähnt, doch waren diese in erster Linie Repräsentanten der gesellschaftlichen Segmente, die als *populi* die politische Kontrolle behielten, und deren Funktion auch die fränkischen Oberherren im ersten Drittel des 9. Jahrhunderts anerkannten[6].

Nimmt man das Strukturelement „Staat" im Sinn der Existenz zentraler Herrschaftsinstanzen zum Maßstab einer Kennzeichnung Europas, dann sind die „Gesellschaften ohne Staat" also von den beiden Imperien in der Tradition des Römischen Reiches deutlich abzuheben. Dies gilt auch für die südosteuropäischen Reichsbildungen des frühen Mittelalters (bei Avaren und Protobulgaren), die weniger den Herrschaftsanspruch über fest umgrenzte staatliche Gebilde durchgesetzt haben als vielmehr die Tributleistungen der unterworfenen Bevölkerungsgruppen. Hervorzuheben ist zudem eine gewisse Dekkungsgleichheit mit den sprachlichen und religiösen Verhältnissen: Hier stehen das römisch-lateinische und das byzantinisch-griechische Christentum einer weiten heidnischen „Grauzone" (A. Gieysztor[7]) gegenüber, die volkssprachlich gekennzeichnet ist. Die Aufhebung dieser aus der Antike ererbten kulturellen Zweiteilung Europas im Laufe des Mittelalters ist mit der Formierung Ostmitteleuropas auf das engste verbunden.

Zwei Faktoren, die miteinander korrespondierten und ihre Wirkung gegenseitig verstärkten, haben seit dem 9. Jahrhundert den Anstoß zu einem Wandel der Verhältnisse gegeben, der je nach Region in unterschiedlichem Tempo voranschritt. Zum einen ist dies jene sich im Innern vollziehende Transformierung der akephalen Segmente zu zentralisierten Gesellschaften mit eindeutigen Herrschaftsstrukturen, die im Zusammenhang mit gewaltsamen Ereignissen in Erscheinung trat: Kriege an den Grenzen zu den beiden Kaiserreichen, Beutezüge nomadischer Nachbarn, Errichtung von Tributherrschaft, militärische Sicherung der Handelswege und der daraus gewonnenen Profite. Als ein unverzichtbarer Faktor der Erforschung der politischen Organisationsformen hat sich die Untersuchung der Burgen erwiesen, deren Reste in Form von zum Teil bis heute beeindruckenden Burgwällen in großer Zahl erhalten sind. Ihre

6 C. Lübke, Forms of the Political Organisation of the Polabian Slavs, in: Origins of Central Europe, hrsg. von P. Urbanczyk, Warszwa 1997, S. 115-124.

7 A. Gieysztor, L'Europe chrétienne autour de l'an mille et ses nouveuax adhérents, in: Early Christianity in Central and East Europe, hrsg. von P. Urbanczyk, Warszawa 1997, S. 13-19.

Typisierung und zeitliche Einordnung erlauben eine effektive Überprüfung der Angaben des „Bayerischen Geographen" sowie die zuverlässige Rekonstruktion der Stammes- und Siedlungsverhältnisse bis zur Expansion überregionaler Herrschaftsgebilde[8].

Zum anderen handelt es sich um das stetige Anwachsen von Einflüssen, die von außen auf das östliche Europa einwirkten[9], und als deren geschichtswirksamstes Mittel sich schließlich die Christianisierung erwies. In der Praxis des täglichen Lebens spiegelt sich dies etwa in der Entwicklung der Bestattungssitten als Zeichen kulturellen Wandels wider[10]. Nimmt man die Christianisierung zum Maßstab, dann erscheint um die Jahrtausendwende zum ersten Mal in der Geschichte so etwas wie ein kulturelles „Ostmitteleuropa", das sich durch die Zugehörigkeit zur römischen Kirche nach Osten abgrenzt, wo die Kiever Rus' das Christentum griechischer Prägung angenommen hat. Die damals der römisch-lateinischen Kirche geöffneten Gebiete, das „neue Europa"[11], lassen sich nach ihrer kirchlichen Organisation, die den weltlichen Herrschaftsstrukturen folgt, weiter unterteilen. Im wesentlichen handelt es sich um Polen, Böhmen und Ungarn sowie um das Gebiet der Elbslaven, dessen zukünftiges Schicksal um die Jahrtausendwende noch nicht absehbar ist. Denn im nördlichen Teil der „Elbmarken" bildet sich nach dem großen Slavenaufstand[12] von 983 im Herrschaftsbereich der heidnischen Lutizen so etwas wie ein Gegenmodell zu dem „neuen Europa" heraus, das sich aber auf Dauer nicht durchsetzen kann.

Die neuen, nun christlichen, Staaten Ostmitteleuropas waren jeweils aus ersten Zentren durch militärische Expansion und Tributherrschaft zu machtvollen Gebilden herangewachsen, deren wichtigstes Machtmittel die militärische Gefolgschaft oder besser *družina* der Fürsten war, also ein ständiges Heer, das mit einem Anteil an der Beute und dem Tribut entlohnt wurde. Die expandierenden Herrschaftsgebilde stießen aber schließlich aneinander und gerieten in Konkurrenz zueinander. Polen beispielsweise kämpfte mit wechselndem Erfolg mit Böhmen um die Herrschaft über Schlesien, mit Ungarn um Mähren, mit dem Reich um die Lausitzen und mit der Rus' um die

8 H. Brachmann, Westslawische Burgherrschaft im Übergang von der Stammes- zur Staatsgesellschaft, in: Osteuropäische Geschichte in vergleichender Sicht, Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1996/1, S. 55-74.

9 C. Lübke, Zur Rolle von Fremden in den frühmittelalterlichen slavischen Gesellschaften, in: Ėtnogenez i ėtnokulturnye kontakty slavjan, Trudy VI Meždunarodnogo Kongressa slavjanskoj archeoligii, tom 3, Moskva 1997, S. 177-184.

10 L. Leciejewicz, Zwei Perioden des kulturellen Wandels: Das westliche Europa in der Merowingerzeit und das östliche Europa in der Zeit der Staatsbildungen. In: Osteuropäische (Anm. 8), S. 75-86.

11 A. Gieysztor, L'Europe nouvelle autour de l'an mille. La papauté, l'empire er les „nouveaux venus", Roma 1997.

12 C. Lübke, Eine andere Folge der Christianisierung des östlichen Europa im 10. Jahrhundert: Entstehung und Wesen des Lutizenbundes, in: Trigon 7 (1997), S. 44-55; ders., „Slavenaufstand", in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 7, Sp. 2003f.

„Červenischen Burgen". Insgesamt aber war die Phase der Expansion zum Stillstand gekommen, so daß man gezwungen war, neue Einnahmequellen zu erschließen, das heißt die Staaten auch im Inneren zu konsolidieren. Dies geschah mit Hilfe des *ius ducale*, das die Fürsten zur Erhebung von Abgaben und Diensten berechtigte[13]. Die Phasen von Expansion und Konsolidierung brachten eine ganze Reihe von Umwälzungen, die insgesamt einen Wandel von „Gesellschaften ohne Staat" zu dauerhaften, bis heute existierenden Staaten bewirkten.

Der Wandel betraf erstens die Verfassung. An die Stelle ziemlich gleichberechtigt nebeneinander stehender politisch-gesellschaftlicher Segmente trat nun die fürstliche Alleinherrschaft über territoriale Einheiten. Zweitens trat ein radikaler Wandel im Kultus ein. Die alte Gentilreligion mit einer Vielzahl von lokalen und regionalen Heiligtümern und Hausgöttern wurde durch das zentralistisch und hierarchisch organisierte Christentum abgelöst, das Anspruch auf alleinige Gültigkeit erhob. Schließlich ist drittens ein weitgehender Austausch der Eliten des Staates, der unmittelbaren Umgebung der Fürsten zu beobachten. Sie stammten nur zum Teil aus der eingesessenen Bevölkerung, aus den Repräsentanten der *civitates*, zum anderen Teil aber handelte es sich um neue, von außen herbeigeholte Bevölkerungselemente. Fremde dominierten auch im lukrativen Fernhandel und in der Erschließung von neuen Einkünften, wie zum Beispiel im Münzwesen und in der Zollerhebung. Ein geradezu programmatisches Zeugnis für die offene Grundeinstellung gegenüber den Fremden ist in den „Ermahnungen" des ungarischen Königs Stephan überliefert. Seinem Sohn Emmerich schrieb er nieder: „In Fremden (*hospites*) und ankommenden Männern liegt so viel Nützliches [...]. Für uns ist ein Reich mit einer Sprache und einer Sitte schwach und gebrechlich. Daher befehle ich Dir, mein Sohn, daß Du mit gutem Willen diese versorgst und ehrenvoll behandelst, damit sie gerne bei Dir leben [...]."

Wichtig ist, daß die aus der ethnisch heterogenen Gefolgschaft des Fürsten erwachsene weltliche Oberschicht sich zum Träger eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins entwickelte: Sie zuerst bildeten als *Poloni*, *Bohemi* und *Hungari* „politische Nationen"[14]. Das Personal der Kirche, das zunächst prak-

13 B. Krzemieńska/D. Třeštík, Wirtschaftliche Grundlagen des frühmittelalterlichen Staates in Mitteleuropa (Böhmen, Polen, Ungarn im 10.-11. Jahrhundert), in: Acta Poloniae Historica 40 (1979), S. 5-31; G. Labuda, „ius ducale", in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 5, Sp. 817.

14 F. Graus, Die Entstehung der mittelalterlichen Staaten in Mitteleuropa, in: Historica 10, 1965, S. 5-65; ders., Die Nationenbildung der Westslawen im Mittelalter, Sigmaringen 1980 (Nationes, Bd. 3); S. Russocki, Mittelalterliche politische Nationen in Mitteleuropa, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 14, 1990, S. 81-96; D. Třeštík, Moderne Nation, hochmittelalterliche politische Nation, frühmittelalterliche *Gens* und unsere genetische Software. Der Fall Mitteleuropa, in: Mittelalterliche nationes – neuzeitliche Nationen. Probleme der Nationenbildung in Europa, hrsg. von A. Bues und R. Rexheuser, Wiesbaden 1995, S. 161-181,

tisch geschlossen aus dem Ausland kam, propagierte die ideologische Basis für den dauerhaften Bestand der neuen Staaten: die Vorstellung einer unauflöslichen Einheit von Gott, Fürstendynastie und Land (mit seinen Bewohnern), wobei aber die ethnogenetischen und dynastischen Legenden der Slaven, d. h. die vorgeschichtliche mündliche Überlieferung, zum Bestandteil der neuen Ideologie wurde und in die mittelalterliche Historiographie Eingang fand[15]. Zu höchsten Repräsentanten der staatlichen Einheit erhob man „politische Heilige", die aus der Reihe der Fürstendynastien stammten, allen voran den schon im 10. Jahrhundert in Böhmen als Landespatron verehrten Wenzel[16].

Das Jahr 1000 mit dem berühmten Akt von Gnesen ist vielleicht am besten geeignet, die Entstehung eines neuen Erscheinungsbildes des alten Barbaricum zu demonstrieren. Kaiser Otto III. unternahm damals eine Pilgerreise an das Grab des Heiligen Adalbert, dessen Leben und Wirkung die „ostmitteleuropäischen" Verbindungen widerspiegelt. Der Leichnam dieses böhmischen Märtyrers, des vormaligen Bischofs von Prag, war von dem Fürsten Bolesław Chrobry von Polen erworben und an seiner Residenz in Gnesen bestattet worden, von wo ihn vier Jahrzehnte später die Böhmen nach Prag entführen sollten. Adalberts Bruder Radim-Gaudentius wurde im Jahr 1000 Erzbischof in Gnesen, sein Schüler Anastasius-Ascericus besetzte den Erzbischofsstuhl im ungarischen Gran. Die christlich-elitäre Lebensweise, für die Adalbert gewissermaßen steht, ist in der Praxis mit Sicherheit auf nur wenige Personen begrenzt gewesen, und doch prägte sie im Westen das Bild einer neuen, nicht mehr barbarischen *Sclavinia*, die nun im Widmungsbild des Aachener Evangeliars Ottos III. als vierte huldigende Provinz neben *Gallia*, *Germania* und *Italia* erscheinen konnte[17]. Auch Otto stellte eine Urkunde *in Sclavania in civitate Gnesni* aus und spielte damit auf die bedeutende Stellung Bolesław Chrobrys nicht nur in Polen sondern im gesamten östlichen Europa an. Diese politische Dominanz des Piasten wurde drei Jahre später mit der Besetzung auch des Prager Fürstenstuhls gekrönt, die aber, nach dem Tod Ottos III. wegen der nun beginnenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit König Heinrich II. nur wenige Monate andauerte.

15 J. Banaszkiewicz, Podanie o Piaście i Popielu. Studium porównawcze nad wczesnośredniowiecznymi tradycjami dynastycznymi, Warszawa 1986; ders., Slavonic origines genti: Hero the Law-Giver and Founder of Monarchy, in: Acta Poloniae Historica 60, S. 97-132; ders., Slawische Sagen de origine gentis (al-Masudi, Nestor, Kadłubek, Kosmas) – dioskurische Matrizen der Überlieferungen, in: Mediaevalia Historica Bohemica 3 (1993), S. 29-58; vgl. auch L. Leciejewicz, Legendy etnogenetyczne w świecie słowiańskim, in: Slavia Antiqua 32 (1989/90), S. 129-144.

16 F. Graus, St. Adalbert und St. Wenzel – Zur Funktion der mittelalterlichen Heiligenverehrung in Böhmen, in: Europa slavica – Europa orientalis. Festschrift für Herbert Ludat zum 70. Geburtstag, hrsg. von K. D. Grothusen u.a., Berlin 1980, S. 205-231.

17 J. Fried, Otto III. und Bolesław Chrobry. Das Widmungsbild des Aachener Evangeliars, der „Akt von Gnesen" und das frühe polnische und ungarische Königtum. Eine Bildanalyse und ihre historischen Folgen, Stuttgart 1989.

Bolesławs Rückzug leitete eine, wenn auch damals noch nicht erkennbare, allmähliche Rücknahme der polnischen Expansionen ein. Den Phasen von Expansion und Konsolidierung folgte bald eine Phase der Krise mit dem völligen Zerfall des polnischen Staates unter Bolesławs Nachfolger Mieszko II. Die Auflösung der zentralen Herrschaftsinstitutionen begünstigte die Renaissance der traditionellen „segmentären" Kräfte, wobei auch der ältere gentilreligiöse Kult wieder an Kraft gewann; die heidnische Reaktion zerstörte die polnische Kirchenorganisation für einige Jahrzehnte fast völlig. Auch in dieser krisenhaften Entwicklung waren sich die im 10. Jahrhundert entstandenen Staaten ähnlich. In der Kiever Rus' wird die gentilreligiös inspirierte Gegenbewegung nach der ersten Annahme des Christentums durch die Fürstin Ol'ga spürbar, als ihr heidnisch gebliebener Sohn Svjatoslav die ältere Expansionspolitik mit weitreichenden Kriegszügen wiederaufnahm, aber 972 im Kampf gegen die Pečenegen fiel. In Böhmen trat die Krise am Ende des 10. Jahrhunderts ein und kulminierte in der Vertreibung Bischof Adalberts aus Prag, in der Ermordung seiner Familie, der Slavnikiden, und schließlich in der vorübergehenden Ablösung der Přemysliden durch (den allerdings mit ihnen verwandten) Bolesław Chrobry[18]. In Ungarn begannen Bürgerkrieg und heidnische Reaktion nach dem Tod König Stephans (1038). Diese Krisen wurden zum Teil durch ausländische Interventionen bewältigt, die erneut fremde Gefolgsleute ins Land brachte. Die Aufeinanderfolge von Expansion, Konsolidierung und Krise war auch schon für das erste ostmitteleuropäische Staatengebilde kennzeichnend gewesen: für das Großmährische Reich.

Die vergleichende Einbeziehung der Kiever Rus' in den hier skizzierten Wandel Ostmitteleuropas im 9. und 10. Jahrhundert kann verdeutlichen, daß es sich anfangs nicht um spezifisch ostmitteleuropäische Phänomene handelte, also nicht um Gemeinsamkeiten, die ihre Wirkung aus einer regionalen ostmitteleuropäischen Wurzel entfalteten. Vielmehr haben bestimmte großräumig existierende Strukturen ähnliche Bedingungen geschaffen, die aber – wie im Fall der Rus'[19] – durch verschiedene Faktoren beeinflußt wurden. Im ostmitteleuropäischen Zusammenhang gilt dies insbesondere für Ungarn, das sich infolge seiner spezifischen geopolitischen Lage als Nachbar des Byzantinischen Reichs und der Steppenvölker länger und intensiver Einflüssen aus dem Südosten öffnete. Der erwähnten *Sclavinia* war es auch in einem weiten Sinn sicher nie zuzurechnen.

Dennoch lohnt es sich zweifellos, die gemeinsamen Merkmale der drei ostmitteleuropäischen Staaten, die um die erste Jahrtausendwende im Zu-

18 J. Zemlicka, Der „Reich" des böhmischen Boleslaws und die Krise an der Jahrtausendwende. Zur Charakteristik der frühen Staaten in Mitteleuropa, in: Archeologické rozhledy 47, 1995, S. 267-278.

19 Vergleichend zur Rus': St. Russocki, Concessions conditionelles de terres et centralisation des monarchies du centre-est de l'Europe au bas moyen age, in: Acta Poloniae Historica 69, 1994, S. 17-29.

sammenhang der mit der *renovatio-imperii*-Politik Kaiser Ottos III. (Akt von Gnesen, Königskrönung Stephans von Ungarn) im Westen so eindrucksvoll in Erscheinung traten, zusammenzufassen, und sie, wenn auch nur ansatzweise, im Hinblick auf ihre Wirkung im weiteren Verlauf des Mittelalters zu betrachten.

1. An der Spitze Böhmens, Polens und Ungarns stehen mit den Přemysliden, den Piasten und den Arpaden Fürstendynastien, denen es gelungen ist, sich die unumstrittene Anwartschaft auf den Fürstenthron zu sichern. Thronstreitigkeiten gibt es von nun an nur noch innerhalb der Familien. Die Přemysliden regieren in Prag bis 1306, die Piasten in Polen bis 1370, die Arpaden in Ungarn bis 1301. Da Mitglieder ihrer Familien – Bolesław Chrobry, Vratislav II. und Stephan I. – auch erstmals im Besitz der Königswürde gewesen sind, spielen die Dynastien für die ideologische Festigung der *regna* eine wichtige Rolle. Diese wird zusätzlich durch die Verehrung der „politischen" Heiligen Wenzel in Böhmen und Stephan in Ungarn gestärkt.
2. Die Fürsten regieren gemäß dem *ius ducale*. Die Intensivierung dieser Form der Erschließung von Einnahmen hängt mit dem Ende der territorialen Expansion zusammen. Die Organisierung und Realisierung des *ius ducale* erfolgt mit Hilfe einer vom Fürsten eingesetzten Administration, an deren Spitze die Kastellane stehen, hohe fürstliche Beamten, die ihren Sitz in den wichtigsten Burgen haben (in Ungarn: Komitatsburgen), und denen es gelingt, sich allmählich fürstliche Rechte über die dienstpflichtige Bevölkerung anzueignen. Der Adel bleibt wegen des im Vergleich zu Mittel- und Westeuropa weitgehenden Fehlens von Grundherrschaft und Lehnssystem[20] viel weniger differenziert. Seine direkten Beziehungen zum König spielen für ihn eine wichtige Rolle, und von hier aus wächst auch sein Selbstverständnis als „politische Nation".
3. Die abgabe- und dienstpflichtige Bevölkerung ist in ein flächendeckendes System einbezogen, das an die fürstlichen Burgen und Wirtschaftshöfe gebunden ist, und das als „Dienstorganisation" bezeichnet wird. Dieses System spiegelt sich bis heute in einer Vielzahl von „tätigkeitsbezeichnenden" Toponymen[21] wider, die prägende Bestandteile der Namen-Landschaft aller drei Länder sind. In Ungarn stehen dabei neben den ungarischen „Dienstnamen" slavische Namen, die daran erinnern, daß es auch hier ein slavisch-sprachiges Bevölkerungssubstrat gab.

---

20 S. Russocki, Figuré ou réel: Le „féodalisme centralisé" dans le centre-est de l'Europe, in: Acta Poloniae Historica 66, 1992, S. 31-37.

21 A. Gąsiorowski, „Służebne osady", in: Słownik Starozytności Słowiańskich, Bd. 5, S. 308-312; H. Ludat, Dienstsiedlungen, in : Lexikon des Mittelalters, Bd. III, Sp. 1006f.; C. Lübke, Arbeit und Wirtschaft im östlichen Mitteleuropa. Die Spezialisierung menschlicher Tätigkeit im Spiegel der hochmittelalterlichen Toponymie in den Herrschaftsgebieten von Piasten, Přemysliden und Arpaden, Stuttgart 1991.

4. Die drei Länder gehören der römisch-lateinischen Kirche an und verfügen über eine eigene landeskirchliche Organisation, das sind die Erzbistümer Gnesen in Polen und Gran in Ungarn. Die böhmische Kirche, das heißt die Bistümer Prag und Olmütz, bleiben bis zur Gründung des Erzbistums Prag im Jahr 1344 formell im Verband der Mainzer Metropolie. In der Praxis ist aber auch die böhmische Kirche unabhängig, und der Mainzer Erzbischof ernennt stets die von den Přemysliden bestimmten Bischöfe.
5. In Administration, Militär und Kirchenorganisation sind in bedeutendem Maße Personen einbezogen, die von außerhalb zuwandern und in die Gesellschaften der neuen Staaten integriert werden. Sie erhalten zunächst keine Ausstattung mit Land, sondern werden von den Fürsten direkt entlohnt oder überwiegend mit Posten in der Verwaltung versehen, wodurch eine enge Bindung zwischen dem Fürsten und seinen Ministerialen bestehen bleibt. Im Laufe der Zeit trifft die Gewohnheit, Ämter an Fremde zu verteilen, auf den wachsenden Widerstand der Einheimischen. Dies spiegelt sich besonders in den ungarischen Gesetzen wider, ist aber, wie etwa die Klage des böhmischen Cosmas von Prag über die Bevorzugung fremder Kleriker zeigt, in Böhmen und Polen kaum anders gewesen.

Trotz mancher struktureller Parallelen zu der im Osten benachbarten Kiever Rus' hat sich nach dorthin allmählich dennoch eine Kulturgrenze entwickelt, die in erster Linie auf dem konfessionellen Gegensatz beruhte, und die bis in die Zeit der polnisch-litauischen Union als grundlegend aufgefaßt wurde. Schon um 1147 sprach Bischof Matthäus von Krakau in einem Brief an Bernhard von Clairvaux davon, daß die „Ruthenia ... quasi est alter orbis"[22].

Das Kriterium der Zugehörigkeit zur römischen Kirche kann aber spästestens seit dem 12. Jahrhundert auf das Gebiet der Elb- und Ostseeslaven Anwendung finden, das um die Jahrtausendwende noch den „Gesellschaften ohne Staat" zugewiesen werden muß. Zu autochthon slavischen und dabei dauerhaft eigenständigen Herrschaftsbildungen wie in Polen, Böhmen und Ungarn ist es hier aber nicht gekommen. Wohl aber gab es spätestens seit dem 10. Jahrhundert eine enge Verzahnung deutscher, vor allem sächsischer Adelsgeschlechter mit diesem Raum. Ihre bewußte Orientierung nach Osten, über Elbe und Saale hinweg in slavisch besiedeltes Gebiet, wird durch Eheverbindungen mit den brandenburgischen Hevellern und den polnischen Piasten bezeugt, und offenbar wollten sich die Ottonen selbst mit den Eroberungen in diesem Gebiet Königsland verschaffen, in dem sie eine den Přemysliden, Arpaden und Piasten ähnliche Machtfülle hätten gewinnen können. Das in Magdeburg gegründete

22 M. Plezia, List biskupa Mateusza do św. Bernarda, in: Prace z dziejów Polski feudalnej, ofiarowane R. Grodeckiemu w 70 rocznice urodzin, Warszwa 1960, S. 123-140.

Erzbistum sollte gemäß ursprünglichem Plan Ottos I. alle jenseits von Elbe und Saale siedelnden *gentes* erfassen, also weit nach Osten reichen. Den dort eingesetzten Markgrafen standen, wie sonst nirgends im Reich, Burgen und militärische Einheiten als Machtbasis zur Verfügung. Nicht umsonst maßte sich Herzog Bernhard von Sachsen, der Inhaber der sächsischen Nordmark, in Magdeburg königliche Rechte an, und galt Markgraf Ekkehard von Meißen als zweiter Mann im Reich nach Kaiser Otto III.

Vor allem aber wurden im Markengebiet, jener in neuer Terminologie als *Germania Slavica*[23] bezeichneten deutsch-slavischen Kontaktzone, seit dem späten 11. Jahrhundert die im Westen Europas bereits erprobten Methoden des Landesausbaus angewandt und dabei das slavische Bevölkerungssubstrat durch Siedler aus dem Westen ergänzt. Im Verlauf der Ostkolonisation, eines von West nach Ost fortschreitenden universalgeschichtlichen Prozesses, der die Akkulturation und Verwestlichung weiter Teile der östlichen Hälfte Europas bewirkte, war dies die erste Etappe, der in einer zweiten Ostbrandenburg, Schlesien, Pommern und schließlich Preußen folgten, wo sich jeweils deutsche „Neustämme" bildeten. Im Vergleich zu den deutschen Altstämmen hat die geschichtlichen Entwicklung der Germania Slavica eine ganz andere Richtung genommen, die ihre Einordnung in den ostmitteleuropäischen Zusammenhang rechtfertigt. Für Ostmitteleuropa insgesamt bedeutete der hoch- und spätmittelalterliche Landesausbau mit der Einführung des *ius Theutonicum* nach Christianisierung und Staatsbildung dann eine weitere, diesmal ökonomische und rechtliche Vereinheitlichung.

23 C. Lübke, Germania-Slavica-Forschung im Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V.: Die Germania Slavica als Bestandteil Ostmitteleuropas, in: Struktur und Wandel im Früh- und Hochmittelalter. Eine Bestandsaufnahme aktueller Forschungen zur Germania Slavica, hrsg. von C. Lübke, Stuttgart 1998, S. 9-16.

Karen Lambrecht

Zentrum und Kommunikation – Ostmitteleuropäische Metropolen im Vergleich (ca. 1450–1550)

Die Zentren Ostmitteleuropas an der Schwelle zur Frühen Neuzeit als Metropolen zu betrachten[1] mag angesichts der metropolitanen Städte Westeuropas gewagt erscheinen. Das Städtenetz des östlichen Mitteleuropas war wenig entwickelt und weist zudem Spezifika auf, die ein komparatistisches Vorgehen erschweren. Forschungsarbeiten, die sich an einen Vergleich zwischen West und Ost heranwagen, haben deshalb eher Seltenheitswert. Kürzlich wurde etwa herausgestellt, daß die Städte Ostmitteleuropas im Mittelalter einen verfassungsrechtlich eigenen Typ bildeten, da sie in Partikulargemeinden, einzelne Stadtteile, Ethnien und Konfessionen zerfielen.[2] In der vorliegenden Untersuchung sollen bei einem symmetrisch angelegten innerregionalen Vergleich zunächst Strukturen und Funktionen der ostmitteleuropäischen Metropolen herausgearbeitet werden, um so in einem weiteren Schritt einen gesamteuropäischen, interregionalen Vergleich zu ermöglichen.

Die in der Kernregion Ostmitteleuropas liegenden Zentren Krakau, Prag und Wien zeichneten sich durch funktionale Vielfalt aus. Sie waren *zugleich* Residenz des Landesherrn, Sitz einer phasenweise international angesehenen Universität (Prag 1348; Wien 1365; Krakau 1367/1400) und Bistums- (Krakau unter Gnesen 1000) bzw. Erzbistumssitz (Prag 1344 [teilweise vakant], Wien 1469/79). Gleichzeitig findet sich in allen drei Metropolen eine ethnisch gemischte Bevölkerung. Auch wenn einzelne Faktoren gerade in dieser Geschichtsregion Verlagerungen, Wandlungen und Differenzierungen unterworfen waren, fordert jene Struktur einen Vergleich der drei Städte heraus, die gleichzeitig enge Beziehungen untereinander hatten. Besonders um 1500 erlebte die ostmitteleuropäische Region unter der Dynastie der Jagiellonen einen intensiven kulturellen Austausch, der sich vor allem in der Kontaktzone Mähren, Schlesien, Kleinpolen, Oberungarn zeigte.

In dem zu betrachtenden Jahrhundert entstand offensichtlich, was für das 18. Jahrhundert bereits erforscht wurde: die Entwicklung öffentlicher Kommunikation, die sich in den Zentren verdichtete und so einen kenn-

1 E. Engel u.a. (Hrsg.), Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, Berlin 1995.

2 So in einem der wenigen, vergleichend angelegten Beiträge: R. Mumenthaler, Spätmittelalterliche Städte West- und Osteuropas im Vergleich: Versuch einer verfassungsgeschichtlichen Typologie, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 46 (1998), S. 39-68.

COMPARATIV, Heft 5 (1998), S. 25-38.

zeichnenden Aspekt ihrer frühneuzeitlichen Bedeutung darstellte. Hof, Universität, Kirche und ethnisch gemischtes Patriziat boten den institutionellen Rahmen für die verschiedenen öffentlichen Kreise, die sich zunehmend überschnitten. In der Zeit der Konsolidierung nach den Hussitenkriegen, als die ostmitteleuropäische Geschichtsregion unter den Jagiellonen einen politischen Zusammenhalt besaß, machte sich durch die zunehmende Schriftlichkeit, den Buchdruck und die Entwicklung der Landessprache ein kultureller Wandel bemerkbar. Für einen relativ kurzen Zeitraum – lediglich von 1490 bis 1520 – entstanden humanistische Gemeinschaften als mehr oder weniger organisierte Subkulturen, die sich durch Kreativität und Selbstorganisation auszeichneten. Der geistige Austausch und die gelehrte Kommunikation, die sich im publizistischen Wirken der kulturellen Elite, in gedruckten Reden, Briefen und Predigten niederschlug, veränderte sich mit Reformation, Türkengefahr und dem Aufstieg der Habsburger in Ostmitteleuropa nach 1526. Hier setzte nicht nur auf politischer Ebene ein Strukturwandel ein, der um die Mitte des 16. Jahrhunderts die Bedeutung und kulturelle Funktion der Zentren wiederum verschob und veränderte.

Vielfach war bisher der primäre Zweck von Vergleichen in der Geschichtswissenschaft, durch das Andere das Eigene besser zu verstehen. Als Methode wurde entweder ein kontrastiver Vergleich (nach Max Weber) oder ein Vergleich angewandt, der nach Ähnlichkeiten, Gemeinsamkeiten und zeitspezifischen Regelmäßigkeiten suchte. Kritiker sehen den Vergleich gleichwohl weniger als Methode denn als Betrachtungsweise an.[3] Heinz-Gerhard Haupt und Jürgen Kocka stellten als Desiderat eine vergleichende Untersuchung der europäischen Moderne fest[4]; die Moderne als jener neuzeitliche Vorgang, mit dem sich Literatur, Philosophie, Kunst und Wissenschaft eigene Institutionen und eigene Märkte schaffen sowie ein Publikum gewinnen, das ihre Verselbständigung sozial trägt. Nun wurden Berufe und Laufbahnen institutionalisierbar, die ein spezifisch kulturelles Expertentum professionalisierten und entsprechende Maßstäbe und Standards spezialisierten. Dieser Prozeß ist jedoch kein geradliniger, sondern bestimmte Phänomene, die in der Zeit des Humanismus und der Renaissance beginnen (soziale Mobilität, Akademiebewegung, Schulbildung etc.) brechen durch den absolutistischen Staat und der „Verhärtung der

3 T. Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 339-367.

4 H.-G. Haupt/J. Kocka (Hrsg.), Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 9-45, hier S. 37.

Ständegesellschaft" (van Dülmen)[5] wieder ab und werden erst in der Aufklärung wieder aufgegriffen.

Als eine Grundkonstante der Modernisierung wird die Verbesserung der Kommunikation und ihrer Technik angesehen. Dabei ist das Phänomen „öffentliche Meinung" nach Wilhelm Bauer[6] grundsätzlich in städtischen Kulturkreisen zu suchen. Die Städte als Zentralisationspunkte der Macht, der Verwaltung, der Organisation instrumentalisierten die öffentliche Meinung. Für die zu untersuchende Zeit gilt dies bei der damals geringen Alphabetisierungsrate um so mehr.[7] Auch der Hof wurde zunehmend einbezogen.[8]

Angewandt auf Ostmitteleuropa kann durch einen symmetrisch angelegten Vergleich die Verdichtung öffentlicher Kommunikation in den Metropolen Krakau, Prag und Wien anhand ihrer spezifischen Ausprägungen vorgeführt werden. Geht man nicht kontrastierend vor, sind zur Aufstellung einer Typologie oder verallgemeinernder Aussagen mindestens drei Vergleichsfelder gleichmäßig einzubeziehen.[9] Unter der gewählten Fragestellung ist es sinnvoll, nach Ähnlichkeiten und Unterschieden zu fragen, aber auch nach den Wechselwirkungen und Beziehungen, so wie etwa in den Arbeiten von Espagne und Middell zu Frankreich und Sachsen.[10] Da gerade der kulturelle Austausch Thema ist, versteht sich die Untersuchung als ein Baustein zu einer positiv formulierten historischen Identität jenseits der nationalen Gegensätze. Sie zielt darauf ab, den kulturgeschichtlichen Zusammenhang der ostmitteleuropäischen Region aufzuzeigen und damit dessen Bedeutung auch für die heutige Zeit zu betonen.

Auch wenn methodisch zwischen Vergleich und Beziehungsgeschichte zu unterscheiden ist, können beide gleichzeitig betrieben werden. Für seine vergleichende Beziehungsgeschichte hat Marc Bloch bereits 1928 grund-

---

5 R. van Dülmen, Formierung der europäischen Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, in: Geschichte und Gesellschaft 7 (1981), S. 5-41, hier S. 24.

6 W. Bauer, Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte, Wildpark/Potsdam 1930, S. 18; ders., Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen, Tübingen 1914.

7 H. Boockmann, Zu den Wirkungen der „Reform Kaiser Siegmunds", in: Studien zum städtischen Bildungswesen des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, hrsg. von B. Moeller u.a., Göttingen 1983, S. 112-135.

8 Vom 21.-23.2. 1984 fand in Siegen eine Tagung zu „Manuskript und Buch als Kommunikationsmedien/Stadt und Hof als Kommunikationssituationen – zum Umbruch von Sprech-, Schreib- und Interaktionsformen zwischen 1450 und 1550" statt, deren Ergebnisse leider nicht publiziert wurden.

9 H. G. Haupt/J. Kocka (Anm. 4), S. 17 bringen als Beispiel hierfür die Arbeit von T. Schieder, Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaates in Europa, in: HZ 202 (1966), S. 58-81.

10 M. Espagne/M. Middell (Hrsg.), Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert, Leipzig 1993, sowie weitere Aufsätze von M. Espagne.

sätzliche methodische Überlegungen angestellt.[11] Das Integrationspotential der Zentren, ihre Ausstrahlungs-, und Anziehungskraft sowie die Beziehungsgeschichte und Interaktionen innerhalb der Geschichtsregion Ostmitteleuropa lassen die Besonderheiten des Raumes und die Funktion der Metropolen deutlicher vor Augen treten. Die überraschend schnelle Rezeption europäischer Kulturströmungen wie des Humanismus spricht gegen die vielfach postulierte „Rückständigkeit" dieser Region. Sie kann vielmehr ungeachtet ihrer Besonderheiten in den Prozeß der europäischen Modernisierung eingebettet werden.

Anstoß zur Erforschung von Kommunikation und Öffentlichkeit gab das inzwischen klassische Werk von Jürgen Habermas zum Strukturwandel der Öffentlichkeit, die zunächst eine „repräsentative Öffentlichkeit" war und sich durch öffentliches Inszenieren und Zelebrieren in Festen, Huldigungen etc. ausdrückte. Diese Öffentlichkeit sei keine Sphäre der politischen Kommunikation, sondern sozialer Status.[12] Die „repräsentative Öffentlichkeit" unterscheide sich durch einen Mangel an Kommunikation von der im 18. Jahrhundert entstehenden „bürgerlichen Öffentlichkeit".[13] In der Kulturgeschichtsschreibung zur Frühen Neuzeit ist nun neben dem Thema Repräsentation eine Hinwendung zu den Größen Diskurs und Text festzustellen, die zu einer Fokussierung auf Sprache sowie Analogien von kulturellen Äußerungen mit Texten führten. Der Sprache wird ein Primat bei der Konstituierung von Wirklichkeit eingeräumt, was ein gleichzeitig abnehmendes Interesse an soziologischen Fragestellungen nach sich zieht.[14] Diese Wende wird als *linguistic turn* bezeichnet.[15] Die Kulturgeschichte als Summe der Wahrnehmungsstrukturen, Sinnstiftungsprozesse und Wertorientierungen soll nun sozialgeschichtlich betrachtet werden.[16] So rückte auch die Untersuchung der Kommunikation, ihrer Medien und der sich daraus entwickelnden Öffentlichkeit wieder in den Blickpunkt.

Nach einem erweiterten Kommunikationsbegriff handelte es sich (entgegen Habermas) bei der repräsentativen Öffentlichkeit, bei den Zu-

11 M. Bloch, Pour une histoire comparée des sociétés européennes (1928). Dt. Übersetzung [Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung der europäischen Gesellschaften], in: Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der *Annales* in ihren Texten 1929–1992, hrsg. von M. Middell und S. Sammler, Leipzig 1994, S. 121-167.

12 J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a. M. 1962, S. 61f.

13 Zur Rezeptionsgeschichte vgl. A. Gestrich, Absolutismus und Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1992, S. 16ff.

14 M. Reisenleitner, Der Umgang der modernen Kulturgeschichtsschreibung mit Intertextualität in der Frühen Neuzeit, in: Intertextualtität in der Frühen Neuzeit. Studien zu ihren theoretischen und praktischen Perspektiven, hrsg. von W. Kühlmann/W. Neuber, Frankfurt a. M. 1994, S. 1-30.

15 Zur Rezeptionsgeschichte vgl. P. Schöttler, Wer hat Angst vor dem 'linguistic turn', in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 134-151.

16 U. Daniel, Clio unter Kulturschock. Zur den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft. Teil 1, in: GWU 48 (1997), S. 259-278.

schauern, Hörern und Lesern nicht um passive Rezipienten, sondern um handelnde, aktive Menschen. Außerdem wird heute in Anlehnung an die moderne Massenkommunikationsforschung in jedem Prozeß der Kontakt- und Informationsaufnahme ein kommunikativer Akt gesehen. Andreas Gestrich hat in seiner Arbeit die beiden scheinbar gegensätzlichen Begriffe Absolutismus und Öffentlichkeit untersucht und bereits für das frühe 18. Jahrhundert die Anfänge einer bürgerlichen Öffentlichkeit und das Vorhandensein von politischer Kommunikation nachgewiesen.[17] Eine Untersuchung zur Öffentlichkeit in der Frühen Neuzeit am Beispiel des Herzogtums Preußens legte jüngst Esther-Beate Körber vor.[18] Sie unterscheidet drei Bereiche von Öffentlichkeiten, den der Macht, den der Bildung, und den der Information. In dieser Arbeit und in vielen anderen geht man davon aus, daß es sich im Humanismus und der Renaissance noch um eine sehr eingeschränkte, elitäre und ausschließende Öffentlichkeit gehandelt habe, die im Gegensatz zu unserem heutigen Verständnis keine allgemeine Zugänglichkeit erlaubte. Jene historischen Öffentlichkeiten sind demzufolge hierarchisch gestuft und überschneiden sich gegenseitig.

In beiden Arbeiten schließt Kommunikation neben den schriftlichen Kommunikationsmedien von Handschrift und Druck auch die im Spätmittelalter noch dominanten mündlichen und nonverbalen, symbolischen Formen der Darstellung mittels Zeichen[19], Gesten, Gaben, Bildern, Theater und Musik mit ein. Jan-Dirk Müller spricht von der „Inflation der Bilder"[20] als Mittel der Herrscherrepräsentation unter Maximilian I., der durch Bildnisse präsent war, ohne anwesend zu sein. Die integrative Verwendung von Bild und Schrift in den Ausstattungen von Handschriften durch Initialen und Miniaturen weist auf eine Form der Visualisierung hin.[21] Das Bild sollte die Vorstellungskraft nähren und nicht etwa den Text für Analphabeten illustrieren. Der Medienwechsel von Mündlichkeit zur Schriftlichkeit vollzog sich erst allmählich.[22]

---

17 A. Gestrich, Absolutismus und Öffentlichkeit (Anm. 13), S. 14.

18 E.-B. Körber, Öffentlichkeiten der Frühen Neuzeit. Teilnehmer, Formen, Institutionen und Entscheidungen öffentlicher Kommunikation im Herzogtum Preußen von 1525–1618, Berlin/New York 1998.

19 R. Jütte, Funktion und Zeichen. Zur Semiotik herrschaftlicher Kommunikation in der Stadtgesellschaft, in: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums 1993. Visualisierung städtischer Ordnung. Zeichen – Abzeichen – Hoheitszeichen, Nürnberg 1993, S. 13-21.

20 J.-D. Müller, Gedechtnus. Literatur und Hofgesellschaft um Maximilian I., München 1982, S. 263ff.

21 H. Wenzel, Hören und Sehen, Schrift und Bild. Kultur und Gedächtnis im Mittelalter, München 1995, S. 268.

22 M. Giesecke, Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, Frankfurt a. M. 1991. Nachdruck 1994, S. 370, wo er das Beispiel von Heinrich Steinhövels gedruckter Festbeschreibung vorführt, der dem Leser unverständliche Textpassagen mündlich erläutern wollte. Hier wurde das Buch noch als Brief verstanden, als eine Form der

Insgesamt ist die neuere wissenschaftliche Literatur, die sich mit Medien, Kommunikation und Öffentlichkeit beschäftigt, fast unübersehbar geworden. Häufig werden die Begriffe jedoch nur als Aushängeschild im Titel ohne spätere terminologische Klärung verwendet.[23] Zum Teil benutzen Forschungsarbeiten Kommunikation als Sammelbegriff für „alle Formen von Verkehr, Verbindung, Vermittlung und Verständigung"[24], oder sie schränken den Kommunikationsbegriff auf eine der Ebenen ein.

Die Frühneuzeitforschung konzentrierte die Analyse von Kommunikation auf den Bereich des Nachrichtenwesens, des Postwesens[25] und der Diplomatiegeschichte[26]. Peter Burke stellt die entstehenden Institutionen von Archiv, Bibliothek, Enzyklopädie und Zeitung in den Vordergrund und setzt Kommunikation mit Information gleich[27]. Besonders den Flugschriften als zentralem Kommunikationsmittel wurde eine entscheidende Funktion bei der Verbreitung der Reformation zugeschrieben[28]. Inzwischen hat man diese Fragestellungen in einzelnen Ebenen auch auf die ostmitteleuropäischen Länder angewandt[29]. Die zunehmende Komplexität der Kommunikation stellt die Wissenschaftler vor Probleme, wenn es gilt, langfristige Strukturen zu erkennen, Zusammenhänge und Verflechtungen zu erfassen. Stärker als die Historiker bearbeiteten die Germanisten diese

---

Kommunikation über Distanz, die durch das persönliche Gespräch noch überbrückbar scheint.

23 B. Moeller, Erwägungen zur Bedeutung Erfurts als Kommunikationszentrum der frühen Reformation, in: Erfurt. Geschichte und Gegenwart, hrsg. von U. Weiß, Weimar 1995, S. 275-282; E. Isenmann, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter Friedrichs III. und Maximilians I., in: Europäische Hofkultur im 16. und 17. Jahrhundert, hrsg. von A. Buck u.a., Hamburg 1981, Bd. 3, S. 583-587.

24 So H. Pohl in seiner Einleitung, S. 7; vgl. H. Pohl (Hrsg.), Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, Stuttgart 1989.

25 W. Behringer, Bausteine zu einer Geschichte der Kommunikation. Eine Sammelrezension zum Postjubiläum, in: ZHF 21 (1994), S. 92-112.

26 C. Lutter, Politische Kultur und Kommunikationsformen in den diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Venedig und Maximilian I. – Problemaufriß, in: Frühneuzeit-Info 6 (1995), S. 217-224.

27 P. Burke, Information und Kommunikation im Europa der Frühen Neuzeit, in: Frühneuzeit-Info 2 (1991), S. 13-19.

28 B. Hamm, Bürgertum und Glaube. Konturen der städtischen Reformation, Göttingen 1996, S. 92f. Eher zurückhaltend beurteilt dies O. Mörke, Pamphlet und Propaganda. Politische Kommunikation und technische Innovation in Westeuropa in der Frühen Neuzeit, in: Kommunikationsrevolutionen. Die neuen Medien des 16. und 19. Jahrhunderts, hrsg. von M. North, Köln/Weimar/Wien 1995, S. 15-32.

29 J. Pirożyński, Z dziejów obiegu informacji w Europie XVI wieku nowiny z polski w kolekcji Jana Jakuba Wicka w Zurychu z lat 1560–1587, Kraków 1995; I. Hlaváček, Kommunikation der Zentralmacht mit Reichsuntertanen sowie auswärtigen Mächten unter König Wenzel (IV.), in: Kommunikationspraxis und Korrespondenzwesen im Mittelalter und in der Renaissance, hrsg. von H.-D. Heimann in Verbindung mit I. Hlaváček, München/Wien/Zürich 1998, S. 19-30.

Forschungsfelder.[30] Auch die Mediävistik versuchte in letzter Zeit gegen Habermas zu zeigen, daß Kommunikation und Öffentlichkeit bereits im Mittelalter vorhanden waren.[31] Kommunikation wurde im Sinne von Mobilität und Kulturtransfer bereits für das Mittelalter nachgewiesen.[32] Im Gegensatz zur Neuzeit hob man auch hier die Bedeutung der nonverbalen Kommunikation hervor.[33] Bernd Thum prägte dafür den Begriff der dynamischen „okkasionellen Öffentlichkeiten"[34]. Da die historische Kommunikationsforschung in ihren Anfängen steckt, fehlt es an vergleichenden Arbeiten und allgemeinen Analysen. Ostmitteleuropa wird fast überall ausgeklammert und selten so thematisiert wie in der Arbeit von Esther-Beate Körber zu Preußen.

Die entstehende Öffentlichkeit war teilweise ein Erbteil des rhetorischen Ideals italienischer Humanisten, sie wollten und bedurften nicht nur einer Öffentlichkeit, sie riefen sie gleichzeitig mit hervor. Auch wenn sich dies für das Reich und Ostmitteleuropa so nicht konstatieren läßt[35], führte die Bedeutung der antiken Rhetorik und des Lateins für die Kommunikation doch zu einem Bedarf an Humanisten.

Gleichzeitig kann sich die Kommunikationsgeschichte nicht auf die Analyse der Handlungen und Motive einzelner Akteure oder auf die bibliographische Erfassung der Medien beschränken. Ihr kommt es auf Verständigungsprozesse und Interaktionen zwischen den verschiedenen ge-

---

30 Vgl. H. Wenzel, Überlegungen zu Hof und Schrift. Zur Globalisierung von Kommunikationsstrukturen. Die ersten Schritte, in: Interregionalität der deutschen Literatur im europäischen Mittelalter, hrsg. von H. Kugler, Berlin/New York 1995, S. 65-79; ders., Hören und Sehen, Schrift und Bild. Kultur und Gedächtnis im Mittelalter, München 1995; J.-D. Müller, *Ich Ungenant und die leüt.* Kommunikation zwischen mündlicher Verständigung und anonymer Öffentlichkeit in Frühdrucken, in: Der Ursprung von Literatur. Medien, Rollen, Kommunikationssituationen zwischen 1450 und 1650, hrsg. von G. Smolka Koerdt, P. M. Spangenberg und D. Tillmann-Bartylla, München 1988, S. 149-174.

31 Vgl. die kompilatorische und keine neuen Erkenntnisse vorführende Arbeit von W. Faulstich, Medien und Öffentlichkeit im Mittelalter 800–1400, Göttingen 1996.

32 S. de Rachewiltz/J. Riedmann (Hrsg.), Kommunikation und Mobilität im Mittelalter. Begegnungen zwischen dem Süden und der Mitte Europas (11.-14. Jahrhundert), Sigmaringen 1995.

33 G. Althoff, Demonstration und Inszenierung. Spielregeln der Kommunikation in mittelalterlicher Öffentlichkeit, in: Frühmittelalterliche Studien 27 (1993), S. 259-282. Wiederabgedruckt in: ders., Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde, Darmstadt 1997, S. 229-257.

34 B. Thum, Öffentlichkeit und Kommunikation im Mittelalter. Zur Herstellung von Öffentlichkeit im Bezugsfeld elementarer Kommunikationsformen im 13. Jahrhundert, in: Höfische Repräsentation. Das Zeremoniell und die Zeichen, hrsg. von H. Ragotzky und H. Wenzel, Tübingen 1990, S. 65-87.

35 N. Hammerstein, Humanismus und Universität, in: Die Rezeption der Antike, hrsg. von A. Buck, Hamburg 1981, S. 23-39, S. 30 u. 32. Hammerstein sieht insbesondere nach der Reformation die Universitäten als einzigen Ort an, an dem eine Öffentlichkeit vorhanden war, „an dem Gesittung, Bildung, Erziehung möglich waren".

sellschaftlichen Gruppen an. In der Metropole überschnitten sich die einzelnen kulturellen Systeme von Hof, Universität und Stadt mit ihren eigenen kommunikativen Gepflogenheiten. Für die formale Organisation von modernen Gesellschaften scheint es kennzeichnend zu sein, daß mündliche Rekonstruktionen von Ereignissen und Sachverhalten in schriftliche Versionen übertragen und so fixiert werden.[36] Der entstehende Buchdruck unterstützte diese Entwicklung, wenn auch seine Bedeutung offensichtlich überschätzt wurde. Michael Giesecke reduzierte seine vielfach richtigen Beobachtungen über den Buchdruck auf seine Rolle als Initialzündung und sah ihn nicht als Element einer Gesamtentwicklung.[37] Dennoch entstanden durch den Buchdruck nun immer mehr Texte, die kommunikative Zwecke verfolgten und nicht mehr primär der Gedächtnisentlastung dienten. Der Druck ermöglichte eine neue Kommunikationssituation, indem er dem „gemeinen Nutzen" und nicht mehr – wie die Handschrift – dem „besonderen Nutzen" diente. Kommunikationspartner wurde eine unbekannte Öffentlichkeit. Die Wahl eines reproduzierbaren Mediums deutet ein zielgerichtetes Verhalten hin zu einem Publikum an, das gleichwohl noch sehr eingeschränkt war. Die Druckproduktion, besonders von Predigten und Reden, war bis 1500 noch von mündlicher Rhetorik geprägt, bevor eine Formalisierung einsetzte. Beispiele für Übergangsformen sind die Prachtausgaben, die Maximilian herstellen ließ. Sie imitierten als Drucke Handschriften und waren für einen exklusiven Abnehmerkreis bestimmt.[38] Wenn publizistisch über Ereignisse, etwa am Hofe, berichtet wurde, impliziert dies ein zweigeteiltes Publikum, ein teilhabendes und eine davon ausgeschlossene „Öffentlichkeit".[39] Das Bild für die Öffentlichkeit war vielfach Ersatz für den realen Vollzug. Die Wiedergabe eines vergangenen Vorgangs hat damit ansatzweise eine integrierende und im Falle von Berichten über Vorgänge am Hof eine herrschaftsstabilisierende Funktion. Humanistische Gelehrte konnten sich damit als exklusiver Zirkel konstituieren und zugleich ihre Teilhabe an der höchsten sozialen Sphäre zur Schau stellen. Durch Kommunikation entstand etwas Gemeinsames, gleichzeitig führte kommunikatives Handeln zur gesellschaftlichen Integration verschiedener Ebenen. Gelehrte konnten – vielfach zugleich und in verschiedenen Funktionen – zur Öffentlichkeit des Hofes, der Universität,

36 T. Luckmann, Grundformen der gesellschaftlichen Vermittlung des Wissens: Kommunikative Gattung, in: Kultur und Gesellschaft, hrsg. von F. Neidhardt, M. R. Lepsius und J. Weiss, zugleich Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 27 (1986), S. 191-213, hier S. 205f.

37 Die auf der Luhmannschen Systemtheorie beruhende Arbeit von Giesecke (Anm. 22). Dagegen U. Neddermeyer, Wann begann das 'Buchzeitalter', in: Zeitschrift für Historische Forschung 20 (1993), S. 205-216.

38 Dazu J.-D. Müller, Gedechtnus (Anm. 20), S. 269.

39 Ebenda, S. 273.

des Klerus und des Bürgertums gehören und wurden damit zum Bindeglied zwischen den einzelnen Ebenen.

Vor allem in der gelehrten Kommunikation, im gedruckten Buch mit seinen Widmungsvorreden, Begleitgedichten, Empfehlungsschreiben und Kommentaren, mit Berichten von gelehrten Gesprächen und mit Korrespondenzen tritt die Gemeinschaft öffentlich in Erscheinung.[40] Gelehrte waren „Modernisierungsträger"[41]. Auch wenn es problematisch ist, den modernen Elitebegriff[42] auf diese Epoche anzuwenden, kann man doch in der Zeit um 1500 mit dem Aufstieg einer Schicht akademisch ausgebildeter Fachleute zumindest in einzelnen sozialen Bereichen Strukturen einer kulturellen Elite erkennen, die sich gerade in den Metropolen bilden konnte. Hier gab es die Gelegenheiten des Zusammentreffens einer Gemeinschaft, die bereits im Vorfeld über das Medium Buch oder gelehrte Korrespondenz untereinander kommuniziert hatte. Dieter Mertens betonte die kulturelle Bedeutung der Reichstage, die einen Diskussionszusammenhang entstehen ließen, in den nicht nur das deutsche oder lateinische Tagesschrifttum eingriff, sondern der auch der Hintergrund aufwendiger wissenschaftlicher und poetischer Publikationen war. Neben den in amtlicher Eigenschaft anwesenden Gelehrten nutzten andere Literaten die Gelegenheit der Reichsversammlung – als öffentlichen Auftritt, als Publikationsanlaß oder um Kontakte zu knüpfen.[43] So standen reproduzierbare Medien in Wechselwirkung mit der traditionellen Art der Kommunikation, den persönlichen Begegnungen. Bekannte Beispiele der frühneuzeitlichen Großereignisse in Ostmitteleuropa sind der Fürstentag 1515 in Wien[44] und die Krönung von Bona Sforza 1518 in Krakau[45], wo sich die führenden Humanisten trafen. Ihre Gelegenheitswerke erschienen sofort im Druck und fanden auch international Beachtung.[46] Sogar im utraquistischen Prag veranstaltete man neben Krönungen und Königsbegräbnissen prunkvolle

40 Ebenda, S. 275.

41 R. C. Schwinges, Gelehrte im Reich. Zur Sozial und Wirtschaftsgeschichte akademischer Eliten des 14. bis 16. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 11.

42 H. P. Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse, Stuttgart 1962, S. 44; W. Ruegg, Humanistische Elitenbildung in der Eidgenossenschaft zur Zeit der Renaissance, in: Die Renaissance im Blick der Nationen Europas, hrsg. von G. Kauffmann, Wiesbaden 1991, S. 95-134, hier S. 96ff.

43 Tagung zur Maximilianeischen Hofkultur (AHF, Nr. 13, 20.3.1998) sowie D. Mertens, Die Rede als institutionalisierte Kommunikation im Zeitalter des Humanismus, in: Im Spannungsfeld von Recht und Ritual. Soziale Kommunikation im Mittelalter und Früher Neuzeit, hrsg. von H. Duchhardt und G. Melville, Köln/Weimar/Wien 1997, S. 401-421.

44 S. Füssel, Kaiserliche Repräsentation beim 'Wiener Kongress' 1515 im Spiegel der zeitgenössischen Darstellungen, in: Europäische Hofkultur im 16. und 17. Jahrhundert, hrsg. von A. Buck u.a., Hamburg 1981, Bd. 2, S. 359-368.

45 Polski Słownik Biograficzne, II, S. 288-294.

46 J. Pirożyński auf einer Tagung in Krakau im März 1998 (Theatrum ceremoniale na dworze książąt i królów polski) im Vortrag „Krakowskie uroczystości państwowe i dworskie drugiej połowy XVI wieku w świetle współczesnych prototypów prasowych".

Umzüge zu Ehren erhabener Gesandtschaften.[47] Gelehrte waren hier als Vertreter der Universität, als Amtsträger des Hofes und des Klerus öffentlich tätig. Beim Wiener Fürstentag 1515 begrüßte die Universität zusammen mit dem Klerus und den Wiener Zünften den Zug. Einzelne Mitglieder richteten lateinische Begrüßungsansprachen an hervorragende Persönlichkeiten. Der Drucker Hieronymus Vietor aus Krakau gab die Reden ein Jahr später gesammelt heraus.[48]

Gefördert durch den Buchdruck in den Zentren trat eine rasche Entwicklung der Landessprachen ein. Besonders in Böhmen entwickelte sich im gesamteuropäischen Vergleich der landessprachliche Druck ungewöhnlich früh, teils auf der Basis von tschechischen Handschriften, teils auf der von Neuübersetzungen. Die Entwicklung der Volkssprache förderte dabei eher die regionale Identität, das Latein als Medium der Bildungselite[49] war dagegen auf die überregionale Kommunikation ausgerichtet und blieb Sprache der Wissenschaft. Durch die Übersetzungen in die Landessprache, die immer eine Auseinandersetzung mit dem Text bedeuten und auch gleichzeitig Bearbeitungen sind – ein Beispiel wäre die geschönte Übersetzung von Enea Silvius' Böhmischer Chronik – fand ein Schritt in Richtung öffentliche Diskussion statt. Die böhmischen Humanisten widmeten den überwiegenden Teil ihrer literarischen Tätigkeit dem Übersetzen von deutschen und lateinischen Texten, da sie früh das Tschechische für literaturfähig hielten. Auch in den ersten drei Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts war die gesamte Buchproduktion in Böhmen bis auf wenige Ausnahmen tschechisch, erst seit den vierziger Jahren erschienen im wichtigsten Druckort des Königreiches, Prag, systematisch lateinische Drucke, seit Ende der fünfziger deutsche. Während in Prag fast alle Vorlagen ins Tschechische übersetzt und die ersten Übersetzungen aus dem Polnischen, Griechischen und Deutschen erstellt wurden, wies sich Krakau vor allem durch den Druck von Fremdsprachen aus, die gleichsam die ethnische Pluralität der Stadt widerspiegeln. Bereits 1491 wurde zum ersten Mal kyrillisch gedruckt. Hier erschien 1527 das erste ungarisch gedruckte Buch. Krakau entwickelte sich zum Zentrum des ungarischen Buchdrucks in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Es entstanden weiterhin das erste griechische und hebräische Buch Polens. Das erste polnische Buch erschien 1513.

Beide Zentren zeichnen sich gleichzeitig durch den Druck mehrsprachiger Werke aus, innerhalb derer die Vokabularien eine bedeutsame Stellung

47 F. Šmahel, Prag in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts; in: Metropolen (Anm. 1), S. 185-212, hier S. 205.

48 Orationes Viennae Austriae ad Divum Maximilianum Caes. Aug. Aliosq. illustrissimos Principes habitae. In celeberrima trium Tegum ad Caes. conventu. Anno M.D.X.V. Wien: Vietor 1516. Ex. Bayer. Staatsbibliothek München: Res. 4o Eur. 331 (5).

49 M. Richter, Kommunikationsprobleme im lateinischen Mittelalter, in: HZ 222 (1976), S. 43-80, hier S. 45.

einnahmen und deren häufige Auflagen den Bedarf an der Beherrschung von Fremdsprachen beweisen, die die Basis für die gegenseitige Verständigung bedeuten. In Böhmen erschienen auffällig viele zweisprachige Werke, die gezielt auf die Bedürfnisse der Bürger und Kaufleute ausgerichtet waren und praktischen Nutzen hatten. Die Buchproduktion in Prag erfüllte eher die Bedürfnisse des Adels und des Bürgertums, während die drei Bereiche Kirche, Universität und Hof in ihrer Verzahnung die Buchproduktion der Metropole Krakau bestimmten. In Böhmen lag eine stärkere Regionalisierung durch Multikonfessionalität und damit ein kleinschrittigeres Kommunikationsnetz vor als in Polen, wo Krakau aufgrund der eng verflochtenen Ebenen von Kirche, Hof und Universität bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts das Druckzentrum mit der größeren internationalen Reichweite war. Ähnlich wie in Augsburg, dem Zentrum des deutschsprachigen Frühdrucks[50], trat Prag damit weniger als Geburtsstätte revolutionärer Ideen und wissenschaftlicher Spitzenleistungen hervor, denn als Vermittlerin von Informationen und Wissen an städtische Bevölkerungsschichten, denen dieser Zugang bis dahin weitgehend verschlossen gewesen war.[51]

Bei der Bearbeitung einer international vergleichenden Fragestellung entstehen Schwierigkeiten der Quellen- und Sprachkenntnis, durch den unterschiedlichen Forschungsstand und die in der Länderhistoriographie verschieden verwendeten Begrifflichkeiten. Auf diesem „Königsweg" (Wehler) besteht gleichzeitig ein Zwang zur Abstraktion, der sich der vor allem in der Kultur- und Sozialgeschichte betriebenen „dichten Beschreibung" widersetzt. Die Gegenüberstellung von Kommunikationsstrukturen kann deshalb weniger die Inhalte der Kommunikation bearbeiten. Vielmehr gilt es deren Formen und Verdichtung darzustellen. Durch die formale Analyse wird eine Beurteilung der Öffentlichkeitsstrukturen unabhängig vom Wandel der Themen ermöglicht.

Eine Untersuchung der öffentlichen Kommunikation in den Metropolen muß einerseits prosopographisch nach Trägerschichten fragen, andererseits müssen auch die institutionellen Rahmenbedingungen, die „Infrastruktur der Renaissancekultur"[52], wie etwa Universitäten und Bibliotheken in der

50 Zu diesem Ergebnis kommt neuerdings H.-J. Künast, „Getruckt zu Augspurg". Buchdruck und Buchhandel zwischen 1468 und 1555, Tübingen 1997.

51 Zu Prag und Krakau sind bereits Vorstudien im Druck, dort auch die Belege im Einzelnen. Die Verhältnisse in Wien müssen noch vergleichend analysiert werden. Vgl. K. Lambrecht, Buchdruck und Kommunikation – Prag und Krakau an der Schwelle zur Neuzeit (bis 1550), in: Documenta Pragensia 16 (1999). Sowie dies., Kulturtransfer und Kommunikation – Die Anfänge des Buchdrucks in Prag und Krakau im Vergleich, in: Metropolen und Kulturtransfer in Ostmitteleuropa (15./16. Jahrhundert), hrsg. von A. Langer und G. Michels, Stuttgart [1998].

52 T. Klaniczay, Die soziale und institutionelle Infrastruktur der ungarischen Renaissance, in: Die Renaissance im Blick der Nationen Europas, hrsg. von G. Kauffmann, Wiesbaden 1991, S. 319-337.

Stadt ermittelt werden. Die gelehrte Kommunikation wurde zum kennzeichnenden Phänomen der Metropolen in dieser Zeit. Sie eröffnete durch die neuen Medien gleichzeitig Möglichkeiten der Untergliederung, die wahrgenommen wurden. Ein punktueller Vergleich zu den innerhalb des Städtedreiecks Krakau, Prag und Wien liegenden sekundären Zentren Breslau und Olmütz bietet sich deshalb an. Dieser Ambivalenz von Internationalismus und Regionalismus gilt es gerecht zu werden, auch wenn die Metropolen Mittelpunkt und Verdichtungszentrum waren. Erst die Massenkommunikationsmittel ermöglichten auch breiteren Schichten eine Teilhabe an den Diskussionen.

Die Beschränkung auf die schriftlichen Kommunikationsmedien[53], die Handschrift und vor allem den Druck ergibt sich durch die Konzentration auf die gelehrte Kommunikation. Handschrift und Druck existierten noch lange nebeneinander, ebenso wie sich beispielsweise im gedruckten Dialog die Tradition der Mündlichkeit zeigte. Durch eine Quantifizierung des publizistischen Wirkens in Druckwerken können Relationen für den Vergleich geschaffen und das potentielle Publikum, die Öffentlichkeit, eingegrenzt werden, auch wenn zu dieser Zeit Leserforschung fast undurchführbar ist. Die zunehmende Zahl von amtlichen Drucken der Institutionen Kirche, Hof und Stadt sind zum Beispiel Indikatoren für die frühmoderne Staatlichkeit und erforderten einen Bedarf an universitätsgebildeten Amtsträgern.

Das zu untersuchende Jahrhundert ist von neuen Quellengattungen geprägt, die sich in dieser Zeit entwickelten und ihre erste Hochphase hatten. Es handelt sich um Quellen, die gleichzeitig Aufschluß über die Kommunikationsstrukturen geben. So lassen Briefe in ihrer öffentlichen Funktion, zum Beispiel in bereits zeitgenössischen gedruckten Briefsammlungen, die Reichweite der persönlichen Beziehungen und das 'networking' erkennen. Wenn für das Reich konstatiert wird, daß die große Zahl von Briefsammlungen und Briefausgaben im Vergleich mit Frankreich und England vermuten läßt, daß die Briefe „einen gesellschaftlich-wissenschaftlichen Ersatz bieten mußten für eine alles an sich ziehende Metropole wie etwa Paris“[54], so wäre diese These für Ostmitteleuropa zu überprüfen. In gleicher Weise wie auch gedruckte Briefe persönliche Beziehungen zur Schau stellen, spiegeln die Bücherwidmungen und Dedikationsepisteln die Protektion, den Gönnerfang und das „Kultursponsoring“.

Das Zeitschriften- und Flugschriftenwesen dagegen befand sich erst in den Anfängen und fiel in den drei Metropolen noch kaum ins Gewicht.

---

53 Zu den nonverbalen Kommunikationsmedien in den Zentren Ostmitteleuropas vgl. den Beitrag von M. Dmitrieva in diesem Heft.

54 M. Ammermann, Gelehrten-Briefe des 17. und frühen 18. Jahrhunderts, in: Gelehrte Bücher vom Humanismus bis zur Gegenwart, hrsg. von B. Fabian und P. Raabe, Wiesbaden 1983, S. 81-96, hier S. 91.

Kontroversliteratur und Diskurse in der wissenschaftlichen Fachliteratur setzten verstärkt erst um 1550 ein. Im Umgang mit dem Reformationsschrifttum wurde statt seltener Gegenpropaganda als Gegenmaßnahme die Zensur eingeführt, auch wenn diese nicht unbedingt den gewünschten Erfolg hatte.

Das Jahrhundert von der Mitte des 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts bedeutete ebenso einen neuen Abschnitt in der Entwicklungsgeschichte der Nationalgeschichtsschreibung. Erstmals verfaßten 'ausländische' Historiker eine Reihe von Nationalgeschichten, in Ostmitteleuropa vor allem Italiener – Pietro Ransano und Antonio Bonfini schrieben eine ungarische Geschichte, Enea Silvio Piccolomini eine böhmische. In Böhmen selbst blieb in diesen Jahren die historiographische Kultur sehr schwach entwickelt, so daß die Historia Bohemica von Piccolomini die einzige Gesamtdarstellung blieb. Sie erschien 1475 in Rom und machte die böhmische Geschichte einem internationalem Publikum zugänglich. Eine Vielzahl von Drucken, sowie deutsche und tschechische Übersetzungen noch im 15. und 16. Jahrhundert zeugen von der breiten Rezeption.[55] Der soziale Ort, der Anreger und politisch-kulturelle Interessent der Hagiographie und Chronistik war der königliche Hof. In Polen blieb Krakau konstant das Zentrum der Geschichtsschreibung, konzentriert am und auf den Hof, sowie auf das Krakauer Kapitel[56]. Es entwickelte sich im Anschluß an Długosz eine regelrechte Hofhistoriographie in der Form von Auftragsarbeiten.

Gleichzeitig lösten die Städte den Hof und die Kirche allmählich als Auftraggeberin für Literatur ab. In der Gelegenheitsdichtung, etwa im Stadtlob, zeigt sich textimmanent eine vergleichende Sicht der Zeitgenossen auf die Städte. Wie keine andere Textgruppe des 15. und 16. Jahrhunderts erweisen sich die *laudes urbis* deshalb als Indiz einer Interessenverbindung zwischen akademischem Gelehrtenbürgertum und den um politisch-ökonomische Wohlfahrt der Stadt besorgten erwerbsbürgerlichen Gruppen.[57] Eine sich herausbildende Identität der Stadt nach innen und außen rief einen Bedarf an Literatur hervor, die sowohl normative wie repräsentative Funktionen übernehmen sollte. Das Stadtlob ist keinesfalls Ausdruck patriotischer oder nationalistischer Gefühle, da in Prag, Krakau und Wien die Mehrzahl der Texte von Fremden geschrieben wurde. Ob gegen Bezahlung oder aus weniger vordergründigen Interessen – die Verfasser-

55 N. Kersken, Geschichtsschreibung im Europa der „nationes". Nationalgeschichtliche Gesamtdarstellungen im Mittelalter, Köln/Weimar/Wien 1995, S. 571.

56 Ebenda, S. 486.

57 W. Kühlmann, Zum Profil des postreformatorischen Humanismus in Pommern: Zacharias Orth (ca. 1535–1579) und sein Lobgedicht auf Stralsund. Mit Bemerkungen zur Gattungsfunktion der „laus urbis", in: Pommern in der frühen Neuzeit. Literatur und Kultur in Stadt und Region, hrsg. von W. Kühlmann und H. Langer, Tübingen 1994, S. 101-123, hier S. 113.

schaft der *laudes* kann weiterhin als Indiz für die Integration über das Mittel der Identifikation zumindest der gelehrten Kreise gelten. Gleichzeitig spiegelt sich in der Verfasserschaft des ostmitteleuropäischen Städtelobes die plurale und multinationale Gesellschaft ihrer Zentren. In einer Verschränkung von Innen- und Außensicht gehören Professoren, Bischöfe, Kanzleisekretäre und kosmopolitische Humanisten zu ihren Autoren.[58]

Die hier angedeuteten Beispiele veranschaulichen die impulsgebenden Faktoren der Öffentlichkeit in den Zentren, ihre Träger, ihre Medien und ihre Institutionen. Von welchen öffentlichen Kreisen ging die Initiative zur Kommunikation aus? Wo gab es Konflikte, die auch öffentlich ausgetragen wurden? Wo und wie diente die Öffentlichkeit der Herrschaftslegitimierung? Welche Funktion und welche Reichweite hatte die gelehrte Kommunikation in den Metropolen? Welche Bedeutung hatten damit die Zentren für die Region, die Nation und den ostmitteleuropäischen Raum? Der Vergleich wird hier – trotz einiger Risiken – die Chance bieten, diese weitergehenden Fragen zu beantworten.

58 K. Lambrecht, Die Wahrnehmung der ostmitteleuropäischen Metropolen im humanistischen Stadtlob, in: Jahrbuch der Brüder-Grimm-Gesellschaft (in Vorbereitung).

Marina Dmitrieva

Die Metropolen Ostmitteleuropas Krakau und Prag im 16. Jahrhundert. Ein kunsthistorischer Vergleich

„Dicht bei Krakau fließt das Flüßchen Pradnik, an welchem Samuel Maciejowski, Bischof von Krakau und Kanzler der Krone, sich ein schönes Haus in italienischer Form bauen ließ, unter vielen anderen guten Gründen auch deswegen, um in einer so besonderen Gegend, wie die um Krakau ist, einen Ort zu haben, wo er Fremde und Gesandte großer Könige empfangen kann"[1].

Mit diesen Worten beginnt Lukasz Górnicki[2] sein erstes Buch über den *Dworzanin polski* (Der polnische Hofkavalier). Er paraphrasiert den *Cortegiano* von Baltasare Castiglione und verlegt dessen Handlung aus dem italienischen Urbino ins polnische Krakau. Górnicki, der seine Studienjahre in Padua verbracht hatte und als Sekretär und Bibliothekar des polnischen Königs Sigismund August den humanistischen und höfischen Kreisen nahe stand, hat sein Buch in polnischer Sprache für Polen geschrieben,[3] „um wenigstens irgend ein Andenken an mich und meine wohlwollende Gesinnung für mein Volk auf der Welt zurückzulassen"[4]. Gegenüber dem italienischen Original hat er Veränderungen vorgenommen[5], um das

1 „Tuż u Krakowa, jest rzeczka Prądnik, nad którą Samuel Maciejowski, biskup krakowski i kanclerz koronny, włoskim kształtem dom piękny zmurować kazał, jako dla wiela innych dobrych przyczyn, tak też dla tego, aby w tak osobnym kraju, jaki jest okolo Krakowa, miał miejsce, gdzieby postronne ludzie, a wielkich królów posły, czcic mógł".

2 Lukasz Górnicki (1527–1603). „Dworzanin polski" wurde in Krakau 1566 bei Maciej Wirzbięta gedruckt. Zit. nach der Ausgabe: Dworzanin polski Lukasza Górnickiego, wyd. K. J. Turowskiego, Kraków 1858. Eine nicht sehr genaue deutsche Übersetzung: Der polnische Demokrit als Hofmann, in: Fröhliche Sommertage und Winternächte vom Ausland gebracht durch Demokritos, 2. Teil, Stuttgart 1856. Zu Górnicki und seinem Buch siehe: R. Löwenfeld, Lukasz Górnicki. Sein Leben und sein Werk. Ein Beitrag zur Geschichte des Humanismus in Polen, Breslau 1884; D.J. Welsh, Il Cortegiano Polacco, in: Italica, 40 (1963), S. 22-27; J. Z. Lichański, Łukasz Górnicki Sarmacki Castiglione, Warszawa 1998.

3 „Überhaupt möge jeder wissen, daß ich, da ich für Polen schreibe, auch den Polen gefallen wollte." – Fröhliche Sommertage (Anm. 2), S. 16.

4 Ebenda, S. 12.

5 Peter Burke nannte das eine „Transponierung" des Originals und betrachtete das Buch Górnickis im Rahmen der Castiglione-Rezeption in Europa: P. Burke, The Courtier Abroad: or, the Uses of Italy, in: Die Renaissance im Blick der Nationen Europas, Wiesbaden 1991, S. 1-16, hier S. 10-11. Siehe auch: P. Burke, Die Geschicke des

COMPARATIV, Heft 5 (1998), S. 39-56.

Werk an die polnischen Verhältnisse, Sitten und Lebensweisen anzupassen. So erklärt sich der bewußte Verzicht auf die Schilderung von Frauengesellschaften oder das Nichterwähnen von musischen Beschäftigungen wie Tanz und Theater. Zudem fehlt der „dyskurs" über „del amor vero et falso" sowie über die Unterschiede zwischen „ars pictura", „statuaria" und „della imitatione"[6]. Als Ambiente ergibt sich eine italienische *villa suburbana*[7] inmitten einer polnischen Landschaft.

In dieser Villa trifft sich im Sommer 1549 eine Gesellschaft bekannter polnischer Persönlichkeiten, die sich auf Vorschlag des Hausherren, des Bischofs und Kronkanzlers Samuel Maciejowski, statt des üblichen Kartenspiels dem gelehrten Gespräch hingeben sollte. Da diese Männer zu dem Zeitpunkt, da Górnickis Buch entstand, bereits alle tot waren, drängen sich Parallenen zu Lukians „Gesprächen im Totenreich" und Platons „Dialogen" auf. In den Villa-Gesprächen kritisierte man eine „affige" Nachahmung der fremden Sitten und pries die Tugend mit Hilfe zahlreicher Beispielen aus der antiken Literatur. Die Frage lautete: Was machte einen vollkommenen *polnischen* Hofkavalier aus? Worin unterschieden sich die Polen von den Italienern, Franzosen oder Deutschen?

Eine der zentralen Ideen der Renaissancekultur ist zweifellos die *questione della lingua,* wie sie im *Cortegiano* Castigliones angesprochen wird – die Frage nach der Allgemeinverständlichkeit und Elitenkultur, nach der Durchsetzung der nationalen Sprache gegenüber den Gelehrtensprachen, das heißt das Problem der Kommunikation. Der Vergleich verschiedener Sprachen nimmt einen zentralen Platz im *Dworzanin* ein. Einer der Gesprächspartner kritisiert die unreflektierte Verwendung von Fremdwörtern[8] und fragt nach den Grenzen der Gelehrtensprache. So sei zum Beispiel das lateinische Wort „patria" passender als „oyczyzna moia" (was im Polnischen auch ein Grundstück bedeuten kann), für „philosophia" oder „gratia" finde man keine Übersetzung. Alle slawischen Sprachen, so Górnicki, bil-

---

„Hofmann". Zur Wirkung eines Renaissance-Breviers über angemessenes Verhalten, Berlin 1996 (engl. Cambridge 1995), S. 108-112.

6 L. Górnicki, Dworzanin Polski (Anm. 2), S. 4-5.

7 Die Villa von Maciejowski ist nicht erhalten geblieben. Einen Eindruck davon gibt aber die gleichzeitig erbaute Villa im italienischen Stil des Sekretärs vom König Sigismund I., Jost Ludwig Decius, bei Krakau. Siehe: J. Kowalczyk, Wille w Polsce w XVI i pierwszej połowie XVII stulecia, in: Kwartalnik Architektury i Urbanistyki, 21 (1976), z. 4, S. 277-318.

8 „Denn ist unser Pole auch nur eine kleine Strecke auf Reisen gewesen, gleich will er nicht mehr anders sprechen, als in der Sprache des Volkes, unter dem er einen Augenblick gelebt hat. War er in Italien, so hört man nach jedem Wort: Signor! War er in Frankreich: par ma foi; war er in Spanien, nos otros cavaglieros. Oft will einer, der gar nicht in Böhmen gewesen, sondern nur über die schlesische Grenze gefahren ist, nicht mehr anders sprechen als böhmisch; und weiß Gott, was das für ein Böhmisch ist. Sagt man ihm aber, er solle doch in seiner Muttersprache sprechen, so sagt er, er habe sie vergessen, oder seine Muttersprache scheine ihm steif..." Fröhliche Sommertage (Anm. 2), S. 84.

deten früher eine Sprache – egal ob man vom Kroatischen, Bulgarischen, Ruthenischen, Russischen oder Böhmischen spreche, – so wie alle Slawen eine Nation bildeten.

Górnicki unternimmt einen Vergleich von Kulturen. Dabei handelt es sich um einen Vergleich des *Eigenen mit dem Fremden*, beruhend auf seiner persönlichen Erfahrung des Lebens und Studierens in Italien und der Beschäftigung mit verschiedenen diplomatischen Aufgaben. Differierende Lebensformen werden miteinander verglichen, kritisch, aber oft zu Gunsten der Eigenen. Trotz aller kritischen Auseinandersetzung behält Italien jedoch einen normierenden Charakter. Der *Cortegiano* Castigliones wird nicht nur als Vorlage, sondern auch als Vorbild benutzt. Dieser Rezeptionsprozeß kann plastisch veranschaulicht werden. Die von Górnicki beschriebene italienische Villa ist an die polnischen Verhältnisse angepaßt.[9] Sie steht inmitten einer reizenden Krakauer Landschaft, wohin sie aus der italienischen Vorlage „transponiert" worden ist. Der damit verbundene „Entfremdungseffekt" bietet dem Leser neue Reflexionsmöglichkeiten. Das Buch gibt nicht nur ein lebendiges Bild von der humanistischen Bildung am Königshof, sondern von Bräuchen und Sitten der polnischen Gesellschaft in der Zeit der Renaissance. So ist zum Beispiel der Exkurs über die Sprache charakteristisch für die allgemeine Situation in der Metropole Krakau. Die sich hierin reflektierende Multinationalität, die sowohl in der Sprache und im Alltag als auch im Buchdruck und in der Kunst ihren Ausdruck fand, war für diese Stadt in besonderem Maße repräsentativ[10].

Schon Plutarch sah die Ähnlichkeit von Kontexten als Voraussetzung für vergleichende Betrachtungen an. Im Rahmen des Vergleiches von zwei gleichwertigen Kulturen, der griechischen und der römischen (und nicht, wie bei seinen Vorgängern, jener der Zivilisation mit der Barbarei), suchte er nach Vergleichskriterien wie der Beständigkeit des menschlichen Charakters, oder der Gesetzmäßigkeit von ähnlichen Handlungen in der Geschichte. Anders formuliert strebte er die „erklärende Interpretation eines historischen Phänomens in mindestens zwei über ein *tertium comparationis* miteinander kommunizierenden sozialen Kontexten (an), die möglichst gleichgewichtig auf die jeweilige Fragestellung hin zu rekonstruieren

9 Vincenzo Scamozzi beschreibt in seiner „Historia della architettura universale" das Projekt eines Lustschlosses, das er für den Grafen Zbaraski ausführen sollte, und geht dabei auf die Anforderungen des Klimas, der Abwehrfunktionen und des persönlichen Geschmacks des Auftraggebers ein. Vgl.: L'idea della architettura universale di Vincenzo Scamozzi, architetto veneto, Venetiis An. MDCXV, libro terzio, cap. VIII.

10 König Sigismund August, Sohn einer italienischen Mutter, sprach außer Polnisch auch Italienisch, Latein und alle slawischen Sprachen; auch Erzherzog Ferdinand II. von Habsburg beherrschte bekanntlich, wie wahrscheinlich seine Geschwister auch, Polnisch (seine Mutter, Anna, war Schwester des Königs Sigismund I. und Gemahlin des Kaisers Ferdinand I.).

sind"[11]. Der Vergleich Plutarchs zielte darauf hin, ein einheitliches Bild der klassischen Antike, das die griechische und die römische Antikenwelt umschloß, zu umreißen.

Die vergleichende Stilanalyse gehört zu den Grundmethoden der Kunstgeschichte. Welche neuen Gewinne bringt eine vergleichende Untersuchung bei der Absicht, die Erscheinungen nicht nur stilgeschichtlich, sondern auch typologisch und auf Ostmitteleuropa bezogen zu beschreiben? Welche Einheiten sind dann als Vergleichsgegenstände geeignet?[12]

Zu den charakteristischen Strukturmerkmalen Ostmitteleuropas zählt unter anderem das Hervortreten einiger bedeutender Zentren, die, wie zum Beispiel Krakau oder Prag oder auch Wien, zugleich Residenzen des Königs, Universitätstädte, Bischofssitze, Zentren des Buchdruckes und der kulturellen Kommunikation waren.[13] Sie sollen als *ostmitteleuropäische Metropolen*[14] bezeichnet und hinsichtlich ihrer Funktionen als Kunstzentren[15] untersucht werden. Im Mittelpunkt steht die vergleichende Betrachtung der Kunstentwicklung in den Metropolen Krakau und Prag im 16. Jahrhundert. Dabei wird der Italienrezeption – das zentrale Thema des eingangs erwähnten Górnicki-Buches – besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die westeuropäische Kunstgeschichtsschreibung hat der Kunst Osteuropas bisher wenig Beachtung geschenkt; die Forschung in den ostmitteleuropäischen Ländern selbst war zugleich primär auf die Fragen der nationalen Kunstentwicklung konzentriert. Vergleichende, länderübergreifende Untersuchungen sind immer noch als Forschungsdesiderat zu betrachten. Dieses abzubauen, die ostmitteleuropäische Kunst in den Kontext aktueller theoretischer Debatte einzubeziehen und an einigen Fallbeispielen zu zei-

11 T. Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte, 35 (1995), S. 339-367, hier S. 345.

12 Zu verschiedenen Vergleichsmethoden – kontrastiver, symmetrischer oder asymmetrischer Vergleich und Kontexten – geschichtliche Handlungen, Erfahrungen, Prozessen und Strukturen siehe: H.-G. Haupt/J. Kocka (Hrsg.), Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einführung, in: Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 9-45, hier S. 9. Für Thomas Welskopp sind „weiche" Gegenstandsbereiche wie „Erfahrungen", „Mentalitäten", „Kultur" und „Beziehungen" „kaum operationalisierbar". Siehe: T. Welskopp, Stolpersteine (Anm. 11), S. 341.

13 Siehe dazu den Beitrag von Karen Lambrecht in diesem Band.

14 Zur Fragestellung und Begriff siehe: E. Engel/K. Lambrecht/H. Nogossek (Hrsg.), Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, Berlin 1995.

15 Nach der Meinung T. DaCosta Kaufmanns ist nur Prag als Kunstmetropole in Ostmitteleuropa zu bezeichnen. Siehe: T. DaCosta Kaufmann, Das Problem der Kunstmetropolen im frühneuzeitlichen Ostmitteleuropa, in: Metropolen im Wandel (Anm. 14), S. 33-46.

gen, welche heuristischen und analytischen Möglichkeiten die Anwendung vergleichender Ansätze birgt, ist das Anliegen dieses Beitrages.

Im Laufe des 16. Jahrhunderts traten in Polen und in Böhmen, aber auch in den angrenzenden Gebieten Österreichs und des mittleren Süddeutschlands, bestimmte Züge in der kunstgeschichtlichen Entwicklung auf, die trotz aller regionaler, nationaler und historisch bedingter Unterschiede auch Ähnlichkeiten aufweisen[16]. Diese zeigten sich vor allem in einer massiven und raschen Verbreitung neuartiger, aus Italien kommender Architekturformen und -strukturen, aber auch in den von dort übernommenen Lebensformen und Erfahrungen. Als symbolische Formen, namentlich in der herrschaftlichen Repräsentation, sind sie in Bereichen wie politische Ikonographie, Hofzeremoniell, Sitten und Bräuche, Gesten, Kleider usw. nachvollziehbar.

Die kunst- und lebensweltlichen Innovationen gingen in Polen und Böhmen von den Metropolen Krakau und Prag aus. Besonders in der ersten Hälfte und um die Mitte des 16. Jahrhunderts, nachdem Buda seine Bedeutung als ostmitteleuropäisches Zentrum der Renaissance und des Humanismus verloren hatte[17], wurden beide Städte zu Drehscheiben des Renaissancestils. Initiatoren der Veränderungen waren die Könige. So holte zum Beispiel Sigismund I. von Polen italienische Baumeister aus Ungarn. Am Hofe seines Bruders Wladislaw war er in Buda mit der humanistischen Kultur des Matthias Corvinus-Kreises vertraut gemacht worden. Nunmehr ließ er seine Residenz auf dem Krakauer Wawel bewußt in einem völlig neuen Sinn auszubauen. Auch Ferdinand I. ließ, obwohl er seine Residenz nicht nach Prag verlegte, Architekten aus Oberitalien nach Prag kommen, die für seine Frau Anna, die Schwester des Königs Sigismund I., nahe der Prager Burg ein repräsentatives Lustschloß in italienischer Form errichten. Unter Erzherzog Ferdinand II., einem Sohn Ferdinands I., der 1547–1567 Statthalter in Böhmen war, entwickelte sich Prag zu einem kulturellen und künstlerischen Zentrum in Ostmitteleuropa[18]. Die rege Bautätigkeit im Laufe des 16. Jahrhunderts verlieh den ostmitteleuro-

16 Als eines der wenigen Beispiele der vergleichenden Sicht siehe: A. Miłobędzki, Architectural Currents in Central Europe and the Interplay of their Relations: 1490–1780, in: Künstlerischer Austausch. Akten des XXVIII. Internationalen Kongresses für Kunstgeschichte, Berlin, 15.-20. Juli 1992, Bd. II, Berlin 1993, S. 177-183.

17 Zum ungarischen Auftakt der Renaissance und der Problematik der Metropolen im 15.-Anfang 16. Jahrhundert siehe: H. Nogossek, Die Wege der Renaissance nach Buda, Prag und Krakau. Übernahme und Aneignung neuer Kunstströmungen, in: Metropolen im Wandel (Anm. 14), S. 47-59.

18 Zu der Rolle Ferdinand von Tirol als Bauherr in Prag: M. Simons, Ferdinand I., König von Böhmen, sein Sohn Erzherzog Ferdinand II. und der Prager Königshof in den Jahren 1527–1567, in: Rudolf II. und Prag. Kaiserlicher Hof und Residenzstadt als kulturelles und geistiges Zentrum Mitteleuropas, hrsg. von E. Fučiekovà u.a., Prag/London/Milan 1997, S. 80-89.

päischen Metropolen ein neues Antlitz und verwandelte sie zu imposanten Orten herrschaftlicher und städtischer Repräsentation.

Während auf dem Wawel im königlichen Auftrag Bauwerke entstanden waren, die – wie der Arkadenhof des Schlosses oder die königliche Grabkapelle – Vorbildfunktionen für die Bauten in Zentralpolen ausübten und eine florentinische Renaissancetradition ins Land brachten, blieben die von den oberitalienischen Baumeistern errichteten Lustschlösser in Prag, wie das erwähnte Lustschloß der Königin Anna, (auch Belvedere genannt), das Ballhaus oder das nach dem Entwurf des Erzherzog Ferdinand II. errichtete Schloß Stern bei Prag, singuläre Leistungen. Obgleich sie keine direkten Nachahmungen hervorriefen, darf die maßgebende Rolle der Prager Werkstätte und der königlichen Architekten um die Mitte des 16. Jahrhunderts nicht unterschätzt werden.[19]

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts kam es zu einer regelrechten Invasion italienischer Architekten – vor allem aus Oberitalien und dem Tessin – die, im Gegensatz zu der von Matthias Corvinus und Sigismund I. gepflegten florentinischen Tradition, eine römische und oberitalienische Linie der Renaissancearchitektur nach Ostmitteleuropa brachten. Dazu kamen die *comaschi*[20], die Handwerker aus dem oberitalienischen Seengebiet. Sie waren schon früher in Ostmitteleuropa tätig gewesen, übernahmen aber jetzt allmählich die meisten Bauaufträge. Ihnen war oft eine vereinfachte, an die regionale spätgotische Tradition angepaßte Variante der manieristischen Architektur eigen. Dies führte vor allem in der Peripherie, aber auch in den Zentren gegen Ende des 16. Jahrhunderts zu einer „Rustikalisierung" der Renaissance-Architekturformen, die als „vernakuläre" (Jan Białostocki) oder „eingebürgerte" (Erich Hubala) Renaissance zur allgemeinen Architektursprache wurden.

Einer großen Beliebtheit erfreuten sich in Ostmitteleuropa in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Architekturtraktate; im besonderen aber die allgemeinverständlichen, „für die mediocri" verfaßten Architekturbücher Sebastiano Serlios[21] oder die städtebaulichen Entwürfe Pietro Cataneos u.a., von denen Pläne, Ornamente und einzelne Muster als Vorlagen

19 Vgl. dazu: E. Šamanková, Architektura Ceské Renesance, Praha 1961; P. Preiss, Italšti umělci v Praze, Praha 1986.

20 Von Lago di Como. Vgl. A. Strnad, Die Rezeption der italienischen Renaissance in den österreichischen Erbländern der Habsburger, in: Die Renaissance im Blick der Nationen Europa, S. 135-245. Hier auch die einschlägige Literatur. Zu Polen: M. Karpowicz, Artisti Ticinesi in Polonia nel' 500, Lugano 1987; ders., Artisti Ticinesi in Polonia nel' 600, Lugano 1983.

21 H. H. Aurenhammer, Multa aedium exempla variarum imaginum arque operum. Das Problem der *imitatio* in der italienischen Architektur des frühen 16. Jahrhunderts, in: Intertextualität in der Frühen Neuzeit, hrsg. von W. Kühlmann und W. Neuber, Frankfurt a. M. u.a. 1994, S. 533-587.

gerne übernommen wurden[22]. Projekte und Ideen von Vincenzo Scamozzi, Andrea Palladio, Michele de Sanmichele und Giulio Romano wurden verwendet und an die regionalen Verhältnisse angepaßt. Bezeichnend für beide Länder – Polen und Böhmen – ist das parallele Auftreten von „reinen" italienischen Formen und Bautypen (Villa, Garten, Lustschloß, die Idealstadt als städtebauliches Konzept wie in Zamość, Polen) und deren Transponierung in verschiedenen *vernakulärer* Varianten, wie es vor allem in der Architekturornamentik zu erkennen ist.

Durch eine vergleichende Analyse kann man der Untersuchung der Vielfalt ähnlicher und unterschiedlicher Erscheinungen neue Erkenntnisse gewinnen. Dabei kommt sowohl ein symmetrischer Vergleich ähnlicher Strukturen und Typen im ostmitteleuropäischen, innerregionalen Kontext, konkret in Polen und Böhmen, als auch eine asymmetrische Gegenüberstellung mit analogen Erscheinungen außerhalb Ostmitteleuropas, in erster Linie Italien als dem Herkunftsland der Renaissance, in Frage.

Um den Prozeß der Entstehung, Verbreitung und „Vervolkstümlichung" der Renaissance in allen regionalen Besonderheiten verfolgen zu können, müssen zum Vergleich auch andere Beispiele herangezogen werden – etwa das Aufeinandertreffen der einheimischen Tradition mit der Architektursprache der italienischen Renaissance in den von italienischen Architekten gebauten Kathedralen und Palästen im Moskauer Kreml oder in den aus Polen übernommenen regionalen Varianten des Manierismus von Weißrußland bis Moskau (Naryschkin-Barock).

Die Frage lautet, inwiefern von der Ausstrahlung eines künstlerischen Zentrums (einer Kunstmetropole) auf ihre Vorbildfunktion geschlossen werden kann? Was ist in diesem Fall Zentrum und was ist Peripherie?[23] Worin besteht die maßgebende Rolle italienischer Kunstzentren wie Florenz oder Rom in bezug auf den Residenzausbau in Ostmitteleuropa (Rom und Prag[24]; Florenz, Venedig oder Padua und Krakau[25]; die repräsentativen

22 Zur polnischen Rezeption von Serlio: J. Kowalczyk, Sebastiano Serlio a sztuka polska, Wrocław 1973.

23 Begriffe „Zentrum" und „Peripherie" verwende ich hier im Sinne von Kenneth Clark: „The history of European art has been, to a large extent, the history of a series of centres, from each of which radiated a style. For a shorter o longer period that style dominated the art of the time, became in fact an international style, which was metropolitan at ist centre, and became more an more provincial as it reached the periphery. A style does not grow up simultaneously over a large area. It is the creation of a centre, a single energizing unit, which may be as small as fifteenth-century Florence, or as large as prewar Paris, but has the confidence and coherency of a metropolis". Zit. nach: R. Hausherr, Überlegungen zum Stand der Kunstgeographie, in: Rheinische Vierteljahresblätter, 30 (1965) 1/4, S. 371.

24 Zu italienischen und spanischen Bezügen der rudolfinischen Architektur: I. Muchka, Der Architekturstil unter Rudolf II., in: Rudolf II. und Prag (Anm. 18), S. 90-95.

25 Vgl. dazu: Polonia – Italia. Relazioni artistiche dal Medioevo al XVIII secolo. Atti del Convegno tanutosi a Roma 21-22 maggio 1975, Wrocław 1979.

Bauten von Medici oder Gonzaga und ihre Rezeption in Ostmitteleuropa[26])? Inwieweit sind die ostmitteleuropäischen Metropolen, die ihrerseits an der Peripherie italienischer Kunstzentren lagen, als Mittelpunkt für die Verbreitung der neuen Stilrichtungen in Böhmen bzw. Polen zu verstehen?

Wenn man sich von den makro- den mikrohistorischen Studien zuwendet, sieht man jedoch, daß diese Prozesse aller Ähnlichkeit in den jeweiligen Ländern verschiedene Formen annahmen. Die Ausstrahlung Krakaus beschränkte sich nur auf Polen, war aber bedeutender als diejenige Prags. Beiden Ländern gemeinsam ist die Entstehung regionaler Kunstzentren durch die Kunstförderung der Adeligen in ihren Residenzen im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts. Die Metropolen Krakau und Prag durchliefen in ihrer repräsentativen Funktion verschiedene Stadien, die zeitlich nicht korrelierten. Während Prag erst während der Regierungszeit Rudolfs II. zur Hofresidenz und dadurch zu einem Kunstzentrum von internationalem Rang wurde, verlor Krakau gerade in dieser Zeit seine Hauptstadtfunktion und damit seine Rolle als polnische Kunstmetropole. Die dreigeschossigen Arkadenhöfe à la Wawel fanden in Schlesien, Böhmen und Mähren eher Verbreitung als in Polen; die Zentralkapellen und die ausgearbeiteten prachtvollen Grabmäler italienischer Herkunft blieben dagegen eine polnische Besonderheit[27]; Böhmen übernahm, wie die anderen habsburgischen Gebiete, die italienische Mode der bemalten Fassaden, was in Polen keine so große Verbreitung fand. Die in beiden Ländern anzutreffenden aufwendigen Fassadendekorationen hatten in Böhmen und Polen unterschiedliche Formen: Die polnischen Attika und die böhmischen Giebel hatten ihre besondere Ausgestaltung und Konstruktion. Die prachtvollen Stadtpalais der Adeligen wie Rosenberg oder Pernstein auf der Prager Burg stellten die königlichen Residenzbauten fast in den Schatten (das Rosenberg-Palais wurde von Rudolf II. gekauft) während die königliche Residenz in Krakau von keinem Adelspalais übertroffen wurde. Die im neuen italienischen Sinn und von den italienischen Baumeistern umgebauten Schlösser entstanden in Polen ebenso wie in Böhmen in den Adelsresidenzen, unterschieden sich jedoch in ihrem Charakter und ihrer Gestaltung.

Bei den Versuchen, verschiedene Einheitsmodelle von Mitteleuropa als einer *Kunstregion* herzustellen, stößt man zwangsläufig an Grenzen, die der Verwendung gewisser Termini oder Arbeitsmodelle, wie „Nationale Kunst", „geistige Einheit der Nation", etatistische (Habsburger, Jagiellonen) oder konfessionelle Einheit (katholisch-orthodox), gesetzt sind[28]. Die

26 M. Dmitrieva, Triumphbogen für den Kaiser. Die rudolfinischen Motive in der Residenzstadt von Vespasiano Gonzaga, in: Rudolf II. und die Welt, Prag 1998 (im Druck).

27 J. Białostocki, Rinascimento polacco e rinascimento europeo, in: Polonia-Italia (Anm. 25), S. 21-58.

28 J. Bakos, The Idea of East Central Europe as an Artistic Region and 14th-Century Painting and Sculpture in Slovakia, in: Künstlerischer Austausch (Anm. 16), S. 51-61.

wenigen vergleichenden Untersuchungen sind auf der Grundlage des Begriffes „Kunstlandschaft" oder „Kunstgeographie" entstanden. Deswegen soll im weiteren auf die Anwendbarkeit dieser Begriffe eingegangen werden.

Kunstgeographie

Seinen Überlegungen über die visuelle Kultur in der Schweiz gab Dario Gamboni den Titel „Kunstgeographie"[29]. Unter Kunstgeographie, die für ihn nur wenig mit den geographischen und politischen Grenzen gemeinsam hat, versteht er „die Beziehungen zwischen dem Kunstgut und der künstlerischen Tätigkeit einerseits und einem geographischen Raum andererseits". Eine besondere Stellung nimmt seinen Ausführungen zufolge die Architektur ein, weil sie an Ort, Material, Klima und lokale Bautechniken gebunden ist[30].

Der Schweizer Gamboni bezieht sich auf Begriffe, die allerdings gerade in Deutschland durch die „Blut und Boden"-Theorien diskreditiert wurden und daher in der deutschen Kunsthistoriographie nur ungern Verwendung finden[31]. Reiner Hausherr und Harald Keller haben in den sechziger und siebziger Jahren versucht, diese wiederzubeleben, um sie auf die regionalen Schulen anzuwenden – wobei Hausherr sehr vorsichtig gegen „das Zusammensehen von Stilkonstanten mit ethnischen Einheiten"[32] auftrat. Gamboni verband die Kunstgeographie mit der neuen Ausrichtung der Kunstgeschichte in die Soziologie und Sozialgeschichte der Kunst. Die kunstgeographischen Betrachtungen helfen außerdem, „die Beziehungen zwischen 'Zentren' und 'Randgebieten' zu betrachten". Im Sinne dieser Kunstgeographie erforschte Jan Białostocki den Baltischen Raum als besondere Kunstlandschaft.[33]

Im Sammelband „Reframing the Renaissance" [34] ist ein Versuch unternommen worden, dem italo- und eurozentristischen Renaissancemodell ein breiteres, von einer distanzierten, transatlantischen Perspektive ausgehendes Konzept von *cultural exchange* und *interaction* unter einem kunstgeo-

29 D. Gamboni, Kunstgeographie, in: Ars Helvetica 1: Die visuelle Kultur der Schweiz, Disentis 1987.

30 Ebenda, S. 1.

31 L. O. Larsson, Nationalstil und Nationalismus in der Kunstgeschichte der zwanziger und dreißiger Jahre, in: Kategorien und Methoden der deutschen Kunstgeschichte 1900–1930, Stuttgart 1985.

32 R. Hausherr, Kunstgeographie – Aufgaben, Grenzen, Möglichkeiten, in: Rheinische Vierteljahresblätter, 34 (1970), 1/4, S. 163; siehe auch: H. Keller, Die Kunstlandschaften Italiens, München 1960; ders., Die Kunstlandschaften Frankreichs, Wiesbaden 1963.

33 J. Białostocki, The Baltic Area as an Artistic Region in 16th Century, in: Hafnia, Copenhagen Papers in the Theory of art, Copenhagen 1976, S. 11-22.

34 C. Farago (Hrsg.), Refraiming the Renaissance. Visual Culture in Europe and Latin America 1450–1650, New Haven/London 1995.

graphischen Aspekt entgegenzustellen. In diese Betrachtung wurde nicht nur der ostmitteleuropäische Kontext einbezogen, sondern ebenso die koloniale Kunst Amerikas. Gegenstand der Untersuchung waren unter anderem „similar transformations of italianate forms", das heißt regionale Variationen der „Italianismen" außerhalb Italiens, in ihrer geographischen Ausbreitung „from Manila to Minsk" (DaCosta Kauffmann).

Um die Kunst Ostmitteleuropas in der Renaissancezeit in einer vergleichenden Perspektive *und* als Kunstlandschaft zu untersuchen, benötigt man nicht zuletzt eine unvoreingenommene, kritische Einstellung gegenüber der deutschen Forschung der Vorkriegszeit. Der Auseinandersetzung mit den schwierigen Fragen des „nationalen Erbes" und der „nationalen Kunst" in den deutsch-polnischen Beziehungen ist ein jüngst erschienener Aufsatz von Adam Labuda gewidmet[35].

Als einige wenige – eher kuriose – Beispiele seien hier die kaum beachteten kunstgeographischen vergleichenden Untersuchungen des „slawischen Osteuropa" zu nennen. Die Parallelität und die Ähnlichkeiten in der künstlerischen Entwicklung der „Slawischen Barockwelt" wurden von Andreas Angyal[36] thematisiert. Er bezieht sich auf die Gliederung von Karl M. Swoboda in „Außen- und Binneneuropa" (zu Außeneuropa gehören Skandinavien, England, Spanien, Sizilien, aber auch der Slawische Osten). Die Merkmale dieser Kunstregion sind, so führt er aus, Hang zur Vereinfachung, „Verwilderung" der Formen, Vervielfältigung der Einzelheiten und das „Wuchern" des Ornaments. Hermann Weidhaas wiederum spricht von der „Veröstlichung" italienischer Motive in der polnisch-ukrainischen Kunst. Dmitry Cyzevsky betrachtet (in bezug auf die Literatur) „Effekt, Agitation, Schock, Hyperbola, das Seltsame, das Paradoxe und Oxymoron" als Merkmale der Kunst ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.[37]

Erst nach 1955, als der Begriff „Manierismus" in den kunstwissenschaftlichen Gebrauch einging und die Lücke zwischen Renaissance und Barock füllte, konnte man ein begriffliches und historisches Gerüst zur Untersuchung der Phänomene der Renaissancekunst in Ostmitteleuropa

35 A. Labuda, Kunst und Kunsthistoriographie im deutsch-polnischen Spannungsverhältnis – eine vernachlässigte Forschungsaufgabe, in: Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie, hrsg. von H.-J. Karp, Marburg 1997, S. 119-135.

36 A. Angyal, Die slawische Barockwelt, Leipzig 1961.

37 D. Cyzevsky, Outline of comparative Slavic Literature, Boston 1952. Zit. nach: Angyal, Barockwelt (Anm. 36), S. 13: Die Barockkultur – so Cyzevsky – erreicht in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts fast gleichzeitig Kroatien, Dalmatien, Polen und Böhmen. Bald nachher erscheinen – verbunden mit italienischen – französische Einflüsse in Polen, bzw. spanische und deutsche in Böhmen. Von Böhmen aus verbreitet sich die Barockkultur in die Slowakei bzw. nach Ungarn sowie zu den Weißrussen und Ukrainern. Aus Weißrußland und der Ukraine, teilweise auch aus Böhmen, erreicht das Barock im ausgehenden 17. Jahrhundert die Großrussen.

aufbauen, obwohl man immer noch nicht frei von Vorurteilen und abschätzigen Formulierungen wie „Provinzialismus" war. Erik Forssman zeigte den Mechanismus der Verarbeitung der Renaissanceformen: Er analysierte die Verwendung von Säulenordnungen nach den Musterbüchern und ging dabei auf die Besonderheiten des Typus „Nördlicher Manierismus" im Gegensatz zur „Nordrenaissance" [38] ein.

Der Ansatz Jan Białostockis in seiner Arbeit über „Die Kunst der Renaissance in Osteuropa"[39], die bezeichnenderweise nur in englischer Sprache erschienen ist, ging dahin, die osteuropäischen Kernländer – Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn – im Sinne der Kunstgeographie als eine Kunstlandschaft vergleichend zu betrachten. Zwei problematische Punkte riefen aus verschiedenen Richtungen Kritik an diesem Anliegen hervor[40]: Zunächst die Übereinstimmung der kunstregionalen Grenzen Białostockis mit den politischen Grenzen des Ostblocks. Obwohl Białostocki die Kunstentwicklung in den jeweiligen Ländern in den allgemein europäischen Renaissancekontext einschloß, betrachtete er diese gleichzeitig aber als eine Sonderregion „Ost". Auf der anderen Seite berücksichtige er nur in geringem Maße die bestehenden nationalen Grenzen zwischen den Ländern. So wurden die Slowakei als Teil Ungarns gesehen, Schlesien als zu Böhmen gehörend betrachtet und Rußland teilweise mit eingeschlossen. Jan Białostocki sah „main trends and achievments of the east European Renaissance" (einschließlich den italienischen Auftakt in Rußland) als ein Ganzes, „as one artistic province". Die Renaissance wird von ihm dabei als eine „lingua franca", eher als Stil (das heißt als System von Formen, künstlerischen Funktionen und Themen) denn als eine Periode der Geschichte bzw. Kulturgeschichte angesehen. Die vergleichende Untersuchung basiert auf einer Herausfilterung bestimmter für diese Region und Zeit charakteristischer Strukturen wie „Schloß", „Stadt", „Grabmal", „Kapelle". In seinem 1995 erschienenen Buch bezieht sich Thomas DaCosta Kaufmann in Vielem auf die Ansätze Białostockis. Er gibt einen Überblick der Kunstentwicklung in Mitteleuropa (das außer Ostmitteleuropa auch Mittel- und Süddeutschland, Österreich und Rußland einschließt) vom 15. bis zum 18. Jahrhundert.

Für die hier angestrebte vergleichende Untersuchung der Kunst Ostmitteleuropas ist vor allem die Arbeit Białostockis ungeachtet einiger fak-

38 E. Forssman, Säule und Ornament, Studien zum Problem des Manierismus in den nordischen Säulenbüchern und Vorlageblättern (16./17. Jh.), Stockholm 1956.

39 J. Białostocki, The Art of the Renaissance in Eastern Europe. Hungary – Bohemia – Poland, London 1976.

40 Mein Versuch, das Buch Białostockis in der Sowjetunion in russischer Sprache zu veröffentlichen, wurde von der sowjetischer Zensur aus ideologisch-politischen Gründen nicht zugelassen.

tographischen Unkorrektheiten von großer Bedeutung[41]. Sie bildet eine wichtige Grundlage für die Integration anderer kunstgeschichtlicher und kunsttheoretischer Methoden. Dies betrifft in erster Linie die theoretischen Ansätze, die nach dem Erscheinen von Buch Białostockis an Einfluß gewannen und die von anderen Voraussetzungen ausgehen.

Das Ende der Kunstgeschichte? Visual culture

„Das Ende der Kunstgeschichte?" – das war der provokative Titel eines Essays von Hans Belting[42], der heftige Diskussionen um das „fragwürdige" Unternehmen der Kunstgeschichtsschreibung hervorrief. Belting verkündete das Ende der musealen Kunstgeschichte „im starren Rahmen" des Zeitstils und „Zeitgeistes mit seinen Wandlungen". Es sei ein „neues Zeitalter der Offenheit und der Unbestimmtheit, ja auch eine Ungewißheit"[43] entstanden; statt einer „zwingenden" linearen Kunstgeschichte sollten mehrere Richtungen auch in der Kunstgeschichte auftreten. Einer der Haupteinwände Beltings gegenüber der Kunstgeschichte galt außerdem der ausgesprochen westlichen Fokussierung der Kunstgeschichtsschreibung und der Ausgliederung des Ostens aus dem europäischen künstlerischen Prozeß[44].

„Unser Blick auf Kunst ist stark an die Sehkonventionen der eigenen Zeit (das '*period eye*') gebunden"[45]. Diese an sich banale Konstatierung erleuchtet einiges im Hinblick auf den kunsttheoretischen Diskurs der jüngsten Vergangenheit. Die zunehmende Visualisierung der Welt durch neue Medien ließ nicht nur die Grenzen zwischen der sogenannten hohen oder Elitenkunst und der Massenkultur verwischen, sie erforderte, vor allem im anglo-amerikanischen Raum, die Ablösung des traditionellen Ge-

41 Die zweite vergleichende Untersuchung, das Buch von T. DaCosta Kauffmann „Court, Cloister & City", gibt, ausgehend von Białostocki, einen Überblick der Kunstentwicklung in Zentraleuropa (das außer Ostmitteleuropa auch Mittel- und Süddeutschland, Österreich und Rußland einschließt) vom 15. Bis zum 18. Jahrhundert: T. DaCosta Kaufmann, Court, Cloister & City. The Art and Culture of Central Europe 1450–1800, Chicago 1995. Zu den wenigen Beispielen komparatistischer Untersuchungen gehört auch: F. Quinterio, Il Rinascimento scarlatto da Esztergom a Cracovia: i maestri fiorentini alla corte degli Jagelloni, in: Quaderni di storia dell'architettura e restauro, 8-9 (1993): Italia, Polonia e Spagna. Architettura e trattatistica nel Rinascimento, S. 19-37.

42 H. Belting, Ende der Kunstgeschichte? München 1984.

43 Ebenda, S. 24.

44 In der neuen Ausgabe seines Buches revidierte Belting viele Postulate der ersten Ausgabe und entschärfte das Ganze. Eine wichtige Ergänzung ist die Einbeziehung der Ostkunst in den Gesamtkontext. Siehe: H. Belting, Das Ende der Kunstgeschichte. Eine Revision nach zehn Jahren, München 1995. Die Diskussionen um Fragen „Kunst ohne Geschichte oder Geschichte ohne Kunst" dauern immer noch. Siehe z. B.: A.-M. Bonnet/G. Kopp-Schmidt (Hrsg.), Kunst ohne Geschichte? Ansichten zu Kunst und Kunstgeschichte heute, München 1995.

45 Belting, Revision (Anm. 44), S. 151.

genstandes der Kunstgeschichte durch *visual culture*. Der führende Theoretiker dieser Richtung, W. J. T. Mitchell, bezeichnete sein Fach als „the study of the social construction of visual experience". Die Erforschung der *visual culture* sei grundsätzlich interdisziplinär und komparativ und erforderte einen Austausch zwischen Kunsthistorikern, Filmhistorikern, Physikern (optical technologists and theorists), Philosophen (phenomenologists), Psychoanalytikern und Anthropologen. „Visual culture is, in short, an 'interdiscipline', a site of convergence and conversation across disciplinary lines"[46]. Eine *vergleichende intertextuelle Analyse* der visuellen und der verbalen Kunstarten, eine „interartistic comparison", wurde allmählich zu einer der führenden Methode der Kunstgeschichte[47].

Die allgemeine Abwendung von der Betrachtung der Kunstgeschichte als eines immanenten Prozesses – Stilgeschichte ohne Namen (Heinrich Wölfflin), Kunstwollen (Alois Riegl), Vie de formes (Henri Focillon) oder Geistesgeschichte (Max Dvořak) – zur sozialen Geschichte der Kunst, die sich in den sechziger und den siebziger Jahren abzeichnete, führte zum verstärkten Interesse an Fragen des soziologischen Umfeldes (Auftraggeber und Mäzene, soziale Ikonographie, – Bettler, Hexen, oder Gauner –, „politische Ikonographie", Lebensformen und Lebenswelten usw.) und weniger der hermeneutischen Untersuchung des Kunstwerkes selbst[48].

Verschiedene Arbeitsmodelle für die anthropologisch (Michael Baxandall) oder kunsthistorisch orientierten Kulturhistoriker (Peter Burke) bietet eine „makro oder/und mikrosoziale Perspektive" Die Palette reicht von der „dichten Beschreibung" (Clifford Geertz) und den Versuchen, eine fremde Kultur in ihren eigenen Kategorien zu beschreiben, bis zu abstrakten Arbeitsmodellen und Fragestellungen. Es sind, nur um einige zu nennen, solche Sichtweisen, wie „Der fremde und der eigene Blick" (Burke und Baxandall), Erforschung der „Territorien des Selbst" (Erving Goffman, Chicago school of symbolic interactionism), „Front" oder „Fassade" (Robert Park), Repräsentation und Öffentlichkeit, Fragen der Kommuni-

46 Siehe den Beitrag von W. J. T. Mitchell bei der Diskussion zum Thema „Inter/disciplinarity": W. J. T. Mitchell, Interdisciplinarity and Visual Culture, in: Art Bulletin, vol. LXXVII, (1995), 4, S. 540.

47 Theoretische Überlegungen und eine Literaturübersicht siehe: W. J. T. Mitchell, Picture Theory, Chicago 1994.

48 Als eine Reaktion gegen die aus Europa gekommenen „ideas" bezeichnet diese Entwicklung James D. Herbert in seinem Beitrag zur Diskussion „Inter/disciplinarity" zusammen: „Working against a legacy of 'ideas' imported from Middle Europe – Zeitgeist, Kunstwollen, Zeitstil, Symbolische Form" and so on – social history dating from the late 1960s and early 1970s concerned itself primerly with the things of modern social iconography... From the early 1980s, modes of analysis derived from literary criticism, most notably from the writings of a certain set of predominantly French structuralists and poststructuralists, prodded art historians to examine visual artefacts as of they were words". Siehe: W. J. T. Mitchell, Interdisciplinarity (Anm. 46), S. 537.

kation – Interaktion – Transaktion sowie der Rezeptions -und Beziehungsgeschichte. Neben den Cassirerschen symbolischen Formen werden teilweise auch die Methoden der Kunstgeschichte, besonders der Ikonologie einbezogen. So gilt das besondere Interesse der Historiker den theoretischen Überlegungen des Begründers der ikonologischen Schule in der Kunstgeschichte, Aby Warburg (bei dem Burke zum Beispiel, die Untersuchung des Überlebens und Brechen der Stereotypen hervorhebt)[49].

Mit hoher Sicherheit ist es das *period eye*, das die Aufmerksamkeit der Historiker allmählich auf die Bilder lenkt. Vom zunehmenden Interesse des Mittelalter- und Frühneuzeitforschers am „Visualisierungsprozeß" der Geschichte zeugen solche Zugangsweisen wie die „Semiotik der Dinge", der „Visualität" oder die „Visualisierung" der Stadtordnungen[50], städtische Selbstdarstellung, herrschaftliche Repräsentation in Hofzeremoniell, Festen, Einritten, Huldigungen usw., die allmählich zu einer Art Modeerscheinung werden. Obwohl Themen wie herrschaftliche Repräsentation in der polnischen Kunstgeschichtsschreibung noch in den siebziger Jahren – wenn auch anders formuliert – im Rahmen der ikonologischen Methode betrachtet wurden[51], zeugt das neu entstandene Interesse an diesen Problemfeldern in der heutigen polnischen und tschechischen Historiographie von ihrer Wichtigkeit in der ostmitteleuropäischen Region selbst[52].

Ein zweiter Aspekt betrifft die Frage der Sprache, die „questione della lingua", um zum „Cortegiano polacco" zurückzukommen. Der *linguistic turn*, der, angeregt von den Arbeiten der französischen Strukturalisten und Poststrukturalisten, in den Kulturwissenschaften seit Anfang der achtziger Jahre einsetzte[53], und der sich auf die Fragen der Sprache und des Diskurses (Soziolinguistik, Sprachsoziologie und historische Anthropologie, Narrativität, Grammatik usw.) konzentrierte. Er bezog sich auch auf die

49 Bernd Roeck verlangte jüngst in seiner Studie über Aby Warburg nach einer Kulturgeschichte, die kunsthistorische Methoden und Fragestellungen integrieren könnte: B. Roeck, Psychohistorie im Zeichen Saturns. Aby Warburgs Denksystem und die moderne Kulturgeschichte, in: Kulturgeschichte heute, hrsg. von W. Hardtwig und H.-U. Wehler, Göttingen 1996, S. 231-254, hier S. 254.

50 Vgl. z. B.: Visualisierung städtischer Ordnung. Zeichen – Abzeichen – Hoheitszeichen, in: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums (1993); A. Löther/U. Meier/N. Schnitzler u.a. (Hrsg.), Mundus in imagine. Bildersprache und Lebenswelten im Mittelalter. Festgabe für Klaus Schreiner, München 1996.

51 Vgl.: J. Kowalczyk, Triumf i sława wojenna „all'antica w Polsce w XVI w., in: Renesans. Sztuka i ideologia (Materialy Sympozjum naukowego Komitetu Nauk o Sztuce PAN, Kraków 1972), Warszawa 1976, S. 293-347. Zur Symbolik der Geste siehe: M. Bogucka, Le geste dans la vie de la noblesse polonaise aux XVIe-XVIIIe siècles, in: Acta Poloniae Historica, 45 (1982), S. 49-66.

52 Das höfische Zeremoniell wurde zum Thema eines Symposions in Krakau im März 1998, Feste und Feierlichkeiten an den Höfen der Habsburger in den Böhmischen Ländern werden auf einer Tagung im Oktober 1998 in Cesky Krumlov behandelt.

53 Zu „linguistic turn" siehe: E. Hanisch, Die linguistische Wende. Geschichtswissenschaft und Literatur, in: Kulturgeschichte heute (Anm. 49), S. 212-230.

Kunstgeschichte. Einerseits bedeutete dieser Trend eine intensive Beschäftigung mit den Fragen der nonverbalen Kommunikation, die auch die Bereiche des Visuellen einschließen sollte. Das Interesse für die Sprache und die „Grammatik" bedeutete zugleich eine Auseinandersetzung mit der Sprache der Kunst und der Kunst als Sprache (Botschaft) im Kommunikationsprozeß. Ebenso ist die Fokussierung des Interesses auf die Rhetorik, besonders in der Frühen Neuzeit und im Barock in diesen Diskurskontext zu stellen. C.-P. Warncke etwa behauptete, daß Rhetorik als „allgemeingültige Kommunikationstheorie der Neuzeit" zu verstehen sei[54].

Der *pictorial turn*, der von W. J. T. Mitchell als allgemeiner Trend proklamiert wurde, bedeutete nicht nur, wie James D. Hebert meinte, „to examine visual artefacts as if they were words". Es bedeutete dies vielmehr eine Befreiung der Kunstgeschichte aus dem „untergeordneten Status"[55]. Die so konzipierte Untersuchung soll im Rahmen der Erforschung des breiten Begriffes der visuellen Kultur vor allem der interdisziplinären Analyse der Intertextualität von Wort und Bild dienen, wobei im Mittelpunkt eine komparatistische Erforschung von bestimmten Einheiten (imagetext, metapicture, ideologeme) in verschiedenen Kunstgattungen (Literatur, Poetik, Rhetorik, bildende Kunst) stehen sollte. Die Fragestellung für einen Kunsthistoriker, angereichert mit anthropologischen Erfahrungen, wäre dann nicht „what do pictures mean?" sondern „what do pictures want?"

Obwohl das Beobachtungsfeld für derartige theoretische Überlegungen in vielen Fällen in Geschichte, Kultur und Kunst des Mittelalters und der Frühen Neuzeit abgesteckt wird, bleibt es meistens auf die in allen Einzelheiten erforschte Kultur und Kunst der Renaissance in Italien beschränkt.[56]. Ostmitteleuropa ist für die westeuropäisch orientierten Kunsthistoriker eher von punktuellem Interesse[57].

Die Kunstlandschaft Ostmitteleuropas zeigt jedoch in ihrer historischen Entwicklung stadiale Übereinstimmungen mit der westeuropäischen Kunst

54 C.-P. Warncke, Sprechende Bilder – sichtbare Worte. Das Bildverständnis in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 1987.

55 „The ambivalence is compounded when the suppremacy of textual theory and notions of culture based principally in the „linguistic turn" encounter a visual or pictorial turn that does not seem reducible to discursive models". W. J. T. Mitchell, Interdisciplinarity (Anm. 46), S. 542.

56 P. Burke, Tradition and Innovation in Renaissance Italy. A Sociological Approach, London 1972 (Deutsch: ders., Die Renaissance in Italien. Sozialgeschichte einer Kultur zwischen Tradition und Erfindung, Berlin 1989); M. Baxandall, Painting and Experience in Fifteenth Century Italy. A primer in the Social History of Pictorial Style, Oxford 1972 (Deutsch: ders., Malerei und Erfahrung im Italien des 15. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1977).

57 Siehe z. B.: T. DaCosta Kaufmann, Variations on the Imperial Theme in the Age of Maximilian II. and Rudolf II, New York and London 1978; ders., The Mastery of Nature, Princeton/New Jersey 1993.

auf. Das grenzt sie in erster Linie von Rußland ab, wo es eine Renaissance im europäischen Sinne nicht gegeben hat. Die prachtvollen repräsentativen Residenzen Ostmitteleuropas wie Krakau oder Prag entwickelten sich im Laufe des 16. Jahrhunderts zu Kunstmetropolen, die mit den westeuropäischen Kunstzentren vergleichbar sind. Um die künstlerischen Prozesse in diesen Metropolen in ihren sozialen, kunstgeschichtlichen und historischen Bezügen als *visuelle Kultur* zu erforschen, benötigt man indes auch anderen Methoden als nur stilgeschichtliche oder typologische Untersuchungen. Der historische Vergleich erweist sich dabei als eine große Hilfe.

Repräsentative Öffentlichkeit und *Gedechtnus*-Konzept

Im Jahr 1517 präsentierte der aus Italien stammende Baumeister Bartolomeo Berrecci dem polnischen König Sigismund I. das Modell einer für die Kathedrale auf dem Wawel bestimmten Kapelle. Der König lebte damals in Wilna, war aber unentwegt mit den Fragen des Ausbaus seiner Residenz in Krakau beschäftigt. Die aus ungarischem Marmor gebaute Zentralkapelle wurde 1533 Mariä Himmelfahrt und dem Patron des Königs, dem Hl. Sigismund, geweiht. Sie stellte eine für Polen neuartige, an die Vorbilder der florentinischen Renaissancekapellen orientierte architektonische Lösung und zugleich eine bildliche Gestaltung dar, die vom König selbst in Zusammenarbeit mit seinen Humanisten und dem Architekten konzipiert worden war. Die sogenannte Sigismund-Kapelle sollte zugleich als Mausoleum, als private königliche Kapelle und als repräsentativer Raum (dort stand der Thron des Königs) dienen. Die komplexe Dekoration – von den sorgfältig durchdachten Elementen der Architekturordnung, Bildnissen, martialischen Motiven und Themen aus der antiken Mythologie, bis in die einzelnen Details der alle Flächen deckenden Groteschi – stellt ein aufwendiges Bildprogramm dar, das als eigener Mikrokosmos zu verstehen ist, in dessen Mittelpunkt sich Sigismund I. als weiser König (die Idee seines Bildnisses als Salomo stammt von Erasmus) und guter Herrscher befand[58].

58 Die polnische Literatur über die im Westen nur wenig wahrgenommene Sigismund-Kapelle ist sehr umfangreich. Das Spektrum der Interpretation reicht von der Idee des neoplatonischen Mikrokosmos (K. Targosz, Kaplica Zygmuntowska jako neoplatoński model świata, in: Biuletyn Historii Sztuki, 47 [1986], S. 131-163) bis zur dynastischen oder religiösen Thematik – Gleichstellung der Jagiellonen mit den antiken Imperatoren oder Interpretation antiker agonistischer Motive als Allegorie der Bekämpfung der protestantischen Häresie (S. Mossakowski, Antyczne i renesansowe wzory arae pacis augustae w dekoracji kaplicy zygmuntowskiej, in: Symbolae historiae artium. Studia z historii sztuki Lechowi Kalinowskiemu dedykiwane, Warszawa 1986, S. 381-396; ders., O niektórych przedstawieniach mitoliginznych w kaplicy Zygmuntowskieiej post scriptum, in: Biuletyn Hostorii Sztuki [1984], S. 333-344).

Der tragende Gedanke dieses Baus ist das Konzept der *memoria*, oder „Gedechtnus"[59], wie es von Maximilian I. formuliert wurde. Dieses Konzept erhob auch der kunstliebende Erzherzog Ferdinand II. zur Grundlage seiner künstlerischen Aktivitäten in Prag und Innsbruck. Der „Zwang" zur repräsentativen Öffentlichkeit, der, so J.-D. Müller, das Gedechtnus-Konzept Maximilians I. hervorrief[60], fand auch in der Sigismund-Kapelle einen Ausdruck in bildlicher Form und ist in ihrer Bildersprache als Code zu verstehen und zu lesen. Zugleich besitzt dieses Architekturwerk in der harmonischen Einheit aller seiner Elementen eine in sich ruhende klassische Selbstbezogenheit, die schon zur damaligen Zeit als Ideal und Norm empfunden wurde: Über hundert Zentralkapellen wurden in Polen nach dem Vorbild der Sigismund-Kapelle gebaut.

Das Leitmotiv bei der architektonischen Gestaltung der Kapelle bilden die Triumphbögen mit den stilisierten Rüstungen *all'antica*. Die Ehrenpforten, als *imitatio* und *aemulatio* der römischen Triumphe über Italien nach Ostmitteleuropa gekommen, gehörten zum beliebtesten Bestandteil von Festen und feierlichen Einzügen, in der „okkasionalen Öffentlichkeit"[61]. Zum ersten Mal errichtete man eine Ehrenpforte in Krakau bei dem feierlichen Einzug des Wahlkönigs Henri Valois 1574. Berichte über die Feierlichkeiten am Krakauer Hof in Wort und Bild, bei denen die *ephemere* oder *temporäre* Architektur eine wichtige Rolle spielte (wie auch beim Feiern des Sieges über Erzherzog Maximilian von Habsburg bei Byczyna oder bei der Hochzeit des Königs Sigismund Wasa mit Anna von Habsburg, 1592), übermittelten der „ganzen Welt" den Eindruck von der Pracht der polnischen Metropole. Sie zeugten von historischem Bewußtsein und nationalem Stolz[62]. Auch in Prag bereitete Erzherzog Ferdinand II. solche „perfomances" feierlicher Gelegenheiten vor – etwa beim Einzug seines Vaters, Kaiser Ferdinand I., in die Stadt im Jahre 1558. Einige von ihnen fanden im vom Erzherzog eingerichteten Lustgarten auf der Prager Burg, vor der Kulisse des italienischen Lustschlosses Belvedere, statt.

---

59 Im „Weißkunig", der mit anderen Erbstücken in der Kunstkammer des Erzherzogs Ferdinand von Tirol in Ambras aufbewahrt wurde, schrieb Maximilian I.: (der Weißkunig)" ... hat auch die grossen Kinstler der malerey und schnitzerey und vil künstliche werch malen und sneiden lassen, die in der welt gedechtnus aber mit vilen verkehrten namen beleiben werden". A. Schultz (Hrsg.), Der Weißkunig, in: Jahrbuch der Kunsthistorischen Sammlungen des Allerhöchsten Kaiserhauses. VI (1888), S. 74.

60 J.-D. Müller, Gedechtnus. Literatur und Hofgesellschaft um Maximilian I. Forschungen zur Geschichte der älteren deutschen Literatur, Bd. 2., München 1982, S. 263.

61 Vgl. J. Chrościcki, Architektura okazionalna XVI-XVII wieku w Polsce, in: Tresci dziela sztuki, Warszawa 1969.

62 Vgl. dazu den Vortrag von Jan Pirozíński zum Thema „Krakowskie uroszystości państwowe i dworskie drugiej połowy XVI wieku w świetle współczeskych prototypów prasowych" bei der Tagung in Krakau „Theatrum ceremoniale na dworze książąt i królów polskich" am 23.-25.03.1998.

Bei der Konzipierung dieser „Gesamtkunstwerke" waren Architekten, Bildhauer, Dichter und Maler beteiligt. Diese nach rhetorischen Regeln als „imagetext" konstruierten Bauwerke waren zugleich Ausdruck einer politischen Botschaft an den König, herrschaftlicher Repräsentation, Selbstdarstellung verschiedener Gruppen (beim Einzug Kaisers Ferdinand I. in Prag lieferten verschiedene Teile der Bevölkerung – „Juden", „Jungfrauen", „Greise", „Akademiker" oder „Witwen" ihren Beitrag) und einprägsame Beispiele der – wenn auch ephemeren – Renaissancearchitektur im italienischen Stil.

Die glanzvollen Inszenierungen bei Hochzeiten, Begräbnissen oder Einzügen besaßen eine überzeugende Aussagekraft, die gerade in ihrer visuellen Form von den Zeitgenossen, wie die zahlreichen gedruckten oder schriftlichen Berichte bestätigen, wahrgenommen wurde. So registrierte ein aufmerksamer (anonymer) Beobachter des Begräbniszeremoniells vom Krakauer Hofmann Jan Myszkowski gerade den neuartigen Charakter dieser feierlichen Akte *all'antica*[63]. Somit war für den eingangs zitierten Lukasz Górnicki nicht nur die repräsentative *Funktion* der Villa des Samuel Maciejowski am Prądnik wichtig; sondern auch auch die *italienische Form* dieses Bauwerkes. Der „eigene Blick" der zeitgenössischen Beobachter gibt Zeugnis in Wort und Bild (Stiche von Ehrenpforten, Turnieren, Festungsbelagerungen oder Entwürfe für die Feierlichkeiten wie etwa von Arcimboldo) und von der visuellen Kultur der Zeit, in erster Linie der repräsentativen Öffentlichkeit, wie sie in prachtvollen Bauten, Festen und Feierlichkeiten zum Vorschein kam. Dieses Verhältnis ist als Kommunikationsprozeß, als ein Dialog des Betrachters mit dem Kunstwerk zu verstehen.

Durch vergleichende Betrachtungsweise bekommt das Bild der Kultur Ostmitteleuropas – wie auch am Beispiel des „Polnischen Hofmann" Górnickis zu sehen war – eine bisher unbekannte Schärfe. Als Ergänzung des typologisch-strukturellen und stilgeschichtlich-frontalen Ansatzes der vergleichenden Untersuchung Białostockis können die neueren Methoden, wie Diskursanalyse und *pictorial turn,* mit ihrer interdisziplinären und intertextuellen Ausrichtung diesem Bild einen stereoskopischen Effekt verleihen.

63 „Nowym sposobem, a takich pogrzebów w Polszcze niebywałych." Zit. nach: H. Barych (Hrsg.), Kronika mieszczanina krakowskiego z lat 1575–1595, Kraków 1930, S. 90-91.

Joachim Bahlcke

Unionsstrukturen und Föderationsmodelle im Osten des ständischen Europa. Anmerkungen zu vergleichenden Ansätzen über das frühneuzeitliche Ostmitteleuropa

Bis 1500 hatten sich in Polen, Böhmen und Ungarn vergleichbare Ständeverfassungen mit weitgehenden Partizipations- und Kontrollrechten und einem ausgeprägten Repräsentationsbewußtsein ausgebildet. In allen drei Staaten wirkten Adel und Geistlichkeit, teilweise auch Städte durch Reichs- und Landtage, Ämter und Gerichte ganz wesentlich bei der Gestaltung von Finanzen und Steuern, Militärorganisation und Recht mit. Und in allen drei Länderkonglomeraten zeigte sich ein starkes ständisches Integrationspotential, das nicht nur in Krisenzeiten der Monarchie eine Partikularisierung des Staates verhinderte, sondern auch das Königtum immer wieder zum Wettbewerb um die Form staatlich-territorialer Ordnung herausforderte. Ihre Leistungsfähigkeit bewiesen die ostmitteleuropäischen Ständegesellschaften nicht in der Expansions- und Durchsetzungsfähigkeit des Machtstaates, sondern in ihrer inneren Integrationskraft, als sie etwa im 16. Jahrhundert trotz religiöser Spaltungen ihre Einheit durch tolerante Koexistenzordnungen zu wahren verstanden. In unterschiedlicher Intensität und Dauer behaupteten sich in den Ländern des östlichen Mitteleuropa ständische Strukturen, deren Langlebigkeit und Anpassungsfähigkeit über Krisensituationen hinweg der Region eigene, von West- und Mitteleuropa ebenso wie von Osteuropa sich deutlich abhebende Konturen gaben. Die Tatsache, daß diese ständischen Strukturen in Gesellschaft und Verfassung die ostmitteleuropäischen Kernländer bis ins 19. Jahrhundert so nachhaltig und tiefgreifend wie kaum anderswo in Europa prägten und als emanzipative Komponente noch die nationalen Bewegungen bedeutend mitbeeinflußten, erweist Ostmitteleuropa als eine Geschichtsregion der langen Frühneuzeit[1].

1 Zur frühneuzeitlichen Ostmitteleuropahistorie liegen drei neuere, aus internationalen Fachtagungen hervorgegangene Sammelbände vor, die den gegenwärtigen Forschungsstand am besten dokumentieren: J. Bahlcke/H.-J. Bömelburg/N. Kersken (Hrsg.), Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert, Leipzig 1996; H. Weczerka (Hrsg.), Stände und Landesherrschaft in Ostmitteleuropa in der frühen Neuzeit, Marburg 1995; R. J. W. Evans/T. V. Thomas, Crown, Church and Estates. Central European Politics in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, London 1991. Verweise auf weiterführende

COMPARATIV, Heft 5 (1998), S. 57-73.

Im historisch-politischen Bewußtsein Europas ist noch immer die Vorstellung verbreitet, der moderne Staat sei auf dem Weg zum Verfassungs- und Nationalstaat gleichsam notwendigerweise auf der Grundlage des absolutistischen Machtstaates entstanden. Alternativen zu diesem Modell des absolutistischen, bürokratischen und expansiven Befehlsstaates bestanden jedoch nicht nur in der republikanischen Staatenfamilie West- und Mitteleuropas, sondern auch im partizipationsstarken Osten des ständischen Europa. Ähnlich wie in der Schweizer Eidgenossenschaft, in Venedig oder in den Vereinigten Niederlanden waren auch hier, in einer historisch-strukturgeschichtlich zusammenhängenden Region zwischen Ostsee und Adria, im Gebiet zwischen dem Reich, der moskowitischen und der osmanischen Großmachtbildung, die Voraussetzungen für einen ständisch-föderativen Staatsaufbau von unten, von den Regionen her, ausgesprochen günstig. Impulse und Initiativen zu einer administrativen und politisch-rechtlichen Vereinheitlichung und Staatsbildung gingen hier nicht nur, wie dies im allgemeinen der Fall war, von der monarchischen Spitze, sondern auch von den intermediären Gewalten aus. Ja, die Ausbildung, Erprobung und Behauptung föderativer Gestaltungsprinzipien, die sich im Gegensatz zu unitarischen durch Kooperation und Koordination und nicht durch Über- bzw. Unterordnung auszeichneten, kann geradezu als eine ostmitteleuropäische Besonderheit gelten: In beachtlichem Maße wurde hier im Zuge der frühmodernen Staatsbildung die Einheit gesellschaftlicher, sozialer und konfessioneller Interessen nicht durch Uniformität, sondern durch Integration hergestellt. Die in der Geschichtswissenschaft verbreitete, aber unzutreffende Auffassung von der vermeintlichen Rückständigkeit der Länder des östlichen Mitteleuropa ist dabei nicht selten Folge typologisch vorgehender Studien, in denen eine spezifisch westliche Form der Herausbildung des modernen Staates als „normal" unterstellt und alternative Entwicklungsmuster gleichsam a priori als defizitär oder abweichend marginalisiert werden[2].

Für ein solches Staatsmodell, das regionale Eigenheiten zu wahren und doch zentrifugale Tendenzen einzudämmen vermag, prägte Richard Nürnberger 1950 den treffenden Begriff der *föderativen Integration*, der sich allerdings nicht durchzusetzen vermochte[3]. Allgemein kennzeichnend für die Mehrzahl der bisherigen Ansätze, Unionsstrukturen und Föderationsmodelle einem gesamteuropäischen historischen Vergleich zu unterzie-

---

Literatur, vor allem aus Polen, Tschechien und Ungarn, werden im folgenden auf ein Mindestmaß beschränkt.

2 J. H. Elliott, A Europe of composite monarchies, in: Past & Present 137 (1992), S. 48-71.

3 R. Nürnberger, Wesen und Wandel des Föderalismus im modernen Staatsleben. Eine historisch-politische Studie, in: Festschrift für Gerhard Ritter zu seinem 60. Geburtstag, hrsg. von dems., Tübingen 1950, S. 429-450, hier S. 430.

hen[4], ist unverändert die terminologische Unschärfe, mit der die einzelnen Organisationsformen und Rahmenordnungen einander gegenübergestellt werden. Wenn der Rechtshistoriker Hans Lentze in einem Beitrag über Föderalismus und Zentralismus in der europäischen Geschichte urteilt, daß die europäischen Mächte in der frühen Neuzeit letztlich „alle föderalistisch organisiert" waren und darunter „selbst jene beiden Gesamtstaaten, die Modellstaaten mit einem gut durchorganisierten Verwaltungsapparat für Europa wurden, Preußen und Frankreich"[5], versteht, so wird deutlich, daß damit der Begriff des Föderalismus mit formaljuristischen, der Staatsrechtslehre des späten 19. Jahrhunderts entstammenden Kategorien überdehnt und für die Strukturprobleme der frühneuzeitlichen Staatsbildung inhaltslos wird. Bereits der Blick auf Geschichte und Geschichtsschreibung in Deutschland und Frankreich zeigt, daß Begriffen wie Regionalismus und Zentralismus auf der einen, Föderalismus und Unitarismus auf der anderen Seite eine gänzlich unterschiedliche Bedeutung zukommt. Hedwig Hintzes Habilitationsschrift über die föderative Struktur Frankreichs im 18. Jahrhundert, ein über Jahrzehnte unbeachtetes und erst aus Anlaß der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution neu ediertes Standardwerk, hat in diesem Zusammenhang zu Recht historische Kontinuitäten ins Blickfeld gerückt[6]. Eine vergleichende Erforschung des Staatsbildungsprozesses in den ostmitteleuropäischen Nationes-Staaten, und zwar vorrangig mit Blick auf die föderativ-ständische Struktur, die Funktion der Regionen in Politik, Gesellschaft und Verfassung und das Spannungsverhältnis zwischen monarchischem Herrschaftsanspruch sowie landständischem Eigenbewußtsein und landständischer Interessenpolitik – eine solche komparativ angelegte Untersuchung, die das Erkenntnisziel überindividueller historischer Zusammenhänge verfolgt und dementsprechend die übernationalen Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur Polens, Böhmens und Ungarns in den Vordergrund rückt, ist bisher über erste Vorarbeiten nicht hinausgekommen[7].

---

4 Dazu zuletzt der anregende Sammelband von T. Fröschl (Hrsg.), Föderationsmodelle und Unionsstrukturen. Über Staatenverbindungen in der frühen Neuzeit vom 15. zum 18. Jahrhundert, Wien/München 1994.

5 H. Lentze, Föderalismus und Zentralismus in der europäischen Geschichte, in: Der österreichische Föderalismus und seine historischen Grundlagen, Wien 1969, S. 5-19, hier S. 6, 8.

6 H. Hintze, Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution (unveränderter Nachdruck der Ausgabe Berlin/Leipzig 1928), hrsg. von R. Reichardt, Frankfurt a. M. 1989.

7 Diese Ansätze wurden zusammengefaßt von G. Schramm, Polen – Böhmen – Ungarn: Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: J. Bahlcke/H.-J. Bömelburg/N. Kersken (Hrsg.), Ständefreiheit und Staatsgestaltung (Anm. 1), S. 13-38. W. Conze widmete sich vorrangig Strukturfragen Ostmitteleuropas vor 1500 (Christianisierung, Nationsbildung, Landesausbau) bzw. nach 1800 (Ethnogenese, moderne Nationsbildung), klammerte also die Frühneu-

Nach den Gründen für diese offensichtliche Lücke zu fragen, heißt zugleich die problematische Fachgeschichte der Ostmitteleuropahistorie im 20. Jahrhundert zu vergegenwärtigen. Innerhalb und neben der stark von der historischen Sprachwissenschaft und Altertumskunde geprägten Osteuropäischen Geschichte, in der die Rußlandforschung zumindest aus deutsch-mitteleuropäischer Perspektive traditionell ein beträchtliches Übergewicht besaß (und noch immer besitzt!), machte sich eine spürbare Erweiterung der Interessen auch für andere Geschichtsregionen im Osten Europas erst nach dem Ersten Weltkrieg und der Entstehung zahlreicher neuer Staaten zwischen Baltikum und Balkan bemerkbar. Als Kernproblem der Ostmitteleuropahistorie in Deutschland kann der Umstand gelten, daß diese von Beginn an eine „zeitgeschichtliche und zeitpolitische Dimension"[8] besaß. Das Fach geriet in den Sog eines stark volksgeschichtlich-deutschtumsorientierten Forschungsprogramms, das „mit der Rekonstruktion des deutschen Volks- und Kulturbodens im Osten die Berechtigung von nationalen Geschichts- und Staatskonzeptionen der befreiten Völker in Ostmitteleuropa"[9] unterwanderte und Argumente für die historische Unbegründetheit des Versailler Staatensystems zu liefern suchte. Die während der Weimarer Republik mehr oder weniger offene gegenwartspolitische Indienstnahme der neuen Ostmitteleuropakunde („Ostforschung"), die nicht nur durch ihre Konzentration auf deutsche Geschichtsfaktoren, sondern auch durch ihre Nähe zur Politik geprägt war, wurde im Rahmen der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik noch radikalisiert.

Ungeachtet der starken Politisierung der deutschen Osteuropawissenschaft und der fortbestehenden Dualität von traditionaler borussischer Rußlandkunde und volksgeschichtlicher Ostforschung lassen sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts allerdings, gerade mit Blick auf die hier

---

zeit weitgehend aus: ders., Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. von K. Zernack, München 1992; ders., Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919 [1953], in: ders., Gesellschaft – Staat – Nation. Gesammelte Aufsätze, hrsg. von U. Engelhardt, R. Koselleck und W. Schieder, Stuttgart 1992, S. 401-421.

8 K. Zernack, Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1977, S. 15; einen zuverlässigen Überblick liefert jetzt E. Mühle, 'Ostforschung'. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 317-350.

9 K. Zernack, Der historische Begriff „Ostdeutschland" und die deutsche Landesgeschichte, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte N.F. 1 (1992), S. 157-173, hier S. 167; ders., Bemerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Lage der Osteuropahistorie in Deutschland, in: Europa Slavica – Europa Orientalis. Festschrift für Herbert Ludat zum 70. Geburtstag, hrsg. von K.-D. Grothusen und K. Zernack, Berlin 1980, S. 542-559; ders., „Deutschland und der Osten" als Problem der historischen Forschung in Berlin, in: Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, hrsg. von R. Hansen und W. Ribbe, Berlin/New York 1992, S. 571-593.

interessierende historische Programmatik Ostmitteleuropas in Spätmittelalter und früher Neuzeit, auch methodisch und perspektivisch anregende Denkansätze ausmachen. Die ihnen angemessene Resonanz innerhalb der fachwissenschaftlichen Diskussion haben sie bisher kaum gefunden. Dies gilt in besonderem Maße für das Werk von Otto Hoetzsch (1876–1946), dessen gelehrte Abhandlungen, ganz anders als seine publizistisch-politischen Äußerungen, eine erstaunliche Modernität aufweisen – ein Widerspruch, der in ähnlicher Form übrigens auch für seinen akademischen Lehrer Otto Hintze gilt[10]. Hoetzsch, der als erster einen klar gefaßten historischen Osteuropabegriff entwickelte, erprobte die Tragfähigkeit seiner Konzeption durch mehrere komparatistisch angelegte Studien zur russischen, polnischen und deutschen Verfassungs- und Sozialgeschichte. Sie waren ursprünglich als Kapitel einer umfassenden Einleitung in die Geschichte Osteuropas gedacht, die 1916 vorliegen sollte, deren Herausgabe dann aber zunächst durch den Krieg und später durch anderweitige Verpflichtungen des Verfassers verhindert wurde. Es sind namentlich die im Druck erschienenen drei Untersuchungen zu Staatenbildung und Verfassungsentwicklung, Adel und Lehnswesen und schließlich Föderalismus und Absolutismus, die Hoetzsch als einen methodisch innovativen, die Grundprobleme von Typologie- und Analogiebildung reflektierenden Historiker zeigen, der bis heute fruchtbare Anregungen für komparatistische Fragestellungen zur Frühneuzeit Ostmitteleuropas und zu dessen strukturgeschichtlicher Einordnung in die gesamteuropäische Geschichte zu geben vermag[11].

Die preußisch-deutsche Tradition der Rußlandkunde brachte es mit sich, daß Hoetzsch, der einem Ostmitteleuropa-Begriff gegenüber äußerst skeptisch eingestellt war, Rußland, Polen und Brandenburg-Preußen zum Gegenstand seiner vergleichenden verfassungsgeschichtlichen Studien machte. Diese Perspektive innerhalb der deutschen Ostmitteleuropahistorie ist, auch wenn Hoetzsch selbst in Vergessenheit geraten ist, bis zur Ge-

10 U. Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, Bde. 1-2, Berlin 1988 (zur historischen Komparatistik bes. Bd. 2, S. 349-372); aus marxistisch-leninistischer Sicht G. Voigt, Otto Hoetzsch 1876–1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers, Berlin 1978; J. Kocka, Wissenschafliche Progressivität und politischer Konservatismus im Werk Otto Hintzes, in: Neue Politische Literatur 18 (1973), S. 1-7.

11 O. Hoetzsch, Staatenbildung und Verfassungsentwicklung in der Geschichte des germanisch-slavischen Ostens, in: Zeitschrift für osteuropäische Geschichte 1 (1911), S. 363-412; ders., Adel und Lehnswesen in Rußland und Polen und ihr Verhältnis zur deutschen Entwicklung, in: Historische Zeitschrift 108 (1912), S. 541-592; ders., Föderalismus und fürstliche Gewalt (Absolutismus) in der Geschichte Osteuropas im 17. und 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für osteuropäische Geschichte 8 (1934), S. 1-38 (Neuabdruck aller drei Aufsätze [der dritte unter leicht abgeändertem Titel] in: ders., Osteuropa und Deutscher Osten. Kleine Schriften zu ihrer Geschichte, Königsberg Pr./ Berlin 1934, S. 1-49, 50-101, 102-147).

genwart dominant geblieben[12]. Anders entwickelte sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit vergleichenden Fragestellungen der polnischen, böhmischen und ungarischen Geschichte in den betreffenden Staaten selbst. Auch hier stammen die ersten Ansätze, die Geschichtsregion Ostmitteleuropa des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit aus verfassungs-, sozial- und rechtsgeschichtlichem Blickwinkel zugleich als Strukturregion zu interpretieren, aus der Zwischenkriegszeit, allerdings standen hier Forschungen zu Strukturanalogien und -differenzen innerhalb Ostmitteleuropas im Vordergrund. Diese Forschungen waren, und auch diese Parallelität gilt es zu betonen, ebenfalls zeitgeschichtlich und zeitpolitisch motiviert. Sie dienten immer zugleich als Argument für die Gegenwart: um eine Brücke von der Libertaskultur der Ständegesellschaft zur neuen Eigenstaatlichkeit zu schlagen, die politische Konstellation des neuen *Zwischeneuropa* gegenüber den früheren Hegemonialmächten zu legitimieren oder um eigene machtpolitische Ambitionen historisch zu untermauern[13].

Erinnert sei hier nur an drei Persönlichkeiten, deren jeweiliges Werk wichtige Denkanstöße in der Geschichtswissenschaft gab. Im Jahre 1931 publizierte Kamil Krofta eine bahnbrechende Vergleichsstudie über die böhmische und ungarische Verfassung, deren vielfach parallele Entwicklung er von den ersten Anfängen bis zu den Folgen für den nationalen Emanzipationsprozeß im 19. Jahrhundert verfolgte. Dem tschechischen Historiker und Diplomaten schien ein solches Vorgehen geeignet, den politischen Realitätssinn zu schärfen und eine Antwort sowohl auf den ungarischen Revisionismus als auch auf den slowakischen Separatismus nach dem Ersten Weltkrieg zu finden[14]. Gegenüber der eigenen nationalen Ge-

12 Dazu die Beiträge in der Festschrift für Klaus Zernack zum 65. Geburtstag: M. G. Müller u.a. (Hrsg.), Osteuropäische Geschichte in vergleichender Sicht, Berlin 1996. Insbesondere die Einleitung von F. Adanir u.a., Traditionen und Perspektiven vergleichender Forschung über die historischen Regionen Osteuropas, S. 11-43.

13 Einen kenntnisreichen, wenngleich problematischen, vorrangig die polnische Perspektive berücksichtigenden Überblick vermittelt J. Kłoczowski, Europa Środkowowschodnia w historiografii krajów regionu, Lublin 1993 (engl. u. d. T. East Central Europe in the Historiography of the Countries of the Region. Lublin 1995;) eine die politische Funktion der Rechtsgeschichte betrachtende Fallstudie bei J. Bahlcke, Geschichte als Argument. Der Prager Rechtshistoriker Jan Kapras (1880–1947) und die tschechische Schlesienforschung am Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung, hrsg. von M. Weber und C. Rabe, Würzburg 1998, S. 69-81.

14 K. Krofta, Stará ústava česká a uherská, Praha 1931; ders., Čtení o ústavních dějinách slovenských [1924], jetzt in: ders., Byli jsme za Rakouska... Úvahy historické a političke, Praha 1936, S. 35-112; ders., Konec starého Uherska [1924], jetzt in: ebd., S. 547-602; ders., Die historischen Beziehungen zwischen Polen und Čechen, in: Slavische Rundschau 4 (1932), S. 449-465; dazu J. Bahlcke, Kamil Kroftas Konzeption der böhmischen und ungarischen Ständeverfassung vor dem Hintergrund der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in Ungarn und Böhmen im 19. und 20. Jahrhundert. Zwei

schichtswissenschaft hatte Krofta freilich einen ebenso schweren Stand wie sein Fachkollege Ferenc Eckhart in Budapest, der Polen als Vergleichsfall einbezog. Eckhart hinterfragte die angebliche Einzigartigkeit der ungarischen Verfassungsentwicklung, polemisierte gegen die nationalromantischen Traditionen der ungarischen Rechtshistoriker und kritisierte in aller Schärfe die politische Instrumentalisierung der Lehre von der Heiligen Krone[15]. Im Polen der dreißiger Jahre schließlich wurde Oskar Halecki, ausgehend von dem historischen Befund, daß um 1500 die Söhne Kasimirs IV. den gesamten ostmitteleuropäischen Raum beherrschten, zum Schöpfer der sogenannten *Jagiellonischen Idee*. Mit dieser idealtypischen Begrifflichkeit beschrieb der Katholik Halecki die ausgreifende Machtpolitik der Jagiellonen in Ostmitteleuropa als zivilisatorische Mission Polens, als ein Programm, das die polnisch-litauische Dynastie zum Bollwerk der Christenheit vor dem Ansturm der Heiden und Schismatiker erhob und sie als Kulturträger adelsständisch-föderativer Gestaltungsgrundsätze aufwertete[16].

Diese frühen Ansätze einer Strukturprobleme der frühen Neuzeit thematisierenden, vergleichend arbeitenden und den isolierten Blick auf vermeintlich singuläre Entwicklungslinien überwindenden Ostmitteleuropahistorie sind nach 1945 in sehr unterschiedlicher Weise aufgegriffen und weiterentwickelt worden. Während sich östlich des Eisernen Vorhanges eine neuartige Politisierung und Ideologisierung der Geschichtswissenschaft durchsetzte, die innerhalb der jeweiligen nationalen Historiographien methodisch vergleichende Arbeiten weitgehend ausschloß und im besten Falle beziehungsgeschichtliche, nach den Wechselwirkungen fragende Studien hervorbrachte, schärfte die Verwissenschaftlichung der historischen Disziplinen in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere in der Ostmitteleuropa-Forschung zunehmend den Blick für die strukturtypischen Elemente der einzelnen Ständegesellschaften. Im Ergebnis konstatierte Klaus Zernack 1980 „zeitlich übergreifende sozial- und verfassungsgeschichtliche Problemstellungen, die die Basis für vergleichende osteuropäische Studien abgeben könnten" sowie „die Aufnahme

Ländergruppen und Gesellschaften im historischen Vergleich, hrsg. von R. Luft, München 1998 [im Druck].

15 F. Eckhart, Les constitutions hongroise et polonaise au moyen âge, in: Przewodnik Historyczno-Prawny 4 (1933), S. 1-9; ders., Jog- és alkotmánytörténet, in: A magyar történetírás új útjai, hrsg. von B. Hóman, Budapest 1931, S. 269-320, 450-452; ders., Introduction à l'histoire hongroise, Paris 1928; zum Konflikt innerhalb der ungarischen Geschichtswissenschaft zuletzt P. Horváth, Eckhart Ferenc és a magyar jogi historizmus, in: Történelmi Szemle 30 (1987/88), S. 188-205.

16 O. Halecki, Idea jagiellońska, in: Kwartalnik Historyczny 51 (1937), S. 486-510; ders., Dzieje Unii Jagiellońskiej, Bde. 1-2, Kraków 1919/1920; ders., L'histoire de l'Europe orientale. Sa division en époques, son milieu géographique et ses problèmes fondamentaux, in: La Pologne au V^{e} Congrès International des Sciences Historiques, Bruxelles 1923, Varsovie 1924, S. 73-94.

des Gesprächs mit den Sozialwissenschaften im Sinne eines neuen Interdisziplinaritätsverständnisses, das das unreflektiert fächerübergreifende Prinzip der Ostkunde hinter sich läßt"[17]. Eine weiterführende theoretische Durchdringung des Stoffes, wie sie den komparatistischen Studien Hoetzschs in Anlehnung an Otto Hintze zueigen war, erfolgte jedoch nur in wenigen Ausnahmefällen[18].

Betrachtet man die methodischen Herangehensweisen der hier vorgestellten vergleichenden Ostmitteleuropastudien, so lassen sich jene zwei Grundtypen historischer Komparatistik unterscheiden, die Hintze schon 1929 in einem die Aufgaben des Soziologen und des Historikers abgrenzenden Beitrag beschrieb: „Alle Typenbildung ist anschauliche Abstraktion und beruht auch schon auf einem vergleichenden Verfahren. Aber gerade bei diesem macht sich doch ein charakteristischer Unterschied geltend: man kann vergleichen, um ein Allgemeines zu finden, das dem Verglichenen zugrunde liegt; und man kann vergleichen, um den einen der verglichenen Gegenstände in seiner Individualität schärfer zu erfassen und von dem andern abzuheben"[19]. Hoetzsch hatte mit Hilfe seines kontrastierenden, nach Verlaufstypen fragenden Vergleichs zwar auch frappierende Ähnlichkeiten in der frühneuzeitlichen Verfaßtheit Rußlands, Polens und Brandenburg-Preußens herausgearbeitet, im Vordergrund stand jedoch eher die Einsicht in die Unterschiede der einzelnen Vergleichsfälle. In seinem Vortrag auf dem Warschauer Internationalen Historikerkongreß 1933 über Föderalismus und Herrschaftsgewalt in „kompliziert zusammengesetzten Staaten", der im Folgejahr, kurz vor seiner Zwangsemeritierung, im Druck erschien, bewertete er insbesondere die Unions- und Inkorpora-

17 K. Zernack, Bemerkungen (Anm. 19), S. 558. Als Klassiker geschichtswissenschaftlicher Studien mit komparativem Kern sei hier zumindest verwiesen auf G. Schramm, Der polnische Adel und die Reformation 1548-1607, Wiesbaden 1965.

18 Dazu die anregenden Studien von W. Neugebauer, Standschaft als Verfassungsproblem. Die historischen Grundlagen ständischer Partizipation in ostmitteleuropäischen Regionen, Goldbach 1995; ders., Raumtypologie und Ständeverfassung. Betrachtungen zur vergleichenden Verfassungsgeschichte am ostmitteleuropäischen Beispiel, in: J. Bahlcke/H.-J. Bömelburg/N. Kersken (Hrsg.), Ständefreiheit und Staatsgestaltung (Anm. 1), S. 283-310.

19 O. Hintze, Soziologische und geschichtliche Staatsauffassung. Zu Franz Oppenheimers System der Soziologie [1929], jetzt in: ders.: Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, hrsg. von G. Oestreich, Göttingen ^{3}1982, S. 239-305, hier S. 251. Auf theoretische Überlegungen Hintzes und seine Sicht der ostmitteleuropäischen Ständestaaten – der „peripherischen Randländer" (ders., Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes, in: Historische Zeitschrift 141 [1930], S. 229-248, hier S. 244) – kann hier nicht näher eingegangen werden. Dazu W. Neugebauer, Otto Hintze und seine Konzeption der „allgemeinen Verfassungsgeschichte der neueren Staaten", in: Zeitschrift für historische Forschung 20 (1993), S. 65-98; ders., Gustav Schmoller, Otto Hintze und die Arbeit an den Acta Borussica, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 48 (1997), S. 152-202 mit berechtigter Kritik an dem Buch von M. Ressing (1996).

tionspolitik der polnisch-litauischen Adelsrepublik bemerkenswert positiv und markierte deutlich die abweichende Entwicklung beim östlichen und westlichen Nachbarn; die Lubliner Union von 1569 war, so Hoetzsch, „ein gewaltiger Akt der Staatsbildung und darum ein Beweis auch der staatsbildenden Kraft des damaligen polnischen Staates und seines Königtums, aber doch so, daß er föderativ erfolgte, mit Einräumung von innerer Autonomie, Freiheit, Selbständigkeit, partikularistischer Sonderheit, die dann nicht durch Staatsakte oder zentralisierende Verwaltungstätigkeit, sondern durch die sozusagen sozial-aristokratisch-kulturelle Assimilation überwunden wurde“[20]. Hatte Hoetzsch im Zuge seiner Untersuchungen alle (geographisch von Osten nach Westen verlaufenden) Vergleichsfelder gleichmäßig einbezogen, so boten die der verfassungsrechtlich-gesellschaftlichen Entwicklung *Zwischeneuropas* in der frühen Neuzeit gewidmeten Vergleiche von Krofta, Eckhart und Halecki eine asymmetrische Variante des kontrastierenden Vergleichs. Ihnen diente der Blick in die Geschichte des jeweiligen Nachbarn vorrangig der besseren Erkenntnis der eigenen Historie, zum Teil auch bloß, zieht man noch andere Arbeiten der genannten Autoren mit ein, dem Nachweis der eigenen Modernität und kulturellen Überlegenheit. Insofern ähneln diese Arbeiten eher nationalgeschichtlichen Studien in vergleichender Perspektive als tatsächlichen Vergleichsuntersuchungen, für die der Vergleich für die methodische Strategie von zentraler Bedeutung ist.

Waren diese Untersuchungen also letztlich mehr an den Unterschieden als an den Gemeinsamkeiten der Vergleichsobjekte interessiert, sollen die folgenden Überlegungen Wege eines generalisierenden Vergleichs aufzeigen, den Blick also für Übereinstimmungen schärfen und Möglichkeiten einer Verallgemeinerung historischer Zusammenhänge aufzeigen. Es sprechen gute Argumente dafür, Unionsstrukturen und Föderationsmodelle in den durch ähnliche gesellschaftlich-soziale und politisch-verfassungsrechtliche Strukturen geprägten ostmitteleuropäischen Herrschaftsbildungen gemeinsam zu betrachten, die Individualitäten geschichtlicher Erscheinungen also, im Sinne Max Webers, mit dem Ziel einer Typenbildung zusammenzufassen[21]. Die Entstehungs- und Ausprägungsvoraussetzungen der ostmitteleuropäischen Ständegesellschaften können dabei nur knapp umrissen werden. Im 14. Jahrhundert waren in allen drei ostmitteleuropäi-

20 O. Hoetzsch, Föderalismus und fürstliche Gewalt (Anm. 11), S. 11.

21 Zur Auseinandersetzung mit Weber und zu theoretischen Grundfragen zuletzt H.-G. Haupt/J. Kocka, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, hrsg. von dens., Frankfurt a. M./New York 1996, S. 9-45; T. Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 339-367; aus marxistischer Sicht G. Ránki, Probleme der komparativen Geschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978/II, S. 131-141.

schen Kernländern die angestammten Dynastien im herrschenden Mannesstamm ausgestorben: die Arpaden in Ungarn 1301, die Přemysliden in Böhmen 1306, die Piasten in Polen 1370. Die nachfolgenden Herrscher, die durchweg Landfremde waren, konnten sich nur durch Zugeständnisse an den Adel politisch behaupten. Damit ist eine Ursache für die starke ständestaatliche Entwicklung in Polen, Böhmen und Ungarn herausgegriffen, die sich seit dem 13. Jahrhundert in auffallender Strukturähnlichkeit – dies gilt besonders für Polen und Ungarn – vollzog. Zwischen 1300 und 1500, während der Formierungsphase der ostmitteleuropäischen Stände, gelang es dem Adel, seine Macht vor allem regional, in den polnischen Wojewodschaften und den ungarischen Komitaten, spätestens seit der hussitischen Revolution auch in den böhmischen Kreisen, fest und dauerhaft zu verankern. Die ausgeprägte, jeder monarchischen Herrschaftsintensivierung enge Grenzen setzende adelsständische Durchformung der Länderkonglomerate im Osten des ständischen Europa schuf hier zugleich die Bedingungen der Möglichkeit ständischer Staatsintegration[22]. „Man kann getrost sagen", so Klaus Zernack: „Es gibt eine Identifizierung der Adelsinteressen mit denen des Staates, der *Respublica*"[23].

Am frühesten und nachhaltigsten ist der Frage von Regionalismus und Staatsintegration am Beispiel der polnischen-litauischen Adelsrepublik nachgegangen worden, deren verfassungsrechtliche Spezifika Adolf Rembowski schon Ende des 19. Jahrhunderts unter dem programmatischen Titel *Konfederacya i Rokosz* einem gesamteuropäischen Vergleich unterzogen hatte[24]. Als Folge der restitutio ad integrum seit dem 14. Jahrhundert, die zwei Jahrhunderte später mit der Inkorporation des Herzogtums Masowien ihren Abschluß fand, entstand ein System von Wojewodschaften und Ländern, unter denen – anders als im benachbarten Böhmen – nur einzelne Gebiete wie das Königliche Preußen oder die späteren Lehnsterritorien Kurland und Herzogliches Preußen eine rechtliche Sonderstellung einnahmen. Um 1500 lassen sich hier nahezu parallel zwei Entwicklungsstränge beobachten: zum einen der Ausbau der Staatseinheit, die sich in der Entwicklung des Zweikammer-Reichstags spiegelte, zum anderen die Entfaltung des Regionalismus, der in der Verlagerung des politischen Lebens auf die Ebene der zahlreichen Wojewodschafts-Landtage zum Ausdruck kam. Innerhalb nur weniger Jahre, zwischen 1501 und 1505,

22 S. Russocki, Monarchie stanowe środkowo-wschodniej Europy XV-XVI wieku, in: Kwartalnik Historyczny 84 (1977), S. 73-92; ders., Lokale Ständeversammlungen in Ostmitteleuropa im 15.-18. Jahrhundert als Faktor der politischen Kultur, in: La Pologne au XV[e] Congrès International des Sciences Historiques, Wrocław 1980, S. 171-189.

23 K. Zernack, Staatsmacht und Ständefreiheit. Politik und Gesellschaft in der Geschichte des östlichen Mitteleuropa, in: H. Weczerka (Hrsg.), Stände und Landesherrschaft (Anm. 1), S. 1-10, hier S. 2.

24 A. Rembowski, Konfederacya i Rokosz. Porównanie stanowych konstytucyi państw europejskich z ustrojem Rzeczpospolitej Polskiej, Warszawa [2]1896.

wurden dann entscheidende Weichen gestellt. Das Faktum, daß der politischen Theorie nach die Reichstagsteilnehmer in ihrer Gesamtheit das „unum et indivisum corpus regni" ohne Rücksicht auf ihre soziale Verankerung und regionale Herkunft repräsentierten, konnte doch die divergierenden Gruppeninteressen in dieser Konstituierungsphase der polnischen Adelsrepublik nicht verdecken. Wechselnde ständische Koalitionen und besonders der soziale Antagonismus zwischen Magnaten und aufstrebender Szlachta, der im Auf und Ab jener Jahre in die bekannten Rechtskonstitutionen von Mielnik und Radom mündete, schufen dabei den Anreiz für einen Wettbewerb um gesamtstaatliche Mitsprachebefugnisse und entsprechende institutionelle Vertretung auf Reichsebene. Gerade in diesem Wechselspiel der ständischen Kräfte lag die spezifisch polnische Chance einer Staatsintegration ohne starken königlichen Machtapparat mit zentralen Verwaltungsorganen und entsprechender Beamtenschaft, wie wir sie im benachbarten Brandenburg-Preußen vorfinden[25].

Die stärksten Impulse für eine vom Adel betriebene Staatsintegration in Polen brachte die Ära der sogenannten Exekutionsbewegung seit den 1540er Jahren, in denen die Szlachta eine Verbesserung des Gemeinwohls anstrebte, sich mehr und mehr gegen die Magnaten stellte und schließlich zum Anwalt gesamtstaatlicher Reformen aufschwang. Unter den Motiven, welche die Szlachta bei ihrem Streben nach Überführung der seit 1385 bestehenden, häufig gespannten und zweimal völlig aufgehobenen Personalunion mit Litauen in eine Realunion verfolgte, hatte sich das Argument, auf diese Weise die äußere Gefährdung wirksamer abwehren zu können, unterdessen wohl am stärksten abgeschwächt. Im Vordergrund standen nun vielmehr ganz die ständischen Interessen: die Aussicht, über die volle Gleichberechtigung der Adelsrechte in beiden Ländern die Selbständigkeit der Szlachta gegenüber den großadeligen Familien abzusichern, der Vorteil des Landerwerbs besonders im südöstlichen Litauen und die Absicherung der bisher durch die litauische Erbfolge beschränkten freien Königswahl in Polen. Die frühere Verwaltungs- und Rechtsangleichung an das polnische Vorbild in Litauen, durch die die Loyalität der litauischen Bojaren über verfassungsmäßige Zugeständnisse und Privilegien gewonnen werden sollte, mußte den niederen und mittleren Adel in beiden Ländern in seinem Streben bestärken.

Der gemeinsame polnisch-litauische Sejm 1569 in Lublin brachte schließlich den Durchbruch, einen neuen und dauerhaften Bund. Ihrem

25 G. Schramm, Staatseinheit und Regionalismus in Polen-Litauen (15.-17. Jahrhundert), in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 11 (1966), S. 7-23; ders., Adel und Staat: ein Vergleich zwischen Brandenburg und Polen-Litauen im 17. Jahrhundert, in: Schichtung und Entwicklung der Gesellschaft in Polen und Deutschland im 16. und 17. Jahrhundert. Parallelen, Verknüpfungen, Vergleiche, hrsg. von M. Biskup und K. Zernack, Wiesbaden 1983, S. 59-81.

ganzen Wesen nach war die Union von Lublin, deren föderative Grundlage zum Eckpfeiler eines ungewöhnlich dauerhaften Gebildes wurde, aus den Wertvorstellungen und Interessen der Adelsgesellschaft erwachsen. Diese Interessen sprachen auch für die gleichzeitige Union mit dem Königlichen Preußen, die freilich den preußischen Landtag zum Gebietslandtag herabdrückte und besonders Danzig, Elbing und Thorn faktisch die politische Mitsprache entzog. Die gesamtstaatliche Gestaltungskraft der polnischen Szlachta zeigte sich nochmals in der Begründung des Krontribunals im Jahre 1578, eines von König und Senat unabhängigen Appellationsgerichts, dessen Zuständigkeitsbereich ein gutes Jahrzehnt später noch auf Wolhynien, die Ukraine und das Königliche Preußen übertragen wurde. Doch schon am Beginn der langen Regierungszeit Sigismunds III. Wasa seit 1589 endete diese Phase ständischer Staatsintegration abrupt. Um die Wende zum 17. Jahrhundert, als sich in Polen ein Rückzug in die Kleinräumigkeit der Regionen und ein Ausweichen in die Schwerfälligkeit der lokalen Institutionen beobachten läßt, bahnte sich in Böhmen dagegen gerade eine entgegengesetzte ständische Konzentrationspolitik an.

Ein sozialer Antagonismus, der sich – wie im Falle Polens – für eine ständische Staatsintegration als ausgesprochen fruchtbar erweisen konnte, läßt sich in den böhmischen Ländern allerdings nicht beobachten. Auf den ersten Blick schien dieses überaus heterogene Konglomerat aus fünf Kronländern zunächst nur in Personalunion, an der dynastischen Spitze, verklammert zu sein. Anders als in Polen und Ungarn waren zentrale Institutionen für die Ländergesamtheit nur schwach entwickelt. Dem böhmischen Generallandtag fehlten alle Erfahrungen ständepolitischer Meinungsbildung und Konfliktlösung. Das Nebeneinander starker Regionen unterschiedlicher historischer Herkunft – und daher mit ausgeprägten Identitäten – förderten hier Partikularismen, die auch dynastische Integrationsbestrebungen vor massive Belastungen stellte. Die Tatsache, daß sich hier keine klare Zweistufigkeit von Landtag und Reichstag und auch kein überregional verankertes politisches System herausgebildet hatte, hängt eng mit dem luxemburgischen Staatsaufbau und dem anschließenden Machtverlust des Königtums im 15. Jahrhundert zusammen. Um so mehr muß es überraschen, daß gerade von der böhmischen Ländergruppe am Anfang des 17. Jahrhunderts starke Impulse für ein ständisch-föderatives Gegenmodell zum fürstlichen Zentralismus ausgingen. Um 1500 war die Konsequenz des langjährigen monarchischen Autoritäts- und Prestigeverlustes nicht zu übersehen gewesen: ein ausgeprägter Landespartikularismus, der nicht ohne Auswirkung auf die verfassungsrechtliche Ordnung des Gesamtstaates und das Bewußtsein der territorialen Zusammengehörigkeit bleiben konnte. Er vermochte selbst durch den Versuch, die politisch-territoriale Einheit über die gemeinsame Königswahl zu stärken, nur ansatzweise eingedämmt zu werden. In dieser Zeit formierte sich eine

überregionale Adelsgruppierung, die allein in einem funktionierenden Königtum die Garantie für die Integrität und Eigenständigkeit des Staates sah. Das politische Denken dieser Adeligen war von einem starken royalistischen Gemeingeist geprägt, der gegen die ständischen Partikulargewalten den Vorwurf erhob, das Land *verschweizern* zu wollen – ein Vorwurf, wie er uns ein halbes Jahrhundert später in der Formel *cantonner la France* auch in den französischen Bürger- und Religionskriegen begegnet[26].

Das erste halbe Jahrhundert der 1526 beginnenden Habsburgerherrschaft stand daher ganz im Zeichen einer königlichen Konsolidierungspolitik, wenngleich die damals einsetzenden Vereinheitlichungstendenzen nicht überschätzt werden sollten. Das Entstehen einer *Gesamtstaatsidee*, wie es der liberale Zentralismus im Österreich der 1860er Jahre zu sehen vermeinte, läßt sich jedenfalls nur schwer auf die Herrschaft Ferdinands I. rückdatieren. Dennoch hatte das später perfektionierte Regierungsprogramm der Habsburger, auf gesamtstaatlicher Ebene alle Machtbefugnisse zu beanspruchen und Zug um Zug ständische Mitspracherechte auszuschalten, in ihm seinen bedeutendsten Vordenker. Innerhalb weniger Jahre schuf Ferdinand ein funktionierendes Herrschaftssystem, das die Stände in einen folgenschweren politischen Regionalismus abdrängte. Auf der Ebene der Länder, wo die Autorität von Landrecht und Landesordnung den Ständen starken Rückhalt bot, ließ sich zwar Widerstand formieren – ein Bewußtsein für den Zusammenhalt und die gemeinsamen Anliegen des Staates ließ sich freilich über die Landesinstitutionen nicht bilden.

Die Erkenntnis, daß das Ausräumen des innerständischen Konfliktpotentials von entscheidender Bedeutung für die Ständeopposition sei, führte zu der auch die österreichischen Erzherzogtümer, Ungarn-Kroatien und Siebenbürgen berührenden Konföderationsbewegung zwischen 1608 und 1620, die – im engeren Sinne für die böhmische Ländergruppe – zugleich Höhepunkt und Schlußpunkt der ständischen Staatsintegration markiert. Der Gedanke überregionaler Organisation zielte dabei nicht – und hierin unterschieden sich die Funktion und Qualität jener ständischen Unionen von der polnischen Adelskonföderation und vom ungarischen Rokosz – auf ein soziales Bündnis einer oder mehrerer ständischer Gruppen, sondern stellte ein politisch-rechtliches Gestaltungsprinzip dar. Waren es im Falle Polens die Gruppeninteressen der Szlachta, die dort der ständischen Staatsintegration den Weg ebneten, so war es hier die Formierungskraft der Länder, die das Königtum als Potenz politisch-gesellschaftlicher Verdichtung zurückdrängte. Den Höhepunkt dieses Strebens bildete die in Prag 1619 besiegelte *Confoederatio Bohemica*, ein ständisch-föderatives Staatsmodell, das noch präziser als die Lubliner Union eine weitgehende Rechtsangleichung vorsah, die Einheit der Böhmischen Krone gewährlei-

26 J. Bahlcke, Regionalismus und Staatsintegration im Widerstreit. Die Länder der Böhmischen Krone im ersten Jahrhundert der Habsburgerherrschaft, München 1994, S. 107-168.

stete und doch den einzelnen Ländern eine eigenständige und gleichberechtigte Stellung verbürgte[27].

Für die Entwicklung des seit 1541 dreigeteilten Ungarn scheint die gewählte Fragestellung auf den ersten Blick widersinnig, denn die Möglichkeit einer ständischen Staatsintegration konnte sich hier angesichts der osmanischen Bedrohung und der fehlenden staatlichen Souveränität während der frühen Neuzeit kaum stellen. Dennoch läßt sich auch hier jenes grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen politisch-rechtlichem Gesamtsystem und regionalen Teilsystemen beobachten, das in sich die Alternative einer Staatsintegration von unten trug. Denn während sich in Böhmen nach 1620 eine folgenschwere politisch-gesellschaftliche Wende andeutete, vermochte Ungarn – allen aus der Dreiteilung des Landes resultierenden politisch-staatlichen Spannungen zum Trotz – seine verfassungsrechtliche und soziale Struktur bis ins 19. Jahrhundert zu bewahren. Als Besonderheit in den Ländern der Stephanskrone tritt daher die zeitlich veränderte Perspektive (und damit der zeitversetzte, diachrone Vergleich) hinzu, da sich hier die konsequente Auseinandersetzung zwischen Ständegesellschaft und Wiener Zentralgewalt erst nach der Verdrängung der Osmanen und der Einbeziehung der einzelnen Territorien in den Verband der werdenden habsburgischen Großmacht vollzog.

Hinsichtlich seiner Verfassungs- und Sozialstruktur wies Ungarn seit dem Mittelalter erstaunliche Ähnlichkeiten mit Polen auf; auch in Ungarn waren die stürmischen Jahrzehnte um 1500 für die Entfaltung ständischer Strukturen von besonderer Bedeutung gewesen. Ähnlich wie in Polen war es hier eine günstige Verteilung der Gewichte zwischen Regionen und Zentrale, die dem Ständewesen über Jahrhunderte hinweg entscheidenden Rückhalt gab[28]. Die Komitate, die schon im Spätmittelalter eine repräsentative Vertretung am Reichstag durchgesetzt hatten, standen in lebendiger Wechselwirkung mit den zentralen Institutionen und bildeten gleichzeitig eine vom König weitgehend unabhängige, ständisch bestimmte Sphäre. Umgekehrt nahm die Bedeutung des Reichstags, ungeachtet seiner Stabilisierung nach dem Erfolg des Bocskayschen Freiheitskampfes 1608, zum 18. Jahrhundert hin mehr und mehr ab. Dies ist insofern kaum verwunderlich, als sich in den drei gesonderten Teilen des türkenzeitlichen Ungarn jeweils eigene ständische Foren etablierten. Von zentraler Bedeutung blieb der Reichstag für den Komitatsadel, der sich hier – ähnlich wie in Polen – der Autorität und des Machtanspruchs der Großen des Landes zu erwehren

27 J. Bahlcke, Modernization and state-building in an east-central European Estates' system: the example of the *Confoederatio Bohemica* of 1619, in: Parliaments, Estates and Representation 17 (1997), S. 61-73; ders., Calvinism and estate liberation movements in Bohemia and Hungary (1570–1620), in: The Reformation in Eastern and Central Europe, hrsg. von K. Maag, Aldershot 1997, S. 72-91.

28 Zu den Grundlagen unverändert J. M. Bak, Königtum und Stände in Ungarn im 14.–16. Jahrhundert, Wiesbaden 1973.

hatte. Als im Jahre 1741 die Magnaten eine gesonderte Zusammenkunft beim Fürstprimas abhielten, protestierte der Komitatsadel gegen diese Verhandlungen „de statibus sine statibus", da es schließlich die Komitatsvertreter seien, die kraft ihres Mandates das Reich ausmachten. Als Gegengewicht zum Unitarismus liegen in der lokalen Verwaltungsautonomie der Komitate, ihrer freien Beamtenwahl, der Beteiligung des Adels an der Gesetzgebung auf der Ebene der lokalen Kongregationen und der Ausbildung eines politisch-staatlichen Bewußtseins die Fundamente des späteren ständischen Konstitutionalismus Ungarns[29].

Umgekehrt war es ein äußerst raffinierter Schachzug der Habsburger, die territoriale Integrität der Stephanskrone nach dem Ende der Osmanenherrschaft über Ungarn nicht vollständig wiederherzustellen, obwohl man die soziale Ordnung unangetastet ließ. Die territoriale Schmälerung des der Ständegewalt unterstehenden Staatsgebietes diente dem Ziel der Wiener absolutistischen Politik, den ständischen Widerstand in Ungarn zu unterhöhlen und sich durch die Aufrechterhaltung der staatlichen Sonderexistenz Siebenbürgens, die zeitweise Abgliederung des Temeschvarer Banats und Slawoniens sowie die Einbeziehung der Grenzgebiete in die Militärgrenze gleichsam Faustpfänder für die Botmäßigkeit der ungarischen Stände zu sichern. Diese Methode der Wiener Politik wurde noch verfeinert, indem die nichtmadjarischen Nationalitäten in Ungarn, also vor allem Serben und Rumänen, wohlwollend privilegiert wurden. Auch der unter dem Eindruck der großen Erfolge gegen die Türken wiedererweckte kroatische Staatsgedanke, der seit der im Jahre 1700 publizierten Programm-Schrift *Croatia rediviva* des Erweckers Pavao Ritter Vitezovića immer mehr Anhänger fand, erwies sich in dieser Hinsicht für Habsburg als günstig[30].

Abschließend soll vom Fall Ungarn nochmals zurückgeblendet werden auf die Entwicklung in Polen und Böhmen, wo die Darstellung der Tendenzen ständischer Staatsintegration jeweils bewußt auf dem Höhepunkt dieser Bestrebungen abgebrochen wurde. Einzelne Schlaglichter mögen genügen, um in einem kurzen zweiten Überblick die weiteren Etappen der territorial-staatlichen Integration dieser Ländergruppen zumindest anzudeuten. In Polen verlor die Szlachta, dies zeigte der Rokosz des Zebrzydowski im Jahre 1606/07, rasch ihre Einheit und Schlagkraft, zerfiel in mehrere Lager und gab ihre gesamtstaatliche Aktivität vollends auf. Im 17. und 18. Jahrhundert schmolz ihre Zahl besonders in den Kernlandschaften der Krone, in Großpolen und Kleinpolen, empfindlich ein. Umgekehrt erlebten die Magnaten in dieser Phase, nicht zuletzt durch ihre wirtschaftlichen Erfolge seit der Inkorporation der ukrainischen Gebiete, einen gewal-

29 L. Benczédi, Rendiség, abzolutizmus és centralizáció a XVII. század végi Magyarországon 1664–1685, Budapest 1980.

30 V. Klaić, Život i djela Pavla Rittera Vitezovića (1652–1713), Zagreb 1914.

tigen Machtzuwachs. Nahezu parallel zu der Oligarchisierung des politischen Lebens büßte der polnische Reichstag, der seit 1652 in wachsendem Maße durch das *liberum veto* lahmgelegt wurde, seine Aktionsfähigkeit zugunsten derjenigen der Landtage ein. Ganz anders als im 16. zeigt daher schon das 17. Jahrhundert in Polen-Litauen eine Tendenz fortschreitender Regionalisierung. In Böhmen täuscht das traditionale Bild eines äußerlich straffen Weges zum Zentralismus und Absolutismus, das künftig vermutlich noch stärker als bisher revidiert werden muß. Entgegen der konfessionellen Homogenisierung blieb in der Organisation der Landesverwaltung strukturell vieles beim Alten. Auch wenn nun der Prozeß der böhmisch-österreichischen Vereinheitlichung mehrheitlich auf bürokratisch-institutionellem Wege erfolgte, so wurden doch die über Jahrhunderte entwickelten Eigenheiten der einzelnen Kronländer aufrechterhalten und diese nicht zu einer zentralisierten Einheit verschmolzen. Im Begriff des *organisch-föderativen Absolutismus*, der zunächst widersprüchlich erscheint, brachte Winfried Schulze dieses für die habsburgische Ländergruppe spezifische Organisationsprinzip treffend zum Ausdruck[31]. In Ungarn gewann der fest in der Regierungsgewalt verankerte Komitatsadel, der sich im Laufe des 18. Jahrhunderts zunehmend zum Hort eines unüberwindlichen Widerstands gegen den Wiener Absolutismus entwickelte, zu Beginn der 1790er Jahre noch zusätzlich eine nationalpolitische Bedeutung. Die Funktion der ungarischen Komitate als Wehrtürme der ständischen Verfassung zeigte sich insbesondere unter der Regierung Josephs II., der zum falschen Zeitpunkt die falschen Zeichen setzte, die gewachsene Lokalverwaltung auflöste und damit ein mittleres Erdbeben in Ungarn auslöste. An der Stellung der Komitate und der Bedeutungszunahme des Komitatsadels zeigt sich im 18. Jahrhundert die scheinbar paradoxe Situation, daß die Dezentralisation des ungarischen Ständetums gerade in der Zeit der stärksten Entfaltung der zentralisierenden Staatsmacht in der Habsburgermonarchie ihren Höhepunkt erreichte. Seit dem Reformlandtag von 1790/91 verschob sich dann allmählich, verstärkt durch die Einflüsse der Aufklärung, das Gewicht von der Verteidigung des Tripartitums zugunsten frühliberaler politischer Reformen: Zug um Zug entwickelte sich aus der *nobilis constitutio* eine *constitutio nationalis*, aus der ständischen eine demokratische Repräsentation[32].

Es ist – um die Einzelbefunde zusammenfassend zu bewerten – ein in allen ostmitteleuropäischen Ländergruppen der Frühneuzeit zu beobach-

31 W. Schulze, Das Ständewesen in den Erblanden der Habsburger Monarchie bis 1740: Vom dualistischen Ständestaat zum organisch-föderativen Absolutismus, in: Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen, hrsg. von P. Baumgart und J. Schmädeke, Berlin/New York 1983, S. 263-279.

32 H. Haselsteiner, Joseph II. und die Komitate Ungarns. Herrscherrecht und ständischer Konstitutionalismus, Wien/Köln/Graz 1983; M. Csáky, Von der Aufklärung zum Liberalismus. Studien zum Frühliberalismus in Ungarn, Wien 1981.

tendes hohes ständisches Integrationspotential, das die Vorstellung widerlegt, „politische Alternativkonzepte mit neuen antiabsolutistischen Ordnungsprinzipien, die über das autonome traditionalistische Selbstverständnis hinausweisen“[33], seien nur bei fortgeschrittener bürgerlicher Vergesellschaftung wie in den Niederlanden oder in England entstanden. Diese Ergebnisse sollten auch in der Zeit der mächtepolitischen Transformation Ostmitteleuropas des 17. und 18. Jahrhunderts, in der Polen, Böhmen und Ungarn in andere historische Lebenszusammenhänge hineingezogen wurden, nicht aus dem Blick verloren werden. Eine vergleichende Betrachtung der ostmitteleuropäischen Ständegesellschaften, ihrer Unionsstrukturen und Föderationsmodelle und ihrer konkurrierenden Herrschaftsansprüche ist zugleich ein Beitrag zur Geschichte des europäischen Pluralismus, zeigt sie doch in aller Deutlichkeit, daß nicht nur die absolutistische Modernisierung von oben in die Moderne führte, sondern „auch der Weg aus dem vormodernen, altständischen Verfassungsstaat der Adelsreiche zur modernen Nation“[34] möglich war.

33 R. van Dülmen, Formierung der europäischen Gesellschaft in der Frühen Neuzeit. Ein Versuch, in: Strukturprobleme der Frühen Neuzeit, hrsg. von R. Koselleck, Göttingen 1981, S. 5-41, hier S. 36.

34 K. Zernack, Staatsmacht und Ständefreiheit (Anm. 23), S. 8; R. Wierer, Der Föderalismus bei den kleinen und mittleren slawischen Völkern, in: Der Donauraum 4 (1959), S. 3-16.

Arno Strohmeyer

Vergleichende Ständegeschichte und „intellectual history" als Forschungsstrategie in Ostmitteleuropa: Das politische Denken der österreichischen und ungarischen Stände (1550–1650)

I.

Zu den charakteristischen Merkmalen Ostmitteleuropas als struktur- und kulturhistorisch definierte Geschichtsregion zählen die dualistischen Ständeverfassungen, die bewirkten, daß sich um 1500 in den Kernländern der Region – in Polen sowie den Ländern der böhmischen und der ungarischen Krone – auf der Basis einander ähnlicher verfassungsrechtlicher und institutioneller Grundlagen analoge politische Systeme etablierten.[1] Diese Ständesysteme waren durch intensive ständische Partizipation, umfangreiche Kontrollrechte gegenüber der Krone und ein ausgeprägtes Repräsentativbewußtsein gekennzeichnet.[2] Sie implizierten darüber hinaus spezifische politische Verhaltensformen, die von „Konsens", „Integration", „Widerstand" und theologischen Leitvorstellungen geprägt waren. Mehrere dieser strukturbildenden Kennzeichen lassen sich jedoch nicht nur in den Kernländern, sondern auch in einigen westlichen Rand- und Übergangszonen nachweisen, so im Herzogtum Preußen und in den Erzherzogtümern Österreich unter und ob der Enns sowie im Herzogtum Steiermark. Auch in diesen Regionen hatten sich dualistische Ständesysteme mit ihren daraus resultierenden charakteristischen politischen Verhaltensformen entwickelt.[3]

---

1 Ich bedanke mich bei T. Fröschl für seinen kritischen und anregenden Kommentar. Aus Platzgründen beschränken sich die Literaturhinweise auf ein Minimum.

2 W. Eberhard/J. Bahlcke/H.-J. Bömelburg/N. Kersken, Integration und Konsens im Ständesystem, eine Alternative zum Absolutismus, in: Frühneuzeit-Info, 5 (1994), S. 200-205, hier S. 200; W. Eberhard, Herrscher und Stände, in: Pipers Handbuch der politischen Ideen, hrsg. von I. Fetscher und H. Münkler. Bd. 2: Mittelalter: Von den Anfängen des Islams bis zur Reformation, München/Zürich 1993, S. 467-551, hier S. 496; Ders., Ständische Strukturen in Ostmitteleuropa: Problemstellungen und Thesen (Eine vorläufige Diskussionsbilanz), in: Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert, hrsg. von J. Bahlcke, H.-J. Bömelburg und N. Kersken, Leipzig 1996, S. 311-318, hier S. 311.

3 Auf die Ähnlichkeiten der ständischen Strukturen des Herzogtums Preußen und der ostmitteleuropäischen Länder sowie zwischen Böhmen und den östlichen österreichischen Ländern verweist W. Neugebauer, Raumtypologie und Ständeverfassung. Betrachtungen zur vergleichenden Verfassungsgeschichte am ostmitteleuropäischen Bei-

COMPARATIV, Heft 5 (1998), S. 74-91.

Basierend auf diesen grundsätzlich ähnlichen und für Ostmitteleuropa als Geschichtsregion repräsentativen kontextuellen Voraussetzungen weisen die hier ausgewählten Vergleichsfelder, die Stände der drei östlichen österreichischen Länder und des Königlichen Ungarn, weitere gemeinsame Züge auf:[4] beispielsweise die Dominanz einer mächtigen Adelsgruppierung innerhalb der ständischen Systeme, die geringen Möglichkeiten des Landesherrn, diese Gruppierung zu disziplinieren, der relativ schwache Einfluß der Städte, ferner konfessionelle Gegensätze zwischen dem Landesherrn und weiten Teilen der Adelslandschaft und die geringe Bedeutung des Lehenswesens bei der Ausbildung des Ständetums.[5] Darüber hinaus herrschten in vielfacher Hinsicht ähnliche Rahmenbedingungen, wie etwa das Haus Habsburg als regierende Dynastie und die Notwendigkeit der Kooperation der Stände mit dem Landesherrn zum Zweck der Landesdefension.

Neben diesen Gemeinsamkeiten müssen bei dem Vergleich auch einige Unterschiede berücksichtigt werden, in erster Linie die stärkere Regionalisierung Ungarns in Form der Komitate sowie der verfassungsrechtliche Gegensatz zwischen Ungarn als Wahlkönigreich und den österreichischen Ländern als erbliche Territorien des Hauses Habsburg.

Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung über das politische Denken der österreichischen und der ungarischen Stände während des Höhepunktes der ständepolitischen Auseinandersetzungen im Zeitraum zwischen 1550 und 1650 stehen nicht detaillierte inhaltliche Analysen, sondern theoretische und methodische Probleme, die dabei auftauchen. Besondere Aufmerksamkeit wird in diesem Zusammenhang der Frage geschenkt, welche Möglichkeiten die Komparatistik und die „intellectual history" zur Bewältigung dieser Probleme bieten und welche Impulse die Beschäftigung mit den ostmitteleuropäischen Ständegesellschaften für den theoretischen und methodischen Diskurs freisetzt, der zur Zeit in der Geschichts-

---

spiel, in: Ständefreiheit (Anm. 2), S. 283-310, hier S. 290f., S. 296. Analoge Merkmale der östlichen österreichischen und der ostmitteleuropäischen Länder nennt V. Press, Adel, Reich und Reformation, in: ders., Das Alte Reich. Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1997, S. 329-378, hier S. 371-374. Die Unterschiede der Funktionen der Ständeversammlungen der westlichen und östlichen österreichischen Länder betont P. Blickle, Kommunalismus, Parlamentarismus, Republikanismus, in: HZ, 242 (1986), S. 529-556, hier S. 537f.

4 Marc Bloch forderte bereits 1928 eine vergleichende Untersuchung der europäischen Ständesysteme. Vgl. M. Bloch, Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung der europäischen Gesellschaften. In: Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der *Annales* in ihren Texten 1929–1992, hrsg. von M. Middell und S. Sammler, Leipzig 1994, S. 121-167, hier S. 134-136.

5 W. Neugebauer, Raumtypologie (Anm. 3), S. 290f., S. 295; M. Mitterauer, Ständegliederung und Ländertypen, in: Herrschaftsstruktur und Ständebildung. Beiträge zur Typologie der österreichischen Länder aus ihren mittelalterlichen Grundlagen, Bd. 3, München 1973, S. 115-203, hier S. 202f; V. Press, Adel (Anm. 3), S. 371-375.

wissenschaft stattfindet. Parallel dazu wird die Bedeutung dieses komparatistischen Konzeptes für die Erforschung Ostmitteleuropas als Geschichtsregion thematisiert. Dabei wird der Vergleich als Forschungsstrategie verstanden, die ein konkretes historisches Phänomen – das politische Denken der österreichischen und der ungarischen Stände – in mehreren sozialen Milieus aufsucht und darin rekonstruiert.[6]

II.

Zu den wichtigsten Themen der Ostmitteleuropaforschung und der Ständegeschichte zählen die frühneuzeitliche Staatsbildung und die Frage nach der Qualität der ständisch-aristokratischen Systeme in diesem Prozeß, wobei lange Zeit der frühabsolutistische Fürstenstaat als Maßstab diente.[7] Dies bewirkte, daß die Stände nur als reaktionäres Element, quasi als „Sand im Getriebe" der frühmodernen Staatsbildung, gesehen wurden. Als Antithese wurden diesem Bild Betrachtungen gegenübergestellt, die in den ständestaatlichen Strukturen direkte Vorläufer der modernen Demokratien westlichen Zuschnitts erkannten. Beide Betrachtungsweisen wurden inzwischen verworfen, da sie letzten Endes auf der strikten Gegenüberstellung von „autokratischem Fürstenstaat" und „genossenschaftlichem Ständestaat", von „Absolutismus" und „Ständefreiheit" beruhen und somit ein reduktionistisches Modelldenken widerspiegeln, das die historische Realität nicht adäquat erfaßt und sich deshalb in der Forschungspraxis auch nicht bewähren konnte. Die moderne Ständeforschung plädiert demgegenüber für eine subtilere Betrachtung der Staatsbildung und fragt jetzt vor allem „nach dem Verhältnis zwischen den rasch steigenden staatlichen Anforderungen einerseits sowie den zur Verfügung stehenden Ressourcen und Verfassungsinstrumenten (formellen wie informellen) für deren Lösung andererseits."[8]

Mit dieser Forderung nach Überwindung veralteter Denkschemata und nach differenzierteren Prämissen für die Analyse des ständischen Anteils an der frühneuzeitlichen Staatsbildung ist zugleich das Feld abgesteckt, in dem die forschungsleitenden Interessen dieser vergleichenden Untersuchung des politischen Denkens der österreichischen und der ungarischen

---

6 T. Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte, 35 (1995), S. 339-367, hier S. 343.

7 F. Adanir/C. Lübke/M. G. Müller/M. Schulze Wessel, Traditionen und Perspektiven vergleichender Forschung über die historischen Regionen Osteuropas, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, 1996, S. 11-44, hier S. 31; J. Rogister, Some New Directions in the Historiography of State Assemblies and Parliaments in Early and Late Modern Europe, in: Parliaments, Estates and Representation, 16 (1996), S. 1-16; W. Neugebauer, Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992, S. 1-15.

8 M. G. Müller in: F. Adanir u.a., Traditionen (Anm. 7), S. 31.

Stände prinzipiell angesiedelt werden sollen. Dabei sind zwei grundsätzliche Schlußfolgerungen zu berücksichtigen: Zum einen ist die Frage aufzuwerfen, welche unmittelbare Bedeutung den politischen Theorien bei der Bewältigung der gewachsenen staatlichen Anforderungen, d.h. im Prozeß der frühneuzeitlichen Staatsbildung, zukam. Diese Frage rückt wirkungsgeschichtliche Zusammenhänge in den Vordergrund. Zum anderen muß bei der Beurteilung der Modernität des ständischen Denkens bedacht werden, daß es sich – eine enge Verknüpfung von politischem „Denken" und „Handeln" vorausgesetzt – nicht ausschließlich zwischen den einander entgegengesetzten Kategorien „absoluter Fürstenstaat" und „genossenschaftlicher Ständestaat" bewegte. In diesem Zusammenhang gilt es daher, Beurteilungskriterien jenseits der Dichotomie „Bodin" und „Althusius" anzuwenden.

Das politische Denken der ostmitteleuropäischen Stände, die Rezeption und die Transformation politischer Theorien sowie die Frage nach deren realpolitischer Wirkungskraft zählen – basierend auf diesem differenzierten Zugang zum Ablauf der frühneuzeitlichen Staatsbildung – zu den Desiderata der vergleichenden Ständeforschung.[9] Die Ursachen dafür sind unterschiedlicher Natur. Auf der einen Seite ist die in der ostmitteleuropäischen Historiographie lange Zeit wirksame marxistische Dogmatik zu nennen, die zu einer ideologischen Verengung der Geschichtsbilder führte und das politische Denken grundsätzlich am Rand des Forschungsinteresses plazierte.[10] Auf der anderen Seite schenkte die deutschsprachige Geschichtsforschung dem politischen Denken der Stände deshalb lange Zeit nur geringe Aufmerksamkeit, da sie bis in die siebziger Jahre unter dem Einfluß der von Friedrich Meinecke geprägten Ideengeschichte stand. Diese forderte nämlich eine Konzentration auf die „großen Persönlichkeiten", auf die „schöpferischen Denker"[11] – und genau die waren in den ständischen Institutionen nicht zu finden.[12] Das politische Denken der Stände bewegte sich vielmehr auf einer „mittleren Ebene", zwischen einem „Allerweltswissen" im Sinne Bergers bzw. Luckmanns und einer hochintellektuellen Gelehrsamkeit, somit zwischen „popular culture" und „high

9 W. Eberhard u.a., Integration und Konsens (Anm. 2), S. 203.

10 In Ungarn war es zwar gelungen, zum Teil alternative Werte und Normensysteme bis hin zu einer formal positivistischen Geschichtsauffassung zu entwickeln, aber auch dadurch wurde kein größeres Interesse am politischen Denken der Stände geweckt. Vgl. C. Safi, Die politische Wende und die Geschichtswissenschaften in Ungarn, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 1 (1991), S. 103-108, hier S. 104.

11 F. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München 1908, S. 18. Zur Kritik am idealistischen Historismus Meinekkes vgl. M. Stolleis, Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit. Studien zur Geschichte des öffentlichen Rechts, Frankfurt a. M. 1990, S. 134-139.

12 T. Schieder forderte noch 1971 eine Konzentration auf die „individuellen Ideenträger": T. Schieder, Politische Ideengeschichte, in: HZ, 212 (1971), S. 615-622, hier S. 618.

culture".[13] Auch die von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck vertretene Begriffsgeschichte oder die von der historisch kritischen Sozialwissenschaft, beispielsweise von Hans-Ulrich Wehler, eingeforderte Analyse der politischen Ideologien, boten als Alternativkonzepte zur Ideengeschichte keine geeigneten methodischen Instrumente. Sie eröffneten zwar jeweils neue und wertvolle Perspektiven, doch das politische Denken der Stände konnte von diesen Blickwinkeln aus ebenfalls nicht oder nur schemenhaft erkannt werden. So fehlen unter den etwa 130 im Lexikon der „Geschichtlichen Grundbegriffe" aufgenommenen Stichworten die für das politische Denken der Stände zentralen Kategorien „Konsens", „Integration" und „Widerstand", obwohl es sich bei letzterem zusätzlich um einen „Schlüsselbegriff" der Neueren Geschichte handelt.[14] Ebenso wurden die für das ständische Denken zentralen Bereiche der Religion und des Christentums stark vernachlässigt.[15] Von einer vergleichenden Erforschung der in den ostmitteleuropäischen Ständegesellschaften rezipierten theoretischen Konzepte kann daher nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Dieses grundlegende methodische Defizit prägte – und prägt – jedoch nicht nur die Ständeforschung, sondern die gesamte deutschsprachige Geschichtswissenschaft. Aus diesem Grund erfolgen seit einiger Zeit aus den verschiedensten Richtungen Rufe nach einer Modernisierung des methodischen Instrumentariums, nach „neuen Wegen der Ideengeschichte"[16]. Eine dominierende Richtung hat sich im Rahmen dieser Neuorientierung bislang jedoch noch nicht herauskristallisiert, zumal die aktuelle Diskussion von einer ausgesprochenen Variationsbreite gekennzeichnet ist.[17]

13 P. L. Berger/T. Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M. [4]1974.

14 Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von O. Brunner, W. Conze und R. Koselleck, 7 Bde., Stuttgart 1972–1992; W. Schulze, Einführung in die Neuere Geschichte, Stuttgart [3]1996, S. 86-94. Zu Kritik an der Begriffsgeschichte vgl.: Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, hrsg. von D. Busse, F. Hermanns und W. Teubert, Opladen 1994; D. Busse, Historische Semantik. Analyse eines Programms, Stuttgart 1987, S. 71-76.

15 H. Lehmann, Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa. Forschungsperspektiven und Forschungsaufgaben, in: Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa, hrsg. von H. Lehmann, Göttingen 1997, S. 314-325, hier S. 316f.

16 So der Titel des Bandes: Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag, hrsg. von F. L. Kroll, Paderborn 1996.

17 Vgl. dazu etwa die Beiträge in ebenda sowie die Artikel von P. Nolte, F. Jäger und S. Marchand in dem Sammelband: Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, hrsg. von T. Mergel und T. Welskopp, München 1997.

III.

Hier ist nun der Punkt erreicht, an dem sich die Ostmitteleuropaforschung, eine vergleichende Untersuchung des politischen Denkens der österreichischen und der ungarischen Stände, in die Diskussion einschalten kann. Denn sie bietet die Möglichkeit, die gegenwärtig sehr intensive Theorie- und Methodendebatte, die bisher fast ausschließlich auf Erfahrungshorizonten beruht, die bei der Analyse politischer Theorien in West- und Mitteleuropa gewonnen wurden, durch die Einbeziehung struktureller Merkmale ostmitteleuropäischer Ständegesellschaften zu bereichern und zu vertiefen. In diesem Zusammenhang müssen drei Problemkreise genannt werden, deren methodische Bewältigung diese Funktion erfüllen können: Als erster Problemkreis ist der überaus enge Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis zu nennen, der das politische Denken der Stände auszeichnete. Der Historiker sieht sich daher in der Regel nicht mit intellektueller Tiefenschärfe, sondern mit pragmatischen Praxisbezügen konfrontiert, denn die ständischen Vertreter hatten immer das Handeln – Handeln innerhalb des ständischen Dualismus – im Hinterkopf. In diesem Sinn können methodische Richtlinien für eine stärker wirkungsgeschichtlich orientierte Analyse des politischen Denkens aufgezeigt werden – ein Thema, das in den gängigen Forschungskonzepten zuwenig Beachtung findet.[18] Der zweite, mit dem ersten eng verknüpfte, Problemkreis betrifft das Fehlen „großer Denker" und „klassischer Texte", eine Tatsache, die durch eine schlechte Quellenlage noch verschärft wird und die Lokalisierung des politischen Denkens erschwert. So wurden beispielsweise im Herzogtum Steiermark im Zuge der Gegenreformation die Bibliotheken der protestantischen Adeligen samt den dazugehörigen Katalogen weitgehend vernichtet.[19] Als drittes Problem ist schließlich die Frage anzuführen, auf welchem Weg die „Modernität" des politischen Denkens der Stände erschlossen werden kann. Hier gilt es, neue Kriterien zu entwickeln und das Denken in Traditionen einzuordnen, die sich nicht ausschließlich am bisherigen Kanon klassischer Theoretiker wie Bodin oder Althusius orientieren.

Um die Komparatistik für die Lösung dieser Problemkreise erfolgversprechend einzusetzen, ist es unumgänglich, vom Vergleich als „Allerweltsmethode" wegzukommen – jede historische Studie, die über die Konstatierung eines Einzelfalles hinausgeht und die Form von Erklärungen

18 G. Lottes, „The State of the Art". Stand und Perspektiven der „intellectual history", in: Neue Wege (Anm. 16), S. 27-45, hier S. 41f.; H. W. Blanke, Typen und Funktionen der Historiographiegeschichtsschreibung, in: Geschichtsdiskurs. Bd. 1: Grundlagen und Methoden der Historiographiegeschichte, hrsg. von W. Küttler, J. Rüsen und E. Schulin, Frankfurt a. M. 1993, S. 191-211, hier S. 206 (für das historische Denken).

19 W. Schulze, Landesdefension und Staatsbildung. Studien zum Kriegswesen des innerösterreichischen Territorialstaates (1564–1619), Wien/Köln/Graz 1973, S. 217.

annimmt, ist genuin vergleichend[20] – und den Schritt hin zu einer kritischen methodischen Reflexion zu vollziehen. Dabei muß vor allem berücksichtigt werden, daß eine komparatistische Betrachtungsweise allein noch keine umfassende Forschungsstrategie ergibt, sondern ein Hilfsinstrumentarium darstellt, d.h. eine „angeschlossene" Methode, die ohne Verknüpfung mit weiteren Theorien und Methoden nicht angewendet werden kann. Mit den Worten Hans-Jürgen Puhles: Theorien sind der „Backofen" des historischen Vergleichs.[21] Dementsprechend verlangt eine vergleichende Untersuchung auch nach einer spezifischen Begrifflichkeit.[22] Die Komparatistik kann bei der Analyse des politischen Denkens der österreichischen und der ungarischen Stände somit nur dann erkenntnisgewinnend eingesetzt werden, wenn ihr interdependentes Verhältnis zu den weiteren verwendeten Theorien und Methoden berücksichtigt wird.

IV.

Die Suche nach diesen Theorien und Methoden bzw. nach den Wegen zur Lösung der drei Problemkreise erfolgt in zwei Richtungen. Auf der einen Seite führt sie nach Frankreich, wo sich mit der „histoire des mentalites", vor allem aber durch Michel Foucault, Forschungsstrategien etablierten, die eine „Antithese" zur konventionellen Ideengeschichte darstellen. Auf der anderen Seite geht sie in den angloamerikanischen Raum, wo im Rahmen der „intellectual history" bereits Anfang der siebziger Jahre intensive theoretische und methodische Diskussionen stattfanden. Beide Ansätze wurden von der deutschsprachigen Geschichtsforschung bislang kaum zur Kenntnis genommen. Während jedoch bei Foucault wenigstens noch von einer „kargen Rezeption"[23] gesprochen werden kann und die meisten seiner Werke in deutschen Übersetzungen vorliegen, ist es bei der „intellectual history" gerechtfertigt, von weitgehender Ignoranz zu sprechen. Bezeichnend dafür ist der Sachverhalt, daß vom umfangreichen Œuvre der beiden zur Zeit bedeutendsten Vertreter, John G. A. Pocock und

20 T. Welskopp, Stolpersteine (Anm. 6), S. 343.

21 H.-J. Puhle, Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers, in: Theorie und Erzählung in der Geschichte, hrsg. von J. Kocka und T. Nipperdey, München 1979, S. 119-136, hier S. 123; in diesem Sinn auch T Welskopp, Stolpersteine (Anm. 6), S. 341; W. Daum/G. Riederer/H. von Seggern, Fallobst und Steinschlag. Einleitende Überlegungen zum historischen Vergleich, in: Vergleichende Perspektiven – Perspektiven des Vergleichs. Studien zur europäischen Geschichte von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert, hrsg. von H. Schnabel-Schüle, Mainz 1998, S. 1-21, hier S. 4.

22 E. W. Müller, Plädoyer für die komparativen Geisteswissenschaften, in: Paideuma, 39 (1993), S. 7-23, hier S. 10, S. 17; J. C. Schmitt, Plädoyer für eine komparative Geschichte der religiösen Bilder, in: Zeitsprünge. Forschungen zur Frühen Neuzeit, 1 (1997), S. 244-268, hier S. 253.

23 U. Brieler, Foucaults Geschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, 24 (1998), S. 248-282, hier S. 252; J. Goldstein, Introduction, in: Foucault and the Writing of History, hrsg. von J. Goldstein, Cambridge/Massachusetts 1994, S. 1-15, S. 253f.

Quentin Skinner, fast nichts, und von ihren theoretischen und methodischen Arbeiten gar nichts in deutscher Sprache vorliegt.[24]

Als ersten Problemkreis soll auf den Theorie-Praxis-Bezug näher eingegangen werden. Mit anderen Worten: Auf welche Art und Weise kann dem starken Praxisbezug, der das politische Denken der österreichischen und der ungarischen Stände auszeichnete, methodisch entsprochen werden? Da diese Frage in engstem Zusammenhang mit dem zweiten Problem steht, mit der Lokalisierung des politischen Denkens angesichts des Fehlens „großer Denker" und kanonischer Texte, wird versucht, beide Problemkreise gemeinsam zu behandeln. Als erster Schritt soll die Frage des Verhältnisses zwischen dem Kontext des politischen Denkens und den Texten, in denen dieses Denken seinen Ausdruck findet, aufgeworfen werden.

Die Antworten der Forschung gingen dabei lange Zeit in zwei kontroverse Richtungen. Die Vertreter der Ideengeschichte nahmen diesbezüglich einen voluntaristischen Standpunkt ein und vertraten die Ansicht, die individuelle Kreativität der jeweiligen Autoren wäre der Schlüssel zum Verständnis ihres politischen Denkens. Die Repräsentanten der französischen „histoire des mentalités" wiederum schoben die kontextuellen Prägungen in den Vordergrund und befürworteten eine deterministische Interpretation des Verhältnisses Kontext – Text. Foucault und die Vertreter der angloamerikanischen „intellectual history" lösten diesen Knoten auf klassische Art und Weise: Sie zerschlugen ihn. Mit anderen Worten: Sie entwickelten Theorien jenseits der Dichotomien „Individuum – Gesellschaft", „Subjekt – Struktur" oder „Text – Kontext". Ihr Schwert hieß „Kontextualisierung", ein auf theoretischen und methodischen Überlegungen beruhendes Konzept, dessen Einführung in den sechziger Jahren von Pocock als „Revolution" in der Erforschung des politischen Denkens bezeichnet wurde.[25] Dabei ging er von der Annahme aus, das politische Denken könne nicht durch Konzentration auf herausragende Vertreter oder auf den Inhalt ihrer Texte analysiert werden, sondern nur durch das Aufzeigen übergeordneter Formationen, Praktiken oder sprachlicher Strukturen, die sich aus der Beziehung „Text – Kontext" ablesen lassen.

Am deutlichsten manifestiert sich dieser Ansatz bei Foucault, der forderte, in der Ideengeschichte „die beherrschende Präsenz der Autoren ver-

24 W. Sewing, John G. A. Pocock und die Wiederentdeckung der republikanischen Tradition, in: J. G. A. Pocock, Die andere Bürgergesellschaft. Zur Dialektik von Tugend und Korruption, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 7-32; R. von Friedeburg, Kontinuität und Wandel in der englischen Ideengeschichte zwischen Reformation und „Rebellion", in: ZHF 24 (1997), S. 89-98.

25 J. G. A. Pocock, Languages and Their Implications: The Transformation of the Study of Political Thought, in: ders., Politics, Language and Time. Essays on Political Thought and History, New York 1971, S. 3-41, hier S. 3f.

schwinden zu lassen"[26], pointiert ausgedrückt, den „Tod des Menschen"[27] an den Anfang der Analyse zu stellen. Bei Skinner mündet die Kontextualisierung, die er mit handlungstheoretischen und sprachanalytischen Ansätzen verbindet, in die Analyse sogenannter „Ideologien", worunter er linguistische Praktiken und Konventionen versteht, die sich aus der Verzahnung der Intentionen der Autoren mit dem Verständnis des Publikums ableiten lassen.[28] Pocock wiederum interpretiert politisches Denken als Kommunikationsprozeß und konzentriert sich auf die Rekonstruktion institutionalisierter linguistischer und intellektueller Strukturen, die er als „Sprache" bezeichnet.[29] Ohne auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Kontextualisierungsmodelle Foucaults, Skinners und Pococks weiter einzugehen, bleibt hier festzuhalten, daß dieses Konzept insofern richtungsweisend für die Analyse des politischen Denkens der Stände verwendet werden kann, als es Wege aufzeigt, die an den kanonischen Denkern und den klassischen Texten vorbeiführen. Um es jedoch erkenntnisgewinnend einzusetzen, muß es zunächst aus den foucaultschen und angelsächsischen Verwendungszusammenhängen herausgelöst und auf die spezifischen Kontexte der ständisch geprägten politischen Systeme Ostmitteleuropas übertragen werden.

V.

Ein wesentliches Element im Kontext des ständischen Denkens war die Frage der Legitimität, also der „Rechtfertigung staatlicher Machtentfaltung durch allgemeinverbindliche Prinzipien"[30], denn sowohl der Herrscher als auch die Landschaft waren durch den ständischen Dualismus in ein System eingespannt, das wechselseitig den Zwang zur Legitimation politischer

---

26 M. Foucault, Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M. ^{7}1995, S. 59.

27 Ders., Die Ordnung der Dinge, Frankfurt a. M. ^{8}1989, S. 412.

28 Grundlegende methodische Überlegungen Q. Skinners sind ausformuliert in: ders., Meaning and Understanding in the History of Ideas, in: History and Theory, 8 (1969), S. 3-53; umgesetzt sind sie in: ders., The foundations of modern political thought, 2 Bde., Cambridge 1978; ders., Liberty before Liberalism, Cambridge 1998.

29 Grundlegende methodische Überlegungen Pococks finden sich u.a. in: J. G. A. Pocock, The concept of a language and the *metier d'historien*: some considerations on practice, in: The Languages of political theory in early-modern Europe, hrsg. von A. Pagden, Cambridge u.a. 1987, S. 19-38; ders., Texts as Events: Reflections on the History of Political Thought, in: Politics of Discourse: The Literature and History of Seventeenth Century England, hrsg. von K. Sharpe und S. N. Zwicker, Berkeley 1987, S. 21-34; ders., A discourse of sovereignty: observations on the work in progress, in: Political discourse in early modern Britain, hrsg. von N. Phillipson und Q. Skinner, New York/ Cambridge 1993, S. 377-428.

30 T. Würtenberger, Legitimität, Legalität, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 677-740, hier S. 677; H.-C. Kraus, Machtwechsel, Legitimität und Kontinuität als Probleme des deutschen politischen Denkens im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Politik, 45 (1998), S. 49-68; hier S. 49-55.

Herrschafts- und Partizipationsansprüche beinhaltete. So waren beide Parteien in ihren politischen Handlungen an die kontraktuelle Erfüllung von „Schutz und Schirm" für „Rat und Hilfe" gebunden. Verstießen sie gegen diesen Vertrag, so fehlte ihrer politischen Macht die Legitimität. Auch die Sorge für das Gemeinwohl stand mit der Herrschafts- und Partizipationslegitimation in engstem Zusammenhang.[31] Die Legitimation stellte somit ein unentbehrliches politisches Ordnungsprinzip innerhalb der dualistischen Ständesysteme dar, sie war jedoch kein unveränderliches oder unumstrittenes Prinzip. Im Gegenteil, zur Durchsetzung des frühabsolutistischen Fürstenstaates mußten die Landesherrn ihre Machtansprüche auf eine neue Legitimationsbasis stellen, die von einer veränderten Rationalität beherrscht war: von der Staatsräson und damit von der abnehmenden Bedeutung rechtlicher oder moralischer Legitimation.[32] Die Zeit der frühmodernen Staatsbildung – also auch der hier untersuchte Zeitraum zwischen 1550 und 1650 – bildet daher eine Übergangsphase, eine Periode der wechselnden und auch der „gespaltenen" Legitimation. Die Problematik der Modifikation von Legitimation spiegelt sich besonders deutlich in jenen Verhaltensweisen wider, die sowohl zu den institutionalisierten Elementen ständischer Politik zählten als auch unter besonders starkem Legitimationszwang standen.

Eine dieser Handlungen war der Widerstand. Auf ihn werden sich die folgenden Ausführungen konzentrieren. Der Widerstand stellte sowohl in der Theorie als auch in der Praxis eines der wirkungsvollsten und vielseitigsten Instrumente im Handlungsrepertoire ständischer Politik dar.[33] Er konnte die unterschiedlichsten Gestalten annehmen und reichte von Verzögerungen oder Ablehnungen – zum Beispiel bei Landtagsverhandlungen – bis hin zu gewaltsamen Aktionen, konnte also sowohl aktiv als auch passiv erfolgen.[34] Da der Widerstand meist zum Interessenausgleich, zum Konsens, führte, wirkte er in der Regel systemstabilisierend, denn nur in seinen radikalsten Formen zielte er auf die Auflösung des Dualismus –

31 P. Blickle, Kommunalismus (Anm. 3), S. 543; W. Eberhard, Herrscher (Anm. 2), S. 476-478; P. Hibst, Utilitas publica – Gemeiner Nutz – Gemeinwohl. Untersuchungen zur Idee eines politischen Leitbegriffs von der Antike bis zum späten Mittelalter, Frankfurt a. M. u.a. 1991.

32 N. Luhmann, Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Bd. 3, Frankfurt a. M. 1993, S. 65-148, vor allem S. 87f., S. 110.

33 J. Nicolas/J. Valdeon Baruque/S. Vilfan, The Monarchic State and Resistance in Spain, France, and the Old Provinces of the Habsburgs, 1400-1800, in: Resistance, Representation, and Community, hrsg. von P. Blickle, New York 1997, S. 65-114; W. Schulze, Estates and the Problem of Resistance in Theory and Practice in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, in: Crown, Church and Estates. Central European Politics in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, hrsg. von R. J. W. Evans und T. V. Thomas, London 1991, S. 158-175; W. Eberhard, Monarchie und Widerstand. Zur ständischen Oppositionsbildung im Herrschaftssystem Ferdinands I. in Böhmen, München 1985.

34 W. Eberhard, Herrscher (Anm. 2), S. 469, S. 484f.

aber sogar in diesen Fällen war durch Berufung auf das Widerstandsrecht Legitimität möglich. Aufgrund dieser umfassenden Bedeutung spielte der Widerstand im Denken und Handeln der Stände eine zentrale Rolle, war er doch Ausdruck ständischer Identität und ein wichtiges Element des Selbstverständnisses.

Um jedoch Widerstand ausüben zu können, mußte er legitimiert werden, Widerstand und Legitimation waren somit eng verbunden. Diese enge Verknüpfung wiederum schuf jenes Widerspiel von Legitimationszwang und Legitimation, allgemein formuliert: von Problemdruck und Problemlösung, in dem politisches Denken prinzipiell entsteht.[35] Bei der Legitimation von Widerstand ist somit ein Ort gefunden, an dem das politische Denken der Stände an die Oberfläche trat. Wo aber muß nun der Hebel bei der Analyse konkret angesetzt werden?

Diese Frage läßt sich am Beispiel der Erbhuldigungsverhandlungen zwischen den Ständen Österreichs unter der Enns und Rudolf II. im Jahr 1577 anschaulich beantworten. Im Rahmen dieser Verhandlungen weigerten sich die Stände zunächst, dem Ansuchen Rudolfs zu entsprechen und den Gehorsams- und Treueeid vor der Bestätigung der Privilegien und Freiheiten des Landes durch den Landesherrn zu leisten – ein klarer Fall von Widerstand.[36] In der Folge entwickelte sich ein reger Disput zwischen Rudolf und den Ständen über die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens, in dem sich grundlegende Elemente des ständischen politischen Denkens offenbaren. Analoge Diskussionen fanden während des Höhepunktes der ständepolitischen Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte des 16. und der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in allen verglichenen Ländern sehr häufig statt. Beispielhaft können die 1608 und 1609 ablaufenden Erbhuldigungsverhandlungen des späteren Kaisers Matthias mit den Ständen Österreichs unter und ob der Enns und der von 1590 bis 1592 und 1596 erfolgende Huldigungsstreit zwischen den steirischen Ständen und Erzherzog Ferdinand genannt werden.[37] Die ungarischen Stände wiederum führten solche Diskussionen im Zuge der Einberufung der Ständeversammlung von Gálszécs 1604 oder anläßlich des Preßburger Landtages von 1608.[38]

---

35 Q. Skinner, Foundations (Anm. 28), S. X; A. D. Lindsay, The Modern Democratic State, New York/Oxford ^{3}1962, S. 31-34.

36 I. Lindeck, Der Einfluß der staatsrechtlichen und bekenntismäßigen Anschauungen auf die Auseinandersetzung zwischen Landesfürstentum und Ständen in Österreich während der Gegenreformation, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte des Protestantismus in Österreich, 60 (1939), S. 81-104; 61 (1940), S. 15-38, hier S. 89-91.

37 Ebenda, S. 26-34; J. Loserth, Der Huldigungsstreit nach dem Tode Erzherzog Karls II. 1590–1592, Graz 1898.

38 K. Benda, Habsburg-abszolutizmus és rendi ellenállás a XVI-XVII. szazádban, Budapest 1975, S. 5-8, S. 48-52; ders., Absolutismus und ständischer Widerstand in Ungarn am Anfang des 17. Jahrhunderts, in: Südost-Forschungen, 33 (1974), S. 85-124, hier S. 85-87, S. 121-123; F. Eckhart, Bocskay és híveinek közjogi felfogás, in: Emlékkönyv

Die Analyse dieser Diskussionen, die zwischen den Ständen und dem jeweiligen Landesherrn im Zuge der Legitimation von Widerstand stattfanden, stellt somit einen erfolgversprechenden methodischen Ausgangspunkt für eine vergleichende Untersuchung des politischen Denkens der österreichischen und der ungarischen Stände dar. Zwei Vorteile sind dabei zu erkennen: Auf der einen Seite wird eine Möglichkeit aufgezeigt, wie das Problem der Lokalisierung dieses Denkens gelöst werden kann, auf der anderen Seite wird der engen Verbindung zwischen Theorie und Praxis, zwischen ständischem politischem Denken und Handeln, entsprochen, denn die konkreten Ausgangspunkte, die Anlässe zu den Diskussionen, waren reale politische Handlungen, war konkret geleisteter Widerstand. Darüber hinaus stellten die Diskussionen per se eine Fortsetzung dieser Widerstandshandlungen dar.

Der weitere Weg dieser Analyse kann folgendermaßen skizziert werden: Zunächst gilt es, die einzelnen „Bilder" – die Diskussionen stellen ja nur Momentaufnahmen einer im Detail einzigartigen Widerstandshandlung dar – zu einem länderspezifischen „Film" zusammenzufügen. Diese „Filme" werden als „Diskurse" bezeichnet. Durch ihre Analyse wird ein tiefer Einblick in die Grundlagen des politischen Denkens der österreichischen und der ungarischen Stände im historischen Wandel gewonnen. In einem weiteren Schritt müssen die tragenden Säulen und wiederkehrenden Elemente dieser Diskurse eruiert und komparatistisch untersucht werden.

VI.

Mit der Explikation der Diskurse ist die Methode zur Analyse des politischen Denkens der österreichischen und der ungarischen Stände an dem Punkt angelangt, an dem der Vergleich eingefügt werden muß. Er soll dazu dienen, den dritten Problemkreis, also die „Modernität" des politischen Denkens, zu erschließen. Die Vergleichseinheiten bilden dabei die Diskurse, die zwischen den Ständen der untersuchten Länder und ihren jeweiligen Landesherrn im Zuge der Legitimation von Widerstand stattfanden. Diese komparatistische Analyse kann prinzipiell zwei Ziele verfolgen: Entweder sie beabsichtigt die Kontrastierung, konzentriert sich also auf individuelle Merkmale der Diskurse, oder sie bezweckt die Generalisierung, sucht also nach Ähnlichkeiten.[39] Der zweite Weg – er soll im folgenden beschritten werden – ermöglicht die Ermittlung gemeinsamer und charakteristischer Merkmale in den diskursiven Auseinandersetzungen und damit auch im politischen Denken der österreichischen und der ungarischen Stände. Da

Karolyi Árpád születése nyolcvanadik fordulójának ünnépere 1933 október 7, Budapest 1933, S. 133-141.

39 H.-G. Haupt/J. Kocka, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies., Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 9-45, hier S. 11.

sich im Rahmen dieser Untersuchung die Erkenntnisinteressen auf die Vergleichseinheiten weitgehend gleichmäßig verteilen und sie somit in der theoretischen Konstruktion dieselbe Bedeutung einnehmen, handelt es sich um einen „symmetrischen" Vergleich.[40]

Als Ergebnis dieser komparatistischen Analyse lassen sich drei analoge Argumentationsmuster erkennen, die von den österreichischen und ungarischen Landschaften im Zuge ihres Widerstandes stereotyp in den Diskurs eingebracht wurden. Diese Argumentationsmuster, sie werden in den folgenden Ausführungen als „Diskursformationen" bezeichnet, repräsentieren jeweils grundlegende Elemente in den Diskursen und damit im ständischen politischen Denken.[41]

Die erste Diskursformation wird von den rechtlichen Vorstellungen der Stände gebildet. Die vielleicht bekannteste Ausprägung stellte das Widerstandsrecht dar, das der Landschaft die Möglichkeit bot, im Falle des Rechtsbruches durch den Landesfürsten diesem den Gehorsam aufzukündigen und ihn im Extremfall sogar abzusetzen.[42] Dieses charakteristische und „politisch institutionalisierte"[43] Element ständischer Verfassungen beruhte auf der Annahme eines wechselseitigen Treueverhältnisses zwischen dem Landesherrn und den Ständen, das bei einem schwerwiegenden Verstoß einer Seite aufgelöst werden konnte. Das Widerstandsrecht der ungarischen Stände war 1222 in der Goldenen Bulle Andreas' II. und im „Tripartitum opus juris consuetudinarii inclyti regni Hungariae", einer Anfang des 16. Jahrhunderts angefertigten Aufzeichnung des Gewohnheitsrechtes, sogar schriftlich festgehalten worden.[44]

Im Zuge der anläßlich ständischen Widerstandes erkennbaren Diskurse traten noch weitere gemeinsame Elemente in den Rechtsvorstellungen der österreichischen und der ungarischen Stände ans Tageslicht. Zu nennen wäre hier die große Bedeutung des Gewohnheitsrechtes, das in den bereits erwähnten Huldigungsstreitigkeiten herangezogen wurde, um den Standpunkt der Stände auf eine legale Basis zu stellen. Aber auch die Ansicht der Stände, Land und Landesherr wären den gleichen Rechtsnormen unterworfen, über welche die Landschaften zu wachen hätten, wurde in den

40 Ebenda, S. 15-17.

41 Die folgenden Ausführungen und Schlußfolgerungen beruhen auf der eingehenden Analyse der ständepolitischen Auseinandersetzungen in den österreichischen Ländern und in Ungarn in der zweiten Hälfte des 16. und der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Eine ausführlichere Bezugnahme auf diese empirischen Befunde ist hier aus Platzgründen nicht möglich.

42 Die Literatur über das Widerstandsrecht ist unüberschaubar. Hier sei daher nur verwiesen auf: Widerstandsrecht, hrsg. von A. Kaufmann und L. E. Backmann, Darmstadt 1972; G. Dilcher, Widerstandsrecht, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 38. Lieferung, Berlin 1995, Sp. 1351-1364.

43 W. Eberhard, Herrscher (Anm. 2), S. 483.

44 H. Haselsteiner, Das Widerstandsrecht der Stände in Ungarn, in: Österreichische Osthefte, 16 (1974), S. 123-136, hier S. 129-131.

Diskursen wiederholt vertreten – eine Vorstellung, die beispielsweise dem Selbstverständnis Ferdinands II. als „Princeps absolutus" diametral gegenüberstand.[45]

Eine weitere Ebene der Legitimation von Widerstand – und damit soll die zweite Diskursformation kurz vorgestellt werden – bildete die Theologie. Sie spielte im Denken und Handeln der österreichischen und der ungarischen Stände eine zentrale Rolle, da die Bibel häufig als normativer Referenzhorizont diente. Diese umfassende Bedeutung vergrößerte sich noch im Zuge der ständepolitischen Auseinandersetzungen an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, als sowohl im Königlichen Ungarn als auch in den östlichen österreichischen Ländern die katholischen habsburgischen Landesherrn lutherisch oder calvinistisch dominierten Landschaften gegenüberstanden. Die Konfessionen bewirkten hier auf grundsätzlicher Ebene eine Verfestigung des dualistischen Systems und damit der ständischen Partizipationsmöglichkeiten. Für den ständischen Widerstand waren jedoch nicht nur die lutherischen und calvinistischen Auslegungen des Widerstandsrechtes von Bedeutung, sondern auch Vorstellungen einer „Bundesidee", die eine Übertragung alttestamentarischer Bundesgedanken auf das Verhältnis zwischen Landesherr und Untertanen darstellte.[46] Für den gewaltsamen Widerstand der ungarischen Stände im Zuge des Aufstandes von István Bocskai wiederum lieferte der Calvinismus das ideologische Rüstzeug.[47] Generell diente die Heilige Schrift als Bezugspunkt einer ethischen und moralischen Begründung von Politik. Die Funktion der oppositionellen Konfessionen als zusätzliche Möglichkeit zur Legitimation von Widerstand wurde von den Habsburgern auch erkannt, ihre in allen vier Ländern zu beobachtenden Versuche, die Religionsfrage aus den ständepolitischen Auseinandersetzungen herauszuhalten, waren allerdings sehr rasch zum Scheitern verurteilt.[48]

---

45 O. Brunner, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, Darmstadt ^{5}1965, S. 387-393.

46 G. Oestreich, Die Idee des religiösen Bundes und die Lehre vom Staatsvertrag, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates, hrsg. von H. H. Hofmann, Köln/Berlin 1967, S. 137-151, S. 405-410.

47 L. Makkai, A Habsburgok és a magyar rendiség a Bocskai-felkelés elöestéjén, in: Történelmi Szemle, 17 (1974), S. 155-182, hier S. 180f; Benda, Absolutismus (Anm. 38), S. 121.

48 Vgl. dazu etwa die Argumente Maximilians II., Karls II. von Innerösterreich und Ferdinands II. in den Auseinandersetzungen mit den niederösterreichischen, oberösterreichischen und steirischen Ständen sowie für Ungarn den Versuch Rudolfs II., 1604 den Ständen durch einen gefälschten Artikel die Diskussion von Religionsfragen auf den Landtagen zu verbieten; G. Reingrabner, Die Bedeutung der Reformation für das Land unter der Enns, in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich, NF 62 (1996), S. 389-417, hier S. 396-407; W. Schulze, Landesdefension (Anm. 19), S. 227f.; Die Geschichte Ungarns von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. von P. Hanák, Gyomaendröd ^{2}1991, S. 61.

Die dritte Formation in den diskursiven Auseinandersetzungen stellte die Geschichte dar, d.h., die Bezugnahme auf die Vergangenheit war eine weitere Ebene, auf der die Legitimation von Widerstand erfolgen konnte. Ähnlich wie die Theologie spielte auch die Geschichte, indem sie Präzedenzfälle überlieferte, die als zentrale politische Richtlinien fungierten, im politischen Denken und Handeln der Stände eine nicht zu unterschätzende Rolle. Darüber hinaus bewahrte sie die Rechtsansprüche der Stände gegenüber dem Herrscher und festigte die Identität der Landschaft. Politisches Argumentieren und Handeln auf seiten der Stände war daher immer „ein Handeln auf der Grundlage der Geschichte"[49]. Als die steirischen Stände 1595 auf dem Landtag in ihrer Replik den Antrag des Landesherrn auf Steuerbewilligung ablehnten und ihnen daraufhin der Vorwurf gemacht wurde, sie würden sich nicht um die Landesverteidigung kümmern, antworteten sie mit historischen Gegenbeispielen.[50] Aufgrund dieser umfassenden Bedeutung der Geschichte wurden von den Landschaften auch historische Archive und Bibliotheken angelegt und außerdem Historiographen mit der Anfertigung genealogischer oder landesgeschichtlicher Arbeiten beauftragt.[51]

Diese drei Diskursformationen stellten jedoch keine isolierten, für sich abgeschlossenen Säulen im politischen Denken der Stände dar, sondern waren fest miteinander verknüpft. Dies zeigte sich am Gewohnheitsrecht, also der Rezeption und Konstruktion positiver Rechtsvorstellungen aus der Vergangenheit, aber auch an der großen Bedeutung der Bibel und der Heilslehre im Geschichtsdenken der Stände. Den engen Konnex zwischen Theologie und Rechtsverständnis wiederum verdeutlichen die unterschiedlichen Formen des Widerstandsrechtes, die von den drei Konfessionen formuliert wurden. In ihrer Summe repräsentieren die drei Diskursformationen somit eine fundamentale Ordnung im Denken der österreichischen und der ungarischen Stände. Bei jeder Analyse ist allerdings unbedingt zu berücksichtigen, daß diese keine konstante Größe darstellte, sondern historischen Veränderungen unterworfen war.

---

49 W. Schulze, Landesdefension (Anm. 19), S. 222.

50 Ebenda, S. 221.

51 A. Strohmeyer, Strukturen ständischen Geschichtsdenkens im Prozeß der Konfessionalisierung: Innerösterreich an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, in: Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa. Wirkungen des religiösen Wandels im 16. und 17. Jahrhundert in Staat, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von J. Bahlcke und A. Strohmeyer [im Druck]; K. Großmann, Der Historiker Reichart Streun von Schwarzenau (1538–1600), in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergbd. 11 (1929), S. 555-573; A. Coreth, Job Hartmann von Enenkel. Ein Gelehrter der Spätrenaissance in Österreich, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 55 (1944), S. 247-302.

VII.

Die Frage nach der Modernität der drei Diskursformationen kann nur mit Hilfe eines weiteren Vergleichs beantwortet werden. Dieser darf jedoch im Gegensatz zu dem oben erwähnten ersten Vergleich nicht innerhalb der Geschichtsregion Ostmitteleuropa stattfinden, sondern muß überregional unternommen werden, denn nur auf diese Weise kann das ständische Denken in die allgemeine Geschichte eingeordnet werden. Da die Erkenntnisinteressen hier ungleich verteilt sind, handelt es sich um einen „asymmetrischen" Vergleich.[52] Bevor man diesen unternimmt, sind zwei Feststellungen zu treffen: Auf der einen Seite muß man sich dem aus historiographischen Traditionen entstandenen interpretatorischen Diktat entziehen, entweder die „Rückständigkeit" dieses Denkens gegenüber West- und Mitteleuropa oder – als Kontrast dazu – seine „europäische Normalität" beweisen zu müssen.[53] Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß das Denken der Stände zwar in zahlreichen Gesichtspunkten äußerst „traditional" im Sinn von vergangenheitsbezogen war, daß diese Traditionalität jedoch nicht von vornherein als Gegenpol oder Vorstufe zu „modern" verstanden werden darf, denn es war durchaus von Modifikationen und von gradueller Varianz gekennzeichnet. Ständisches politisches Denken besaß somit seine eigene Modernität, eine „relationale Modernität"[54].

Die Gegenstände dieses Vergleichs bilden auf der einen Seite die aufgezeigten Formationen des politischen Denkens der Stände, auf der anderen Seite zwei universelle politische Denkrichtungen, die von Pocock näher umrissen wurden.[55] Dabei handelt es sich zum einen um den von ihm als „civic humanism" bezeichneten Denkstil, der sich von der florentinischen Renaissance über die Eidgenossenschaft, die Vereinigten Niederlande und England bis in die frühe amerikanische Republik spannte.[56] Er war von einer „Sprache" geprägt, in der republikanische Elemente dominierten. Zum anderen handelt es sich um das monarchisch-absolutistische Denken,

52 H.-G. Haupt/J. Kocka, Vergleich (Anm. 39), S. 15-17.

53 M. G. Müller in F. Adanir u.a., Traditionen (Anm. 7), S. 29f.

54 R. Blänkner, „Absolutismus" und „frühmoderner Staat". Probleme und Perspektiven der Forschung, in: Frühe Neuzeit – Frühe Moderne? Forschungen zur Vielschichtigkeit von Übergangsprozessen, hrsg. von R. Vierhaus, Göttingen 1992, S. 48-74, hier S. 48.

55 Pocock spricht in diesem Zusammenhang von „Diskursen". Um eine Verwechslung mit dem in dieser Studie verwendeten Diskursbegriff auszuschließen, wird die Pococksche Variante des Diskursbegriffes nicht benützt.

56 Den Begriff des „civic humanism" übernahm Pocock von H. Baron, The Crisis of the Early Italian Renaissance. Civic Humanism and Republican Liberty in an Age of Classicism and Tyranny, Princeton 1966.

das in Machiavellis „Principe" eine erste deutliche Ausprägung fand.[57] Der Vergleich soll in diesem Zusammenhang die Frage beantworten, ob sich das politische Denken der österreichischen und der ungarischen Stände in eine dieser beiden intellektuellen Traditionen einordnen läßt, oder ob es nicht besser als Ausdruck einer eigenen, dritten großen Tradition verstanden werden muß. Diese Denktradition würde dann einen spezifisch „genossenschaftlich-ständischen" Weg in die Moderne darstellen.[58] Die Frage, ob es sich dabei primär um einen kontrastierenden oder doch eher um einen generalisierenden Vergleich handelt, muß also noch offen gelassen werden.

VIII.

Die Komparatistik spielt im Rahmen der hier entwickelten Methode somit in zweierlei Hinsicht eine wichtige Rolle. Zum einen dient sie der Explikation gemeinsamer Merkmale, sogenannter „Diskursformationen", die Charakteristika im Denken der österreichischen und der ungarischen Stände darstellen. Dabei handelt es sich um einen „innerregionalen" Vergleich, also um einen Vergleich, der innerhalb Ostmitteleuropas als Geschichtsregion stattfindet. Zum anderen dient die Komparatistik der Einordnung des ständischen Denkens in die allgemeine europäische Geschichte. Dabei wird ein „interregionaler" Vergleich unternommen, der die Diskursformationen mit Denktraditionen außerhalb der Region vergleicht. Nur in dieser kombinierten Form – innerregionaler und interregionaler Vergleich – ist es möglich, Ostmitteleuropa als Geschichtsregion zu strukturieren und die Frage zu beantworten, ob es sich bei den Diskursformationen um Merkmale handelt, die für die untersuchten ostmitteleuropäischen Ständegesellschaften spezifisch oder für ganz Alteuropa charakteristisch sind.[59] Die Komparatistik dient in diesem Zusammenhang der Alteration, also der

57 J. G. A. Pocock, The Machiavellian Moment. Florentine Republican Thought and the Atlantic Republican Tradition, Princeton 1965; ders., The Machiavellian Moment Revisited: A Study in History and Ideology, in: Journal of Modern History, 53 (1981), S. 49-72.

58 Eine ähnlich gelagerte Studie unternahm für die norddeutschen Städte H. Schilling, Gab es im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in Deutschland einen städtischen „Republikanismus"? Zur politischen Kultur des alteuropäischen Stadtbürgertums, in: Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit, hrsg. von H. G. Koenigsberger und E. Müller-Luckner, München 1988, S. 101-143; und für die Niederlande M. van Gelderen, The Political Thought of the Dutch Revolt 1555–1590, Cambridge ²1995.

59 Eine ähnliche Strategie wählte Gottfried Schramm zur Bestimmung und Einordnung übernationaler Gemeinsamkeiten der Kernländer Ostmitteleuropas. Er spricht in diesem Zusammenhang vom „doppelten" Vergleich: G. Schramm, Polen – Böhmen – Ungarn: Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit. In: Ständefreiheit, S. 13-38, hier S. 13.

Unterscheidung zwischen „Eigenem" und „Anderem".[60] Konsequent in die Ostmitteleuropaforschung integriert, stellt sie deren mittel- und westeuropäische Pendants vor die Notwendigkeit, in der Selbstreflexion Rückständigkeit widerlegen zu müssen!

Auf dieser „europäischen" Ebene erfüllt der „kombinierte Vergleich" genau jene Funktion, aufgrund der die Historische Komparatistik eine Schlüsselposition innerhalb der „Europäistik" einnimmt, jener geschichtswissenschaftlichen Teildisziplin, die u.a. die Binnenstrukturierung und -differenzierung Europas als geographisch-historischen Raum beabsichtigt.[61]

Der „kombinierte Vergleich" ist für die Ostmitteleuropaforschung jedoch auch insofern von unerläßlicher Bedeutung, als sich die relative Geschlossenheit des Raumes als Geschichtsregion nicht zu einem „Apriorismus" entwickeln darf, sondern vielmehr ständig in Frage gestellt und neu erläutert werden muß. Andernfalls würde dies lediglich bedeuten, daß die jahrzehntelang vorherrschende nationalstaatliche Verengung der ostmitteleuropäischen Historiographien nun durch das Diktat der fachspezifischen Differenzierung der Geschichtswissenschaft nach regionalen Gesichtspunkten ersetzt wird. Ostmitteleuropa als Geschichtsregion besitzt zwar – strukturell definierte und daher historisch und geographisch variable – Grenzen, dennoch oder gerade deshalb muß seine Erforschung „grenzenlos" sein. Denn, wie gut kennt man Ostmitteleuropa, wenn man nur Ostmitteleuropa kennt?

60 J. Matthes, The Operation Called „Vergleichen", in: Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs, hrsg. von J. Matthes, Göttingen 1992, S. 75-101, hier S. 97.

61 W. Schmale, Europäische Geschichte als historische Disziplin. Überlegungen zu einer „Europäistik", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 46 (1998), S. 389-405, hier S. 393-395.

Hans-Christian Maner

Unierte Kirchen und Nationsbildungsprozesse im ostmitteleuropäischen Vergleich

Zu den strukturbildenden Phänomenen, die maßgeblich zur Verortung der Geschichtsregion Ostmitteleuropa in den „Grenzraum des Abendlandes" (Halecki) beitragen, zählen die bis ins 16. Jahrhundert zurückreichenden unierten Kirchen. Ihre Entstehung ist vor allem da zu beobachten, wo sich die Einflüsse der christlichen West- und Ostkirche überlagerten. Die aus der Kombination von östlich/orthodoxer Liturgie und westlich/katholischer Romzentriertheit hervorgegangenen *Unierten* werden auch als griechisch-katholische Kirchen bezeichnet. Auch wenn sie nicht vollkommen gleichzeitig entstanden sind, bietet sich ihre Geschichte für einen Vergleich nationalspezifischer Entwicklungen an. Festgemacht an den Beispielen Galizien, Siebenbürgen und Karpato-Ruthenien soll in den folgenden Ausführungen mit einem Seitenblick nach Kroatien-Slavonien vergleichend betrachtet werden, welche Rolle die unierten Kirchen in den Nationsbildungsprozessen[1] des ausgehenden 18. und vor allem des 19. Jahrhunderts in Ostmitteleuropa gespielt haben.

Im Interesse eines besseren Gesamtverständnisses muß zunächst weit in die Geschichte zurückgeblendet werden, denn die unierten Kirchen sind in erster Instanz als Folge der Kirchenspaltung anzusehen. Sie konnten entstehen, da die Entzweiung der christlichen Kirche in eine Ostkirche mit dem Zentrum in Byzanz und eine von Rom aus gelenkte Westkirche, wie sie nach dem Großen Schisma von 1054 eingetreten war, nie als endgültiger Zustand angesehen wurde. Die Einheit der Christenheit war weiterhin

1 Nation wird im folgenden in Anlehnung an Autoren wie Gellner oder Hobsbawm nicht als eine transzendente und unveränderliche, sondern als eine im wesentlichen konstruierte soziale Größe verstanden. Theoretische wie auch empirische Darstellungen zum Terminus Nation sind sehr umfangreich. In den angeführten Darstellungen neueren Datums findet auch die ältere klassische Literatur zum Thema Erwähnung. Eine allgemeine Einführung in die Problematik siehe bei B. Zientara, Frühzeit der europäischen Nationen. Die Entstehung von Nationalbewußtsein im nachkarolingischen Europa, Osnabrück 1997, S. 16-24; E. J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M./New York ²1992, S. 11-24. Einen Überblick über die theoretischen Konzepte bieten: B. Estel, Grundaspekte der Nation, in: Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven, hrsg. von dems. und T. Mayer, Opladen 1994, S. 13-81; P. James, Nation Formation. Towards a Theory of Abstract Community, Cambridge 1996. Zur Nationsbildung siehe auch H. Sundhaussen, Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 48 (1993), S. 233-258.

COMPARATIV, Heft 5 (1998), S. 92-105.

das Ziel, und besonders in Rom wurden Wege gesucht, die den Graben der Spaltung überwinden sollten. Aus dem imperialen Machtstreben Roms heraus entstand schließlich eine Reihe von kleineren oder größeren Kirchen innerhalb der national getrennten Ostkirchen. Diese Kirchen behielten ihren Ritus, die Liturgie und die Landessprache bei, waren aber dem römischen Jurisdiktionsprimat unterstellt. Die neuen, mit Rom unierten Glaubensgemeinschaften stießen gleichwohl auf den erbitterten Widerstand der Orthodoxie. Gegen Ende des 16. und während des 17. Jahrhunderts war der Gedanke einer vorübergehenden, unter bestimmten Bedingungen zu vollziehenden „doppelten Gemeinschaft" indes weder der katholischen noch der orthodoxen Kirche ganz fremd.[2] Die unierten Kirchen glichen sich mit ihrer byzantinischen Tradition zwar im Ritus, besaßen aber regionale und nationale Eigenheiten bis hin zu nationalen Selbstbezeichnungen. Genauer zu fragen ist nach Unterschieden und deren Auswirkungen auf das öffentliche Leben, nach der Größe der Kirchen, ihrer Entfaltung oder dem Ausmaß an Latinisierung. Dies bedarf jedoch einer weiteren ausführlichen Untersuchung.

Größere oder kleinere unierte Kirchen entstanden zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Polen (namentlich in Galizien), in Ungarn (Siebenbürgen, Karpato-Ruthenien und Kroatien-Slavonien) sowie auch in Bulgarien. Der hier versuchte Vergleich bezieht nur die sich in Polen und Ungarn manifestierenden unierten Glaubensgemeinschaften ein.

Ein Blick in die Literatur zeigt, daß die Geschichte der Kirchenunionen sowie deren weitere Entwicklung in Polen und den Ländern der Habsburger Monarchie Eingang in die verschiedenen Überblicksdarstellungen gefunden hat. Auch Einzeluntersuchungen widmen sich ausführlicher vor allem dem Phänomen der Entstehung der Unionen.[3] Eine gute Einführung

2 Vgl. allgemein dazu E. C. Suttner, Wandlungen im Unionsverständnis vom 2. Konzil von Lyon bis zur Gegenwart, in: Ostkirchliche Studien 34 (1985), S. 140, 149; siehe auch den guten Überblick bei: ders., Unionsabschlüsse östlicher Kirchen mit der Kirche von Rom im 16. und 17. Jahrhundert, in: Ostkirchliche Studien 45 (1996), S. 225-247. Grundlegend nach wie vor W. de Vries, Rom und die Patriarchate des Ostens, Freiburg/München 1963 sowie F. Heiler, Die Ostkirchen, München 1971, S. 406-414.

3 Vgl. E. C. Suttner, Wandlungen im Unionsverständnis (Anm. 2), S. 128; Ders., Brachte die Union von Brest Einigung oder Trennung für die Kirche? in: Ostkirchliche Studien 39 (1990), S. 3. Aus der Fülle der Literatur siehe noch O. Halecki, From Florence to Brest (1439–1596), Rom 1958; J. Pelesz, Geschichte der Union der ruthenischen Kirche mit Rom von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart, Bd. 1, Wien 1878; Bd. 2, Wien 1880; F. E. Sysyn, Between Poland and the Ukraine. The Dilemma of Adam Kysil, 1600–1653, Cambridge, Mass. 1985; M. Lacko, The Union of Užhorod, Cleveland/Rom 1966; E. Turczynski, Orthodoxe und Unierte, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. IV: Die Konfessionen, hrsg. von A. Wandruszka/P. Urbanitsch, Wien 1985, S. 399-478. Aus der jüngsten Zeit siehe u.a. die zahlreichen Beiträge von E. C. Suttner in der Zeitschrift „Ostkirchliche Studien" mit weiterführenden Quellen und Literaturangaben, z.B.: Die Synoden von Zamošč (1720) und Wien (1773) als prägende Ereignisse für die Unierten Polens und der Donaumonarchie, in: Ostkirchliche Studien 44 (1995), S. 273-

in die Problematik von Kirchenunion und Politik bieten nach wie vor die Ausführungen von Helmut Rumpler.[4] Der Beitrag der unierten Kirchen zum Nationsbildungsprozeß wird entweder in Arbeiten berücksichtigt, die sich mit der Geschichte der jeweiligen Länder und Gebiete befassen oder in Darstellungen mitbedacht, die sich speziell der Nationsbildung in dem betreffenden geographischen Raum zuwenden.[5] Generell bleibt festzustellen, daß die Quantität und Qualität der Untersuchungen zu den unierten Kirchen von Norden nach Süden abnimmt. Über Galizien gibt es neben größeren Darstellungen bereits mehrere Detailstudien. Zu Siebenbürgen ist die Lage weniger günstig. Für Karpato-Ruthenien und Kroatien-Slavonien bestehen schließlich noch große Forschungslücken. Während sich einige Autoren vergleichend mit verschiedenen Aspekten der Konstruktion nationaler Identitäten, der Nationsbildung in Europa oder den Nationalismen in Osteuropa befaßt haben,[6] hat die vergleichende Betrachtung der Rolle der unierten Kirchen im Nationsbildungsprozeß bisher noch keine Beachtung gefunden.

Die unierten Kirchen stellen ein Beispiel von verschränkten regionalen und überregionalen Interessen dar. Die komparative Untersuchung der Unionen zeigt, daß diese jeweils in den Landesteilen zustande kamen, die politisch noch als labil galten und somit eine strategische Bedeutung für die beherrschende zentrale wie auch lokale Macht besaßen. Die Unionen können letztlich als Ergebnis erkannter Stabilisierungsnotwendigkeiten angesehen werden. Neben politischen Motiven existierten auch theologische Beweggründe, auf die hier nicht näher eingegangen wird. Die orthodoxen Kirchen in Polen und Ungarn unterstanden dem Patriarchen von Konstantinopel, der sich der Herrschaft der Osmanen beugen mußte. Da

291; Theologische und nicht-theologische Motive für die Unionen von Marča, von Užgorod und von Siebenbürgen, in: Ostkirchliche Studien 45 (1996), S. 136-145.

4 H. Rumpler, Politik und Kirchenunion in der Habsburgermonarchie, in: Österreichische Osthefte 6 (1964), 4, S. 302-320.

5 I. Žeguc, Die nationalpolitischen Bestrebungen der Karpato-Ruthenen 1848–1914, Wiesbaden 1965; P. R. Magocsi, The Shaping of a National Identity. Subcarpathian Rus' 1848-1948, Cambridge 1978; E. Turczynski, Konfession und Nation. Zur Frühgeschichte der serbischen und rumänischen Nationsbildung, Düsseldorf 1976; J.-P. Himka, The Greek Catholic Church and Nation-Building in Galicia, 1772–1918, in: Harvard Ukrainian Studies 8 (1984), S. 426-452.

6 M. Hroch, Social Preconditions of National Revival in Europe. A Comparative Analysis of the Social Composition of Patriotic Groups among the Smaller European Nations, Cambridge 1985; ders., Die nationalen Formierungsprozesse in Mittel- und Südosteuropa. Ein Vergleich, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1995/2, S. 7-16; S. Troebst, Aufgaben und Ziele vergleichender historischer Forschung zur ethnischen Struktur und zu den Nationalismen Osteuropas, in: Südosteuropa Mitteilungen 33 (1993), 2, S. 146-156; S. N. Eisenstadt, Die Konstruktion nationaler Identitäten in vergleichender Perspektive, in: Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit, hrsg. von B. Giesen, Frankfurt a. M. ^{3}1996, S. 21-38.

sich die Unionen nach Rom wandten, besaßen sie nicht zuletzt auch eine antiosmanische Tendenz.[7]

Die polnisch-litauische politische Union von Lublin 1569 ermöglichte das Vordringen westeuropäischer kultureller Strömungen in die zum „polnischen Commonwealth" gehörenden ruthenischen Gebiete und bildete zugleich die Grundlage für die kirchliche Union von Brest-Litovsk im Jahre 1596. Der katholische König Sigismund III. von Polen strebte eine kirchliche Einheit an, wobei er von den Jesuiten tatkräftig unterstützt wurde. Zugleich sollte der bereits in die Defensive geratene Protestantismus weiter geschwächt werden. Neben religiösen Beweggründen war der Schritt zugleich und vor allem eine politische Notwendigkeit für Polen, sah man doch dem Einfluß Moskaus auf die orthodoxen Gläubigen in der Kiever Metropolie mit Sorge entgegen. Diesem Streben der polnischen Obrigkeit kam der Wunsch des orthodoxen Klerus entgegen, das im Verfall begriffene religiöse Leben zu erneuern sowie durch die Integration in den Staat soziale und politische Gleichstellung zu erlangen.[8]

Die Union war jedoch kein zweiseitiger gleichberechtigter Akt zwischen den Unierten und Rom. Eine anfänglich breite Zustimmung schwand rasch, so daß die offensiven Bemühungen der Regierung, infolge der kirchlichen Union auch polnische Institutionen, wie z.B. Schulen, zu verbreiten, bald auf breiten Widerstand stießen. Die Union war ein Instrument der Latinisierung und der Verbreitung des katholischen Glaubens. Erst nach mehr als einem Jahrhundert konnten der Stillstand, ja sogar der zeitweise Niedergang der Union, überwunden werden. Der Durchbruch kam 1720 auf der Synode von Zamosc zustande, die u.a. in Angleichung an den römisch-katholischen Ritus einen eigenen ruthenischen Mischritus festlegte.[9]

In Siebenbürgen wurden die hörigen, nichtprivilegierten Rumänen und die mit ihnen vollzogene Kirchenunion als *instrumentum regni* zur imperi-

---

7 Für die Ruthenen Polens siehe A. M. Ammann, Abriss der ostslawischen Kirchengeschichte, Wien 1950, S. 203-204. Allgemein vgl. E. C. Suttner, Kirche und nationale Identität in Europa zur Zeit der Osmanenherrschaft über Südosteuropa, in: Ostkirchliche Studien 43 (1994), S. 43-52; E. Turczynski, Nation und Konfession (Anm. 5), S. 11-12.

8 O. Halecki, Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas, Salzburg o.J. [1957], S. 186-190; G. Rhode, Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965, S. 265-269. Ausführlicher L. Nemec, The Ruthenian Uniate Church in its Historical Perspective, in: Church History 37 (1968), S. 370-371; M. Lacko, Unionsbewegungen im slavischen Raum und in Rumänien, in: Handbuch der Ostkirchenkunde, Bd. 1, hrsg. von W. Nyssen, H.-J. Schulz und P. Wiertz, Düsseldorf 1984, S. 270.

9 O. Halecki, Das Problem der lokalen Kirchenunionen in der osteuropäischen Geschichte, in: Österreichische Osthefte 4 (1962), S. 4; L. Nemec, The Ruthenian Uniate Church (Anm. 8), S. 371-373; J. Krajcar, The Ruthenian Patriarchate. Some remarks on the project for its establishment in the 17th century, in: Orientalia Christiana Periodica, 30 (1964), S. 65-84.

alen Integration des Reiches von Wien aus benutzt.[10] Wie bei den Ruthenen war auch bei den Rumänen die Kirchenunion eine Folge der politischen Union. Nachdem das Land 1688 unter kaiserliche Oberhoheit gekommen war, erkannte Kaiser Leopold I. 1691 der katholischen, protestantischen und orthodoxen Religion die bestehenden Rechte zu. Bereits ein Jahr später versprach er den orthodoxen Geistlichen die soziale Gleichstellung mit dem römisch-katholischen Klerus, wenn sie eine Union mit der katholischen Kirche eingingen. Neben dem Kaiser zeichnete für Konzept und Anstoß zur Kirchenunion außerdem der Erzbischof von Gran und Primas des Königreiches Ungarn, Kardinal Leopold von Kollonitsch, verantwortlich. Nicht allein die Aussicht auf soziale Besserstellung lockte die Geistlichkeit. Anders als in Polen war der Protestantismus in Siebenbürgen in seiner calvinischen Ausprägung in der Offensive, da der Fürst dafür aktiv eintrat. Die Union wurde wie in Polen ebenfalls durch Synodalakten, erstmals 1697, angenommen. 1699 stellte Kaiser Leopold die Urkunde über die Union und die Gleichstellung der unierten mit der katholischen Geistlichkeit aus, die 1700 in Karlsburg (Alba Iulia, Gyulafehérvár) ratifiziert wurde.[11] Wie bereits bei den Ruthenen in Polen kam in Siebenbürgen nach dem Abschluß der Union, die zunächst eine Mehrheit fand, in einer zweiten Reaktion Widerstand auf. Während in Polen der Widerstand von den Betroffenen, also den Ruthenen, selbst ausging, war die Reaktion in Siebenbürgen komplizierter. Zunächst wehrten sich die alten privilegierten Stände gegen die Union. Der Protest der Orthodoxen kam ebenfalls von „außerhalb". Die katholische Kirche, die hinter der Union stand, wurde mit einem Staat verbunden, den breite Bevölkerungsteile nicht als den eigenen empfanden, der sie unterdrückte und ihnen ein beschwerliches Dasein aufbürdete.[12]

In Karpato-Ruthenien vollzog sich die Union im Widerstreit zwischen dem aus Siebenbürgen kommenden Protestantismus und dem habsburgischen Katholizismus. Ein besonderes Gewicht kam hier den lokalen Gewalten zu. Das offensive Vorgehen einiger adliger Familien, die den Protestantimus dazu nutzten, um politische Ziele zu erreichen, sowie der Widerstand des zum katholischen Glauben übergetretenen Grafen Georg III. Drugeth, der Ambitionen auf den siebenbürgischen Fürstenthron hegte, waren der unmittelbare Anlaß für das Vorantreiben der Union. Wie später für Siebenbürgen, galt auch für Karpato-Ruthenien die Union von Brest-Litovsk als Vorbild. Der Widerstand gegen die neue Konfession wurde

10 M. Bernath, Habsburg und die Anfänge der rumänischen Nationsbildung, Leiden 1972, S. 50, 52-53.

11 P. Cârnaţiu, Unirea Românilor Transilvăneni cu biserica Romei, in: Biserica Română Unita, Madrid 1952, S. 31-51; H. Rumpler, Politik und Kirchenunion (Anm. 4), S. 306f.

12 G. Patacsi, Die unionsfeindlichen Bewegungen der orthodoxen Rumänen Siebenbürgens in den Jahren 1726–1729, in: Orientalia Christiana Pontificiae 26 (1960), S. 352-353, 356-360, 397.

hier durch äußere Ereignisse veranlaßt. Nachdem der protestantische Fürst von Siebenbürgen, Bethlen Gabor, in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges das Gebiet vorübergehend zum Besitz erhalten hatte, kam es zur zwangsweisen Rückkehr der Unierten zum orthodoxen Glauben oder gar zu deren Vertreibung. Doch die Bemühungen der siebenbürgischen Fürsten um die Ausbreitung des Calvinismus führten schließlich 1646 zum Abschluß der Union in der Schloßkapelle von Užhorod (Ungvár).

Besonders deutlich waren die politischen Interessen mit den Unionsbemühungen in Kroatien-Slavonien verknüpft. Gerade in diesem politisch labilsten Gebiet konnte auch die 1611 zustande gekommene Union von Marča keine größeren Teile der Bevölkerung erreichen. Sie stieß auf den heftigen Widerstand der orthodoxen Bevölkerung, die im Bereich der Militärgrenze die Privilegien der Religionsfreiheit genoß. In Kroatien-Slavonien vollzog sich die Union, die orthodoxe Gläubige, aber auch Muslime, „bekehren" sollte, nicht einheitlich und auch nicht widerstandslos. Während die Serben in der Gegend von Sichelburg wegen der sozial und kulturell besseren Aussichten nicht selten freiwillig zur römisch-katholischen Kirche übertraten, übten die Vertreter Wiens und die katholische Kirche in der kroatischen Militärgrenze einen regelrechten Unionsdruck aus. Dies führte zu ständigen religiösen Unruhen und konfessionellen Spannungen.[13]

Die Länder und Gebiete, von denen hier die Rede ist, gehörten wirtschaftlich eher zu den rückständigen Provinzen Polens und Ungarns, bzw. des Habsburgerreiches. Die Bevölkerung war durchgehend agrarisch geprägt. Die neue Kirche entwickelte sich somit zur Konfession der unteren Schichten, die vom Zentrum aus auch gegen den Widerstand der privilegierten Stände und Schichten vor Ort gefördert wurde. Die unierten Kirchen sollten aber vor allem die neue Staatlichkeit zusammenfügen und stützen: den Staat der Jagiellonen, beruhend auf Expansion und Bildung einer natio polonica unter Berücksichtigung der Eigenständigkeiten der Regionen, und den zentral verwalteten Obrigkeitsstaat der Habsburger, der unter Wahrung der Einheit den jeweiligen Ländern eine gewisse Autonomie einräumte.[14] Dazu lockten die politischen Machthaber mit der sozialen

13 G. E. Rothenberg, The Austrian Military Border in Croatia, 1522–1747, Urbana 1960, S. 101-111; E. Turczynski, Nation und Konfession (Anm. 5), S. 114, 146. Vgl. auch den Überblick bei E. Lendl, Das konfessionelle Bild der alten Monarchie, sein Werden und seine Bedeutung für die Gegenwart, in: Josef Georg Strossmayer. Beiträge zur konfessionellen Situation Österreich-Ungarns im ausgehenden 19. Jahrhundert und zur Unionsbewegung der Slawen bis in die Gegenwart, hrsg. von A. Zollitsch, Salzburg 1962, S. 19.

14 Allgemein dazu W. Conze, Ostmitteleuropa von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. von K. Zernack, München 1992, S. 121-124, 225-226. Insbesondere zu Polen siehe auch G. Schramm, Polen – Böhmen – Ungarn. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: Ständefreiheit

Besserstellung der zur Union übergetretenen orthodoxen Geistlichen – daß das Angebot lediglich auf dem Papier bestehen blieb, bestätigte nur dessen politischen Zweck – oder nutzten die neukreierte Kirche, um andere Konfessions- oder Religionsgemeinschaften, die mit dieser Idee oder diesem Prinzip nicht übereinstimmten, entscheidend zu schwächen. Diese Entwicklungsbedingungen der unierten Kirchen bildeten gleichsam die Grundlage für die Anfänge der nationalen Bewegungen.

Die enge Verbindung von Konfession und Nation, die Bedeutung der Konfession für die Nationswerdung im 18. und 19. Jahrhundert in Ostmitteleuropa,[15] ist kein Novum. Emanuel Turczynski hat dieses in einer nach wie vor lesenswerten Detailstudie am Beispiel der Rumänen und Serben aufgezeigt, wobei er auch die Ruthenen wiederholt miteinbezog und diesen Prozeß konfessionsübergreifend verfolgt hat. Im Mittelpunkt soll nun der Beitrag einer Konfession, und zwar der unierten Kirche, zur Nationsbildung in den bereits erwähnten Ländern und Gebieten stehen. Verglichen werden soll, wie die unierten Kirchen als Förderer und Initiatoren den Nationsbildungsprozeß vorangetrieben haben.

Der Nationsbegriff der Völker Ostmittel- und Südosteuropas orientierte sich vor allem am Herderschen Modell, aber auch die Ideen Rousseaus und anderer flossen mit ein.[16] Im Vordergrund stand der durch Genesis und Sprache entstandene kulturelle Nationsbegriff. Zwischen den nationalen Bewegungen und den unierten Kirchen bestand ein kausaler Zusammenhang. Benedict Anderson geht davon aus, daß erst der Verlust von mehreren grundlegenden kulturellen Modellen im Denken der Menschen das Vordringen des Konstrukts der Nation ermöglichte, u.a. die Degradierung einer besonderen heiligen Schriftsprache als privilegierter religiöser Zugang. Der Untergang des Lateinischen oder allgemein der Kirchensprache kennzeichnet einen umfassenden Prozeß der Fragmentierung, Pluralisierung und Territorialisierung von Gemeinschaften.[17] Nationsbildung war ein dynamischer, vielfältiger und multikausaler Prozeß. Grundlegende

---

und Staatsgestaltung. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert, hrsg. von J. Bahlcke u.a., Leipzig 1996, S. 22-23.

15 Nach der Teilung Polens kam Galizien als Kronland zur Habsburger Monarchie, doch wurde es auch vom russischen Reich und den nach einem neuen Staat strebenden Polen begehrt. Oberungarn sowie Kroatien-Slavonien blieben bis 1918 Bestandteil des ungarischen Königreiches, und Siebenbürgen kam Ende des 17. Jahrhunderts unter die Herrschaft Habsburgs und nach 1867 zum ungarischen Reichsteil.

16 Nation kann verstanden werden als soziale Großgruppe, „die durch bestimmte objektive und subjektive Voraussetzungen integriert wird". R. G. Plaschka/A. Suppan/H. Haselsteiner, Zum Begriff des Nationalismus und zu seinen Strukturen in Südosteuropa im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Österreichische Osthefte 20 (1978), 1, S. 48. Vgl. auch H. Sundhaussen, Der Einfluß der herderischen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie, München 1973.

17 B. Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. ²1993, S. 21-42.

Voraussetzungen der nationalen Bewegungen waren der technisch-ökonomische Fortschritt sowie die Neustrukturierung und -formierung der Gesellschaft. Vornehmlich mit letzterem hat man es zu tun, wenn die Rolle der unierten Kirche im Nationswerdungsprozeß untersucht wird. Mit der Konfessionalisierung hatte vor allem unter den Bauern die Religionsbezeichnung eine ethnisch-pränationale Bedeutung erlangt. Dies betraf insbesondere die Gläubigen der unierten Kirchen.

Schließlich muß noch eine weitere grundlegende Komponente im Nationswerdungsprozeß angesprochen werden. Dabei drängen sich Fragen nach den Trägern der Nationsbildung auf sowie nach der Art des Nationalbewußtseins, das geweckt wurde. Die herausragende Rolle von einzelnen Persönlichkeiten, die in unterschiedlichen Entwicklungsstadien auftauchten und den Nationsbildungsprozeß entscheidend formten, ist unumstritten. Hierbei kommt den unierten Geistlichen eine besondere Bedeutung zu.[18] Zugleich zeigen allgemeine, Europa als Ganzes in den Blick nehmende, oder auch spezielle, sich auf Südosteuropa beschränkende Darstellungen, daß die zentrale Rolle der Geistlichkeit kein Spezifikum Ostmitteleuropas darstellt.[19]

Die Nationswerdung bei den Ruthenen Galiziens und bei den Rumänen Siebenbürgens verlief sehr unterschiedlich, wenn man den Zusammenhalt der zunächst geistlichen Trägerschicht bedenkt. Bei den Ruthenen stellte sich die Nationsbildung als besonders langwieriger und komplexer Prozeß dar. Im wesentlichen bekämpften sich, grob gesprochen, zwei grundverschiedene Gruppierungen. Den ukrainischen Nationalisten, den Jungruthenen und Ukrainophilen, widersetzten sich die Russophilen. Dies führte natürlich auch zu unterschiedlichen nationalpolitischen Konzepten. Auf den Prozeß der Entfaltung einer eigenständigen nationalen Identität wirkte sich dies retardierend aus. Die griechisch-katholische Konfession wurde im Gegensatz zur katholischen Kirche der Polen und der orthodoxen Kirche des russischen Reiches zur traditionellen Kirche der Ruthenen. Der russophilen Aktion gelang es jedoch mit Hilfe der orthodoxen Kirche, die dem ukrainischen Ritus wesentlich näher stand als dem römisch-katholischen, eine zum Teil erfolgreiche Propaganda zu betreiben, gegen die die unierte Kirche machtlos war. Sie fruchtete vornehmlich in Ostgalizien, bei der ländlichen Bevölkerung. Aber selbst in den Städten gab es russophile Organisationen. Erst Bischof Šeptyc'kyj wandte sich rigoros gegen die Russophilie.[20] Wie

18 Erwähnt werden können Inochenţie Micu-Klein bei den siebenbürgischen Rumänen und Andrij Šeptyc'kyj bei den Ruthenen Galiziens, sowie die unierten Intellektuellen Adolf Dobrjańskij und Aleksěj Duchnovyč in Karpato-Ruthenien.

19 S. N. Eisenstadt, Die Konstruktion nationaler Identitäten (Anm. 6), S. 21; E. C. Suttner, Kirche und nationale Identität (Anm. 7), S. 42-43. Allgemein auch A. Kappeler, The Formation of National Elites, New York 1992.

20 Bachmann, Kriegsgrund Galizien. In: Österreichische Osthefte 32 (1990), S. 48-51, 54-55; J.-P. Himka, Sheptyts'kyi and the Ukrainian National Movement before 1914, in: Morality and Reality. The Life and Times of Andrei Sheptyts'kyi, hrsg. von P. R.

schwierig jedoch die Auseinandersetzung war, zeigte sich darin, daß die Russophilen sogar von emigrierten Ruthenen aus Nordamerika unterstützt wurden.[21] In abgeschwächter Form fand diese Auseinandersetzung auch in Karpato-Ruthenien statt, wobei dort die russophile Richtung deutlich im Vordergrund stand. In Siebenbürgen waren diese beiden Richtungen zwar ebenso vertreten, doch viel wichtiger war hier die Bikonfessionalität der Rumänen, wobei sowohl die unierte als auch etwas später die orthodoxe Kirche zu Trägern des nationalen Gedankenguts wurden.

Von diesen Beobachtungen ausgehend, muß danach gefragt werden, ob und, wenn ja, inwiefern sich die durch die unierte Kirche vorangetriebenen Nationsbildungen von den in der katholischen sowie orthodoxen Kirche ablaufenden Prozessen unterschieden. Wie wirkte sich die konfessionelle Spaltung auf das Nationalbewußtsein der Unierten aus? Hinsichtlich dieser Frage stößt man in der Literatur über die Ruthenen in Galizien sowie in Karpato-Ruthenien und über die Rumänen in Siebenbürgen auf das lokale Element als prägendes Identitätsmerkmal. Die Menschen bezeichneten sich selbst als „Hiesige" oder als von dem einen oder anderen Ort her stammend. Außer der partikularen muß die universalistische Komponente der Identität mitbedacht werden. Für den ostmitteleuropabezogenen, innerregionalen Vergleich erscheint es durchaus hilfreich, danach zu fragen, in welcher Beziehung diese beiden Komponenten in den einzelnen Ländern und Gebieten zueinander standen und ob sich dabei ein gemeinsames charakteristisches Merkmal herausarbeiten läßt.

Der Prozeß moderner Nationsbildung durchläuft in der Regel vier unterschiedliche Phasen:[22] ein Anfangs-, ein Agitations-, ein Massenbewegungsstadium sowie eine Zeit der politischen Konsolidierung. Der Schwerpunkt der folgenden komparativen Ausführungen liegt auf den ersten drei Phasen, während das letzte Stadium lediglich ausblickend gestreift wird. Im Anfangsstadium (Phase 1) arbeitete eine Intelligenzschicht die künftigen nationalen Ideen aus. In diesem Zusammenhang waren zunächst intensivierte Bildungsbemühungen von zentraler Bedeutung, die fast ausschließlich von der Geistlichkeit getragen wurden. Einzelne Geistliche steckten die Ziele ab und formten nationale Symbole. Am Beginn standen die Kodifizierung der nationalen Sprache als Schriftsprache, außerdem ging es um deren Verbreitung als „grundlegendes kommunikatives Mittel in der nationalen Gesellschaft". Zudem entwickelte die geistliche

Magocsi, Edmonton 1989, S. 29-42; J.-P. Himka, The Greek Catholic Pastor and the Ukrainian National Movement in Austria 1867–1900, in: Canadian Slavonic Papers 21 (1979), 1, S. 1-3.

21 In der Zeit von 1890–1913 wanderten zwischen 700.000-800.000 Ruthenen nach Amerika aus. Vgl. W. Bihl, Die Ruthenen, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. III: Die Völker des Reiches, hrsg. von A. Wandruszka und P. Urbanitsch, Wien 1980, S. 561.

22 R. G. Plaschka u.a., Zum Begriff (Anm. 16), S. 68; Vgl. vor allem M. Hroch, Die nationalen Formierungsprozesse (Anm. 6), S. 7-11.

Intelligenz „politische Programme, nationale Ideologien, kulturelle Impulse, aber auch nationale Mythologien und propagandistische Stereotypen."[23]

In der Frühphase des nationalen Erwachens, die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zunächst bei den Rumänen Siebenbürgens einsetzte, gefolgt von den Ruthenen Galiziens und Karpato-Rutheniens im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, entwickelte die unierte Geistlichkeit diejenigen Argumente, die als Grundlage der nationalen Bewegung dienen sollten, sowie ein entsprechendes Geschichtsbild, das sich auf Sprache, Herkunft und Alter der jeweiligen Nation gründete. Der Hinweis auf die zahlenmäßige Mehrheit wurde insbesondere von den Rumänen Siebenbürgens häufig vorgebracht. Die vergleichende Zusammenschau ergibt außerdem, daß es in allen Fällen zur Entstehung von geistig-kulturellen Zentren kam: im galizischen Lemberg (L'viv, Lwów), im siebenbürgischen Blasendorf (Blaj, Balásfalva) und im karpato-ruthenischen Mukačevo (Munkács).[24]

Mit Beginn der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verstärkte sich das Interesse des maria-theresianischen bzw. josephinischen Wiens für die Nationswerdungsprozesse bei den Ruthenen und Rumänen. Damit rückten die unierten Kirchen dieser Länder in den Blickwinkel der Wiener Zentrale. Durch Dekrete von 1773 und 1774 wurde verfügt, daß die Kirchen bei den Rumänen und Ruthenen künftig „katholische Kirchen griechischen Ritus" oder als „griechisch-katholisch" bezeichnet werden sollten. Eine Aufwertung der Kirche bedeutete zudem die Abschaffung der Bezeichnung „Pope" und deren Ersetzung durch „Pfarrer".[25] Für die höhere Ausbildung vor allem der griechisch-katholischen Geistlichkeit hatte Maria Theresia in Wien das *Barbareum* gegründet. Diese Institution und ihre Nachfolgestätte dienten nicht allein der theologischen Ausbildung, sondern auch als Begegnungsstätte und der Vermittlung neuer Ideen. Außerdem wurden erste Grammatiken und Wörterbücher in der jeweiligen Sprache als ein von Wien zielgerichtetes Werk eingeführt.[26]

Zählte die Schaffung einer neuen Elite, mit der Wien zusammenarbeiten wollte, noch zu den Anliegen Josephs II., waren seine Nachfolger auf dem

23 R. G. Plaschka u.a., Zum Begriff (Anm. 16), S. 54-55, 60.

24 Hier wurden Schulen errichtet. Zudem waren die galizische Stadt seit 1808 und die siebenbürgische Stadt seit 1853 Sitze eines Metropoliten.

25 J. Pelesz, Geschichte der Union (Anm. 3), Bd. II, S. 647-648; E. C. Suttner, Das religiöse Moment in seiner Bedeutung für Gesellschaft, Nationsbildung und Kultur Südosteuropas, in: Südosteuropa-Mitteilungen 37 (1997), 1, S. 3. Allgemein dazu auch I. L. Rudnytsky, The Ukrainians in Galicia under Austrian Rule, in: Essays in Modern History, hrsg von dems., Edmonton 1987, S. 315-352.

26 Zu Siebenbürgen siehe K. Hitchins, An East European Elite in the Eighteenth Century. The Rumanian Uniate Hierarchy, in: The Rich, the Well Born, and the Powerful, hrsg. von F. C. Jaher, Chicago, London 1971, S. 139-153; ders., The Romanians 1774–1866, Oxford 1996, S. 198-205; H. Roth, Kleine Geschichte Siebenbürgens, Köln/Weimar u.a. 1996, S. 89-90; B. Köpeczi (Hrsg.), Kurze Geschichte Siebenbürgens, Budapest 1990, S. 418-420, 465-467.

österreichischen Kaiserthron, Leopold II. und Franz I., eher daran interessiert, mit den traditionell führenden Schichten der einzelnen Provinzen zusammenzuarbeiten. So wurde etwa in Galizien in den Grundschulen die ruthenische durch die polnische Sprache ersetzt. Ungeachtet dieses Bruchs in der Wiener Politik waren die Grundlagen für eine ruthenische Nationalentwicklung bereits gelegt. Ruthenische Geistliche bemühten sich um die Gründung von ruthenischen Schulen sowie die Publikation von Elementarschulbüchern. Das vordringlichste Ziel der Intelligenz war die Schaffung einer eigenen Identität. Neben Geschichte und Volkskunde stand die Suche nach einer literarischen Sprache im Mittelpunkt. Der griechisch-katholische Klerus kam diesen Bestrebungen ein gutes Stück des Weges entgegen, ging es ihm doch auch um die seit den Unionsabschlüssen festgeschriebene und noch nicht in die Praxis umgesetzte Gleichberechtigung der unierten Geistlichkeit mit dem römisch-katholischen Klerus.[27]

Im Unterschied zu Galizien und Siebenbürgen spielte in Karpato-Ruthenien neben dem Wiener Einfluß noch ein weiterer Faktor eine Rolle. Das nationale Erwachen war mit dem Bestreben der griechisch-katholischen Geistlichkeit verbunden, sich von der Jurisdiktion des ungarischen römisch-katholischen geistlichen Oberhauptes zu lösen. Es blieb auf die Forderung nach jurisdiktioneller Unabhängigkeit und der Erziehung der Priester beschränkt. Vor 1848 gab es in Karpato-Ruthenien noch keine kulturellen Organisationen, zudem hatte die geistliche Führungsschicht noch keine klare Identität entwickelt.

Während des Agitationsstadiums (Phase 2) war die unierte Geistlichkeit der stärkste Motor der nationalen Bewegungen. Erste Organisationen, wie nationale Zirkel und Vereine, entstanden. Unierte Geistliche in Siebenbürgen versammelten sich in der *Şcoala Ardeleană* (Samuel Micu-Klein, Gheorghe Şincai und Petre Maior), die die Gedanken und Ideen Inochenţie Micu-Kleins aufgriff und begann, sie in der Bevölkerung zu verbreiten. Die bekundeten politischen Inhalte waren mit sozialen Forderungen verbunden. In Galizien kümmerte sich die *Gesellschaft der griechisch-katholischen Geistlichkeit* ab 1816 um die Verbreitung von religiösen Schriften in ukrainischer Sprache. Ein besonderes Phänomen war hier der Sprachenstreit (Kirchenslavisch – Ukrainisch – Großrussisch). Der in Karpato-Ruthenien begonnene Prozeß nationaler Bewußtseinsbildung wurde besonders erschwert, als Wien nach 1815 aus Angst vor einer möglichen „slavischen Gefahr" begonnen hatte, die Ungarn zu begünstigen.[28]

Bei den Ruthenen und Rumänen spielten die unierten Kirchen unterschiedliche Rollen. Die unierten Rumänen waren eine Minderheit unter der Führung des Primas der römisch-katholischen Kirche in Ungarn. Der spätestens nach der Revolution von 1848/49 dominierende Einfluß der

27 A. Korczok, Die griechisch-katholische Kirche in Galizien, Leipzig/Berlin 1921, S. 25-31.
28 N. Chirovsky, Nineteenth and twentieth century Ukraine, New York 1986, S. 58.

Magyaren in der katholischen Kirche der östlichen Hälfte der Habsburger Monarchie führte dazu, daß die künftig zu errichtende Metropolie der unierten Rumänen (1853) lediglich auf kirchlich-liturgischem Gebiet eine Autonomie besaß. Die unierten ruthenischen Geistlichen Karpato-Rutheniens hingegen blieben auch weiterhin (bis 1937) dem Metropoliten von Gran unterstellt. Während die ruthenischen unierten Geistlichen Galiziens als einzige religiöse Schicht nationales Gedankengut verbreiteten, trat neben die rumänischen unierten Geistlichen auch der orthodoxe Klerus an die Spitze der nationalen Bewegung.

Die Revolution von 1848/49 markierte den Übergang zur Phase 3 der nationalen Bewegung, d.h. zur Massenbewegung. Innerhalb dieses Stadiums der Nationsbildung wurden breite Schichten der Bevölkerung von der nationalen Agitation erfaßt. In Galizien kam es während der Revolutionsjahre zur Gründung der ersten politischen und kulturellen Organisationen. Die erste Zeitung der Ruthenen erschien. Diese Entwicklung wurde in Wien nicht untätig verfolgt. Lenkend und sogar initiierend griff die österreichische Regierung ein und förderte die nationalen, politischen und kulturellen Bestrebungen der Ruthenen. Der Gubernialpräsident Graf Franz Stadion regierte nach dem Prinzip des *divide et impera*. Er unterstützte die Ruthenen und unterdrückte gleichzeitig die Polen in ihren nationalpolischen Bemühungen.

Grundlegend anders verlief die Entwicklung während dieser Zeitspanne in Karpato-Ruthenien. Noch im März 1848, als erste Nachrichten über die revolutionären Unruhen in Budapest nach Užhorod drangen, erteilten griechisch-katholische Geistliche jungen Seminaristen, die in die ungarische Nationalgarde aufgenommen werden sollten, den Segen. Die weltliche Intelligenz war entschieden für eine eigene, vornehmlich gegen Ungarn gerichtete nationale Bewegung. Der Wunsch nach einer Anlehnung an die Forderungen der galizischen Ruthenen trat deutlich hinter die starken russophilen Bestrebungen zurück. Wien unterstützte die Ruthenen Galiziens und Karpato-Rutheniens tatkräftig. Während sich diese Hilfe in Galizien gegen die Polen richtete, waren es in Karpato-Ruthenien 1848/49 vornehmlich die revolutionären ungarischen Umtriebe, die unterdrückt werden sollten. Anders jedoch als in Galizien oder Siebenbürgen war der Aufwärtstrend nach der Revolution von 1848 in Karpato-Ruthenien nicht zu spüren. Im Gegenteil, verschiedene innere und äußere Faktoren führten zum Niedergang der nationalen Bewegung. Das Nationalitätengesetz von 1868 beschleunigte den Prozeß der Magyarisierung. Auf dem Weg der Nationswerdung machten die Ruthenen in Galizien schnellere und größere Fortschritte als ihre Glaubensbrüder in Karpato-Ruthenien. Bei ersteren spielte die Geistlichkeit eine Vorreiterrolle, bei den letzteren waren es Mitglieder der weltlichen Intelligenzschicht, die die politischen Programme entwickelten.

Daß sich ein großer Teil der unierten Geistlichkeit von der nationalen Bewegung distanzierte und sich auf eine religiös-geistliche Ebene zurückzog, zeigte sich nach 1848 besonders in Siebenbürgen noch deutlicher. Weltliche Politiker und die orthodoxe Kirche übernahmen die Führungsrolle im Nationswerdungsprozeß. Bereits während der Revolution waren die Grundlagen für diese Entwicklung gelegt worden. Die Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft eröffnete den Ruthenen den Eintritt in das Stadium der Massenbewegung. Die zahlreiche Landbevölkerung trat in die politische Arena und wurde für die neuen Ideen eingespannt.

Auch generell befand sich die nationale Bewegung[29] in dieser Periode zunehmend unter der Führung der weltlichen Intelligenz. Eine antiklerikale Strömung, die einem Säkularisierungsvorgang entsprach, führte schließlich dazu, daß die Kirchen in diesem Prozeß immer stärker in den Hintergrund traten. Während des vierten Stadiums, der politischen Konsolidierung und der Entstehung von Nationalstaaten, kam die bereits beschriebene Entwicklung zum Abschluß. Wichtig indes erscheint gerade im Hinblick auf künftige vergleichende Untersuchungen danach zu fragen, inwiefern die unierte Geistlichkeit in den verschiedenen Ländern und Gebieten Einfluß auf die Nationalstaatsbildung genommen hat.

Für den hier versuchten Vergleich wurde die parallele Untersuchung von Nachbarphänomenen gewählt, zumal deren Entwicklung wegen der räumlichen und zeitlichen Nähe dem Wirken derselben Ursachen unterlagen. Dieses Vorgehen hat die einzelnen Vergleichseinheiten deutlicher hervortreten lassen. Eine sich an der Intensität des Einwirkens der jeweiligen unierten Kirche auf den Nationsbildungsprozeß orientierende Zusammenschau streicht die strukturellen Unterschiede in den herangezogenen Vergleichsfällen heraus:

Nur in Galizien spielte die unierte Kirche eine ausschließliche Vorreiterrolle, wobei ihr Wirken später anzusetzen ist als in Siebenbürgen, wo sie ein bereits bestehendes rumänisches Volksbewußtsein weiterentwickelte.[30] Der Fall Karpato-Ruthenien zeigt, daß hier die Implikation der unierten Geistlichen in den Nationswerdungsprozeß vor allem eine Loslösung von der ungarischen Oberhoheit anstrebte. Zugleich behinderte die Eingliederung in die ungarische katholische Kirche die Beschleunigung einer Entwicklung, die deutlicher von weltlichen Politikern bestimmt wurde als in den anderen betrachteten Fällen. Das Beispiel Kroatien-Slavonien macht

29 Siehe dazu E. Turczynski, The National Movement in the Greek Orthodox Church in the Habsburg Monarchy, in: Austrian History Yearbook 3 (1967), 3, S. 83-128; K. Hitchins, The Rumanian National Movement in Transylvania, 1780–1849, Cambridge, Mass. 1969; ders., Ortodoxie şi naţionalitate. Andrei Şaguna şi românii din Transilvania 1846–1873, Bucureşti 1995.

30 K. Zach, Orthodoxe Kirche und rumänisches Volksbewußtsein im 15. bis 18. Jahrhundert, Wiesbaden 1977, S. 188-190.

deutlich, daß die griechisch-katholische Kirche bei den Südslaven keine bedeutende Rolle im Nationswerdungsprozeß übernehmen konnte.

Im Ergebnis des Vergleichs kann verallgemeinernd festgestellt werden, daß die Vorstellung einer konfessionellen Unifikation als Kompensation für den Mangel an politischer Kohäsion nicht umgesetzt werden konnte.[31] Im Widerspruch zum universalistischen Anspruch der römisch-katholischen Kirche wurden die unierten Kirchen zu Institutionen von nur begrenzter Größe. Sie ließen sich in die aufkommenden Nationalbewegungen nicht nur einspannen, sondern trugen im „Grenzraum des Abendlandes" zur Formung eines konfessionellen Nationalbewußtseins bei. In letzter Konsequenz förderten die unierten Kirchen innerhalb der vorgestellten Länder und Gebiete die emanzipatorischen Kräfte der Peripherie gegenüber dem Zentrum.[32]

31 E Turczynski, Nation und Konfession (Anm. 5), S. 13.
32 S. N. Eisenstadt, Die Konstruktion nationaler Identitäten (Anm. 6), S. 31.

Hans-Christian Trepte/Frank Hadler

„Gespaltene" Literaturen und „gespaltene" Geschichtsschreibungen in Ostmitteleuropa. Perspektiven einer vergleichenden Zusammenschau am Beispiel des polnischen Exils

Das Gespaltensein von Literaturen und Historiographien in offizielle und inoffzielle bzw. unabhängige Diskurse scheint ein strukturbildendes Phänomenen von Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert zu sein. Auch wenn der Terminus „gespaltene Literatur" für den tschechischen Fall entwickelt wurde[1] und der Begriff der „gespaltenen Geschichtsschreibung" bislang explizit nur in bezug auf die slowakische Historiographie aufgetaucht ist,[2] kann das Spaltungsphänomen sowohl im Literatur- als auch Geschichtswissenschaftsbetrieb aller ostmitteleuropäischer Länder beobachtet werden. Hatten sich doch in Polen, der Tschechoslowakei und auch in Ungarn während und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg kultur- und wissenschaftspolitische Prozesse vollzogen, die sowohl Literaten als auch Historiker dazu veranlaßten, ins Exil zu gehen, im Westen zu bleiben oder im Lande selbst in den Dissens zur Macht[3] zu treten. Während Spezialstudien über die Spaltung der einzelnen ostmitteleuropäischen Nationalliteraturen namentlich im Rahmen der länderbezogenen Exilforschung ihren Platz in der internationalen Literaturgeschichtsschreibung gefunden haben,[4] stehen historiographiegeschichtliche Untersuchungen

1 K. Chvatík, Eine gespaltene Literatur (Die tschechische Literatur zwanzig Jahre nach dem Prager Frühling), in: Kultur und Gewalt. Erfahrung einer Region, hrsg. von K. Hruby, Kendale (Cumbria) 1988, S. 45-53; I. Bock, Die Spaltung und ihre Folgen. Einige Tendenzen der tschechischen Literatur 1969–1989, Berlin 1993.

2 J. Mlynárik, Rozdvojené dejepisectvo, Praha 1995. Über das Phänomen der tschechischen und slowakischen „independent historiography" vgl. V. Prečan (Hrsg.), Acta Creationis. Unabhängige Geschichtsschreibung in der Tschechoslowakei 1969-1980. Vorgelegt auf dem XV. Internationalen Kongreß der Geschichtswissenschaften, Bukarest 1980. Kommentierend dazu H. G. Skilling, Independent Historiography in Czechoslovakia, in: Canadian Slavonic Papers 25 (1983), S. 518-539.

3 L. Richter/H. Olschowsky (Hrsg.), Im Dissens zur Macht. Samizdat und Exilliteratur der Länder Ostmittel- und Südosteuropas, Berlin 1995.

4 C. Guillén, On the Literature of Exile and Counter-Exile, Books Abroad Nr. 2 (Spring) 1976; T. Eagleton, Exiles and Emigres. Studies in Modern Literature, New York 1969; H. Levin, Literature and Exile, St. Louis 1961; M. Turner (Hrsg.), Literary Exile in the Twentieth Century. An Analysis and Biographical Dictionary, New York/Westport (Conn.)/London 1991; J. Whitlark/W. Aycock (Hrsg.), The Literature of Emigration and Exile, Lubbock (Texas) 1992.

COMPARATIV, Heft 5 (1998), S. 106-121.

über die „gespaltenen" Geschichtsschreibungen Ostmitteleuropas noch am Anfang.[5]

Ungeachtet dieses unterschiedlichen Forschungsstandes soll hier der Versuch einer interdisziplinären und vergleichenden Zusammenschau unternommen werden. Der Vergleich wurde als heuristisches und analytisches Prinzip gewählt, da er sich für die Verbindung von literaturhistorischen und historiographiegeschichtlichen Ansätzen besonders gut eignet. Die für jegliches vergleichendes Arbeiten notwendigen Abgrenzungsvoraussetzungen können *räumlich* durch die Konzentration auf Polen, *zeitlich* durch die Konzentration auf die Jahre 1939 bis 1989/90 sowie *thematisch* durch die Konzentration auf Literatur *und* Geschichtsschreibung als erfüllt angesehen werden. Vergleichseinheiten sind im weitesten Sinne Produkte, Produzenten und Produktionsbedingungen literarischer und historiographischer Arbeiten, Vergleichsgegenstand ist das Spaltungsphänomen. Das mit der vergleichenden Absicht verfolgte Ziel besteht im Zusammentragen von Erkenntnissen über die Ursachen, Ausprägungen und Auswirkungen des Gespaltenseins auf die Entwicklung literarischer und historiographischer Milieus weniger in Polen selbst als im polnischen Exil. Informationen über inhaltliche und konzeptionelle Schwerpunkte schriftstellerischer und geschichtsschreiberischer Produktion (=Texte) werden dabei kombiniert mit der gezielten Beobachtung von Organisations- und Institutionalierungsprozessen (=Kontexte). Anzumerken bleibt gleichwohl, daß es im Sinne der vergleichsermöglichenden Abgrenzung nötig war, sich in den literaturhistorischen Passagen auf die Verarbeitung historischer Themen zu konzentrieren.

Für Vergleiche zwischen den Spaltprodukten von polnischer Literatur und Geschichtsschreibung, wie sie sich im Exil, im Dissens und im offiziellen Polen (der „Heimat") entwickelt haben, sind viele Perspektiven denkbar. Hier wurde das zentrale Beobachtungsfeld im Bereich des Exils abgesteckt, was sich praktisch aus dem Forschungsvorlauf des Literaturhistorikers (Trepte) und pragmatisch aus dem aktuellen Forschungsvorhaben des Historiographiehistorikers (Hadler) erklärt. Erprobt wird ein symmetrischer und generalisierender Vergleich von polnischer Exilliteratur und polnischer Exilhistoriographie, dessen Ziel im Herausarbeiten signifikanter Entwicklungsgemeinsamkeiten besteht, die in künftige Vergleiche des polnischen mit dem tschechisch/slowakischen oder ungarischen Schriftsteller- und Historikerexil einzubringen wären.

---

5 Dazu demnächst F. Hadler/G. G. Iggers, Überlegungen zum Vergleich der DDR-Geschichtswissenschaft mit den 'gespaltenen' Historiographien Ostmitteleuropas nach 1945, in: G. G. Iggers/K. H. Jarausch/M. Middell/M. Sabrow (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998 (Beiheft der Historischen Zeitschrift).

Damit ist der Punkt erreicht, kurz über weitere Perspektiven komparatistischer Annäherungen an die „gespaltenen" Literaturen und Geschichtsschreibungen Ostmitteleuropas nachzudenken. Ausgehend vom Spaltungsphänomen als Vergleichsgegenstand, könnte in einem generalisierenden, synchronen und symmetrischen Vergleich seiner nationalspezifischen Ausprägungen nach den geschichtsregionalen Gemeinsamkeiten ostmitteleuropäischer Literatur- und Hitoriographieentwicklungen gefragt werden. Dies wäre ein *innerregionaler* Vergleich, dessen (wahrscheinlich nur in internationaler Zusammenarbeit erreichbaren) Ergebnisse für einen *interregionalen* Vergleich genutzt werden könnten, der dann einerseits individualisierend und asynchron angelegt sein kann, sofern er z.B. ostmitteleuropäische Entwicklungen der Zeit nach 1945 mit italienischen oder deutschen Erfahrungen des antifaschistischen Exils der zwanziger und dreißiger Jahre vergleicht, oder aber auch synchron und generalisierend, wenn unter Einbeziehung osteuropäischer (=russisch/sowjetischer) und außereuropäischer Literatur- und Geschichtskulturen (=chinesischer, koreanischer, vietnamesischer oder kubanischer) nach dem Zusammenhang von sozialistischer Kultur- und Wissenschaftspolitik und Gespaltensein von Literaturen und Geschichtsschreibungen gefragt wird.

Nach diesen Überlegungen zu theoretischen Vergleichsperspektiven soll nun zur praktischen Umsetzung der eigentlichen Vergleichsabsicht übergegangen werden. Wie erwähnt, wird hier verglichen, wie sich das Phänomen der Spaltung im polnischen Literatur- und Geschichtswissenschaftsbetrieb ausprägte. Das Hauptinteresse gilt dem Wirken von Schriftstellern und Historikern im Exil. Als zeitlicher Ansatzpunkt kommt das Jahr 1939 in Frage, denn bereits mit der vierten Teilung Polens infolge des Hitler-Stalin-Pakts und der deutschen sowie sowjetischen Besetzung des Landes nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges war das spätere Gespaltensein von Literatur und Geschichtsschreibung vorgeprägt worden. Wichtig waren drei Strukturveränderungen, die sich nach 1939 innerhalb der politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebenswelt des nunmehr „kämpfenden Polens" (Polska Walcząca) zu vollziehen begannen:

1. Im Untergrund des besetzten Landes entwickelte sich eine gut organisierte politische, militärische, kulturelle und wissenschaftliche „Konspiration" (konspiracja polityczna, militarna, kulturalna i naukowa). Seit Februar 1942 kämpfte in Polen die von der Polnischen Exilregierung gegründete Armia Krajowa (Heimatarmee), das von den Okkupanten unterdrückte akademische Leben wurde in Untergrunduniversitäten[6] weitergeführt.
2. Zwischen 1939 und 1945 wurde zunächst Paris und nach der deutschen Eroberung Frankreichs in London ein „Polnischer Exilstaat" (Polskie

6 Im Polnischen werden sie als „uniwersytety latające" (Fliegende Universitäten) bezeichnet.

Państwo na Uchodźstwie) aufgebaut, der über funktionierende politische, kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen verfügte. Diese wurden nach 1945 auch von exilierten Schriftstellern und Historikern genutzt und bestehen z.T. bis heute.

3. Auf dem Gebiet der Sowjetunion agierte ein 1943 gegründeter *Związek Patriotów Polskich* (Verband Polnischer Patrioten), der an der Seite der Sowjetarmee polnische Einheiten aufstellte. Auch das prosowjetische linke polnische Exil etablierte ein politisches, kulturelles und wissenschaftliches Leben mit Zentrum in Kujbyshev.

In der polnischen Literatur und der polnischen Geschichtsschreibung führte diese Dreiteilung nach 1945 fast nahtlos in die Spaltung von Exilliteratur und Exilhistoriographie auf der einen Seite sowie Literatur und Historiographie im Lande auf der anderen. Das ehemals kommunistische Exil bestimmte die politischen Nachkriegsverhältnisse im Land, band die Entwicklung von Kultur und Wissenschaft immer stärker an das sowjetische Modell und veranlaßte so Schriftsteller und Historikern, im westlichen Exil zu bleiben oder Polen in Richtung Westen zu verlassen.

Noch während des Weltkrieges begann sich im polnischen Exil eine eigenartige Symbiose von Literatur und Historie herauszubilden. Als Gefangene der Geschichte, als „prisoners of history", wie das der polnische Exilhistoriker Piotr S. Wandycz formulierte,[7] fanden Literaten und Historiker zueinander, um fernab der Heimat Probleme der polnischen Geschichte zu thematisieren. Schriftsteller und Literaturtheoretiker stellten dabei Überlegungen an, auf das „Literarische" (literackość) zugunsten von Wissenschaftlichkeit (naukowość) und Authentizität (autentyczność) zu verzichten. Für den Literat bedeutete das, sich in erster Linie auf historisches Quellenmaterial, auf Dokumente, Archive und Zeugenaussagen über persönlich erlebte Geschichte, „portraits from memory" (B. Russell), zu stützen, um die ganze Spannbreite polnischer Schicksale darzustellen. Für den Historiker bedeutete dies, sich mit einer „neuen Art" von literarischer Geschichtsschreibung auseinanderzusetzen, die als „literatura autentyzmu" der traditionellen, universitären Form historiographischer Werke entgegengestellt werden sollte[8].

Es empfiehlt sich, zwischen „historischen Arbeiten", die sich mit früheren Zeiträumen und Epochen der polnischen Vergangenheit beschäftigen, und „Texten über die Geschichte" zu unterscheiden, die Themen aus der von den Autoren (mit)erlebten Zeit behandeln. Die letztgenannten Arbeiten überwogen, was sich in dem unlängst vorgelegten Versuch einer Thementypologie der im polnischen Exil zwischen 1939 bis 1990 entstandenen „historischen" Arbeiten niederschlug. Auch wenn sie für literaturhistorische und historiographiegeschichtliche Untersuchungen nicht gleicher-

7 In einem am 14. Oktober 1997 an der Universität Leipzig gehaltenen Vortrag.
8 J. Garliński, Polska w drugiej wojnie światowej, Londyn 1987, S. 38.

maßen sinnvoll ist, soll sie hier zur groben Strukturierung des Materials genutzt werden. Ihr zu folge sind fünf Textgruppen zu unterscheiden:

1. subjektive Berichte von Augenzeugen, die an verschiedenen Kriegshandlungen teilgenommen haben,
2. historische Dokumentationen und Aufzeichnungen von Kriegsteilnehmern,
3. Monographien von und über bedeutende Repräsentanten der polnischen Politik und des Militärs,
4. Thematisierungen von tabuisierten historischen Problemen, wie dem Massaker von Katyń und kritische Auseinandersetzungen mit der Zeitgeschichte Volkspolens,
5. „streng" historische Untersuchungen über die neuere polnische Geschichte.[9]

Wenn im folgenden Beispiele für Arbeiten gegeben werden, die den einzelnen Gruppen zuzuordnen sind, dann geschieht das zunächst mit dem Ziel, einen Eindruck von der Breite des historisch-literarischen Schaffens des polnischen Exils zu vermitteln. Ein ausführlicher Vergleich der Anteile, die Literaten und Historiker in quantitativer und qualitativer Hinsicht im einzelnen zu dieser spezifischen Symbiose von Literatur und Geschichte geleistet haben, kann hier nicht geleitet werden.

Zur Untergruppe *eins* gehören Texte, die im Erzählstil von Memoiren bzw. in Form von Tagebüchern persönliche Kriegserlebnisse reflektieren und noch während des Krieges bzw. unmittelbar danach herausgegeben wurden. Verfasser dieser literarischen Aussagen sind vielfach Soldaten und Offiziere der polnischen Armee sowie des militärischen Widerstands im Land. Zu den ersten Publikationen dieser Art zählt das bereits 1942 in Tel Aviv veröffentlichte Buch von Adam Epler *Ostatni żołnierz polskiej kampanii wrześniowej* (Der letzte Soldat des Septemberfeldzuges), der 1943 ebenfalls in Palästina erschienene Text von Kazimierz Ryś *Obrona Lwowa w r. 1939* (Die Verteidigung Lembergs im Jahre 1939) oder die 1960 in London herausgegebenen Aufzeichnungen von Edward Raczyński *W sojuszniczym Londynie* (Im verbündeten London).[10] Texte, die mit einem größeren zeitlichen Abstand und unter Berücksichtigung neuer Erfahrungen und Ereignisse geschrieben wurden, zeichnen sich durch das Bemühen um größere Objektivität, historische Reflexionen und sachliche Kommentare aus, beginnend mit den in Newton 1948 erschienenen Tagebüchern von General Władysław Anders *Bez ostatniego rozdziału* (Ohne

9 A. Szawerna-Dyrszka, Piśmiennictwo historyczne. Zarys problematyki, in: Literatura emigracyjna 1939–1989, hrsg. von J. Garliński, Z. Jagodziński, I. Opacki, M. Pytasz und J. Olejniczak, Bd. 2, Katowice 1996, S. 108-126, hier S. 110f.

10 Edward Raczyński zählt neben W. Anders und W. Sikorski zu den einflußreichsten Politikern der Zweiten Polnischen Republik (Druga Rzeczpospolita) und des polnischen politischen Exils.

Schlußkapitel) und fortgesetzt mit dem 1984 in Sydney veröffentlichten Sammelband *Wspomnienia byłych żołnierzy AK* (Erinnerungen ehemaliger Soldaten der Heimatarmee).

In die Gruppe *zwei* können Publikationen einzelner Militärabteilungen eingereiht werden, die nahezu immer kollektive Erfahrungen über die des Einzelnen stellen. Zu nennen wären Jan Bielatowiczs *3 Batalion Strzelców Karpackich* (Das dritte Batallion der Karpathenschützen), London 1947 oder Tadeusz Wysockis *1 Polska Dywizja Pancerna 1939-47. Geneza i dzieje* (Die erste Polnische Panzerdivision 1939–47. Entstehung und Geschichte), London 1989.

Oft umfangreiche monographische Arbeiten über bedeutende Persönlichkeiten der neueren polnischen Geschichte, die sich auf historisches und biographisches Quellenmaterial stützen, sind unter Punkt *drei* zusammenzufassen. 1977 erschien in London eine von Wacław Jędrzejewicz verfaßte Chronik über Piłsudski,[11] 1989 wurde ebenda die Arbeit von Zdzisław Stahl *Generał Anders i 2 Korpus* (General Anders und das zweite Korps) veröffentlicht. An gleicher Stelle hatte bereits 1970 der Exilhistoriker Marian Kukiel seine Monographie über General Sikorski[12] publiziert.

Besonders zahlreich ist die unter Punkt *vier* einzuordnende Literatur über die in Katyń von der roten Armee an polnischen Offizieren und Soldaten begangenen Verbrechen. In der ersten Buchausgabe der wichtigsten Materialien ist der Vermerk zu finden: „Ägypten, 30. November 1945". Von Adam Moszyński bearbeitet, wurde sie 1949 in Brüssel unter dem Titel *Lista katyńska. Jeńcy obozów Kozielsk-Ostaszków-Starobielsk zaginieni w Rosji Sowieckiej* (Die Liste von Katyń. Gefangene der Lager Kozielsk-Ostaszków-Starobielsk, die in Sowjetrußland umkamen) herausgegeben. Zu den wichtigsten Publikationen über dieses selbst im Exil lange Zeit umstrittene und in der Heimat aus politischen Gründen tabuisierte Thema gehört das mit einem Vorwort von General Władysław Anders erschienene Buch *Zbrodnia katyńska w świetle dokumentów* (Das Verbrechen von Katyń im Lichte von Dokumenten), London 1949. Bis 1989 erlebte es dreizehn Auflagen. Von besonderer Bedeutung sind zwei Arbeiten des polnischen Exilschriftstellers Józef Czapski zum Thema Katyń: die schon 1944 in Rom vom 2. Korpus der polnischen Armee herausgegebenen *Wspomnienia starobielskie* (Erinnerungen aus Starobielsk) sowie das 1949 in Paris erschienene Buch *Na nieludzkiej ziemi.*[13]

Während sich des Themas Katyń zunächst vor allem Literaten angenommen hatten, wurde die kritische Auseinandersetzung mit der Zeitge-

11 W. Jędrzejewicz, Kronika życia Józefa Piłsudskiego, London 1977.

12 M. Kukiel, Generał Sikorski, London 1970.

13 Der Roman „Na nieludzkiej ziemi" von J. Czapski erschien 1967 (Berlin, Köln) und 1969 (Frankfurt a. M./Wien/Zürich) in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Unmenschliche Erde".

schichte „Volkspolens" zu einem Thema der Exilhistoriographie. Nach beginnenden Reflexionen in der Mitte der fünfziger Jahre erschienen die wichtigen Arbeiten erst in den siebziger und achtziger Jahren. Sie sind als Reaktion auf die Dezemberereignisse des Jahres 1970 und die Gründung von *Solidarność* sowie die Ausrufung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 zu verstehen. Zu den profundesten Studien gehören die von Zygmunt Korybutowicz *Grudzień 1970* (Dezember 1970), Paris 1983 und Ryszard Dąbrowski *Polska 1976–82. Fakty, zdęcia, dokumenty* (Polen 1976–82. Fakten, Bilder, Dokumente), Berlin 1988.

Die unter Punkt *fünf* versuchte typologische Zusammenfassung „streng" historischer Arbeiten ist eigentlich unbrauchbar, denn sie schließt ganze Bereiche der polnischen Exilhistoriographie aus, die sich nicht explizit mit der neueren Geschichte Polens beschäftigen. Neben den Synthesen von Jan Starzewski *Nowoczesna historia polityczna 1878-1939* (Zeitgenössische politische Geschichte 1878-1939), London 1951, die eines der frühesten Beispiele darstellt, oder der erst 1989 von Andrzej Albert ebenfalls in London publizierten *Najnowsza historia Polski 1918–1980* (Die neueste Geschichte Polens 1918–1980) müssen z.B. auch die Monographien von Piotr S. Wandycz über die französische Osteuropapolitik[14] oder sein *The price of Freedom* betiteltes Buch über die Geschichtsregion Ostmitteleuropa[15] als herausragende Leistungen polnischer Geschichtsschreibung im Exil betrachtet werden. Gleiches gilt für die Analysen und Erwägungen, die der Nestor der polnischen Exilhistoriographie, Oskar Halecki, bereits Anfang der fünfziger Jahre zum Thema Ostmitteleuropa geleistet hat.[16] Seine *Historia Polski* (Die Geschichte Polens), 1958 in London veröffentlicht, wäre das einzige Buch, das in die Typengruppe fünf fallen würde, obgleich es wohl zu den schwächeren Arbeiten des 1973 im amerikanischen Exil verstorbenen Historikers zu zählen ist.

Nachdem Informationen über wichtige Produkte gegeben und die Namen bedeutender Produzenten aufgezählt worden sind, sollen nun die Produktionsbedingungen der polnischen Exilliteratur und Exilhistoriographie vergleichend betrachtet werden. Dabei fallen zunächst die Ähnlichkeiten der professionalen Selbstverständnisse ins Auge. Schriftsteller im Exil verstehen sich als „Wächter beunruhigender Fakten", als „Wächter der An-

14 P. S. Wandycz, France and her Eastern Allies 1919–1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno, Minneapolis 1962; Ders., The Twilight of French Eastern Alliences, 1926–1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

15 Ders, The Price of Freedom. A History of East Central Europe from the Middle ages to the Present, London/New York 1992.

16 O. Halecki, The Limits and Divisions of European History, London-New York 1950 (dt. Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957) und Ders, Borderlands of Western Civilization, New York 1952 (dt. Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas, Salzburg 1956).

omalien des sozialen Gedächtnisses"[17] und somit als Korrektiv der im Lande geschriebenen Literatur, was sich in den weiter oben typologisch geordneten historischen Texten, in Tagebüchern, Essays und Feuilletons offenbart. Historiker im Exil verstehen sich, wie einer ihrer prominentesten Vertreter den Autoren mitteilte,[18] als dreifach in die Pflicht genommen. Sie bemühen sich erstens darum, die von der offiziellen Geschichtsschreibung in der Heimat, also in Polen, hervorgebrachten Produkte zu analysieren und gegebenenfalls zu kritisieren. Zweitens sehen sie ihre Aufgabe darin, historische Tabuthemen aufzugreifen. Ihre dritte Pflicht besteht im Korrigieren der von der westlichen, nichtpolnischen Historiographie über die polnische Geschichte zusammengetragenen Forschungsergebnisse. Auch auf der Basis dieser im Wort Korrektivfunktion zusammenfaßbaren konzeptionellen Gemeinsamkeiten kann die postulierte Symbiose von Literatur und Geschichtsschreibung nachgewiesen werden. Es handelt sich um ein unter den Bedingungen des Exils vollzogenes funktionales Zusammengehen von Schriftstellern und Historikern, das im Kalten Krieg zusätzlich durch einen gemeinsamen antikommunistischen Impetus verstärkt wurde. Während der McCarthy-Zeit trug gerade dieser vielfach zur Erleichterung des Lebens in der „Free Western World" bei.

Den Leser in der Heimat direkt anzusprechen und aufzuklären war bis 1956 unmöglich, und auch später gab es zum Teil enorme Schwierigkeiten, die Arbeiten von Exilschriftstellern und Exilhistorikern in Polen zu verbreiten. Ihre Versuche, in die literarische Öffentlichkeit bzw. die *scientific community* des jeweiligen Gastlandes „einzutreten", waren immer mit einem Adressatenwechsel verbunden, der dem Literaten aufgrund der direkten Abhängigkeit von der neuen Sprache und des allgemeinen Desinteresses an polnischen bzw. östlichen Sujets ungleich schwerer fallen mußte, als dem Geschichtsschreiber. Das Problem für letzteren bestand eher in der Ferne zu den Quellen, sofern er sich – was die meisten taten – mit polnischer Geschichte befaßte. Hier also sind professionsbedingte Unterschiede zu erkennen.

Während das Quellenproblem der Exilhistoriker im Laufe der politischen Liberalisierungen in Polen dadurch abgebaut werden konnte, daß ihnen die Archive teilweise zugänglich gemacht wurden, versuchten die Exilschriftsteller ihre neuen Adressaten mit „topical books" für die Belange des eigenen Landes zu sensibilisieren. Für das Bemühen, den Leser im Westen aufzuklären, stehen Jerzy Gliksmans Erinnerungen mit dem an ein moralisches Gebot erinnernden Titel *Tell the West*. Einmal sollte das ungeheuerliche, dem westlichen Leser kaum begreifbare Geschehen aus der Kriegszeit berichtet werden, andererseits wollte man den Osten Europas, das „andere Europa", bewußt auch in seiner Andersartigkeit und Exotik

17 W. Wyskiel, Kręgi wygnania, Kraków 1996, S. 15.
18 Piotr S. Wandycz in einen Gespräch in Leipzig am 15. Oktober 1997.

vorstellen. Das Kunststück bestand darin, mit dem Westen konfrontiert, dennoch über den Osten zu schreiben – „Facing West – Writing East" – und das für eine „Zielgruppe", die die einschlägige Geschichtsliteratur nicht zur Kenntnis nahm und nun mit Hilfe schöngeistiger Literatur dazu gebracht werden sollte, Geschichte „zu hören". Eine Aufgabe sah der „geschichtsbewußte" Exilschriftsteller u.a. eben darin, als „eye-opener" zu fungieren.

Auch wenn Schriftsteller mehr noch als Historiker ihre Werke als Einzelkämpfer zu Papier bringen, sind beide auf ein institutionelles Hinterland angewiesen. Diese Allgemeinerfahrung gilt in besonderem Maße für das literarische und historiographische Schaffen unter den Bedingungen des Exils. Aus diesem Grunde soll im folgenden darauf eingegangen werden, welche Institutionen sich die polnische Exilliteratur und Exilhistoriographie geschaffen haben. Der Blick konzentriert sich dabei auf drei Exilzentren: das „polnische" Paris, das „polnische" London und das „polnische" New York.[19]

Bis zur deutschen Besetzung Frankreichs im Jahre 1940 war die französische Hauptstadt das wichtigste Zentrum des polnischen Exils. Zum *„polnischen" Paris* gehörten neben politischen Einrichtungen, wie der im „Hotel du Danube" unter Leitung von General Sikorski arbeitenden Exilregierung oder der Polnischen Militärverwaltung, zahlreiche Kulturinstitutionen. Es gab eine *Biblioteka Polska* (Polnische Bibliothek), das *Institute Littéraire* (Instytut Literacki), sowie eine *Księgarnia Polska* (Polnische Buchhandlung). Auf Initiative des Historikers Oskar Halecki wurde die *Polski Uniwersytet za Granicą* (Polnische Universität im Ausland) gegründet, die am 1. Dezember 1939 in der Polnischen Bibliothek (mit Halecki als Rektor) eröffnet und nach der Besetzung von Paris nach London evakuiert wurde. Neben dem Exilhistoriker Halecki, der vor allem die Geschichte Polens unterrichtete, hielt der Exildichter Jan Lechoń Vorlesungen über polnische Literaturgeschichte.

Die gemeinsame konkrete Aufgabe von Historiographie und Literatur in der frühen Pariser Zeit bestand darin, über die Verfolgung, das Leid und den Widerstand der Bevölkerung gegen die Besetzung des Landes sowie über die damit verbundene Vernichtung der polnischen Kultur und Wissenschaft zu informieren. Zunächst wurden die polnischen Kriegsverluste registriert und dokumentiert.[20] Allgemein stand das Exil vor der Aufgabe,

19 Rom als zwischenzeitliches Zentrum der polnischen Literatur und Historiographie kann hier nicht ausführlich behandelt werden. Es möge der Verweis darauf genügen, daß die westeuropäischen Exilzentren Paris und London auf Strukturen aufbauten, die in Italien (im Rahmen der Polnischen Armee) entwickelt worden waren. Für die Exilhistoriographie war die in Rom erfolgte Gründung des Institutum Historicum Polonicum im Jahre 1945 von Bedeutung. Hier wurde seit 1954 die Zeitschrift „Antemurale" herausgegeben.

20 L'invasion allemande en Pologne, Paris 1940. Mit einem Vorwort des ehemaligen französischen Premiers Edouard Herriot.

die Kontinuität des polnischen Geisteslebens, von Literatur, Kultur und Wissenschaft zu gewährleisten und wichtige Traditionen aus der Zeit vor Ausbruch des Krieges, in der Literatur beispielsweise die Tradition der Gruppe *Skamander*[21] fortzuführen. Die Polnische Bibliothek zählte das Anlegen einer Sachdokumentation für die Friedenskonferenz zu ihren wichtigsten Anliegen.

Nach dem Weltkrieg, als – wie noch zu zeigen sein wird – London das eigentliche Zentrum des polnischen Exils war, entstanden in Paris wichtige Büchereien und Verlage. In der 1946 von Kazimierz Romanowicz gegründete Buchhandlung und Verlagsanstalt *Libella* erschienen nicht nur literarische Werke sondern auch Arbeiten von Exilhistorikern. Unter der Schirmherrschaft der *Towarzystwo Historyczno-Literackie* (Historisch-Literarische Gesellschaft) wurde die Verlagsreihe *Historia i teraźniejszość* (Geschichte und Gegenwart) herausgegeben, in der u.a. 1986 das Buch *Narodziny systemu władzy* (Die Geburt des Systems der Macht) von Krystyna Kersten erschien, die heute an der Spitze der polnischen Zeitgeschichtsforschung steht.[22]

Paris ist der Erscheinungsort mehrerer für die Literatur und Kultur sowie für die Geschichtsschreibung im Exil bedeutender polnischsprachiger Zeitschriften. Die von Jerzy Giedroyc redigierte, 1947 ursprünglich in Rom gegründete Pariser Monatsschrift *Kultura* gilt bis heute unangefochten als wichtigstes Publikations-, Informations- und Meinungsbildungsorgan des polnischen Exils. Das Symbol der nicht allein auf Fragen von Kultur und Literatur beschränkten Zeitschrift, eine ionische Säule, verweist deutlich auf die Intentionen ihres Gründers, die Kulturtradition Europas in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei wurden drei Hauptziele formuliert:

1. Den Leser daran zu erinnern, daß er sich im europäischen Kulturkreis befindet.
2. Die Leser im Lande zu erreichen, um sie in ihrem Glauben an humanistische und demokratische Werte zu stärken, die selbst nackte politische und militärische Gewalt nicht zu vernichten vermochte.
3. In der westlichen Zivilisation den Lebenswillen zu suchen, ohne den der Europäer in Ostmitteleuropa unterzugehen drohte.

Die hinter der *Kultura* stehende Intention bestand darin, die polnische Exilkultur vor einer Verbannung ins Ghetto zu bewahren. Schon früh, 1952 und 1953, wurden fünf für das Land bestimmte Sondernummern ge-

21 Bestehend aus den Dichtern J. Lechoń, K. Wierzyński, J. Tuwim, J. Wittlin.

22 Das Buch war im „Auftrag" der Solidarność -Führung, „die neueste Vergangenheit ehrlich und offen zu erforschen", entstanden. Vgl. N. Naimark, Politik und Geschichtswissenschaft im osteuropäischen Kontext, in: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, hrsg. von K. H. Jarausch, Berlin 1991, S. 125-138, hier S. 126. In Polen wurde es im Untergrund, dem sogenannten „zweiten Umlauf", verbreitet. Es erschien später in englischer Übersetzung: The Establishment of the Communist Rule in Poland 1943–1948, Boulder (Colorado) 1991.

druckt, die eine Brücke zwischen dem Exil und der Heimat schlagen sollten. Die bis heute erscheinende Pariser *Kultura* wurde so zu einer Basisinstitution des politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens im polnischen Exil.

Das *Instytut Literacki* (Literarisches Institut), wohl einer der wichtigsten Verlage des gesamten Exils, begann 1953 mit der Herausgabe einer eigenen Buchreihe, der *Biblioteka Kultury* (Bibliothek der Zeitschrift Kultura), in der Schriftsteller wie Czesław Miłosz, Witold Gombrowicz oder Leszek Kołakowski, aber auch Exilhistoriker wie Władysław Pobóg-Malinowski ihre Werke veröffentlichten.[23] Die Biblioteka Kultury gliedert sich in mehrere Fachabteilungen: *Dokumenty* (Dokumente), *Archiwum Rewolucji* (Archiv der Revolution), *Bez Cenzury* (Ohne Zensur). Von diesen Aktivitäten, die maßgeblich dazu beitrugen, das „polnische" Paris seit den sechziger Jahren wieder zum eigentlichen Zentrum des Exils zu machen, hat auch die polnische Exilgeschichtsschreibung profitiert. Seit 1962 wird im Rahmen der Biblioteka Kultury eine historische Fachzeitschrift, die *Zeszyty Historyczne* (Historische Hefte) herausgegebenen. Mit wenigen Ausnahmen ist sie bis heute thematisch auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts ausgerichtet. Da auf ihren Seiten auch polnische Historiker aus Polen – meist unter Pseudonym – zu Wort kamen, konnten die Zeszyty zu einem Diskussionsforum für Spezialisten im Exil und im Land werden.[24] Die fachlich determinierte Differenzierung und Spezialisierung literarischer und historiographischer Textproduktion im polnischen Exil wurde 1986 fortgesetzt, als die Historischen Hefte des Instytut Literacki ein literarisches Pendant, die *Zeszyty Literackie* (Literarische Hefte) erhielten, in denen neben (nicht allein polnischen) Schriftstellern wie Adam Zagajewski, Josif Brodski, Tomas Venclova auch Oppositionelle und Politiker wie Adam Michnik publizierten.

Im *„polnischen" London*, das als Sitz der Exilregierung der Republik Polen ab 1940 auch für die polnische Exilliteratur und Exilhistoriographie zu einem Zentrum mit koordinierender, konzentrierender und integrierender Funktion wurde, gab es einen institutionalisierten Literatur- und Wissenschaftsbetrieb. Die Zahl der in Großbritannien, vor allem in London, entstandenen polnischen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen ist beeindruckend. Der noch in Paris gegründete und nach London evakuierte *Fundusz Kultury Narodowej* (Nationaler Kulturfonds) sah seine wichtigste Aufgabe in der Förderung der polnischen Wissenschaften, der Kultur und

23 Im Exil wurde Pobóg-Malinowski vor allem durch seine dreibändige „Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945" (Die neueste politische Geschichte Polens 1864–1945), die 1953, 1956 und 1960 in Paris und London erschien, bekannt.

24 Ein Beispiel dafür ist die von Aleksander Litwin geführte Polemik mit den in der „Polityka" veröffentlichten Artikeln von Konstanty Grzybowski über die polnische Nachkriegsgeschichte.

Literatur im Exil *und* im Land. Als die Erfüllung dieser Doppelaufgabe nach Kriegsende nahezu unmöglich wurde, wuchs die Bedeutung von Lehr- und Wissenschaftsinstitutionen wie der *Polski Uniwersytet na Obczyźnie, PUNO* (Polnische Auslandsuniversität), des *Polish University College* oder des *Polish Research Centre* sowie der *Polish Library*.

Große Bedeutung für die Sicherung des kulturinstitutionellen Hintergrundes, vor allem der polnischen Exilliteratur, hatten die Londoner Verlagshäuser *Orbis*, das seit 1954 die *Biblioteka Autorów Polskich* (Bibliothek Polnischer Autoren) herausgibt,[25] und *Veritas*, in dessen katholischem Verlagszentrum *Katolicki Ośrodek Wydawniczy Veritas*, die *Biblioteka Polska* erscheint. Die im Exil vernachlässigte Literaturkritik erhielt ein Forum in einer Zeitschrift, die vom 1951 gegründeten Verlag *Oficyna Poetów i Malarzy* (Offizin der Dichter und Maler)[26] herausgegeben wurde. Zu einem der größten Exilverlage in Großbritannien entwikkelte sich der 1959 ins Leben gerufene *Polska Fundacja Kulturalna* (Polnischer Kulturfonds), der neben Belletristik auch historische Arbeiten herausbrachte. Gleiches gilt für die 1958 gegründete *Polonia Book Foundation*.

Zu den bedeutendsten Periodica des „polnischen" London zählt die Fortsetzung der traditionsreichen, 1924 bis 1939 in Warschau herausgegebenen Wochenschrift *Wiadomości* (Nachrichten). Von Mieczysław Grydzewski geleitet, wurde sie zu einem Sprachrohr hunderter polnischer Schriftstellern, Publizisten und Wissenschaftler. Das zu Recht als „Stenogramm" der Geschichte Polens und polnischer Schicksalswege bezeichnete Blatt durchlief selbst eine wechselvolle Geschichte. Ab März 1940 in Paris und kurz darauf in London mit dem Attribut „Polskie" erschienen, wurden die *Wiadomości* 1944 wegen ihrer Proteste gegen die sowjetische Annexion der polnischen Ostgebiete und ihre Kritik an der Tabuisierung des Massakers von Katyń, vor allem aber wegen der Kritik an der Politik der Westmächte gegenüber der Sowjetunion, als „für die atlantische Einheit schädlich" geschlossen.[27] Beginnend im April 1946 bis zum März 1981 erschien sie erneut. Die behandelten Themen belegen eine Interessenverschiebung weg von den Geschehnissen im Land hin zu den inneren Angelegenheiten des Exils. Mit ihrem Konzept, das Exil als „Protest", als „ideologische Haltung" und die Exilkultur als „isolierte Kultur" aufzufassen, befanden sich die Londoner *Wiadomości* in einem deutlichen Kontrast zur Pariser *Kultura*. Anders als diese lehnten sie selbst nach dem politischen „Tauwetter" von 1956 eine Zusammenarbeit mit

25 Der erste Roman dieser Reihe war Józef Mackiewiczs „Droga donikąd", 1959 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Der Weg ins Nirgendwo" in München erschienen.

26 Verlagsgründer waren Czesław und Krystyna Bednarczyk. Die von 1966 bis 1980 herausgegebene Zeitschrift trug den Titel des Verlages: „Oficyna poetów i malarzy".

27 Literatura emigracyjna (Anm. 9), S. 152.

Polen ab, da man darin eine „Unterstützung des sowjetischen Regimes" erblickte.[28]

Die wissenschaftsinstitutionellen und wissenschaftsorganisatorischen Voraussetzungen für die Entwicklung einer polnischen Exilhistoriographie wurden durch die Gründung des *General Sikorski Historical Institute* im Jahre 1945 entscheidend verbessert. Es ging aus der *Historical Section of the Polish General Staff* hervor, wurde vom Historiker in Generalsuniform Marian Kukiel geleitet und befaßte sich vor allem mit der polnischen Armeegeschichte.[29] So wie sich die polnischen Schriftsteller im Exil einen eigenen Verband schufen, schlossen sich auch die polnischen Geschichtsschreiber im Exil zusammen. Von Militärhistorikern aus Warschau, Krakau und Wilna wurde Ende 1946 eine *Polskie Towarzystwo Historyczne w Wielkiej Brytanii* (Polnische Historische Gesellschaft in Großbritannien) gegründet, die sich 1953 in *Polskie Towarzystwo Historyczne na Obczyźnie*, also Polnische Historische Gesellschaft im Ausland, umbenannte. Seit 1947 gibt sie mit den *Teki Historyczne* (Historische Mappen) eine Zeitschrift heraus, die das traditionell führende polnische Fachorgan, den *Kwartalnik Historyczny* und somit das Periodikum der 1887 im galizischen Lemberg gegründeten *Polskie Towarzystwo Historyczne* (Polnische Historische Gesellschaft), im Ausland fortsetzen sollte. In den Beiträgen, die fast immer aus der Feder führender Vertreter der polnischen Exilhistoriographie stammen (Marian Kukiel, Szymon Askenazy, Karolina Lanckorońska, Wacław Lednicki) läßt sich das Anliegen der *Teki Historyczne* ablesen: „alles was auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft in der Heimat geschah und geschieht, wachsam zu beobachten und Falsches zu berichtigen".[30]

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika schuf sich das polnische Exil seine eigenen Institutionen. Nur selten wurde dabei auf traditionelle, seit dem 19. Jahrhundert gewachsene Einrichtungen der Auslandspolen (Polonia bzw. Polish Congress) zurückgegriffen. Für das Exil in Nordamerika ist das weitgehende Fehlen von polnischen Verlagshäusern typisch. Die meisten in Amerika gegründeten Exilverlage waren nur von kurzer Lebensdauer. Allein der während der Okkupation aus Polen nach New York geflüchtete Verlag *Rój* konnte unter dem Firmenschild *Roy* als amerikanisches Verlagshaus überleben.[31] Aus diesem Grund sind die meisten

28 Ebenda, S. 152-153.

29 Über die frühen Jahre vgl. General Sikorski Historical Institute 1945–1957, London 1957. Informationen über Publikationen und Mitglieder S. 32-36.

30 M. Kukiel, Die polnische Historiographie im Ausland, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 13 (1965), S. 372-377, hier S. 375.

31 Unter der Redaktion von Hanna und Marian Kister gab der Verlag „Rój" während des Zweiten Weltkrieges vor allem Nachdrucke und Übersetzungen literarischer (Z. Kossak, T. Parnicki) und historiographischer (O. Halecki) Bücher heraus. Nach dem Tod

literarischen Werke polnischer Exilschriftsteller in den USA (Czesław Miłosz, Aleksander Hertz, Jan Kott, Henryk Grynberg, Leopold Tyrmand) sowie polnische „Americana" fast immer in Europa, meistens in Frankreich und in Großbritannien, gedruckt worden.

Als eigentliches Zentrum des polnischen Exils in den USA entstand am 15. Mai 1942 das *Polish Institute of Arts and Sciences in America (PIASA)*.[32] Seine Aktivitäten legten den Grundstein für das *„polnische" New York*. Gegründet als Kompensation und Fortführung der von den Nazis geschlossenen Krakauer *Polska Akademia Umiejętności* (Polnische Akademie der Wissenschaften) galt das PIASA während der gesamten Zeit des Exils als Symbol der „freien" polnischen Wissenschaft, Kultur und Literatur. Zu den renommierten Leitern des Instituts gehörten der bekannte polnische Kulturanthropologe Bronisław Malinowski, die Historiker Oskar Halecki und Jan Kucharzewski sowie der Literaturhistoriker und Slawist Wacław Lednicki. Das Institut initiiert bis heute ein interdisziplinäres Zusammenwirken polnischer und amerikanischer Wissenschaftler (Historiker, Ethnologen, Soziologen) und arbeitet mit namhaften amerikanischen Universitäten[33] sowie mit polnischen Stiftungen wie der *Kościuszko Foundation* zusammen. Das Institut stand zudem in enger Verbindung mit der formell bis 1992 existierenden Polnischen Regierung im Exil und stellte über die Rundfunksender *Radio Free Europe* und *Voice of America* die Verbindung zum Land her.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das PIASA zu einem Sammelpunkt polnischer Intellektueller in Amerika und zum wichtigsten Vermittler von Kontakten zu amerikanischen Wissenschaftlern, Schriftstellern und Politikern geworden. Für zahlreiche Exilschriftsteller, Historiker und Politiker (Lechoń, Wierzynski, Wittlin, Kosiński, Grynberg, Gross, Wandycz und Brzeziński) war das Institut eine Heimstatt, in der sie materiellen und moralischen Rückhalt fanden. Bereits im Weltkrieg wurden unter der Leitung des Historikers Halecki vier Bände des *Bulletin of the Polish Institute of the Arts and Sciences* veröffentlicht und eine Research Library aufgebaut. Seit 1956 gibt das PIASA mit der *Polish Review* eine wissenschaftliche Vierteljahresschrift heraus, die ausschließlich Themen der polnischen Kultur und Geschichte gewidmet ist, und in der Schriftsteller, Historiker und Literaturwissenschaftler zusammenarbeiten. Im Vorwort des ersten Heftes finden sich Informationen über die Begrün-

---

von Marian Kister wurde „Rój" 1958 zu einer rein amerikanischen Verlagsanstalt. Das polnische Profil ging vollkommen verloren.

32 Zur Geschichte des Instituts: S. Strzetelski, The Polish Institute of Arts and Sciences in America. Origin and Development. New York 1960. Zur Halbjahrhundertfeier erschien der von Thaddeus Gromada zusammenstellte, reich ausgestattete Prachtband: 50th Anniversary. Polish Institute of Arts & Sciences of America 1942–1992. New York 1992.

33 Vor allem Columbia University, University of Toronto, Harvard University, Fordsham University, University of Montréal, Yale University, University of California.

dung und Zielsetzung des bis heute existierenden Unternehmens. „Although many Polish scholars living in the Free Western World frequently enjoy the hospitality of American, British and French journals, the lack of a periodical devoted only to Polish affairs and published in a world-language is painfully felt. To fill this gap and to become a source of objective information and a rallying point for study of all aspects of the Polish cultural life, past and present – that is the purpose of our new publication. It opens its columns to all Polish scholars and writers in the Free World and to scholars of all Free Nations writing on Polish subjects".[34]

Zu einem zweiten Zentrum der polnischen Exilhistoriographie in Amerika entwickelte sich das *Instytut Józefa Piłsudskiego w Ameryce* (Josef Pilsudki Institute of America). Gegründet 1943 in New York ist es ein Teil des auch in London existierenden Piłsudski-Instituts.[35] Seit 1948 gibt es die unregelmäßig erscheinende historische Zeitschrift *Niepodległość* (Unabhängigkeit) heraus.[36]

Im Vergleich zu der starken organisatorischen Verfestigung der Exilhistoriographie in Amerika fällt auf, daß die Exilliteratur ihre Zentren weniger im „polnischen" New York als in Westeuropa hatte. So mußte die bereits Anfang der vierziger Jahre erschienene *Tygodniowy Przegląd Literacki Koła Pisarzy z Polski* (Literarische Wochenrevue des Polnischen Schriftstellerkreises) und später in *Tygodnik Polski* (Polnische Wochenzeitung) umbenannte Wochenzeitschrift[37] wegen finanzieller Schwierigkeiten schon 1947 geschlossen werden. Erst seit Beginn der siebziger Jahre erscheint in New York die Tageszeitung *Nowy Dziennik*, deren Wochenendausgabe u.a. Informationen über die polnische Literatur und Kultur in Amerika bietet.

Der hier unternommene Versuch einer vergleichenden Zusammenschau von Exilliteratur und Exilgeschichtsschreibung ist erst im Ergebnis einer interdisziplinären Beschäftigung mit der für Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert typischen Spaltung des Literatur- und Geschichtswissenschaftsbetriebs in offizielle und inoffizielle/unabhängige Diskurse möglich geworden. Am polnischen Beispiel konnte dabei die These bestätigt werden, daß sich als Ergebnis des Gespaltenseins gerade im Exil eine spezifische Symbiose von Literatur und Geschichte herausgebildet hat. Ob dieser Einzelbe-

34 The Polish Review, I, 1, Winter 1956, S. 3.

35 Das Institut knüpft mit seinen beiden Teilen an die Tradition des 1930 in Warschau gegründeten Piłsudski-Institutes an. Über die Geschichte der ersten drei Jahrzehnte in Amerika vgl. den vom Institut veröffentlichten Zarys Historyczny/Historical Outline 19143-1973, New York 1973.

36 In den 40 Jahren von 1948 bis 1987 erschienen 20 Bde. Einen Überblick bietet Cz. Karkowski, Bibliografia zawartości dwudziestu tomów 'Niepodległości" (Po Wznowieniu), in: Niepodległość XX, 1987, S. 241-262.

37 Die Redaktion hatte in den Händen von Schriftstellern wie Jan Lechon, Kazimierz Wierzyński und Józef Wittlin gelegen.

fund auch für die anderen „gespaltenen" ostmitteleuropäischen Literaturen und Historiographien zutrifft und es sich somit tatsächlich um ein kulturhistorisches Strukturphänomen der Geschichtsregion Ostmitteleuropa handelt, hängt vom Ergebnis weiterer Vergleichsanalysen ab.

Buchbesprechungen

Dizionario degli Istituti di perfezione, Diretto da *Guerrino Pellicia* (1962-1969) e da *Giancarlo Rocca* (1969), Vol. IX: Spiritualità-Vézelay, Edizioni Paoline, Roma 1997, 1960 Sp.

Ein so großangelegtes Unternehmen, wie es dieses „Enyklopädisches Wörterbuch der Vollkommenheitsinstitute" (so der ursprünglich geplante Titel) darstellt, das die geistlichen Bewegungen und geistlichen Institute aller christlichen Kirchen und aller anderen großen Weltreligionen erstmalig authentisch (von diesen selbst geschrieben oder gebilligt) ,unter allen möglichen Aspekten (ihrer Struktur, Spiritualität, Geschichte, Lebens- und Wirkungsweisen etc.) und unter Heranziehung Tausender Spezialisten erfaßt und darstellt, mußte auf große organisatorische, personelle und sachliche Schwierigkeiten stoßen. Die Zahl der Bände mußte von sechs auf acht und dann auf zehn erhöht werden. Die Zahl der zu erfassenden Institute stieg von ca. 4000 auf ca. 5000 an. Dazu kamen solche Ereignisse wie das Erscheinen des neuen *Codex iuris canonici* (CIC), der auch das Ordensrecht (einschließlich vieler Termini) erneuerte, ferner päpstliche bzw. vatikanische Erlasse, Neugründungen nicht nur von Instituten, sondern auch von Zusammenschlüssen und Kongressen auf nationaler und internationaler Ebene. Neun von den 22 Direktoren der einzelnen Sektionen (u. a. Buddhismus, Lamaismus, Hinduismus, Islam, Judentum, Kirchen- und Ordensrecht, Soziologie, Geschichte, Spiritualität, Psychologie) und viele Autoren. deren Namen in jedem Band 12 bis 14 Spalten (ca. 300 bis 400) füllen, verstarben und mußten z. T. ersetzt werden. Der „Direktor" des ganzen Werkes (seit 1969), Giancarlo Rocca von der Gesellschaft des hl. Paulus, der nicht nur die gesamte organisatorische und editorische Arbeit leistete, sondern auch (oft gezwungenermaßen wegen Ausfalls anderer Autoren) selbst als Autor beteiligt ist, bewältigte ein immenses Pensum und ist z. Z. wohl der beste Kenner der Materie, der über das größte Archiv dieser Art in der Welt verfügt. Davon zeugen auch seine in diesen mehr als drei Jahrzehnten herausgebrachten Bücher.[1]

Was in diesen neun Bänden nun vorliegt, ist erstmalig und einmalig in der Ordensgeschichte[2] und zeichnet sich durch Universalismus, Pluralismus, Authentizität und Solidität aus. Zu finden sind darin 1. alle geistlichen Gemeinschaften (Rätegemeinschaften) und Bewegungen, aus denen heraus oder innerhalb derer sie entstehen oder die sie inaugurieren, inspirieren, begleiten, moderieren; 2. ihre Gründerinnen und Gründer sowie einzelne herausragende Mitglieder, wie z. B. Päpste, Reformer; 3. ihre (z. T. tausendjährige) Geschichte; 4. ihre Spiritualität (spezifischer Beitrag der einzelnen Gemeinschaften); 5. ihre Aszetik, ihr Lebensstil; 6. ihre Soziologie; 7. ihre kirchen- und ordensrechtliche Stellung; 8. ihre geschichtlich bedeutsamen und erfaßbaren Leistungen auf den verschiedensten Gebieten, angefangen von der Wirtschaft (z. B. die berühmten Klosterwirtschaften des Mittelalters) bis hin zu den Feldern der Theologie, Philosophie, der Natur- und Gesellschafts- bzw. Geisteswissenschaften, Literatur und Kunst. Auch die politischen Implikationen werden nicht ausgelassen. Der Pluralismus zeigt sich u. a. im Bekenntnis zum Dialog, dem innerkirchlichen, interkonfessionellen, interreligiösen und dem christlich-marxistischen. So finden sich z. B. beim Lemma „Marxismus" als Autoren neben Giancarlo Rocca der ita-

lienische Soziologe Silvano Burgalassi und die Historiker aus der DDR Ernst Werner und Hubert Mohr, die beide zur Mitarbeit eingeladen wurden und ihre Ansichten zu mehreren Lemmata beisteuerten.

Der den einzelnen Lemmata zugeordnete Raum reicht von wenigen Zeilen bis zu ca. 150 Spalten, den zu bestimmen weitgehend dem Autor überlassen blieb. Daher wird der interessierte Leser einiges als zu kurz, anderes als zu lang empfinden, je nach seinen Maßstäben für Wert und Bedeutung der einzelnen Mitteilungen und Erörterungen. Durchaus verständlich erscheint, daß das Schwergewicht auf den Darstellungen der „Glanzzeiten" der Orden ruht, d. h. den Zeiten ihrer gesamtkirchlichen und gesamtgesellschafttlichen Relevanz, Akzeptanz und Wirksamkeit, der gesamtkirchlichen z. B. in den Jahrhunderten, da Ordensmitglieder als Päpste fungierten (35 sicher, weitere 14 wahrscheinlich, weitere stark unter dem Einfluß eines Ordens stehend), gesamtgesellschaftlich z. B. in den Zeiten des Staatskirchentums. Das führte allerdings gelegentlich zu Verkürzungen bei der Darstellung aktueller zeitgenössischer Erscheinungen und Aspekte. So handeln im ersten Lemma des vorliegenden Bandes (Spiritualität) von den 71 Spalten nur ca. zwei von der Zeit nach dem Zweiten Vatikanum, in der es bemerkenswerte Aufbrüche gibt.

Erfreulich für den Historiker ist die starke Berücksichtigung der geschichtlichen Aspekte, denen in diesem Band insgesamt 151 Spalten zugewiesen sind, in die sich vier Lemmata teilen: Geschichte der Caritas (32), der Missionen (21), des geweihten Lebens (18), die Geschichtsschreibung (80). Hier sind die Proportionen zwischen den einzelnen Perioden harmonischer, wird der Neuesten Zeit wie auch der Gegenwart gebührend Raum zugeteilt. Die mönchische Geschichtsschreibung hat bekanntlich nicht nur die Mauriner und Bollandisten als Bahnbrecher aufzuweisen. Die Bibliographie der historischen Werke des 20. Jh.s ist beeindruckend. Das Quellen- und Literaturverzeichnis der vier Lemmata füllt bei den beiden ersten je zwei kleinbedruckte Spalten, beim dritten fast vier, beim vierten, verteilt auf einzelne Abschnitte, noch mehr. Sie reicht bis zum Jahre 1996. Allerdings gibt es hier Disproportionen zwischen den einzelnen zwölf Beiträgen verschiedener Autoren; so zählt der Abschnitt „karmelitanische H." allein 20 Spalten, während die H. der „Mendikanten" und „Dominikaner" auf je vier Spalten reduziert sind. Das zweibändige Standardwerk von Max Heimbucher „Die Orden und Kongregationen der katholischen Kirche" (seit 1896/97) und das DIP selbst werden in eigenen einspaltigen Abschnitten aufgeführt, wobei in letzterem die Besonderheiten des DIP von *Giancarlo Rocca*, die er schon auf zehn Seiten in der Einleitung zum ersten Band dargelegt hatte, noch einmal rückblickend aufgezählt und in die historische Entwicklungsreihe eingeordnet werden. Auf zwei Spalten verteilt ist die Aufzählung von Ordenszeitschriften zwischen 1834 und 1995, die jedoch noch unvollständig ist und durch den abschließenden Hinweis auf die vollständige Auflistung im „Zeitschriftenverzeichnis Theologie" (ZVT), Tübingen 1992, und die im folgenden genannten Bibliographien ergänzt wird.

Als weitere bedeutende Lemmata seien hier kurz benannt: „Instrumente der sozialen Kommunikation" (30 Sp.), „Studien" (85 Sp.), „monastische Theologie" und „Theologie des Ordenslebens" (della vita religiosa, della vita consecrata, zus. 25 Sp.).

Unter den Stichworten „Union" befinden sich wichtige nachkonziliare Gremien, wie Union der Generalober(inn)en, die das Streben nach stärkerer Koordinierung und Zusammenarbeit bezeugen. Das Lemma „Dritter Orden" und an die 20 einzelne Stichworte „Terziarier" in Verbindung mit den Namen einzelner Institute (zu denen sie gehören), insgesamt 95 Spalten, zeigt das weltweite Umfeld, den großen Einflußbereich der größeren Rätegemeinschaften. So werden z. B. allein

bei den Franziskanern für das Jahr 1982 insgesamt nahezu eine Million statistisch erfaßte Drittordensmitglieder gezählt. In den zwanziger Jahren waren es über zwei Millionen. Das Schwergewicht des Ordensumfeldes, der in irgendeiner Weise dauerhaft von den Orden bzw. Räteinstituten erfaßten und religiös beeinflußten Laien aller Berufe, ist zu einem großen Teil von den traditionellen Gemeinschaften, den alten Orden, auf neuere Gemeinschaften übergegangen, die andere Formen und moderne Namen für die ihnen Assoziierten gefunden haben. Diese gleichen die Verluste bei den älteren Gemeinschaften weitgehend aus. Dieser Ausgleich findet jedoch vielfach in anderen Territorien statt. Im „alten Europa" nimmt die Kirchen- wie Ordenszugehörigkeit ab und damit auch deren Umfeld. An die Stelle fester, dauerhafter Bindungen von Laien an diese Gemeinschaften treten oft lockere, sporadische. In vielen Entwicklungsländern nimmt sie jedoch zu. Dieser Wandel in der Struktur der Rätegemeinschaften wird u. a. im Stichwort „Typologie" dargestellt (14 Sp.). Eine ganze Spalte füllen hier die neueren Literaturangaben, darunter auch die Arbeit von G. Schmelzer, Religiöse Gruppen und sozialwissenschaftliche Typologie (1979). In diesem Zusammenhang ist auch das Lemma „Austritt" (16 Sp.) aufschlußreich, das mit acht Tabellen ein deutliches Bild der Ordenskrise in Europa und den USA zeichnet, die ihren Höhepunkt (sechziger/siebziger Jahre) jedoch überschritten hat (1970 ca. 1500, 1994 noch 370). Bei den Jesuiten, dem zahlenmäßig stärksten Orden, lag der Höhepunkt 1965 mit 461; schon 1975 waren es nur noch 132. Zu diesem Lemma gehört noch ein zweites („drittes Alter"), in dem statistisch die Alterung mancher Orden belegt wird. So war z. B. in Italien 1993 fast die Hälfte aller männlichen Religiosen über 60 Jahre alt; in Frankreich waren es 1987 gar 60 Prozent. Bei den Jesuiten in Italien, die eine andere Gruppierung vornahmen, lagen 41 Prozent über 69, während die Gruppe zwischen 55 und 69 auf 36,5 Prozent kam; das sind zusammen ca. 78 Prozent; der Anteil der unter 55jährigen betrug demnach nur noch 22 Prozent.

Überraschend wirkt das Lemma „Utopie" (elf Sp.), in dem u. a. Karl Marx, Max Weber, Emile Durkheim, Ernst Bloch u. a. behandelt werden. Von den geographischen Stichworten sind die Staaten Nordeuropas, die baltischen Staaten, die USA (33 Sp.), Süd-, Mittelamerika und Mexiko (152 Sp.), die Schweiz, Ungarn und Tibet vertreten. Die Bedeutung Südamerikas kommt in der Spaltenzuweisung zum Ausdruck; dabei wird jedes Land einzeln erfaßt und die Geschichte des Katholizismus in diesem Subkontinent seit seiner Kolonisierung und Evangelisierung dargelegt, allerdings mit sehr unterschiedlichen Beitragen hinsichtlich der Berücksichtigung neuerer Entwicklungen in verschiedenen Ländern. Die Anzahl der Tabellen ist beachtlich und gibt die „Quanititäten" der Entwicklung, insbesondere der missionierenden Orden, wieder. Es ist zu begrüßen, daß das Thema „Religiosen und Befreiungstheologie" in sechs Spalten gesondert behandelt wird, ebenso wie das „Plenarkonzil" von 1899 und die Entwicklung der „Lateinamerikanischen Konföderation der Religiosen" (CLAR), bei der es Turbulenzen und Eingriffe des Papstes in die Leitung gab (ähnlich wie seinerzeit bei den Jesuiten). Der Beitrag zum Thema Befreiungstheologie, die ja ebenfalls zu Turbulenzen führte und Kritiken aus Rom hinnehmen mußte, erscheint dem Rezensenten ausgewogen. Die „Option für die Armen" wird ausgiebig gewürdigt. In den Literaturangaben tauchen neben G. Gutierrez auch L. Boff, J. Sobrino und E. Dussel auf; sie lassen jedoch bezüglich deutschsprachiger Veröffentlichungen zu wünschen übrig. Allerdings ist die Literatur derweilen so angestiegen, daß eine vollständige Bibliographie einen ganzen Band erfordern würde.

Zu kurz kommen, wie auch in früheren Bänden, die Artikel über außerchristliche Religionen, hier zum Tantrismus

(zwei Sp.), Taoismus (vier Sp.), Sufismus (sieben Sp.). Dagegen wird Taizé mit seiner Bedeutung für die ökumenische Bewegung in 12 Spalten ausführlich dargelegt. An diesem Beispiel zeigt sich wieder, daß und wie aus aktuellen Bewegungen bzw. im Zusammenhang mit solchen religiöse Organisationen Institute etc. entstehen, welche die Bewegung inspirieren, vorantreiben, moderieren.

Hubert Mohr

1 ZfG 35 (1985), S. 449.

2 „Orden" wird hier als *pars pro toto*, als traditioneller Sammelbegriff gebraucht, unter den die historisch folgenden analogen Gebilde wie Kongregationen, Gesellschaften, Institute etc. subsumiert werden. Im Englischen und Russischen entspricht dem das Stichwort *monachism*, *monašestvo*, Mönchtum, das ja älter ist als die Orden. Dieses Wort taucht in deren Lexika nicht auf, während es im Deutschen bis heute der für diese Phänomene gängige Begriff ist, obgleich der neue CIC von 1983 eine andere Sammelbezeichnung eingeführt hat: „Institute des geweihten Lebens" und „Gesellschaften des apostolischen Lebens", wobei die seit 1947 durch „Provida Mater" kirchenrechtlich konstituierten „Säkularinstitute" (Weltlichen Institute), die modernste Form, zu den ersteren gezählt, also unmittelbar den alten Orden gleichgestellt werden.

***Reiner Pommerin* und *Michael Fröhlich* (Hrsg.), Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1776–1917, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1996, XLIV, 247 S. (Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1).**

Die im Rahmen der „Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe" publizierten Quellenbände zur deutschen Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit sollen sowohl Historikern als auch dem großen Kreis der allgemein historisch Interessierten unmittelbaren und selbständigen Zugriff auf wesentliche Stränge, Akteure und Strukturen deutscher Geschichte im europäischen Zusammenhang bieten. Es ist zu begrüßen, daß in diesem Sinne auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen mit zwei Bänden Berücksichtigung finden. Die Entstehung und Entwicklung der Vereinigten Staaten zu einer Weltmacht ist ohne ihre europäischen Ursprünge und engen Wechselbeziehungen mit dem „alten Kontinent", ihre Allianzen, Handels- und Wirtschaftskontakte, kulturellen und politischen Verbindungen und auch Auseinandersetzungen sowie die ständige europäische Zuwanderung kaum denkbar. Die deutschen Länder und ihre Bewohner spielten dabei keine geringe Rolle, obwohl Großbritannien und Frankreich für die nordamerikanische Republik immer die bedeutenderen Partner blieben. Vielfältige, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassende Verbindungen konnten sich zwischen den USA und den deutschen Staaten seit Ende des 18. Jh.s entwickeln und trotz tiefer Erschütterungen durch zwei gegeneinander ausgetragene Kriege bis heute bestehen.

Der vorliegende und hier zu besprechende erste Band zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen umfaßt die Zeit vom Eingreifen hessischer Truppen auf Seiten Englands im nordamerikanischen Unabhängigkeitskampf 1776 bis zum Eintritt der USA auf Seiten der Entente in den Ersten Weltkrieg 1917. Auf etwa 200 Seiten werden 84 teilweise gekürzte Dokumenten wiedergegeben. Sie sind durch ein chronologisches und ein thematisches Quellenverzeichnis, sowie ein Personen- und ein Sachregister zu erschließen und bieten dem interessierten Laien einen brauchbaren und anregenden Einstieg in das Thema. Ein 26seitiges Quellen- und Literaturverzeichnis stellt zudem eine ordentliche Handreichung für eine intensivere oder auch speziellere Beschäftigung mit dem Metier bzw. einzelnen Gebieten dar. Allerdings werden

die Herausgeber ihrem eigenen Anspruch, den Alltag des Einwanderers, seine Integration in die amerikanische Gesellschaft und die deutsch-amerikanischen Beziehungen darstellen zu wollen, nicht gerecht. So vielseitig die Quellen auch sind, reflektieren sie im wesentlichen nur politische Probleme und Ereignisse. Fast 25 Prozent der Dokumente beschäftigen sich mit der Zeit und dem Umfeld des Ersten Weltkrieges. Trotz des damals erfolgten ersten großen Bruchs in den Beziehungen der beiden Staaten zueinander und nicht unwesentlichen Einschnitten im Leben der Deutschamerikaner wird dieser Bereich m. E. damit überbewertet. Gerade in den leider ausgeblendeten Bereichen der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen und des Alltagslebens der deutschen Immigranten in den USA konnten sich die langfristig wirkenden Faktoren einer deutsch-amerikanischen „Symbiose", durch viele politische Auseinandersetzungen blokkiert, zurückgedrängt, aber nie vernichtet, ausprägen. Dieser, in der deutschen Historiographie der Gegenwart leider sehr auffällige Trend der Politikgeschichtsschreibung, läßt sich durch ein weiterführendes Studium auch anhand der empfohlenen Literatur fast automatisch korrigieren, da der interessierte Leser schnell auf diese Themen gestoßen wird. Trotzdem sollten im Literaturverzeichnis solche wesentliche Werke für das Verständnis der Deutschen in den USA wie die drei Bde. Geschichte und Bibliographie der deutsch-amerikanischen Presse von Karl J. R. Arndt und May E. Olson oder die dreibändige amerikanischen Kulturgeschichte von Gert Raeithel unbedingt Berücksichtigung finden.[1]

Weit bedenklicher stimmt die knapp 20 Seiten umfassende Einleitung der Quellensammlung. Hier wird weder der aktuelle Forschungsstand des Themas präsentiert, noch ansatzweise auf gegenwärtige Diskussionspunkte und offene Fragestellungen aufmerksam gemacht. Eine populistische und legere Sprache führt zu einer teilweise oberflächlichen und fehlerbehafteten Darstellung, die kaum eine problembezogene tiefere Beschäftigung mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen anregen wird. Einige Peinlichkeiten hätten wohl auch durch ein sachkundiges inhaltliches Korrekturlesen vermieden werden können. So etwa auf den Seiten 2 und 3, wo dem ersten Höhepunkt der Einwanderung Deutscher in die USA in den Jahren 1749 und 1754 eine deutsche Auswanderungswelle Mitte des 18. Jh.s folgt. General Steuben wurde auch nicht von Friedrich II. nach Amerika geschickt (S. 4), sondern durch die Franzosen vermittelt. Spätestens nach dem Buch von Agnes Bretting über die sozialen Probleme deutscher Einwanderer in New York 1800–1860 aus dem Jahr 1981[2] herrscht auch weitgehend Einigkeit darüber, daß entgegen der Behauptung (S. 7) die „Little Germanies" sich positiv auf die Akkulturation der Deutschamerikaner auswirkten. Schließlich sollen die Achtundvierziger, also die politischen Emigranten nach der Niederlage der Revolution 1848/1849, gar schon 1839 in Ohio für ein Gesetzt gesorgt haben, welches den Deutschunterricht in Grundschulen vorsah (S. 8). Fraglich bleibt weiterhin die pauschale Aussage, daß die Pflege der deutschen Sprache die Akkulturation in die amerikanische Gesellschaft erschwert habe. Hier wird m. E. der Nachteil der oben angedeuteten Politikgeschichtsschreibung sehr deutlich. Kulturgeschichtlich gesehen bedeutete eine Pflege des Deutschtums im weitesten Sinne (Sprache, Presse, Vereine, Traditionen usw.), im 19. Jh. weitaus vielfältiger ausgeprägt als heute zu beobachten, eine Befruchtung des amerikanischen Lebens. Nur darüber leisteten die Deutschen ihren Beitrag zum „Schmelztiegel" USA. In diesem Zusammenhang wird in der neueren wissenschaftlichen Literatur der Begriff „Akkulturation" und schon lange nicht mehr der von *Fröhlich/Pommerin* genutzte „Assimilation" verwendet. Begibt man sich freilich auf die vorrangig politische Ebene der Betrachtung, muß man sich, um nicht als deutscher Kolonialagitator dazustehen, im Zusammenhang

mit der deutschen Einwanderung auf die Interessenlage der Amerikaner einlassen. Die USA wollten natürlich nur sehr bedingt ein „Schmelztiegel" sein. Wer in dieses Land kam, sollte sich schnellstens integrieren und Amerikaner werden, so wie ihn sich die Nachkommen der europäischen „Ureinwohner" als Ideal vorstellten. Ein Verständnis für und Verhältnis zu Fremden, daß ja selbst heute noch in Deutschland und seiner jüngsten Geschichte Staatspolitik ist.

Gerade weil die Bände der Freiherr von Stein-Gedächtnisausgabe dafür konzipiert sind, interessierte Laien an das jeweilige Thema heranzuführen, und weil der vorliegende Band das in Quellenauswahl und weiterführenden Literaturhinweisen auch erfüllen kann, sollte die Einführung auf dem aktuellen Wissensstand überarbeitet und problemorientiert bzw. populärwissenschaftlich-seriös dargeboten werden.

Falk Höppner

1 K. J. R. Arndt und M. E. Olson, Deutschamerikanische Zeitungen und Zeitschriften, 1732–1955. Geschichte und Bibliographie, Heidelberg 1961; G. Raeithel, Geschichte der nordamerikanischen Kultur, Weinheim 1987–1989.
2 A. Bretting, Soziale Probleme deutscher Einwanderer in New York City 1800–1860, Wiesbaden 1981.

***Robert L. Benson* und *Johannes Fried* (Hrsg.), Ernst Kantorowicz. Erträge der Doppeltagung Institute for Advanced Study Princeton, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1997, 296 S. (= Frankfurter Historische Abhandlungen 39).**

Ernst Kantorowicz (1895–1963), einer der wohl wichtigsten jüdisch-deutschen Mediävisten dieses Jahrhunderts, ist auf besondere Weise und zu allen Zeiten eine Herausforderung für seine Zunft gewesen: Vom Erscheinen seiner Biographie Kaiser Friedrichs II. 1927 angefangen, die den ehemaligen Freikorpskämpfer als Schüler Stefan Georges auswies, die zu einem anhaltenden Streit über die Legimität seiner Wahl von Darstellungsebene und -form führte und zum Entsetzen ihres Autors von Hitler zweimal gelesen wurde, über die Verdrängung aus dem universitären Lehramt in Frankfurt 1933 und schließlich 1938 aus der Heimat, über die Lehrtätigkeit des nunmehr amerikanischen Mediävisten in Berkeley, der die McCarthy-Aktivitäten ein Ende setzten, über die geistesgeschichtlich einflußreiche Arbeit „The King's Two Bodies" 1957, die erst 1990 ins Deutsche übersetzt wurde, führte der alles andere als gerade Weg eines Gelehrten, dessen Lebensgeschichte wie die vieler anderer seiner Zeitgenossen und Leidensgefährten Brüche deutscher Geschichte im 20. Jh. im Lebenswerk eines Mittelalterhistorikers widerspiegelt.

1993/94 veranstalteten die beiden Wirkungsstätten von Kantorowicz, die Universität Frankfurt am Main und das Institute for Advanced Study in Princeton, Tagungen zu seinem Gedenken, deren Beiträge zum größten Teil im vorliegenden Band abgedruckt werden. Sie weisen – das sei vorweggenommen – ebenso sehr das ernsthafte Bemühen um Auseinandersetzung mit Kantorowicz aus, wie sie gleichzeitig zu bilanzieren haben, daß es mit diesem ernsthaften Bemühen weder zu allen Zeiten gleich weit her gewesen ist, noch daß dieses Bemühen zu einer ernsthaften Rezeption des Werkes geführt hätte. Kantorowicz, der in seinen Werken stets „äußerste Quellennähe und höchste Genauigkeit" miteinander verband (so Horst Fuhrmann in seinem Nachruf auf Robert L. Benson, DA 52, 1996, S. 809), war und blieb in den Augen vieler Mediävisten seiner Zeit nicht nur Herausforderung, sondern auch Enigma. Nicht zuletzt darin dürfte seine Randstellung innerhalb des Faches begründet sein. „An den Rändern botanisiert", die „Heerstraßen" aber gemieden zu haben, das dürfte in den Worten wie-

derum Horst Fuhrmanns (FAZ 22. Dezember 1993, S. N 5) die vermutlich einzige Konstante in den Jahrzehnten seines Lebens gewesen sein.

Die Beiträge der beiden Tagungen nehmen in der reicher werdenden Literatur über Kantorowicz und den George-Kreis einen durchaus prominenten Platz ein. Aus dem Kreis der Kantorowicz-Forscher und Stefan-George-Kenner in Deutschland sowie aus dem kleinen, aber erlesenen Kreis der Schüler und Freunde Kantorowicz' in Deutschland und den Vereinigten Staaten stammen Beiträge, die in gewisser Weise hinter die Kulissen blicken lassen, nicht zuletzt deswegen, weil sie den hochwichtigen und bisher nur teilweise genutzten Nachlaß von Ernst Kantorowicz zu einer Rekonstruktion seiner geistigen Welt und Umwelt heranziehen. Aus dem Kreis der Kantorowicz nicht durch Schülerschaft verbundenen Forscher stammen wichtige Beiträge zur Einordnung seines Werkes in die Historiographiegeschichte des 20. Jh.s, sowohl in Deutschland als auch im angelsächsischen Raum und darüber hinaus.

Robert E. Lerner („Meritorious Academic Service": Kantorowicz and Frankfurt) beschreibt eingehend die kurze deutsche Universitätskarriere von Kantorowicz, beginnend mit der Ernennung zum Honorarprofessor in Frankfurt 1930 und endend mit dem Verlassen Deutschlands im Winter 1933/34. – *Otto Gerhard Oexle* (German Malaise of Modernity: Ernst H. Kantorowicz and his „Kaiser Friedrich der Zweite") ordnet den George-Kreis im allgemeinen sowie Kantorowicz im speziellen in die deutschen Diskussionen der Jahrhundertwende und der Weimarer Zeit um die Bedeutung der mittelalterlichen Geschichte für die Politik der damaligen Gegenwart ein. Im Ergebnis ist für ihn die Friedrich-Biographie selbst aus der Perspektive der dreißiger Jahre „an outdated book" (S. 54), schärfer noch: „I think, that *this* book by Kantorowicz does not really have anything to offer us today" (S. 55). – *Eckhart Grünwald* („Übt an uns mord und reicher blüht was blüht!" Ernst Kantorowicz spricht am 14. November 1933 über das „Geheime Deutschland") analysiert und ediert diesen wohl wichtigsten Text zum „Geheimen Deutschland" aus dem George-Kreis überhaupt, den Kantorowicz als „Antrittsvorlesung" nach einsemestriger Lehrpause in der Frankfurter Universität vortrug und interpretiert ihn als eines der herausragenden Zeugnisse offenen Widerspruchs gegen den Nationalsozialismus an deutschen Universitäten in diesen Monaten. – *Hans Belting* (Images in History and Images of History) skizziert, vom Standpunkt des Kunsthistorikers aus gesehen, eindringlich Kantorowicz' Umgehen mit historischen Bildern (in beiderlei Sinn des amerikanischen Titels). – *Robert E. Lerner* (Kantorowicz and Continuity) stellt in den Werken von Kantorowicz „a steady commitment to pursuing the theme of continuity" fest (S. 120) und exemplifiziert das u. a. an seinen Studien über den Zeitbegriff im 13. Jh. – *David Abulafia* (Kantorowicz, Frederick II and England) beschäftigt sich mit England und den Engländern als Thema der Friedrich-Biographie, sodann mit der Rezeption dieser Biographie in England und schließlich mit Kantorowicz' Oxford-Aufenthalt 1934. – *Peter Schöttler* (Ernst Kantorowicz in Frankreich) beobachtet, daß Kantorowicz seit etwa 1980 in Frankreich stark rezipiert wurde, was u. a. in seiner Bezeichnung als „le Marc Bloch d'outre-Rhin" durch Guy Bois (S. 155) seinen Ausdruck fand, und wertet diese Vorgänge als „eines der (vielen) Symptome der Krise ..., die die sogenannte 'nouvelle histoire' ... erfaßt hat" (S. 161). – *Eckhart Grünwald* („Not Only in Learned Circles": The Reception of *Frederick the Second* in Germany before the Second World War) sichtet die Rezeption der Friedrich-Biographie außerhalb der Fachwissenschaft. – *Johannes Fried* (Ernst H. Kantorowicz and postwar historiography. German and European perspectives) stellt heraus, daß Kantorowicz in Deutschland im wesentlichen nur aufgrund seiner Biographie

Friedrichs II. bekannt war, während seine übrigen Werke allenfalls in kleinen Kreisen von speziell an Liturgie und politischer Theorie interessierten Historikern gelesen und rezipiert wurden. – *Robert L. Benson* (Kantorowicz on Continuity and Change in the History of Medieval Rulership) zieht bis heute unveröffentlichte Vorlesungsmanuskripte von Kantorowicz heran, aus denen er dessen Mißtrauen gegenüber allgemeinen Begriffen und Konzepten ableitet; Kantorowicz „was impatient of theory" (S. 202). – *Carl Landauer* (*The King's Two Bodies* and Kantorowicz's Constitutional Narrative) sieht in diesem zweiten Hauptwerk den Verfasser auf dem Weg zum empirisch vorgehenden und jeder Mystifizierung abholden Forscher. – *Ralph E. Giesey* (The Two Bodies of the French King) führt seine eigenen Arbeiten zu diesem Thema fort und betont Zusammenhänge wie Unterschiede zwischen den englischen und den französischen Vorstellungen zu den Zwei Körpern. – *Charles Davis* (Kantorowicz and Dante) bescheinigt Kantorowicz eine zwar weitgespannte, aber ungleichmäßige Kenntnis Dantes, den er in seinen Hauptwerken teils offen, teils verdeckt häufig zitierte. – *Jean-Philippe Genet* (Kantorowicz and the *King's Two Bodies*: A non Contextual History) setzt sich vor allem mit Kantorowicz' Methode auseinander: Aneinandergereihte Zitate aus Quellen sehr verschiedener Herkunft, die gewissermaßen zeitlos und invariant nebeneinandergestellt werden, bilden wesentliche Teile der Argumentationsstränge. Zusammenhänge werden nicht immer hergestellt; dennoch erbringt die Methode Resultate. – *Ihor Ševčenko* (Ernst H. Kantorowicz (1895–1963) on Late Antiquity and Byzantium) kann nur relativ wenige ausführlichere Auseinandersetzungen mit der Spätantike, um so mehr dafür mit der Geschichte Byzanz' ausfindig machen, nicht zuletzt in den ungedruckten Vorlesungsmanuskripten.

Die in Aufsatzform gebrachten Vorträge bieten ein dichtes Panorama von Werk und Wirksamkeit einer der Ausnahmegestalten der deutsch-amerikanischen Geschichtsforschung unseres Jahrhunderts. Nahezu unisono stellen sie die grob verzerrenden Bewertungen des amerikanischen Historikers Norman F. Cantor richtig, der in seinem Buch „Inventing the Middle Ages" (1991) Kantorowicz gemeinsam mit Percy Ernst Schramm unter dem mindestens entstellenden, wenn nicht bösartigen Signum „The Nazi Twins" behandelt hatte. Es geht den Autoren um die differenzierende Herausarbeitung der Unterschiede zwischen politisch und gesellschaftlich elitären Haltungen, wie sie Kantorowicz zweifellos verkörperte, einerseits und der Hinnahme, wenn nicht Förderung des Nationalsozialismus andererseits, wie sie Kantorowicz zweifellos nicht verkörperte. Die Geschichte deutscher Intellektueller konservativer Prägung ist im 20. Jh., wie sich auch am Beispiel Kantorowicz' zeigen läßt, eben nicht auf einfache Formeln zu bringen.

Das Zentrum der amerikanischen Beiträge liegt in der Spätzeit des Wirkens von Kantorowicz. „Laudes Regiae" (1946) und „The King's Two Bodies" (1957), die beiden Hauptwerke aus dieser Zeit, dienen als Referenzpunkte für die Frage nach Kontinuität und Wandel in der Geschichtsauffassung und der Darstellungsweise ihres Verfassers. Angesichts der – euphemistisch gesagt – zögerlichen Rezeption dieser Werke in Europa insgesamt und in Deutschland im besonderen öffnen sich hier neue Horizonte, die jenseits der bisher betriebenen Auseinandersetzung mit Kantorowicz als Angehörigem des George-Kreises (vor allem durch Grünwald und Stefan Breuer) liegen.

Kantorowicz hatte präzise Vorstellungen von seinem eigenen Nachruf: „Und vergessen Sie nicht, meine Kochkunst zu erwähnen. Kochen ist das einzige, wovon ich wirklich etwas verstehe." (zitiert S. 14 Anm. 1) Kokettiererei? Wohl eher die Souveränität dessen, den das Leben mehr gelehrt hatte, als er verlangt haben mag. Eine Souveränität, der nicht zuletzt manche Deutschen Respekt zu zollen

gehabt hätten, denen an Kantorowicz nicht nur seine Kochkunst gleichgültig war.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Anekdote, die Ševčenko mitteilt (S. 285): daß der Byzantinist Kurt Weitzmann ihm bei einem gemeinsamen Aufenthalt im Katharinenkloster auf dem Sinai im September 1963 völlig verstört die Nachricht vom Tode Kantorowicz' überbracht und er selber, Ševčenko, für den Juden Kantorowicz am Katharinengrab heimlich eine Kerze entzündet habe, was offen zu tun der Abt des christlichen Klosters ihm tags zuvor untersagt hatte. Es sind diese Geschichten, die Geschichte symbolhaft faßbar machen.

Thomas Vogtherr

***Astrid Gehrig*, Nationalsozialistische Rüstungspolitik und unternehmerischer Entscheidungsspielraum. Vergleichende Fallstudien zur württembergischen Maschinenbauindustrie, R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 364 S. (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, Bd. 5).**

***Petra Bräutigam*, Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs, R. Oldenbourg Verlag, München 1997, 449 S. (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, Bd. 6).**

In der von Dieter Langewiesche und Klaus Schönhoven herausgegebenen Reihe „Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland" sind zwei Studien erschienen, die am Beispiel von einzelnen Firmen die Dynamik unternehmerischer Handlungsspielräume und sozialer Verhaltensweisen von mittelständischen Wirtschaftsführern im Nationalsozialismus darlegen. Beide Darstellungen thematisieren in unterschiedlichem Maße die generelle Ausgestaltung wirtschaftlicher Transaktionen unter den Bedingungen der restriktiven Wirtschaftspolitik im Nationalsozialismus. Dabei rücken gleichermaßen die sich verengenden Spielräume der Geschäftsleitungen und die Frage der individuellen Verantwortung von Unternehmern ins Blickfeld.

Astrid Gehrig untersucht in ihrer Arbeit drei württembergische Maschinenbaubetriebe, die Gebr. Boehringer GmbH, die Werner & Pfleiderer KG und die Fortuna-Werke AG. Sie beschränkt sich dabei weitgehend auf die Entwicklung der Einzelunternehmen. Die betrieblichen und technischen Anpassungsprozesse, die der Nationalsozialismus den Firmen abforderte, zwang diese, innerhalb des Systems nach Ausflüchten und Alternativen zu suchen. So konnte die Gebr. Boehringer GmbH in Göppingen, die als Werkzeugmaschinenfabrik rasch von der Binnenkonjunktur profitierte, den nötigen Ausbau der Produktionsanlagen 1939/40 erst nach endlosen Konflikten mit den Reichsministerien für Arbeit und Wirtschaft realisieren. In solchen Auseinandersetzungen kam ein „ungebrochenes unternehmerisches Selbstbewußtsein" zum Ausdruck, gepaart mit „Verständnislosigkeit gegenüber einem Lenkungsapparat, dessen verschiedene Instanzen sich gegenseitig lähmten" (S. 94). Insgesamt bleibt die Darstellung der Wirtschaftspraxis, die an die Arbeiten von Tilla Siegel, Thomas von Freyberg und Paul Erker anknüpft, zu sehr an Einzelbeispielen hängen: Der schwierige Zusammenhang zwischen der gesamtwirtschaftlichen Situation und dem jeweiligen Branchentrend einerseits sowie der betrieblichen Einzelentwicklung andererseits wird zugunsten einer detaillierten Betriebsanalyse vernachlässigt. Die Darstellung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des deutschen Maschinenbaus zwischen 1933 und 1945 umfaßt ganze drei Seiten, was schon deshalb bedauerlich ist, weil der Maschinenbau als 'Schlüsselindustrie' der deutschen Wirtschaft bis 1945 in besonderer Weise die wirtschaftspolitischen Ambitionen des Dritten Reiches verdeutlicht. Hier wäre

auch eine intensivere Nutzung der Bundesarchivbestände der Wirtschaftsgruppen und des Speer-Ministeriums wünschenswert gewesen, zumal gerade für den Werkzeugmaschinenbau aussagefähige Akten und statistisches Material verfügbar sind.

Petra Bräutigam analysiert die Entwicklung der Leder- und Schuhindustrie Südwestdeutschlands ebenfalls in starkem Bezug auf einzelne Firmen. Ihre Synthese von Wirtschafts- und Betriebsentwicklung ist allerdings schlüssig und methodisch anregend für die regionale Branchengeschichte. Ausgehend von einer Darstellung der Situation der Leder- und Schuhindustrie, die als besonders im- und exportabhängige Branche bereits im Ersten Weltkrieg massive Umsatzeinbrüche und den Verlust wichtiger Weltmarktpositionen zu verkraften hatte und sich erst wieder zu Beginn der dreißiger Jahre langsam konsolidieren konnte, kommt Bräutigam zur Entwicklung der einzelnen Firmen, die sich in diesem generellen Trend durchaus unterschiedlich zeigt. Während ein Unternehmen wie das Lederwerk Carl Freudenberg in Weinheim/Bergstraße als exportorientierter Hersteller von Oberleder ab 1929 dramatische Umsatzeinbußen in Kauf nehmen mußte und langfristig in die Kunstlederproduktion auswich, konnte die Salamander AG in Kornwestheim aufgrund der Firmenvereinigung 1930 und ihres Filialsystems selbst zwischen 1930 und 1933 Umsätze und Belegschaft steigern und ab 1933/34 durch die Umstellung der Produktion „auf Schuhwerk für die Wehrmacht und für die Gliederungen der NSDAP" (S. 155) Spitzengewinne erwirtschaften.

Freilich geriet dieser Boom im Zuge der expandierenden Rohstoffkontingentierung ins Stocken. Den Instrumentarien der NS-Behörden zur Reglementierung der Wirtschaft und den spezifischen Folgen dieser Politik für die Schuh- und Lederbranche widmet Bräutigam in der Darstellung einen angemessen großen Raum. Die stellenweise Wiederholung bekannter Zusammenhänge läßt sich mit der unmittelbaren Relevanz der Wirtschaftsmaßnahmen für die Einzelfirmen rechtfertigen. „Die Ausweitung der Wirtschaftsbürokratie seit 1934 und daraus folgende Planungsfehler bereiteten den Betrieben große Schwierigkeiten" (S. 133).

Einen weiteren Schwerpunkt in *Bräutigams* Arbeit bildet die Frage der „Arisierung" von Schuh- und Lederfabriken und die Haltung einzelner Unternehmer zur Verfolgung und Ausrottung der Juden. Die Bandbreite der Verhaltensmöglichkeiten begann bei einem ambitionierten Aneigner jüdischen Vermögens wie Carl Kaess, der durch seine Bereitschaft zur Übernahme „arisierter" Firmen die NS-Judenpolitik zusätzlich dynamisierte, und reicht bis zu Richard Schweitzer, der als Mitarbeiter der Wirtschaftsinspektion Nord in Litauen Zeuge von Judenerschießungen wurde und daraufhin das Verbergen von Juden in seinem Inspektionsbereich duldete und „jüdische Fachleute von geschlossenen Betrieben in vollarbeitende Betriebe in anderen Städten" (S. 361) überführte. Als das herauskam, wurde Schweitzer aus der NSDAP ausgeschlossen und ein Verfahren des Sicherheitsdienstes der SS gegen ihn eingeleitet, dem er nur durch Versetzung zur kämpfenden Truppe entkam. Ökonomisches Unternehmerkalkül konnte also sehr wohl an moralische Grenzen stoßen, die die Menschen trotz aller Repressionen selbst setzten.

Die Motivlagen von Unternehmern im NS-Wirtschaftsgefüge finden in beiden Studien große Beachtung. Hier liegt auch die Stärke von *Gehrigs* Arbeit, indem sie am Beispiel von Wirtschaftsfunktionären zeigt, wie es trotz des totalen Herrschaftsanspruchs möglich war, betriebliche Interessen innerhalb der NS-Wirtschaftsbürokratie zu plazieren. So konnte Rolf Boehringer als Vorsitzender des Arbeitsausschusses Drehbänke des Speer-Ministeriums im Zuge der Stillegungsaktionen „Einfluß auf die Verteilung der freigesetzten Arbeitskräfte ausüben und zugleich den Kreis der Konkurrenten beschneiden" (S. 212). Allein das diese Einflußmöglichkeit bestand, führte zu Unterstellungen, denen sich Boehringer mit

Appellen an die „Zurücksetzung aller egoistischen Interessen" (S. 211) und die Begünstigung anderer Firmen zu erwehren suchte; letzteres legte er sich selbst nach dem Krieg im Spruchkammerverfahren als „aktiven Widerstand" aus (S. 214).

Der „überragende Otto Fahr" (Willy A. Boelcke), Geschäftsführer der Werner & Pfleiderer KG in Feuerbach, handelte als Rüstungsobmann „im Interesse der Industrie und damit in Konfliktfällen gegen die gegenläufigen Ambitionen von Rüstungskommandos, Rüstungskommission und Wehrkreisbeauftragten" (S. 291). Fahrs außerordentliche Vertrauensstellung in der württembergischen Industrie erlaubte es ihm zudem, informelle Treffen von Wirtschaftsführern zu veranstalten, auf denen ab der zweiten Kriegshälfte Unternehmer ihre Fundamentalkritik am NS-Wirtschaftssystem unter der Hand äußern konnten. Die Achtung vor solchem Mut darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß Funktionäre wie Fahr gerade durch ein solches Verhalten Bestandteil des polykratisch-divergierenden Systems blieben und an der „chaotischen Macht- und Kompetenz-Konkurrenz" (S. 11) teilhatten.

Die letztlich katastrophalen Folgen dieses polykratischen Chaos für die einzelnen Unternehmen verdeutlicht auch Bräutigam. Die massive Entsolidarisierung der Betriebe angesichts immer knapperer Rohstoffe verschärfte nicht nur die Konkurrenz, sondern zwang die Geschäftsleitungen auch, nach neuen Wege der Durchsetzung betrieblicher Interessen zu suchen. Konflikte mit Reichsstellen über Kontingentierungsfragen und Stillegungsbescheide waren vorprogrammiert. Dabei kristallisierten sich verschiedene Strategien des Umgangs mit Reichsstellen heraus. Erfolgreich selbst gegen ausgesprochene Stillegungsbescheide waren Unternehmen, die sich in ihrer Verteidigung auf Machtinstanzen des NS-Staates berufen konnten, wie etwa die Gebr. Räuchle in Backnang, deren Besitzer als Frontoffizier immer wieder die Kriegswichtigkeit seines Unternehmens von der Wehrmacht bescheinigt bekam und damit über den Krieg retten konnte. Demgegenüber war die Rechtfertigung von Verstößen gegen Produktionsauflagen mit dem Hinweis auf fachliche Notwendigkeit oder gar auf die Inkompetenz der verordnenden Reichsstellen ungeeignet, die Firmenposition in Konflikten zu stärken. Die Reichsstellen waren angesichts ständigen Rohstoffmangels nicht willens, Präzedenzfälle für Großmütigkeit zu schaffen.

Insgesamt – und dies ist ein wichtiges Ergebnis beider Studien – stellte das NS-System für die deutsche Wirtschaft trotz erhöhter, freilich streng kriegswirtschaftlich ausgerichteter Binnennachfrage eine erhebliche Belastung dar: Die Folgen der Erosion tradierter Wirtschaftspraxis und der Verschwendung knapper Ressourcen in Kompetenzkonflikten werden an Einzelunternehmen besonders deutlich und relativieren das 'Wunder' genereller Produktionssteigerungen in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Die Polykratie des Nationalsozialismus entfaltete sich mangels institutioneller Gegenkontrollen auch im Bereich der Wirtschaft zur sozialen Katastrophe.

Beide Arbeiten vertiefen Anstöße für eine differenzierte Diktaturgeschichte und zeigen die Möglichkeit, auch für das Dritte Reich die „Grenzen der Diktatur" (Ralph Jessen) aufzuzeigen. Nicht allein die offensichtliche Zerstörung von Menschen und Ressourcen bleibt dabei im Blickfeld der Historiker, sondern ebenso jene Hemmnisse, die sich der schleichenden Unterminierung der Gesellschaft und der Erosion tradierter Beziehungen entgegenstellten oder sie wenigstens hemmten. Unternehmer setzten die totalen Herrschaftsansprüche nie unmittelbar um, sondern brachen sie über ihre eigene soziale Wahrnehmung, ihr Selbstverständnis und ihre ökonomische Interessen.

Oliver Werner

***Avishai Margalit*, Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung, aus dem Amerikanischen von G. Schmidt und A. Vonderstein, mit einem Vorwort von Fritz Stern, Verlag Alexander Fest, Berlin 1997, 2. Aufl., 336 S.**

Margalit[1] unternimmt den Versuch, eine „gute" Gesellschaft nicht von einem wie auch immer zu füllenden Gerechtigkeitsideal her zu konzipieren, sondern er geht von der subjektiv empfundenen Würde des Subjektes (Individuum oder Gruppe innerhalb der Gesellschaft) aus. Diese Vorstellung von subjektiver Würde entfaltet *Margalit* begriffsanalytisch in verschiedenen Dimensionen und leitet daraus Strukturmerkmale einer „anständigen" Gesellschaft ab: Positiv ist diese Gesellschaft durch „Achtung" vor der Würde der Gesellschaftsmitglieder bestimmt, negativ ist sie abzugrenzen von Gesellschaften, die durch institutionelle, mentale oder sonstige Verachtung ihrer Mitglieder mitgeprägt sind. In den ersten drei Hauptteilen entfaltet *Margalit* die Begriffe Demütigung, Achtung und Anstand, um mit diesen normativ die Beschaffenheit einer anständigen Gesellschaft zu entwerfen. Im vierten Hauptteil stellt er – unter einem etwas irreführenden Titel – verschiedene gesellschaftliche „Institutionen" auf den Prüfstand. Seine anständige Gesellschaft mit einer gerechten Gesellschaft im Sinne von John Rawls vergleichend schließt *Margalit* seine Überlegungen ab.

In Vorbemerkung und Einleitung stellt *Margalit* seine Perspektive als querliegend zu den üblichen politiktheoretischen Prämissen von Platon bis Rawls dar (S. 11) und setzt seine „anständige Gesellschaft" von Vorstellungen einer „zivilisierten", „respektablen" und einer „gerechten" Gesellschaft ab (S. 15). Eine Gesellschaft kann er – seine Prämissen makroethisch und ex negativo setzend – dann als anständig akzeptieren, wenn ihre *Institutionen* nicht demütigen. Gegen Auffassungen anarchistischer Herkunft (Grundauffassung: Institutionen demütigen immer) und stoischer sowie christlicher Herkunft (Grundauffassung: Ein innerlich wahrhaft freies Subjekt kann nicht gedemütigt werden) setzt er die These: „Institutionelle Regelungen sind nicht notwendigerweise, aber potentiell demütigend." (S. 17) Die politische Reichweite seiner Überlegungen legt er auf Nationalstaaten fest, da momentan v. a. diese über die technischen und bildungspolitischen Instrumentarien für die Schaffung einer anständigen Gesellschaft sowie aufgrund ihres Gewaltmonopols über das normative und faktische Potential zur institutionellen Demütigung verfügen könnten. Von einem Sozialismus Orwellscher Prägung inspiriert, setzt *Margalit* folgende Norm politischer Ethik: „Es ist sehr viel dringender, unerträgliche Übel zu beseitigen, als Gutes zu schaffen." (S. 19) Er arbeitet also explizit an einer politischen Ethik ex negativo, deren Überlegungen an konkret erfahrbaren Übeln beginnen. Diese normative Prämisse entspricht logisch der Beobachtung, daß es evtl. überhaupt keine Handlungen gebe, die man – im Sinne etwa militärischer Ehrenbezeugungen – als Achtungsbezeigung identifizieren könne, sondern die Achtungsbezeugung ein Nebenprodukt einer anderen Intention sei, daß es jedoch spezifische demütigende Handlungen gebe, beispielsweise jemandem ins Gesicht zu spucken. Demütigung sei also leichter identifizierbar.

Eine derartige politische Ethik erfordert, die Achtung vor Menschen zu begründen: Der positiven Rechtfertigung (menschliche Fähigkeit zur Reue und Änderung des Lebens als radikale Freiheit im Unterschied zur Tierwelt) und der als potentiell rassistisch demaskierten skeptischen Rechtfertigung (Haltung der Achtungsbezeugung vorhanden und daher Respekt vor Menschen ethisch geboten) stellt *Margalit* eine Rechtfertigung ex negativo gegenüber: Achtung ist Vermeidung von Demütigung, weil Demütigung eine Grausamkeit ist, die man nur Menschen antun kann. Menschen sind physisch und – auch durch symbolische Akte – psychisch verletzbar, womit ein Nexus zwischen Grausamkeit und Demütigung bestehe. Natürlich ist jede Grausamkeit gegenüber Menschen und Tieren falsch,

jedoch leidet nur der Mensch unter der Variante Demütigung. Da Grausamkeit vermeidendes Verhalten moralisches Verhalten schlechthin ist, endet hier auch der Bedarf nach weiterer Begründung für anständiges Verhalten. Dabei ist eine Vorstellung von Achtung eine unerläßliche Voraussetzung für jede Demütigung, da ohne eine solche Vorstellung ein absichtlicher Akt von Entwürdigung formallogisch nicht möglich ist.

Für eine Demütigung ist es konstitutiv, einen Menschen unmenschlich zu behandeln. Da es Menschen angeboren sei, Menschen als Menschen wahrzunehmen, sei es *erlernt*, Menschen nicht-menschlich zu behandeln: als ob er ein Objekt, eine Maschine oder ein Tier wäre oder als ob er zur Menschheitsfamilie nicht dazugehörte. Letzteres faßt *Margalit* unter den Terminus: „als Untermenschen behandeln" und somit aus der Menschheitsfamilie ausschließen, wobei es verschiedene Varianten gibt: einem Menschen die Fähigkeit zur Kontrolle über sich selbst und seine Angelegenheiten direkt oder indirekt zu entziehen und dieses zu dokumentieren, einen Menschen zu ignorieren, Erwachsene wie Kinder zu behandeln (nach dem Muster antiker Sklavenhaltergesellschaften) – wobei sich auch die grausamsten Täter über das Menschsein ihrer Opfer im klaren sind (vgl. Himmlers Posener Rede).

Es liegt, so der Autor, in der besonderen Natur von „Demütigung", warum sie gegenüber „bloßer Ungerechtigkeit" als entwürdigender empfunden wird. *Margalit* definiert: „Unter Demütigung verstehen wir alle Verhaltensformen und Verhältnisse, die einer Person einen rationalen Grund geben, sich in ihrer Selbstachtung verletzt zu sehen. So verstanden, stellt Demütigung weniger eine psychologische als vielmehr eine normative Kategorie dar … Als Grund für das Gefühl der Demütigung – und das ist hier das Entscheidende – ist alles anzusehen, was Folge des Verhaltens anderer Menschen uns gegenüber ist …" (S. 23)[2] Für den Gedemütigten entsteht die Entwürdigung durch das strukturelle Paradox, daß die Demütigung Schuld- und Schamgefühle gleichzeitig auslöst: Der Gedemütigte wird zum einen gekränkt, d. h. für *Margalit*: in seiner sozialen Ehre verletzt; er wird zum anderen gedemütigt, in seiner individuellen Selbstachtung verletzt. Er sieht sich also gleichzeitig mit den Augen des Peinigers als ein Mensch, der aus der Menschengemeinschaft ausgeschlossen werden *soll*, und mit seinen eigenen Augen als ein existenziell Bedrohter, der die Kontrolle über sich und seine unmittelbaren Interessen völlig verliert. Die Selbstachtung ihrerseits ist konzeptionell sowohl eine Selbstbeziehung einer Person als auch von Denken und Verhalten anderer Personen abhängig – aufgrund der evidenten Tatsache, daß sich alle Menschen gegenseitig als Teil der Menschheit erkennen und dadurch Achtung verdienen. Aufgrund dieser Struktur von Selbstachtung kann Demütigung (als Verletzung dieser Selbstachtung) vom Subjekt logischerweise nicht ignoriert werden, etwa durch stoische oder christliche Argumentationsstrategien. (S. 153)[3] Dieses Paradox der Entwürdigung kann auch durch Institutionen entstehen (S. 158).

Am Beispiel von Onkel Tom aus der Geschichte „Onkel Toms Hütte" zeigt *Margalit* – unter Übernahme der Kritik Nietzsches an der christlichen „Sklavenmoral" und der dieser innewohnenden Ressentimentverlagerung – die Bedeutung von Rechten für eine anständige Gesellschaft auf: Eine solche Gesellschaft kann das für sie per definitionem notwendige Konzept von Selbstachtung und Demütigung nur entwickeln, wenn sie auch über einen Begriff von Rechten verfügt. *Margalit* zeigt im Vorfeld auf, daß Pflichtgesellschaften und rein zweckethische Gesellschaften schon konzeptionell die Verletzung der Selbstachtung ihrer Mitglieder nicht verhindern können. Rechte, die *Margalit* als „Interessen, die an und für sich gut sind" definiert, erweisen sich hingegen als eine hinreichende Bedingung für Achtung. Dieses Kriterium gilt eo ipso für die Menschenrechte (S. 58). Dementsprechend formuliert *Margalit* Würde, den Gegenbegriff zu

Demütigung, als dasjenige Verhalten, das den Bereich der menschlichen Ehre absteckt (S. 75).

Die Integration des Konzepts von Rechten in das der anständigen Gesellschaft erlaubt dem Verf. bereits grundsätzliche Folgerungen für die Struktur einer solchen Gesellschaft hinsichtlich ihrer Mitglieder: Eine Demütigung ist der Ausschluß aus legitimen identitätsstiftenden Gruppen, die es innerhalb einer solchen Gesellschaft gibt, oder deren Ignorierung; auf keiner der vier Ebenen von Staatsbürgerschaft (rechtlich, politisch, sozial, symbolisch) darf ein Mitglied ausgeschlossen werden (auch nicht durch Behandlung als Bürger zweiter Klasse oder durch Erklärung zu Nicht-Erwachsenen wie in imperialistischen Kolonialreichen); und es sind kulturelle sowie ästhetische Zugeständnisse nötig, wobei oft eine Gratwanderung zwischen Kritik und Zurückweisung, d. h. Kritik und Demütigung, zu bestehen ist (v. a. S. 212-218 mit einem Vorschlag zur Abgrenzung). *Margalit* exemplifiziert dies an der Struktur der hegemonialen Kultur, die keine entwürdigenden Kollektivvorstellungen enthalten darf, an der Beachtung in ihren Lebensformen abweichender, aber nicht-demütigender Untergruppen, am individuellen und institutionellen Umgang mit Pornographie und am vernunftbegründeten Gebot der Toleranz.[4]

Abschließend vergleicht *Margalit* seine „anständige Gesellschaft" mit der „gerechten Gesellschaft", wie sie John Rawls in seiner „Theorie der Gerechtigkeit"[5] konzipiert hat: Bei allen Überschneidungen sei eine gerechte Gesellschaft nicht notwendigerweise anständig (S. 310). Es könne eine materielle und immaterielle Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet sein, die aber dennoch – z. B. bei einer tierfütterungsähnlichen Lebensmittelverteilung vom LKW herab – mit demütigenden Verfahren arbeite. Darüber hinaus können faktische Mitglieder einer Gesellschaft gedemütigt werden, indem sie als Mitglieder nicht anerkannt würden wie die illegalen mexikanischen Einwanderer in den USA oder Nicht-Kibbuz-Mitglieder auf den Kibbuzim; der Status von Nicht-Mitgliedern in Rawls gerechter Gesellschaft bleibe ungeklärt. In einer gerechten Gesellschaft werde zudem die Beteiligung an Ritualen nicht berücksichtigt, die aber für eine anständige, die Bedeutung identitätsstiftender Gruppen ernstnehmende Gesellschaft zentral sei (S. 316). Identitätsstiftende Gruppen seien wichtig, da eine Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse tolerant gegenüber Widerspruch und ggf. Abwanderung sein müsse (S. 319). – Die in diesen Forderungen faßbarer kritische Distanzierung von Rawls läßt vermuten, daß *Margalit* weitaus höhere Ansprüche an eine ethisch akzeptable Gesellschaft stelle. Diese Vermutung täuscht: er beschreibt die Reichweite seiner Theorie mit der Bergsteiger-Metapher, wonach zuerst der nächste Zwischengipfel alle Anstrengungen erfordere; er verlangt, an Idealen der Gerechtigkeit usw. festzuhalten, sieht aber für die anständige Gesellschaft – aufgrund der eindeutigen Erlebbarkeit von Demütigung – bessere Realisierungschancen. Die anständige Gesellschaft sei die zweitbeste Annäherungsstufe – im Sinne des oben genannten Primats der Beseitigung offenkundiger Übel.

Mit dieser pragmatischen Orientierung formuliert der Philosoph einen Entwurf, den er von den gängigen Theorietypen Gödels, Rawls und der Kritischen Theorien absetzt[6] und als nichttheoretischen Diskurs qualifiziert: „Es scheint, als erfordere eine anständige Gesellschaft eine kritische Theorie. Was ich hier liefere, ist nach meinem eigenen Verständnis weder eine kritische noch eine sonstwie geartete Theorie. Es ist überhaupt keine Theorie." (S. 329) Mittels einer von der Alltagssprache z. T. abweichenden Begriffsanalyse (vor allem von „Demut") will der Verfasser eine Geschichte über die anständige Gesellschaft anbieten, wobei als Protagonisten dieser Geschichte Begriffe auftreten. Diese Begriffe „entstammen allesamt der Rhetorik des Erhabenen im moralischen und politischen Diskurs" – wobei sich *Margalit* der Risiken (emotionale Aufladung, Abgleiten in reine Predigt

oder bloßes Gerede) durchaus bewußt ist. Trotz dieser Risiken muß neben dem logischen Gehalt der Empfindungsgehalt dieser Begriffe dargestellt werden, da sie – qua Subjektbezogenheit – auch Sachgehalt besitzen. *Margalit* schließt: „Ich habe das semantische Feld des Konzepts einer anständigen Gesellschaft anhand von Begriffen entworfen, die Empfindungsgehalt besitzen. Wir sind gut beraten, ihnen auch Sachgehalt zuzusprechen." (S. 332)

Zu dieser Konzeption sei hier kritisch angemerkt: *Margalits* Optik, die sich auch in ihrer begriffsanalytischen Arbeit an einer lebensweltbezogenen Wahrnehmung von Gesellschaft mittels emphatisch aufgeladener Begrifflichkeit orientiert, steht quer zu den üblichen politiktheoretischen Prämissen, ohne sie grundsätzlich in Frage zu stellen. Mit der emphatisch aufgeladenen Begrifflichkeit gelangen bestimmte normative Prämissen in den Diskurs. Es schließt sich daran die Frage an, ob die „anständige Gesellschaft" – auch unter Berücksichtigung von *Margalits* Bergsteigermetapher – als utopische Zielvorstellung für politisch-gesellschaftliches Handeln ausreichend ist. Mein Antwortversuch geht dabei in dreierlei Richtung: 1. *Margalits* Entwurf geht, dem ausdrücklichen Anspruch entsprechend, über einen Kommunitarismus hinaus, der mittels der Schaffung eines „politisch korrekten" Konsensdruckes Ingroups ethisch stabilisieren will und somit vor einem totalitären Risiko nicht genügend gefeit scheint. Damit öffnet der Entwurf erfreulicherweise für den gehobenen halböffentlichen politischen Diskurs Denkspielräume, die über die Dichotomie Individualismus vs. Gemeinschaft hinausreichen. 2. Er knüpft mit seinem Begriff von Demütigung an einer von den Subjekten in unterschiedlichen Kulturzusammenhängen erlebbaren und diesem Sinn „meßbaren" Lebenswelt an. Damit kann dieser Diskurs konkrete Maßnahmen und utopische Zielvorstellungen in einen Beurteilungszusammenhang bringen. *Margalits* Ansatz, aus der Leidens- bzw. Negativerfahrung heraus zu argumentieren, blendet utopische Potentiale nicht aus. Im Gegenteil: Er leistet im Zeitalter nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus (als Versuches einer Utopieverwirklichung) und im Klima einer generellen Utopieskepsis einen vielversprechenden Versuch, utopische Potentiale durch Lebensweltnähe zu rehabilitieren. Damit entgeht er der Gefahr, sich durch die gängigen neoliberalen Politiken und Ideologien vereinnahmen zu lassen. 3. Der Ansatz bleibt kompatibel mit bereits formulierten Gerechtigkeits- und Respektabilitätsansprüchen, fällt also nicht in bestimmten Teilbereichen hinter anderswo Geleistetes zurück.

Im vierten Hauptteil, den ich im folgenden referiere, nimmt *Margalit* verschiedene Institutionen auf den Prüfstand – wobei er den Begriff „Institution" hier sehr weit faßt. Unter dem Stichwort Snobismus, der seinen historischen Beitrag zur Herausbildung einer anständigen Gesellschaft geleistet und somit seine Schuldigkeit getan hat, behandelt er u. a. den Zusammenhang von Brüderlichkeit (= identitätsstiftendes Gruppengefühl) und Initiationsriten, verurteilt entwürdigende Initiationsriten als zu hohen Preis für „Brüderlichkeit" und fordert am Beispiel der Diskussion um die Tschador tragende Schülerin aus Paris das Toleranzprinzip gegenüber abweichenden körperlichen Merkmalen und abweichender Kleidung ein. Als eine fundamentale Demütigung betrachtet er die Verletzung von Privatsphäre, da die Abgrenzung „öffentlicher Bereich" vs. „Privatsphäre" als solche kulturinvariant sei; dies betreffe Abhören und Postüberwachung, da die Verletzung der Privatsphäre der Aufdeckung von Abweichungen, letzthin der Erklärung abweichenden Verhaltens zu nichtmenschlichem Verhalten diene. Klatsch hingegen könne auch demütigen, sei aber keine institutionelle Form der Demütigung; deutlich werde das am Beispiel der Paparazzi, die ihrem Objekt ständig den Kontrollverlust über sich selbst signalisierten. Demütigend sei auch der Einbruch in die Intimität, beispielsweise auch in Freundschaften, die auf gemeinsamem geheimem Wissen beruhten. An die Büro-

kratie richtet *Margalit* die Aufforderung, die von ihr abhängigen Personen nicht systematisch zu demütigen; dabei übernimmt er aber grundsätzlich Max Webers Lob der unpersönlichen Arbeitsweise von Bürokratien und kritisiert er die Nomenklatura-Feudalbürokratie wegen ihrer Kombination persönlicher und unpersönlicher Grundsätze. Konsequenterweise bejaht er den Wohlfahrtsstaat bzw. die Wohlfahrtsgesellschaft, die – trotz aller ernstzunehmenden strukturkritischen Einwände wie des von der Festigung von Abhängigkeit – den Armen immerhin das demütigende Bitten um Almosen, also das Erzeugen von Mitleid in der Haltung des potentiellen Spenders, erspart. Die Wohlfahrtsgesellschaft berücksichtigt im Unterschied zur Wohltätigkeitsgesellschaft das Paradox der Wohltätigkeit: Es ist leichter, eigennützig motivierte Wohltaten anzunehmen als uneigennützige, weil so das Dankbarkeitsempfinden nicht erforderlich ist. Das Konzept der Wohlfahrtsgesellschaft erringe einen Sieg nach Punkten gegenüber der Wohltätigkeitsgesellschaft – zumindest hinsichtlich der Angemessenheit für eine anständige Gesellschaft (S. 284). Insofern Arbeit über das Mittel bloßer Existenzsicherung hinausreiche, vermittle sie dem Subjekt ökonomische Staatsbürgerschaft; folglich ist unfreiwillige Arbeitslosigkeit ein demütigender, unanständiger Ausschluß aus der Menschengemeinschaft. Eine anständige Gesellschaft muß jedem eine angemessene Tätigkeit und ein Mindesteinkommen verschaffen. Zwangsarbeit oder Arbeitszwang (wie er jetzt in Blairs New-Labour-England eingeführt wird) ist für *Margalit* demütigend, da er dem Subjekt Kontrolle über eigene Angelegenheiten entzieht (S. 294). Hingegen ist in *Margalits* Konzept Ausbeutung (z. B. in Gestalt zu geringer Entlohnung im Verhältnis zum Mehrwert) zwar ungerecht, aber nicht notwendigerweise demütigend. Demzufolge kann eine Gesellschaft auch dann anständig sein, wenn sie nicht frei von Ausbeutung ist (S. 300). Hier verwendet *Margalit* m. E. einen zu abstrakten, marxistisch geprägten Ausbeutungsbegriff, der den Wunsch nach anderer Arbeit ausblendet. Als letzte Institution behandelt er die Strafpraxis, v. a. die Haft, als Feuerprobe für die Anständigkeit einer Gesellschaft, und den Umgang mit Gefangenen im Militär.

Die Auswahl der in diesem vierten Hauptteil genannten „Institutionen", so muß kritisch angemerkt werden, erscheint etwas zufällig und wenig systematisch, auch wenn man den lebenswelt- und subjektbezogenen Ansatz berücksichtigt.

Zum ersten verlangt die von *Margalit* durchaus angesprochene Frage: „Wer gehört zu der anständigen Gesellschaft?" genauere Überlegung, will man nicht bei einem rein moralischen Appell an die Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit komplexer Gesellschaften für weitere Immigranten verharren und somit letztlich der Ausländerfeindlichkeit die Argumente frei Haus liefern. Diese Fragestellung geht über *Margalits* Überlegungen zur ökonomischen, rechtlichen, politischen und symbolischen Staatsbürgerschaft für Minderheiten oder bereits etablierte Immigranten hinaus, insofern sie Neueinwanderer und Asylanten betrifft, also Menschen, die in diese Gesellschaften hinein wollen. Die aktuelle deutsche Asylgesetzgebung und -praxis macht z. B. an der Flughafenregelung evident, daß es nicht nur um gerechte Einreisekriterien geht, sondern Entwürdigung als ein technisches Instrument zum Fernhalten Unerwünschter vom angeblich vollen Boot eingesetzt wird.

Darüber hinaus bleibt *Margalits* Argumentation seltsam machtvergessen, vor allem vor dem Hintergrund des subjektbezogenen Zugriffs. *Margalit* thematisiert weder den Umgang mit Macht noch Formen der Partizipation: Die sog. „Politikverdrossenheit" speist sich u. a. aus Wahrnehmungen, die das Subjekt als demütigend empfinden kann. Bürger betrachten sich zunehmend als bloßes Objekt einer in die legitimen persönlichen Interessen hinein reichenden Politik und denken: „Es wird an mir vollstreckt", was 'Margalitisch' hieße: „Ich verliere Kontrolle über mich betreffende Angelegenheiten", z. B. hinsichtlich Arbeit, Woh-

nung, Bildungschancen, Alterssicherung. Auf einer weiteren Ebene bewegt sich der Eindruck, daß sich Politik in scheindemokratischen Ritualen ergeht, Entscheidungen aber immer weniger im Bereich bürgerlicher Partizipation liegen; sich als „Stimmvieh" zu erkennen, dessen Votum Entscheidungen immer weniger mitbestimmt, betrifft die Würde als politischer Staatsbürger. Hieran schließt sich auch die Frage nach der informationellen Kompetenz, also nach den Informationsmöglichkeiten, an.

Schließlich lotet *Margalit* den Bereich der Medien über das Paparazzi-Syndrom und über die Pornografiefrage hinaus nicht weiter in seinem Interesse aus. Die Medienlandschaft ist inzwischen dermaßen organisiert, daß sie in eigentümlicher Wechselbeziehung mit den staatlichen Institutionen eine eigene institutionalisierte Wirklichkeit mit Wirkungen auf die Subjeke darstellt. Für *Margalit*s Interesse wird dies in zweierlei Hinsicht relevant: Zum einen läßt sich die eskapistische Funktion, wenn sie über ein bestimmtes Maß hinausgeht, als entwürdigende Manipulation beschreiben, insofern das Subjekt die Perzeption der eigenen Interessen nicht mehr kontrollieren kann (wie sich an der Funktion brasilianischer Telenovelas in den Favelas von Rio oder Sao Paolo aufzeigen ließe). Zum anderen kann Medienmacht politische Diskurse in einer immer weniger durchschaubaren Art und Weise manipulieren, wie das momentane Bündnis Blair-Murdoch exemplifiziert: Die mentale Zurichtung von Bürgern, der sie sich mit vertretbarem geistigem und zeitlichem Aufwand kaum entziehen können, kann dazu führen, daß die symbolische (hier: informationelle) Staatsbürgerschaft nicht mehr gewährleistet ist und deren Defizit nicht mehr in einer handlungsrelevanten Weise durchschaut wird. Tatsächliche Machtstrukturen und Handlungsspielräume werden verschleiert. Dieses führt zu Ohnmachtsgefühlen, die sich als Ergebnis institutioneller Demütigung fassen lassen.

Diese Ergänzungen zeigen, daß ein Diskurs über eine anständige Gesellschaft die Frage nach Form und Greifbarkeit von Macht nicht ausklammern kann, ohne an Lebensweltbezug und utopischem Potential im Sinne der obigen Bergsteigermetapher konzeptionell zu verlieren.

Im ganzen ist m. E. der Minimalismus in der Wertsetzung, das Konzept der Vermeidung von Demütigung, zu bejahen. Der Ansatz, aus dem Gegenüber von Subjekt und Institutionen emphatische und zugleich sachhaltige Normen für institutionelles Handeln zu formulieren, schafft eine neue Optik und markiert die Stärke dieses Bandes. „The Decent Society" liefert ein begriffliches Instrumentarium, um Beurteilungskriterien für lebensweltlich faßbare Ergebnisse eines würdegelenkten institutionellen Handelns zu entwickeln. Die Schwäche des Bandes liegt in der zu pragmatisch-zufällig wirkenden Auswahl der zu prüfenden Politikfelder. Der Leser erfreut sich in der deutschen Übersetzung an einer schnörkellosen, präzisen und klaren Diktion, die sich gut zur sorgfältigen und ansprechenden verlegerischen Gestaltung fügt. Allerdings stören die z. T. irreführenden Überschriften. Auch hätten ein paar Fußnoten mehr den interessierten Leser nicht gestört.

Friedemann Scriba

1 Die amerikanische Originalausgabe der Überlegungen des Jerusalemer Philosophen erschien 1996 bei Harvard University Press unter dem Titel „The Decent Society" („Die anständige Gesellschaft").

2 Für die heutige politische Praxis ist damit auch gesagt, daß Marktgesellschaften ohne Institutionen nicht notwendigerweise anständig sind, für moderne Gesellschaften der Markt eher Problem als Lösung sei, wie sich vor allem am unten entfalteten Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Demütigung aufzeigen läßt. (S. 37-38).

3 Margalit verweist vergleichend auch auf die konzeptionelle Paradoxie von Gottesverehrung z. B. in der jüdischen Tradition, wo der allmächtige Gott sich als auf die Verehrung auch durch die unwürdigsten Menschen angewiesen präsentiert und auf

die konzeptionelle Spannung innerhalb der Liebesbeziehung zwischen Begehren wollen und Freiheit lassen (S. 155-157).

4 „Für eine tolerante Gesellschaft ist Toleranz ein Preis, der bezahlt werden muß und den zu bezahlen sich lohnt, um jenes menschliche Leid zu vermeiden, welches, wie uns eine lange Geschichte der Unterdrückung alternativer Lebensweisen lehrt, mit Intoleranz unvermeidlich einhergeht. Eine tolerante Gesellschaft ist eher aus Gründen der Vernunft als aus Prinzip tolerant." (S. 209)

5 J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, dt. Frankfurt am Main ^{7}1993.

6 „... Während in Gödels Modell die Urteile auf einer theorieunabhängigen Liste die höchste Entscheidungsinstanz über die Wahrheit einer Theorie sind und bei Rawls Raum für eine wechselseitige Angleichung geschaffen wird, müssen sich bei der kritischen Theorie die Urteile der Theorie angleichen, nicht die Theorie den Urteilen. Da die Urteile von der Theorie bestimmt werden, werden sie so zu unabhängigen Urteilen von freien, in ihrem Interesse handelnden Menschen." (S. 329)

Resümees

Christian Lübke
Die Prägung im Mittelalter: frühe ostmitteleuropäische Gemeinsamkeiten

Die früheste Prägung Ostmitteleuropas erwuchs aus der kulturellen, von der Antike ererbten Zweiteilung Europas. Jenseits der ehemaligen römischen Reichsgrenzen, in weiten Gebieten des Barbaricum, wurden im frühen Mittelalter zuerst sprachliche, ökonomische und materielle Gemeinsamkeiten dominant. In der politischen Grauzone zwischen dem weströmisch-fränkischen und oströmisch-griechischen Reich transformierten sich die ursprünglich akephalen Gesellschaften zu wohl organisierten Staaten, wobei innere und äußere Faktoren wirkten. Die Annahme des Christentums in der römischen Form (in Polen, Böhmen, Ungarn) legte die Grundlage für die Absonderung von den nach Osten und Süden angrenzenden Gebieten. Folgende weitere Gemeinsamkeiten prägten das Erscheinungsbild Ostmitteleuropas über die Grenzen seiner „regna" hinweg: unumstrittene Fürstendynastien, persönlich an die Fürsten gebundene Eliten, Organisierung der Staaten durch „ius ducale" und Dienstorganisation, Integration fremder Individuen und Gruppen.

Karen Lambrecht
Zentrum und Kommunikation – Ostmitteleuropäische Metropolen im Vergleich (ca. 1450–1550)

Gegenstand des Vergleichs ist die Verdichtung öffentlicher Kommunikation zwischen 1450 und 1550 in Krakau, Prag und Wien. Diese Zentren waren zugleich Residenzstadt, Sitz einer international bedeutenden Universität und (Erz)Bistumssitz. Somit überschnitten sich in den Zentren verschiedene öffentliche Kreise, die entgegen Habermas nicht nur repräsentative Funktionen hatten, sondern durch mündliche, schriftliche und symbolische Kommunikationsmedien aktiv an einem kulturellen Austausch beteiligt waren. Die Untersuchung beschränkt sich auf die gelehrte Kommunikation und ihre schriftlichen Zeugnisse, die zum kennzeichnenden Phänomen der Jagiellonischen Zeit wurde. Dabei stehen weniger Inhalte, sondern Formen und Strukturen im Vordergrund.

Marina Dmitrieva
Die Metropolen Ostmitteleuropas Krakau und Prag im 16. Jahrhundert. Ein kunsthistorischer Vergleich

Die ostmitteleuropäischen Metropolen Prag und Krakau entwickelten sich im Laufe des 16. Jahrhunderts zu wichtigen Kunstzentren. Bei der vergleichenden Betrachtung der visuellen Kultur in diesen Zentren wird auf Ähnlichkeiten und Unterschiede der Verarbeitung von neuartigen, aus Italien kommenden Architekturformen und -strukturen, aber auch Lebensformen und Erfahrungen eingegangen. Vergleichende länderübergreifende Untersuchungen dieser Art bilden immer noch ein Forschungsdesiderat, daher soll die ostmitteleuropäische Kunst in den Kontext aktueller theoretischer Debatten einbezogen

werden. An einigen Fallbeispielen – wie etwa die repräsentative Öffentlichkeit – werden verschiedene Möglichkeiten der Anwendung kunsttheoretischer Ansätze bei vergleichender Erforschung dieser Phänomene angezeigt.

Joachim Bahlcke
Unionsstrukturen und Föderationsmodelle im Osten des ständischen Europa. Anmerkungen zu vergleichenden Ansätzen über das frühneuzeitliche Ostmitteleuropa

Nicht nur in der republikanischen Staatenfamilie West- und Mitteleuropas, sondern auch im partizipationsstarken Osten des ständischen Europa, einer historisch-strukturgeschichtlich zusammenhängenden Region zwischen Ostsee und Adria, lassen sich in der Frühneuzeit Alternativen zum Modell des absolutistischen, bürokratischen und expansiven Befehlsstaates aufzeigen. Die Ausbildung und Behauptung föderativer Gestaltungsprinzipien kann, so die These des Beitrags, geradezu als eine ostmitteleuropäische Besonderheit gelten. Im beachtlichen Maße wurde hier im Zuge der frühmodernen Staatsbildung die Einheit gesellschaftlicher, sozialer und konfessioneller Interessen nicht durch Uniformität, sondern durch Integration hergestellt. Im gesamteuropäischen Vergleich zeigt sich, daß dieses hohe ständische Integrationspotential die Vorstellung widerlegt, politische Alternativkonzepte mit neuen antiabsolutistischen Ordnungsvorstellungen seien nur bei fortgeschrittener bürgerlicher Vergesellschaftung wie in den Niederlanden oder in England entstanden.

Arno Strohmeyer
Vergleichende Ständegeschichte und „intellectual history" als Forschungsstrategie in Ostmitteleuropa: Das politische Denken der österreichischen und ungarischen Stände (1550–1650)

Mit Hilfe des analytischen Instrumentariums der „intellectual history" wird eine spezifische Methode zur Analyse des politischen Denkens der Stände der östlichen österreichischen Länder (Österreich unter und ob der Enns, Steiermark) und des Königlichen Ungarn entwickelt. Kern dieser Methode sind Analysen politischer Diskurse und ein „kombinierter" Vergleich, der zwei Funktionen erfüllt: Einerseits erlaubt er die Explikation charakteristischer oder spezifischer Merkmale des politischen Denkens der Stände, andererseits die Einordnung dieses Denkens in die allgemeine Geschichte und damit die Bestimmung seiner Modernität im Hinblick auf die frühmoderne Staatsbildung. Aufgrund dieser doppelten Funktion ermöglicht der „kombinierte" Vergleich die Binnenstrukturierung und -differenzierung der Geschichtsregion Ostmitteleuropa und ihre Einordnung in die europäische Geschichte.

Hans-Christian Maner
Unierte Kirchen und Nationsbildungsprozesse im ostmitteleuropäischen Vergleich

Der Beitrag spannt einen weiten Bogen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, wobei Galizien, Siebenbürgen und Karpato-Ruthenien im Mittelpunkt stehen. Die unierten – auch griechisch-katholisch genannten – Kirchen sind prägende Phänomene Ostmitteleuropas, in denen sich regionale wie auch überregionale Interessen widerspiegeln. Dies wird bereits mit der Entstehung der unierten Kirchen deutlich. Deren Rolle zur Schaffung je-

weils eines eigenen Nationalbewußtseins in den Ländern und Gebieten war sehr unterschiedlich. In einem ostmitteleuropabezogenen interregionalen Vergleich scheint es daher von Bedeutung, nach gemeinsamen charakteristischen Merkmalen zu fragen. Der zeitgleiche Verlauf der Nationalentwicklung erlaubt es, die einzelnen nationalen Fälle in drei ersten Phasen des Nationswerdungsprozesses deutlicher herauszuarbeiten und einander gegenüberzustellen.

Hans-Christian Trepte/Frank Hadler
„Gespaltene" Literaturen und „gespaltene" Historiographien in Ostmitteleuropa. Perspektiven einer vergleichenden Zusammenschau am Beispiel des polnischen Exils.

Als Folge der kultur- und wissenschaftspolitischen Umgestaltungsprozesse, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg in allen ostmitteleuropäischen Ländern zu beobachten sind, haben sich immer wieder polnische, ungarische sowie tschechische und slowakische Literaten und Historiker entschieden, ins westliche Exil zu gehen oder im Lande selbst in den Dissens zur Macht zu treten. Ergebnis war eine Spaltung der einzelnen nationalen Literatur- und Geschichtswissenschaftsbetriebe in offizielle und inoffizielle bzw. unabhängige Diskurse. Dem Phänomen dieses Gespaltenseins wird in einem symmetrisch und synchron angelegten Vergleich von polnischer Exilliteratur und polnischer Exilhistoriographie nachgegangen. Betrachtet werden die personellen wie institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen im „polnischen" Paris, London und New York literarische und historiographische Texte produziert werden konnten.

Abstracts

The Forming Processes in the Middle Ages: Similarities in East Central Europe
by Christian Lübke

The earliest forming of East Central Europe arose from the cultural division of Europe inherited from ancient time. Beyond the borders of the former Roman Empire, i.e. in vast regions of the „barbaricum", in early medieval time some new elements grew dominant in language, economy and material culture. Politically the lands between the Roman-Frankish Empire in the West an the Roman-Byzantine Empire in the East formed a grey area in which acephale societies transformed into well-organised states under the influence of interior and exterior factors. The acceptance of christianity in its latin style in Poland, Bohemia and Hungary formed this basis for their differenciation from the regions adjacent in the East and in the South. There were some more common elements coining the appearance of East Central Europe across the borders of its first „regna": undisputed dynasties, elites bound personally to the princes, administration of the states by the „ius ducale" and an overall organisation of services, integration of immigrating individuals and groups.

Urban Centres and Communication – Comparing Central European Metropolitan Cities (1450–1550)
by Karen Lambrecht

The intensifying of communication in Prague, Vienna and Krakow between 1450 and 1550 constitutes the basis of this comparison. These Centres were at the same time royal capital, and seat of both, a university with international reputation and a (arch-) bishopric. They consequently supplied the background for the overlap of various layers of public life, their range considerably exceeding the representative functions to which Habermas saw early modern communication restricted. By oral, written and symbolic means they actively participated in cultural exchange. To illustrate this point I will refer to scholarly communication, which was a distinctive asset of the Jagellonian dynasty's era. The focus is on forms and structures of this type of communication rather than on its content.

The Central Easteuropean Metropoles Cracov and Prague in the 16h century: a comparison in art history
by Marina Dmitrieva

In the 16h century, both leading Metropoles of Central Eastern Europe, Cracov and Prague became important centers of arts. Analysing their visual culture in comparison provides a look at similarities and discrepancies within their attitude and appropriation of the architectural forms and structures. as well as ways of life and new experiences imported from Italy. Such comparative studies beyond national borders are still necessary. The aim of the paper is otherwise to involve the Central Easteuropean art history to the

current theoretical debate. The proposed paper will show on different issues, e.g. the public representation, some good opportunities to implement a modern art theory within this subject.

Structures of Unions and Federations in Eastern Europe. Some Remarks on comparative approaches in the History of East Central Europe
by Joachim Bahlcke

In early modern times, different models of an absolute, bureaucratic and expansive government could be found in republican Governments of West and Middle Europe as well as in the participating Eastern Europe. The latter includes the historically connected area between the Baltic and the Adriatis Sea. According to this contribution, the creation and assertion of federal principles may pass as a special East Central European feature. During the Development of early modern governments social and denominational unity was not established by uniformity but – to a high extent – by integration. This strong potential for integration refutes the idea that alternative concepts in politics with new antiabsolute conditions had evolved by an advanced middle-class socialisation as in the Netherlands or in England.

Comparative History of the Estates and the „Intellectual History" of East Central Europe: Political Thinking in Austrian and Hungarian Estates
by Arno Strohmeyer

Based on analytical concepts of „intellectual history", the author develops a specific method for analyzing the political ideas of the estates of the Eastern Austrian Provinces (Lower Austria, Upper Austria, Styria) and the Kingdom of Hungary. The essence of this method is the analysis of political discourses and a „combined" comparison. This serves two functions: it allows for the explication of characteristic and specific features of the political ideas of the estates on the one hand, and for the determination of the modernity of those ideas with regard to the development of the early modern state on the other hand. Due to these two functions, the „combined" comparison makes it possible to structure and differentiate East Central Europe as a historical region and to study its place in European history as a whole.

Uniate Churches and Processes of Nation-building: An Inner East-Central European Comparison
by Hans-Christian Maner

The essay comprises a wide rang from the 16th to the 19th centuries in which Galicia, Transylvania and Transcarpathia Rhutenia are in the centre of attention. The Uniate – also called greek-catholic – Churches are entire phenomenes of East-Central Europe reflecting regional and transregional interests. This already can be noticed in the genesis of these churches. The role they played in the creation of single national consciousnesses within the mentioned lands and territories was quite different. Concerning the comparison between East-Central Europe territories it seems to be important to have a look on common characteristics. The synchrone course of national development permits

to stress and to confront the separate national cases during the first three stages of the Process of Nation-building more clearly.

„Divided" Literatures and „Divided" Historiographies in East-Central Europe. Perspectives of a Comparative View on the Polish Exile
by Hans-Christian Trepte and Frank Hadler

The deep changes of the cultural and scientific life taking place all over East-Central Europe during and after the Second World War made writers and historians leave their mother countries. In several waves Polish and Hungarian as well as Czech and Slovak intellectuals were driven into exile or in the underground. This way a division emerged between official and inofficial resp. independent discourses in litteratures and historiographies. The phenomena of that remarkable division is examined in a symmetric and synchronic comparison of Polish literature and historiography in exile. The comparative view is focused on the personal and institutional framework in which literary and historiographical texts produced in „Polish" Paris, London and New York.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Joachim Bahlcke, Dr. phil., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Marina Dmitrieva, Dr. phil., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Frank Hadler, Dr. phil., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Falk Höppner, Leipzig

Christian Lübke, Prof. Dr., Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Historisches Institut

Hans-Christian Maner, Dr. phil., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Hubert Mohr, Prof. em. Dr., Potsdam

Friedemann Scriba, Dr. phil., Evangelisches Schulzentrum Leipzig

Arno Strohmeyer, Dr. phil., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

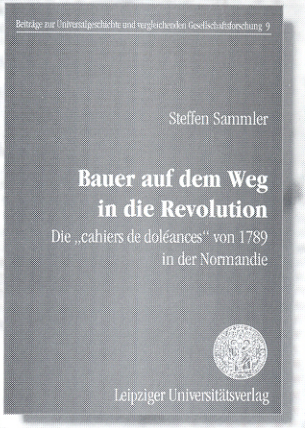
Hans-Christian Trepte, Dr. phil., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Thomas Vogtherr, Prof. Dr., Universität Leipzig, Historisches Seminar

Oliver Werner, M. A., Universität Leipzig, Historisches Seminar

BAUERN AUF DEM WEG IN DIE REVOLUTION

Die „cahiers de doléances" von 1789 in der Normandie



Steffen Sammler

Die neuere Debatte um die Französische Revolution von 1789 hat kulturgeschichtliches Interesse an Diskursen und Symbolik mit traditionellen sozialgeschichtlichen Untersuchungsfeldern verbunden. Auf der Suche nach Quellen, die Vorstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen unmittelbar zum Ausdruck bringen, sind die cahiers de doléances deshalb erneut in das Blickfeld der Forschung gerückt. Die „Beschwerdehefte" wurden im Frühjahr 1789 auf Wunsch des Königs von den Vertretern der Generalstände nach Versailles mitgegeben.

Die vorliegende Untersuchung verfolgt erstmals anhand dieser Beschwerdehefte den Emanzipationsprozeß der Landbevölkerung in einer nordfranzösischen Provinz am Vorabend der Revolution. Sie zeigt, mit welchen Vorstellungen die Bauern der Haute- und der Basse-Normandie die Reform der Provinzialversammlung und die Einberufung der Generalstände begleiten. Neben dem Versuch, Kontinuitäten zwischen dem Reformwerk des Jahres 1788 und der Redaktion der Beschwerdehefte zu rekonstruieren, steht der Vergleich unterschiedlicher Agrarlandschaften und sozialer Gruppen im Mittelpunkt des Interesses.

296 Seiten
60,00 DM
ISBN 3-931922-49-9

Aus dem Inhalt

Frank Hadler	Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht. Einleitende Bemerkungen
Christian Lübke	Die Prägung im Mittelalter: Frühe ostmitteleuropäische Gemeinsamkeiten
Karen Lambrecht	Zentrum und Kommunikation – Ostmitteleuropäische Metropolen im Vergleich (ca. 1450-1550)
Marina Dmitrieva	Die Metropolen Ostmitteleuropas Krakau und Prag im 16. Jahrhundert. Ein kunsthistorischer Vergleich
Joachim Bahlcke	Unionsstrukturen und Föderationsmodelle im Osten des ständischen Europa. Anmerkungen zu vergleichenden Ansätzen über das frühneuzeitliche Ostmitteleuropa
Arno Strohmeyer	Vergleichende Ständegeschichte und „intellectual history" als Forschungsstrategie in Ostmitteleuropa: Das politische Denken der österreichischen und ungarischen Stände (1550-1650)
Hans-Christian Maner	Unierte Kirchen und Nationsbildungsprozesse im ostmitteleuropäischen Vergleich
Hans-Christian Trepte *Frank Hadler*	„Gespaltene" Literaturen und „gespaltene" Geschichtsschreibungen in Ostmitteleuropa. Perspektiven einer vergleichenden Zusammenschau am Beispiel des polnischen Exils

ISSN 0940-3566
ISBN 3-933240-31-X